



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

REDEN VON
DR. GUIDO WESTERWELLE



REDEN 02

Dr. Guido Westerwelle

VORWORT Karl-Heinz Paqué	6
---------------------------------	---

1

POLITISCHE ANFÄNGE (1983–1987)	10
Einleitende Bemerkungen Liane Knüppel	12
1983: Zur Europapolitik*	14
1984: Mehr Freiheit, weniger Staat*	16
1985: Fünf Jahre Junge Liberale*	25
1987: Politik mit Perspektive*	36
Würdigung Karl Jüsten	54

2

ANFÄNGE IN DER BUNDESPOLITIK (1987–1999)	56
Einleitende Bemerkungen	58
1987: Zum Vermummungsverbot*	60
1994: Die F.D.P. als Freiheits-, Fortschritts- und Toleranzpartei*	64
1996: Für eine gerechte und einfache Einkommensbesteuerung	79
1997: Finanzplan des Bundes 1997 bis 2001	81
1999: Wer anstoßen will, muss anstößig sein*	91
1999: 50 Jahre Demokratie – Dank an Bonn	107
1999: Keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften	112
Würdigung Gisela Piltz	116

3

MDB, BUNDESVORSITZ UND FRAKTIONS-VORSITZ DER FDP (2000–2009)	118
Einleitende Bemerkungen	120
2000: Mehr Demokratie wagen – Wider die Verkastung der Politik*	122
2000: Für Toleranz und Menschlichkeit – gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in Deutschland	142
2000: Jüdisches Leben in Deutschland unterstützen – Anschläge auf Synagogen in Deutschland ächten	148
2001: Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002	152
2002: FDP oder Stillstand*	164
2003: Freiheit und Verantwortung*	174

2005: Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 GG	198
2005: Entschließungsantrag zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin	203
2007: 50. Jahrestag der Römischen Verträge	213
2007: Die Kraft der Freiheit*	219
2007: Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008	233
2009: Frieden in Freiheit*	245
2009: Für die freie und faire Gesellschaft*	262
Würdigung Marcel Fürstenau	276

4

REDEN DES BUNDESAUSSENMINISTERS (2009–2013)	278
Einleitende Bemerkungen	280
2009: Regierungsprogramm	282
2010: Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010	287
2010: Deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert*	296
2010: Religionsfreiheit weltweit schützen	303
2010: Für eine stabilisierende und regelbasierte regelbasierte Weltordnung*	307
2011: Umbruch in der Arabischen Welt	323
2011: Ich blicke zurück voller Dankbarkeit...*	333
2011: Der Mensch ist das Maß aller Dinge*	356
2013: Jahresabrüstungsbericht	363
2013: „In meiner Amtszeit war deutsche Außenpolitik Friedenspolitik“	368
Würdigung Cornelia Pieper	376

5

NACH DER POLITIK (2013–2016)	378
Einleitende Bemerkungen	380
2014: 50 Jahre FNF Washington*	382
Würdigung Angela Merkel	392
Quellennachweise	396

*Anmerkung der Redaktion: Die farblichen Hervorhebungen in den betroffenen Texten wurden nachträglich von der Redaktion eingearbeitet und sind in den Ursprungstexten nicht enthalten.

VORWORT

von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué,
Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Guido Westerwelle war ein glänzender Redner. Zugespitzte Formulierungen, präzise Analysen, rhetorische Fundstücke – sie prägten seine Wortbeiträge. Ob im Bundestag oder bei Parteitag, Reden von Westerwelle wurden mit Spannung erwartet und anschließend aufmerksam geprüft. Klare politische Botschaften zu setzen war ihm ein Bedürfnis, der intellektuelle Streit ein Vergnügen. Er brachte in dieser Hinsicht alles mit, was ein erfolgreicher Politiker braucht. Hätte er in der Zeit der römischen Republik eines Cicero gelebt und gewirkt, die Bewunderung der Zeitgenossen und der Nachfahren wäre ihm zugeflogen. Denn sprachliche Versiertheit zählte damals viel mehr als heute.

Aber er lebte und wirkte in der modernen Medienwelt der parlamentarischen Demokratie. Und in dieser ist rhetorisches Talent eine durchaus zweischneidige Sache. Es hilft, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, aber es sorgt oft auch für vage Gefühle der Missgunst und eine manische Suche nach Kritikpunkten, die dann das Bild des Politikers beschädigen. Das wusste Guido Westerwelle. Aber er stand dazu. Er blieb „Mitglied des Vereins für klare Aussprache“, wie er es formulierte. Er konnte und wollte nicht anders. Es war sein Naturell, sein Schicksal.

Im Übrigen ein Schicksal, von dem seine politische Familie, die Liberalen, über einen langen Zeitraum sehr erfolgreich

lebten. Das Image, das Guido Westerwelle sich damit erwarb, schuf für ihn und seine Partei eine große mediale Aufmerksamkeit. Die FDP wurde weithin wahrgenommen: als eine politische Kraft der Freiheit, die etwas zu sagen hatte und den Fortschritt der Gesellschaft forderte. Die Redebeiträge, die wir in diesem Band dokumentieren, zeichnen davon ein gutes Bild: Guido Westerwelle wusste, was er sagen wollte, wie er es sagen musste, zu welcher Gelegenheit er es sagen sollte und welche Reaktionen er dabei erwartete.

Langjährige Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter wissen: Genau das machte ihn aus. So war er schon immer, von Beginn an. Und dieser Beginn lag sehr früh in seiner Jugendzeit. Mit 18 Jahren hatte er von Plänen gehört, die „Jungen Liberalen“ zu gründen. Er beschloss: Da werde ich dabei sein. Damit beginnt auch der erste Teil unserer Redensammlung: Schon 1983, mit knapp 22 Jahren, übernahm Westerwelle den Bundesvorsitz der Jungen Liberalen. In diese Zeit fällt auch der erste hier dokumentierte Wortbeitrag, der schon viel von seinen rhetorischen Fähigkeiten zeigt. Reden auf den Bundeskongressen der Jungen Liberalen bis 1987 runden das Bild ab. Sie zeigen die schnelle und umfassende Weiterentwicklung des Jungpolitikers – und seine Ambition, noch mehr zu erreichen. Der Aufstieg des Politikers Westerwelle

begann dann mit voller Kraft bei der Wahl zum FDP-Generalsekretär 1994. Die damalige FDP-Führung navigierte in schweren Wassern. Der frühen Euphorie der Jahre nach Wiedererlangen der deutschen Einheit folgte die Ernüchterung. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition bekam die Mühen der Ebene des politischen Alltags zu spüren. Der zweite Abschnitt in diesem Buch gibt Reden des neuen FDP-Generalsekretärs wider, nach seiner Wahl auf einem überaus turbulenten Parteitag. Sie sind ein hochinteressantes Zeugnis der schwierigen Argumentationslage innerhalb der Koalition sowie der Bemühungen der FDP um Eigenständigkeit und neue politische Optionen.

Gemeinsam mit dem damaligen FDP-Bundesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt unternahm Guido Westerwelle in geschickten Manövern und mit einer fordernden Kommunikations- und Medienstrategie alle Anstrengungen, um die FDP in der sich abzeichnenden Endphase der Regierungszeit Helmut Kohls auf Kurs und im Spiel zu halten. Und: Schon frühzeitig wurde eine Strategie für „die Zeit danach“ entworfen, in der die FDP von der ewigen Regierungspartei zur „putzmunteren Opposition“ im Deutschen Bundestag werden sollte. In der Phase ab 1999 kamen die rednerischen Talente Westerwelles besonders zum Vorschein. Mit seiner Mischung aus politisch-strate-

gischer Zielstrebigkeit und rhetorischer Brillanz, aber eben auch großer argumentativer Angriffslust und Schlagfertigkeit konnte er in seiner Funktion zunächst als Generalsekretär, dann als neuer Bundesvorsitzender die Basis für den Wiederaufstieg der FDP legen.

Der großartige Wahlerfolg der FDP bei der Bundestagswahl 2009 ist in hohem Maß Guido Westerwelle zu verdanken, und zwar ganz persönlich. Seine Reden in den Jahren zuvor überzeugten die Menschen. Seine politische Linie, die er auf den Marktplätzen und in den Hallen quer durchs Land verkündete, führte die FDP in die Regierung zurück. Die Befassung mit internationalen politischen Themenstellungen war, als er die Funktion des Bundesaußenministers übernahm, für ihn nichts Neues oder Unbekanntes, wie die Redenauswahl in diesem Band bestätigt. Dennoch geriet die FDP in Turbulenzen, die Werte in den Meinungsumfragen verschlechterten sich, Guido Westerwelle gab 2011 den Parteivorsitz ab. Zwei Jahre später verpasste die Partei den Einzug in den Deutschen Bundestag.

Guido Westerwelle zog Bilanz und suchte sich eine Neuorientierung, außerhalb der Politik. Er wollte auch sein Leben ändern, mehr persönliche Freiheit genießen. Der internationalen Politik blieb er mit der „Westerwelle Foundation“ verbunden. Aber dann kam die Krankheit, dann kam sein viel zu früher Tod. Bei der Trauerfeier für Guido Westerwelle in Köln fand die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel beeindruckende persönliche Worte. Sie bilden den Abschluss dieses Redenbandes. Er soll eine bleibende Erinnerung sein an einen der wichtigsten liberalen Politiker der letzten Jahrzehnte, der im Dezember letzten Jahres 60 Jahre alt geworden wäre.

„Es geht in der Demokratie nicht um den Wettbewerb von Parteien. Es geht in der Demokratie um den Wettbewerb der Geisteshaltungen, die dahinterstehen. Wir stehen eben für eine Geisteshaltung. Und für die treten wir ein. Alle anderen Parteien entscheiden sich im Zweifel für die Ordnung oder die Gleichmacherei. Es braucht eine Partei in Deutschland, die sich im Zweifel immer und immer wieder, bei all den Kompromissen, die man machen muss im Leben, für die Freiheit entscheidet.“

Dr. Guido Westerwelle, 2011

Abschnitt

1

**POLITISCHE
ANFÄNGE
(1983-1987)**

1

WIE UNSERE FREUND- SCHAFT BEGANN

Liane Knüppel

Bonn im Sommer 1980. In der Danziger Lenin-Werft beginnt ein Streik, der sich auf ganz Polen ausweiten wird, Bob Marley gibt in Pittsburgh sein letztes Konzert, Reinhold Messner besteigt den Mount Everest, und es sind nur noch wenige Wochen bis zur Bundestagswahl am 5. Oktober. Das Kanzlerduell zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß spaltet das politische Deutschland.

Die FDP ist die dritte politische Kraft zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten, auch hier wachsen parteiintern die Spannungen. Erste Bruchlinien werden sichtbar. Die Jungdemokraten, die offizielle politische Jugendorganisation der FDP, haben sich in ihrer Programmatik immer weiter von den Grundsätzen der FDP entfernt. Im März 1980 spricht der FDP-Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher im Fernsehen von einer „nie da gewesenen Ferne der Jungdemokraten zur Partei“.

Für viele junge FDP-Mitglieder ist die Politik der Jungdemokraten in vielen Kreisverbänden untragbar, und sie haben deshalb auch keine Lust, dort mitzuwirken. Sie schließen sich an verschiedenen Orten zu „Gesprächskreisen Junge Liberale“ zusammen – so auch Ende der 70er Jahre in Bonn. Aus diesen Gesprächskreisen heraus werden im Sommer 1980 sowohl der Bezirksverband Köln/Bonn als auch der Landesverband NRW der Jungen Liberalen gegründet. Hierüber wird in der Presse breit berichtet.

Angesprochen durch einen Zeitungsartikel im Bonner „Generalanzeiger“ erscheint im Sommer 1980 ein hoch motivierter 18-jähriger Abiturient namens Guido Westerwelle in unserer Studentenwohnung in der Altstadt von Bonn. Er möchte sich bei Hartmut und mir über die Aktivitäten der Jungen Liberalen sowie über ihre Grundsätze und politischen Ziele informieren. Er ist offen und neugierig und staunt über unsere Bücherwand mit politischer Literatur, die im Laufe unserer

hochschulpolitischen Tätigkeit im Sozialliberalen Hochschulverband kräftig angewachsen war. Und genau diese Bücherwand beschreibt er mir beschwingt und recht bildlich, als er mich in der Nacht Ende Oktober 2009 nach seiner Unterschrift unter dem Koalitionsvertrag anruft und dankbar und freudig von den ersten Begegnungen und Prägungen in unserer Bonner Wohnung erzählt. Der Weg zum Außenminister beginnt also nur 300 m von seinem Elternhaus entfernt ganz unspektakulär in einer kleinen Dachwohnung.

Hier dient unsere Küche in der JuLi-Gründungszeit als Zentrum der jungliberalen Pressearbeit, und Guido ist oft dabei, wenn es z. B. um die Erstellung des Pressespiegels oder die Versendung von Rundschreiben geht. In der Küche wird gesammelt, geheftet und „eingetütet“ – E-Mails müssen ja erst noch erfunden werden. Guido hilft nicht nur beim Verteilen der Pressemitteilungen im Bonner Pressezentrum „Tulpenfeld“, er ist auch sonst zur Stelle, wenn Hilfe gebraucht wird. Wir nehmen ihn gerne zu den JuLi- und FDP-Veranstaltungen mit, denn Guido, gerade mit dem Zivildienst fertig, hat noch kein eigenes Auto.

Guidos Weg an die politische Spitze, den damals noch niemand erahnen kann, ist nicht nur von Erfolgen, sondern auch von manch schmerzlicher Niederlage gekennzeichnet. Doch auf die Unterstützung seiner „politischen Eltern“ – so stellt er uns gegenüber Dritten immer vor – kann

er sich jederzeit verlassen. Als er beispielsweise 1981 auf dem Juli-Bundeskongress bei der Wahl zum Pressesprecher und stellvertretenden Bundesvorsitzenden die Nachfolge von Hartmut antreten soll, scheidet er im ersten Anlauf und will aufgeben. Aber Hartmut überzeugt ihn, doch noch einmal anzutreten, und setzt sich in einer Brandrede vor den Juli-Delegierten für Guido ein. Im zweiten Wahlgang klappt es. Guido wird sogar mit einem ordentlichen Ergebnis gewählt. In der Zeit als Pressesprecher entwickelt Guido auch sein rhetorisches Talent, mit dem es ihm immer wieder gelingt, Mehrheiten zu gewinnen und sogar Parteitage zu drehen.

Es gibt später noch mehr brenzlige Situationen, wo wir helfen können. Und so entwickelt sich eine tiefe Freundschaft, die 36 Jahre lang besteht – bis zu Guidos Tod im März 2016.

Immer feiern wir unsere runden Geburtstage miteinander, auch Guidos 50. auf Mallorca und unseren 60. in Berlin. Guido sagt an diesem Abend zu uns: „Wir feiern auch unseren 90. zusammen.“ Leider kommt es anders. Wir vermissen ihn sehr.

Liane Knüppel war 1980 Mitinitiatorin der Jungen Liberalen. Sie war 10 Jahre lang Vorsitzende des Netzwerk 80. Seit 2010 ist sie stellv. Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

REDE

Zur Europapolitik

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!

Lieber Herr Genscher, Sie haben in ihrer Rede davon gesprochen, dass die Sozialisten das vereinte Europa, den Weg zu einem vereinten Europa blockieren. Nur, Margret Thatcher ist kein Sozialist! Es sind eben auch die Konservativen, die einem vereinten Europa entgegenstehen.

Dass **der Europagedanke lebt**, daran bestehen wohl keine Zweifel. Denn selbst wer schläft oder im Koma liegt, kann medizinisch betrachtet jedenfalls noch als lebend bezeichnet werden. Nur dieses Europa wollen wir eben nicht! Wir wollen kein Europa, das in Richtlinien und Verordnungen, in Schlusskommuniqués, im Kampf um nationale Interessen und halbherzigen Kompromissen versinkt. Wir wollen kein Europa der DIN-Normen. **Wir wollen ein Europa der Ideale.**

Beifall

Für dieses Europa sind auch Jugendliche dann bereit einzutreten, nicht aber für das Europa, wie es sich gegenwärtig darstellt, das jährlich hunderttausende Tonnen von Lebensmitteln vernichtet, sinnlos vernichtet!

Und, lieber Herr Genscher, Sie haben auch in ihrer Rede den Abbau der Subventionen gefordert. In der Agrarpolitik, denke ich, gilt dies auch. Die Worte höre ich gern, die Worte höre ich wohl; allein, mir fehlen noch ein bisschen die Taten dabei. Wo ist eigentlich die europapolitische Begeisterung der 50er und 60er Jahre? Wo sind die Europapolitiker heute, die, statt in Brüssel und Straßburg über Bleistiftstärken zu verhandeln, durch konkrete Aktionen auf der Straße für das vereinte Europa werben? Wo sind eigentlich auch die **Grenztürmer** geblieben, die Grenztürmer auch aus dem Europaparlament, die damals Schlagbäume zersägten, um für die Abschaffung der Grenzen zu demonstrieren?

Mit der heutigen Europapolitik, wie sie sich gegenwärtig darstellt, werden wir kaum jemanden nachhaltig für ein vereintes Europa gewinnen. Wir brauchen wieder **Schwung und Fantasie in der Europapolitik**. Unsere Zugpferde Martin Bangemann und Hans-Dietrich Genscher werden allein eben nicht ausreichen.

Motor unserer Politik muss dabei wieder die Idee und das Ideal einer Europäischen Union werden und nicht die Eigendynamik einer leider Gottes aufgeblähten EG-Bürokratie. Mag man auch sagen, wir hingen in der Europapolitik einer Utopie nach - in der Politik braucht man, so glaube ich, manchmal Utopien.

Mit dem Weg jedenfalls, jedem alles recht zu tun, lässt sich niemand überzeugen. Notwendig sind vielmehr klare Worte, klare programmatische Aussagen. An diesen mangelt aber der Programmwurf zum ELD-Wahlprogramm an vielen Stellen, leider an fast allen Stellen.

Teilweise
Zustimmung

Wir Junge Liberale erhoffen uns deshalb von diesem Bundeshauptausschuss, dass er Mut hat und dass er deswegen mutige klare Konturen auch für das ELD-Wahlprogramm beschließt und in München einbringt. Klare programmatische Aussagen sind gefragt. Nur, wenn hier auch ein **europapolitischer Funke** entfacht wird, kann ein solcher Funke auf den Wähler überspringen.

REDE

Mehr Freiheit, weniger Staat

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde,

nur wenige Kilometer von hier entfernt wurde vor 36 Jahren in Heppenheim die Gründung der F.D.P. proklamiert. Seitdem hat die F.D.P. eine **wechselvolle Geschichte** hinter sich mit vielen politischen Erfolgen, aber auch mit einigen existenzbedrohenden Krisen.

Gegenwärtig befinden wir uns wieder in einer solchen Krise; wahrscheinlich der schwersten seit der Gründung. Aber, wie in der Wirtschaft, so gilt auch in der Politik:

Es gibt importierte und hausgemachte Krisen.
Die Krise der F.D.P. ist hausgemacht:

In einer Zeit, in der sich immer mehr Bürger von den beiden großen Volksparteien abwenden und von Mal zu Mal entscheiden, wen sie wählen, müsste eine kleine liberale Partei, die traditionell von Wechselwählern zehrt, eigentlich profitieren.

Es sind zwar **schwere Zeiten für Liberale**, aber es sind beileibe keine Zeiten, in denen die Liberalen nicht gebraucht würden.

Freiheit wird nach wie vor bedroht. In einer liberalen Gesellschaft muss eigentlich gelten: Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt. Wir entwickeln uns aber zu einer Gesellschaft, wo es heißt: Was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten. Der Eingriff in die persönliche Freiheit muss begründet werden und nicht umgekehrt das Ausbleiben eines Eingriffs. Bürokratische Wucherungen schaffen persönliche Unfreiheit. Es ist ein Alarmsignal, wenn das Kürzel BRD nicht mehr als Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen wird, sondern spöttisch als „Beinahe Regelungen Dicht“.

Die Politik der Liberalen „Mehr Freiheit, weniger Staat“ wird gebraucht, wie nie zuvor.

Woran liegt es aber dann, dass die F.D.P. kränkelt? Vor allem aber, wie finden wir aus dieser Krise wieder heraus?

Manche empfehlen jetzt den Ausstieg aus der Regierung, den Bruch der Bonner Koalition, den Gang in die Opposition.

Und in der Tat ist die Bundesregierung gegenwärtig in einem Zustand, für den man sich als Parteimitglied vor seinen Freunden öfter entschuldigen muss, als gut sein kann. Die Stichworte Amnestiegesetz, Buschhaus, Wörner-Kießling, stehen für die herausragenden Pannen dieser Bundesregierung. Anstatt aber diese Pannen zuzugeben, verbucht der Bundeskanzler zum Beispiel die Wörner-Kießling-Affäre noch als Beispiel seiner politischen Führungsstärke, weil er Wörner im Amt belassen habe. Das Gegenteil wäre Führungsstärke gewesen. Wer politische Argumente im Schlafzimmer eines Generals sucht, zeigt doch nur, dass er im Arbeitszimmer nichts Anstößiges gefunden hat.

Aber ich bezweifle dennoch, dass Opposition gleichbedeutend ist mit Regeneration. Im Gegenteil: Ich habe nicht den Eindruck, dass die SPD sich gegenwärtig regeneriert. Die SPD ist in den zwei Jahren Opposition in eine Zeit vor ihr Godesberger Programm zurückgefallen. Sie ist zu einer Partei geworden, die wieder glaubt, sie könne die herrschenden Wirtschaftsprobleme mit dem Griff in die Mottenkiste des staatlichen Dirigismus lösen. Und sie ist zu einer Partei geworden,

die in peinlichster Weise keine Kapriolen auslässt, um sich den Grünen anzubieten.

Ich glaube nicht, dass das Patentrezept für die F.D.P. Opposition heißt.

Man kann als Regierungspartei vieles bewirken und auch manches verhindern: Wenn die Bundesregierung in diesem Herbst nur aus CDU/CSU bestanden hätte, dann wären die ausländerfeindlichen Pläne von Friedrich Zimmermann Wirklichkeit geworden. Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg der F.D.P., diese Pläne verhindert zu haben. Die Qualität einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht. Die F.D.P. ist in der Ausländerpolitik ihrem Anspruch, **Anwalt der Minderheiten** zu sein, gerecht geworden. Dieses Beispiel zeigt, dass es möglich ist, sich auch in der Regierung als kleinerer Koalitionspartner **politische Eigenständigkeit** zu bewahren. Das setzt aber voraus, dass man als Partei zunächst die eigene Position vertritt und anschließend erst den erzielten Kompromiss, und nicht umgekehrt von vornherein in die Öffentlichkeit mit Kompromissformen geht.

Hier ist nicht nur die Partei, hier sind vor allem die Regierungsmitglieder der F.D.P. gefragt. Hier ist der Justizminister gefragt, der immer noch auf illiberale Gesetzesvorhaben der Union mehr reagiert, als die Innen- und Rechtspolitik offensiv zu gestalten. Die F.D.P. darf in dieser Regierung nicht nur Bremser sein, sie muss zum **Motor** werden.

Hier ist aber auch der neue Bundeswirtschaftsminister gefragt, von dem man viel zu wenig hört. Es ist doch peinlich, dass nicht der liberale Wirtschaftsminister, sondern der Außenminister Wortführer gegen die beschäftigungspolitisch unsinnige Forderung nach einer Ergänzungsabgabe war.

Ein weiteres ist zur Eigenständigkeit zu sagen: **Koalitionen sind keine Liebesehen, sondern Zweckbündnisse auf Zeit**. Genauso wie wir Junge Liberale uns in der F.D.P./SPD-Koalition gegen die Bezeichnung „historisches Bündnis“ gewehrt haben, lehnen wir diese Bezeichnung für die F.D.P./CDU-Koalition ab.

Das eben Genannte betraf überwiegend die Darstellung der F.D.P., das Folgende betrifft ihr Selbstverständnis:

1. Wir Junge Liberale müssen den in diesem Jahr mit der Einbringung des Liberalen Manifestes begonnenen **Prozess von der Funktionspartei zur Programmpartei vorantreiben**. Die F.D.P. muss mehr sein als der Mehrheitsbeschaffer für Kanzler und Ministerpräsidenten, sie muss wieder mit den eigenen politischen Aussagen und Programmen überzeugen. Wahlmotiv muss die liberale Politik der F.D.P. sein und nicht ihre Funktion im Parteiengefüge.

2. Wir Junge Liberale müssen allen entgegentreten, die aus der F.D.P. eine Lobbyistenpartei für wen auch immer machen wollen. Die F.D.P. darf nicht zu einer reinen Mittelstandspartei werden, die nur noch die Interessen der Handwerker, Ärzte oder Rechtsanwälte vertritt, auch wenn hier gegenwärtig das größte Wählerpotenzial liegt. **Der politische Liberalismus ist in allen Bevölkerungsschichten zu Hause**, bei Unternehmern, bei Angestellten, und was oft vergessen wird, auch bei manchem Arbeiter. Die F.D.P. ist keine wirtschaftliche Interessenvereinigung, sondern die politische Heimat aller Liberalen. Für Liberale ist nicht die Demoskopie Maßstab des Handelns, sondern die eigene Überzeugung. 5 % der Wählerstimmen zu gewinnen ist alleine kein politisches Ziel, für das sich zu kämpfen lohnt. Oder wie Dahrendorf sagt: „Die Frage ist nicht, ob die F.D.P. überlebt, sondern ob sie als Partei der Freiheit und damit als bewegende Kraft der deutschen Politik überlebt.“

Die Demoskopie zu ernst genommen, führt zu blindem Aktionismus, führt zur Stimmungsdemokratie, in der Politik nur noch mit dem „Bauch“ und nicht auch mit dem Kopf gemacht wird. In der Politik muss man für seine Überzeugung eintreten. Entweder man bekommt für sie eine Mehrheit, dann ist das gut. Oder man bekommt keine Mehrheit, dann ist das schlecht. Nur weil man aber für seine Meinung gegenwärtig keine Mehrheit, oder auch nur 5 % bekommt, kann man seine Überzeugung nicht beliebig auswechseln.

3. Wir Junge Liberale müssen für die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der F.D.P. kämpfen. Die Flick-Spenden haben dem Ansehen der Parteien insgesamt, der F.D.P. insbesondere, gerade bei vielen Jugendlichen schweren Schaden zugefügt. Die F.D.P. muss sich an die Spitze einer **Offensive gegen den Glaubwürdigkeitsverlust der Politik** stellen. Die Offenlegung der Abgeordneteneinkünfte nach amerikanischem Vorbild wäre hierfür eine Maßnahme.

Dabei geht es nicht darum, den gläsernen Abgeordneten zu schaffen. Sondern es geht darum, dass der Bürger das Recht hat, mehr über seine Vertreter, die er wählt, zu wissen, als die Abgeordneten über den Bürger.

Wir Junge Liberale fordern die Aufklärung der gesamten Affäre in dem Bewusstsein, dass auch F.D.P.-Politiker unter Umständen persönliche Konsequenzen ziehen müssen.

Liebe Freunde,

ich bin zuversichtlich, dass wir uns mit diesen Vorstellungen auch in der F.D.P. durchsetzen werden. Die Jungen Liberalen sind zwischenzeitlich zu einer Jugendorganisation geworden, die politisches Gehör findet und deren **Einfluss stetig wächst**. Wir haben im letzten Jahr einige **Erfolge** erzielt, die sich sehen lassen können:

- Unsere „ökologische Marktwirtschaft“ ist Bestandteil des neuen Grundsatzprogramms.
- Unsere Forderungen des letzten Bundeskongresses nach einer Solderhöhung für Wehr- und Zivildienstleistende, sowie nach der Auflockerung des Arbeitsplatzvermittlungsmonopols wurden vom Bundestag bzw. der Bundesregierung beschlossen. Die Auflockerung des Arbeitsplatzvermittlungsmonopols mag vielleicht keine zehntausende von Stellen gebracht haben, aber wenn hierdurch nur einige hundert Ausbildungsplätze geschaffen wurden, hat sich unsere Initiative gelohnt.

- Die Ferienmonatsregelung beim BAföG wird gestrichen. Dies bedeutet, dass die BAföG-Bezieher ab 1985 auch im Ferienmonat August wieder BAföG erhalten.
- Der Generationswechsel in der Parteispitze wurde eingeleitet.
- Wir haben mit Helmut Haussmann einen politischen Generalsekretär und nicht, wie ursprünglich geplant, einen Verwaltungsbeamten bekommen.
- Vor allem aber: das Amnestiegesetz scheiterte nicht zuletzt am geschlossenen Widerstand der Jungen Liberalen. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass man als kleinere Jugendorganisation oftmals mehr erreichen kann, als die beiden großen unbeweglichen Tanker. Die Junge Union hat mit einer Viertelmillion Mitglieder das Amnestiegesetz in ihrer Partei nicht zu Fall gebracht. Die Jungen Liberalen hatten mit knapp 4000 Mitgliedern deutlich Anteil am Scheitern des Amnestiegesetzes in der F.D.P.
- Diese Erfolge und unser stetiger Mitgliederzuwachs haben dazu geführt, dass der **Stellenwert der Jungen Liberalen in der F.D.P. deutlich gestiegen** ist. Die Teilnahme von Wolfgang Gerhardt, Hans-Dietrich Genscher und Martin Bangemann an unserem Bundeskongress ist hierfür ein sicheres Indiz.

Wir können feststellen: Die Jungen Liberalen sind trotz schwieriger Rahmenbedingungen nach wie vor im **Aufwärtstrend**.

Und noch etwas haben wir erreicht: Die Jungen Liberalen sind auch im Ansehen der Öffentlichkeit keine lammfromme Parteigliederung mehr, sondern eine **kritische Jugendorganisation**.

Wir sind in kritischer Solidarität mit der F.D.P. verbunden.

Wir werden auch im nächsten Jahr genug Anlass haben, Kritikfähigkeit und Solidarität gleichermaßen zu beweisen. Kritikfähigkeit, wenn wir in der F.D.P. die Interessen der Jugendlichen vertreten.

Zwei Beispiele will ich hier nennen:

1. Wir Junge Liberale werden nicht nachlassen, die vollständige Wiederherstellung des Schüler-BAföG zu fordern. Durch die Streichung des Schüler-BAföG sind vielfach soziale Härtefälle entstanden, die die Chancengleichheit im Schulbereich ernsthaft gefährden. Für Liberale aber stehen Chancengleichheit und Bildung als Bürgerrecht nicht zur Disposition. Wir brauchen beides: die Förderung der hochbegabten, ebenso wie die Breitenförderung.

2. Wir Junge Liberale lehnen eine Wehrdienstverlängerung von 15 auf 18 Monate als sachlich nicht geboten ab. Erst müssen alle anderen Maßnahmen gegen die Personalmisere der Bundeswehr ergriffen werden. Es erinnert doch an einen Schildbürgerstreich, den Wehrdienst zu verlängern, wenn gleichzeitig noch Leerlauf in vielen Bereichen der Bundeswehr herrscht. Und ferner: Immer noch wird ein Drittel eines jeden Jahrganges untauglich geschrieben, darunter Leistungssportler und Spieler der Fußballbundesliga. Die Anziehung der Tauglichkeitskriterien wäre auch ein Beitrag zu mehr Wehrgerechtigkeit. Neue personalsparende Technologien müssen nicht nur bei den Waffen, sondern auch in der Verwaltung eingesetzt werden. Und schließlich meine ich, darf die gegenwärtige Friedensstärke der Bundeswehr von 495.000 Mann nicht länger als Tabu behandelt werden. Die F.D.P.-Fraktion hat sich bei ihrer Zustimmung zur Wehrdienstverlängerung von zweifelhaften Zahlen eines zweifelhaften Verteidigungsministers beeindrucken und über den Tisch ziehen lassen. Vor allem die Zivildienstleistenden sind von dieser Verlängerung unverhältnismäßig stark betroffen. Sie sollen sogar 24 Monate Dienst leisten, obgleich der Zivildienst schon jetzt mit 20 Monaten fünf Monate länger dauert als der Wehrdienst. Wenn wir schon eine Verlängerung des Wehrdienstes nicht vollständig verhindern können, so müssen wir doch mit aller Kraft für eine Abkoppelung des Zivildienstes von der Wehrdienstverlängerung eintreten.

Liebe Freunde,

aber wir werden im nächsten Jahr auch genug Gelegenheit haben, unsere **Solidarität mit der F.D.P.** zu beweisen.

Solidarität, wenn es darum geht, bei den kommenden Landtagswahlen für den organisierten Liberalismus bei den Jugendlichen einzutreten. Denn trotz aller Kritik gilt: Wir sind nicht Mitglied in einem „kleinsten Übel“, sondern wir sind Mitglied in einer Partei, von deren liberalen Grundsätzen und Zielen wir überzeugt sind, auch wenn wir an der heutigen F.D.P. einiges ändern wollen.

Bei den kommenden Landtagswahlen werden sich die Jungen Liberalen **besonders mit den Grünen auseinandersetzen**, die bei den Jugendlichen starke Zuwächse haben.

Aber, und das sage ich vor allem an die Adresse einiger F.D.P.-Politiker, führen wir diese Auseinandersetzung sachlich und differenziert. Die **plumpe Verteufelung des politischen Gegners passt nicht zu liberaler Sensibilität**. Die Grünen bieten genug Anlass zur sachlichen Auseinandersetzung. So haben sie sich immer noch nicht von der Gewalt als Mittel in der Politik distanziiert. Dabei kann sich auch niemand seinen eigenen Gewaltbegriff schaffen, ebenso wenig wie Gewalt gegen Sachen nicht dadurch zum Kavaliersdelikt wird, dass sie sich, wie bei den Manöverbehinderungen in diesem Herbst, gegen militärische Einrichtungen wendet. Gewalt als Mittel der Politik ist für Liberale nicht akzeptabel.

Insbesondere aber müssen wir der Zukunfts- und Perspektivlosigkeit der Grünen entgegentreten. Unser Motto **„Mut zur Zukunft“** steht gegen Pessimismus und Endzeitstimmung in der Gesellschaft. Wir Liberale müssen Schluss machen mit diesem lähmenden Kulturpessimismus und der Fortschrittsangst. Die Öffnung der Gesellschaft für die neuen Technologien muss zu einem Schlüsselthema für die Politik der F.D.P. werden. Die technologische Entwicklung hat zwar beispielsweise viele Umweltprobleme geschaffen, aber nur die technologische Weiterentwicklung wird viele dieser Probleme lösen können. Wer sich daher, wie die Grünen, so fundamental jedem technologischen Fortschritt verweigert, schadet auch dem Umweltschutz. Oder anders ausgedrückt, wie es in dem Antrag des Berliner Landesverbandes heißt: „Kreatives Potenzial nicht mit der Abwendung neuer Technologien beschäftigen, sondern für die Lösung der mit ihnen

verbundenen Probleme nutzbar zu machen!“ Bei der Abwendung dieser Risiken ist liberale Innen- und Rechtspolitik zum Beispiel beim Datenschutz neu gefordert.

Liebe Freunde,

nutzen wir diesen Bundeskongress als Beginn einer jungen liberalen **Offensive gegen Zukunftsangst, gegen Kulturpessimismus und gegen apokalyptische Endzeitstimmung in der Gesellschaft.** Und nutzen wir diesen Bundeskongress als Beginn einer **jungen liberalen Offensive gegen Resignation in der F.D.P.**

Auch hier gilt unser Motto „Mut zur Zukunft“.

Die Krise der F.D.P. ist hausgemacht.

Aber gerade weil die Krise hausgemacht ist, können wir aus eigener Kraft aus ihr auch wieder herausfinden.

Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingt.

Vielen Dank!

REDE

Fünf Jahre Junge Liberale

Anrede,

vor wenigen Wochen haben wir in Bonn das fünfjährige Bestehen der Jungen Liberalen gefeiert. Als wir uns vor fünf Jahren auf dem ersten Bundeskongress in der Bad Godesberger Stadthalle gegründet haben, gaben nur wenige Beobachter aus Partei und aus den Medien uns realistische Chancen, die Jungdemokraten abzulösen. Mittlerweile ist aus dem unerwünschten Stiefkind der Parteispitze die anerkannte Jugendorganisation der F.D.P. geworden. 500 Jungen Liberalen 1980 stehen heute mehr als 4000 Mitglieder gegenüber. Während die Jungen Liberalen vor fünf Jahren noch als „brave Politik-Popper“ belächelt wurden, findet man heute in den Zeitungen immer häufiger Bezeichnungen wie „Hefe im Teig der F.D.P.“ und „Die Julis als lebhafteste der politischen Jugendorganisationen“. Wir gelten als kritische Jugendorganisation, die nicht zu allem Ja und Amen sagt, was die Parteispitze sich ausdenkt.

Wir haben 1980 einen Jugendverband mit klarer Funktionsbeschreibung gegründet: Zum einen wollen die Jungen Liberalen die Interessen der Jugendlichen in der Partei vertreten, zum anderen aber wollen wir auch bei den Jugendlichen für den Liberalismus,

für die F.D.P. werben. Wir stehen zur F.D.P. nicht in einem „instrumentellen Verhältnis“; für uns ist die F.D.P. auch nicht das kleinste Übel, das es zu bekämpfen gilt, sondern die Partei, von deren Grundsätzen wir überzeugt sind. Wir stehen auch nicht irgendwo außerhalb der Partei, sondern wir sind der Jugendverband in der F.D.P. Von dieser klaren Positionsbeschreibung hängt unsere Durchsetzungskraft auch gegenüber der Partei ab.

Und noch etwas ist dafür wichtig: Die Jungen Liberalen sind kein Flügelverband, sondern der Jugendverband der ganzen F.D.P.

Die Anerkennung als Jugendorganisation der F.D.P. hat nicht nur ein Mehr an Einfluss mit sich gebracht, sondern auch ein **Mehr an Aufgaben**.

So positiv die Außenwirkung der Jungen Liberalen ist, innerverbandlich haben wir noch mit Defiziten aufzuräumen. Dies gilt für den **innerparteilichen Informationsfluss**, der regelmäßiger werden muss, dies gilt für die Anbindung der Arbeitskreise an die politische Arbeit des Bundesvorstandes, die noch verbessert werden kann. Und dies gilt natürlich auch für manchen Reibungsverlust in der Organisation, der sich abstellen lässt.

Auf der anderen Seite stelle ich aber auch ein gutes Stück wachsendes Anspruchsdenken und Versorgungsmentalität im Verband fest. Bedenkt bei den Ansprüchen, die ihr an den Bundesvorstand richtet: Wir haben das Gleiche nach außen zu leisten, wie Junge Union und Jungsozialisten, wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen. Wir haben aber nur einen Bruchteil ihres Apparates und ihrer finanziellen Mittel zur Verfügung. Insbesondere die Aufgaben der Geschäftsstelle mit anderthalb Mitarbeitern lassen sich ohne eine Vergrößerung nicht erweitern. Für unsere Bundesgeschäftsführerin, Gisela Gerling, gelten geradezu „frühkapitalistische Zustände“. Von einer 40-Stundenwoche ist sie tagelang entfernt. Hier gilt für das letzte Jahr mein besonderer Dank.

Es wäre schön, wenn sich manch einer bei den Jungen Liberalen öfter an unser Gründungsmotto erinnern könnte: „Der Eigeninitiative eine Chance!“

Eine weitere Entwicklung begann mit unserer Anerkennung. Jugendorganisation der F.D.P. zu werden war das übergeordnete Ziel der Jungen Liberalen. Hinter diesem Ziel traten kleinliche Auseinandersetzungen zurück. Die politische Diskussion im Verband und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner muss Thema Nummer 1 bei den Jungen Liberalen sein und bleiben.

Wir sind als Junge Liberale 1982 bei unserer Anerkennung in das kalte Wasser gesprungen, ohne zu wissen, ob wir tatsächlich schwimmen können. 1985 stellen wir fest, dass die Staffel der Jungen Liberalen weder im Stil, noch in der Schnelligkeit den Vergleich mit den anderen Jugendorganisationen zu scheuen braucht.

Liebe Freunde,

die F.D.P. hat in dem letzten Jahr einen echten Aufschwung geschafft:

Nicht zuletzt durch die Unterstützung der Jungen Liberalen konnte die F.D.P. alle drei Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen gewinnen. Auffällig hat die F.D.P. vor allem im Bereich der **Jungwähler** wieder Fuß fassen können. Trotzdem werden die Jungwähler von der F.D.P. immer noch unterschätzt. Dabei gilt für jeden Manager in der freien Wirtschaft: Ein Produkt, das sich bei den Jungen nicht durchsetzt, hat auch bei den Älteren kaum eine Chance. Anders ausgedrückt (Hans-Joachim Otto): Wer die Jugendlichen für sich gewinnt, der bekommt die Älteren sozusagen im Huckepackverfahren mitgebracht.

Als **Trendsetter** sind die Jungwähler sozusagen wahlentscheidend. Die neuesten Untersuchungen und Jugendstudien belegen wissenschaftlich, was wir seit zwei Jahren bereits politisch vermuten: Es gibt einen Stimmungsumschwung, es gibt einen **Wertewandel bei den Jugendlichen**.

Der Anteil der leistungsbereiten Jugendlichen nimmt Jahr für Jahr zu: Die Liberalen mit einer klaren marktwirtschaftlichen Politik sind für diese Jugendlichen der natürliche politische Ansprechpartner. Allerdings - und auch das belegen die Forschungen - verneinen diese leistungsbereiten Jugendlichen jede Form der Ellenbogengesellschaft.

Als ich im Oktober die F.D.P. öffentlich aufgefordert habe, **stärkere soziale Sensibilität** zu zeigen, nicht zur Partei der „sozialen Kälte“ zu werden, schlugen die Wellen aus der Partei erwartungsgemäß hoch. Aber ich bleibe dabei: Das Leistungsprinzip ist kein darwinistischer Selbstzweck. Leistung muss sich für den Einzelnen vor allem deshalb lohnen, damit die soziale Sicherheit der Gesellschaft finanzierbar bleibt. Einen Gegensatz zwischen liberaler Marktwirtschaftspolitik und sozialer Empfindlichkeit darf es nicht geben.

Wer die größtmögliche Freiheit für den Einzelnen fordert, muss gleichzeitig für soziale Sicherheit eintreten. Ohne ein **soziales Minimum** haben die schönsten Freiheitsrechte nur nachgeordneten Wert. Dies ist die **soziale Wurzel des Liberalismus**.

Die F.D.P. ist keine Wirtschaftspartei der Betuchten. Sie muss wieder stärker als Partei erscheinen, bei der auch Arbeitnehmer gut aufgehoben sind. Auch wenn die Arbeitnehmerinteressen beileibe nicht deckungsgleich mit dem sind, was die Gewerkschaften als solche definieren: Die Gewerkschaften sind ebenso unverzichtbar in der Bundesrepublik wie die Arbeitgeberverbände. Eine Novellierung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) darf nicht zur Waffenungleichheit zwischen beiden Seiten führen. Sie dient ausschließlich dem Zweck, die Neutralitätspflicht des Staates in Arbeitskämpfen wiederherzustellen. Nicht weniger, aber vor allem auch nicht mehr.

Für die Jungen Liberalen gibt es aber in diesem Bereich noch eine weitere zentrale Aufgabe: Wir müssen mit unserer Politik dazu beitragen, dass kein Prozess der Gewöhnung an zwei Millionen Arbeitslose bei denen eintritt, die davon nicht betroffen sind. Arbeitslosigkeit ist nicht nur das Problem der Arbeitslosen. Insbesondere **Jugendarbeitslosigkeit ist gesellschaftspolitischer Sprengstoff** mit

Zeitzündung. Die Jugendlichen, die heute auf Dauer keine Arbeits- oder Lehrstelle finden, werden nur schwer von unserer Gesellschaftsordnung zu überzeugen sein.

Die **Gewöhnung an Arbeitslosigkeit zu verhindern**, ist die erste Voraussetzung, sie zu bekämpfen.

An zweiter Stelle ist dann eine **konsequent marktwirtschaftliche Politik** notwendig. Staatlicher Dirigismus und die Technologiefeindlichkeit der Sozialdemokraten und Alternativen, aber auch der Gewerkschaften verzögert nur notwendige Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur. Technologiefeindlichkeit verzögert damit auch den Abbau der Arbeitslosigkeit. Neue Technologien werden Arbeit nicht nur humaner machen, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen. Allerdings in anderen Bereichen: Dienst- und Serviceleistungen rücken in den Vordergrund, Fließbandarbeit dagegen wird fast vollständig verschwinden.

Wenn es um marktwirtschaftliche Politik geht, hat auch die Bundesregierung noch einiges aufzuarbeiten. Das Ziel dieser Bundesregierung hieß 1982: Subventionen abbauen und nicht erweitern! Mit Halbherzigkeit beim Subventionsabbau werden wir mit dem weitverbreiteten Versorgungsdenken in der Bundesrepublik nicht fertig.

Im Übrigen, wie soll denn die dringend notwendige Steuerreform ohne Subventionsabbau finanziert werden? Gerade diese **Steuerentlastungen und die damit verbundene Senkung der Lohnnebenkosten** werden die Wirtschaft neu beleben und neue Arbeitsplätze schaffen. An dieser Stelle: Ich halte es für den falschen Ansatz, jetzt mit sogenannten Juniortarifen, also vorübergehend niedrigeren Einstiegsgehältern für Berufsanfänger, Anreize für die Einstellung von jugendlichen Arbeitslosen zu schaffen. Eine solche Politik wird ein Rotationsprinzip auf dem Arbeitsmarkt auslösen. Die voll bezahlten Arbeitskräfte werden entlassen, um preiswertere einzustellen. Natürlich ist Arbeit in der Bundesrepublik zu teuer geworden. Aber die Schwarzarbeit beweist, es liegt nicht so sehr an den Löhnen, sondern an den Lohnnebenkosten, die abgebaut werden müssen.

Liebe Freunde,

auch wenn Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenwärtig naturgemäß vorrangig ist: Wir dürfen unsere **alte politische Spannbreite nicht verlieren**. Dies ist auch eine Aufgabe der Jungen Liberalen, darauf zu achten, dass Innen- und Rechtspolitik, dass Minderheitenpolitik nicht mit dem Hinweis auf vermeintliche F.D.P.-Klientel zum liberalen Stiefkind verkümmert. Asylpolitik, Ausländerpolitik, Zivildienstnovellierung sind nicht mit dem Koalitionswechsel plötzlich unmodern geworden. Im Gegenteil: Die Jugendlichen, die wir ansprechen, sind für eine **leistungsorientierte, aber vor allem auch eine tolerante Politik**.

Wenn 40 Jahre nach einer Zeit, in der Deutsche selbst tausendfach auf Asyl angewiesen waren, Unionspolitiker heute unser Asylrecht „verlummern“ lassen wollen, ist die Grenze der Kompromissfähigkeit auch emotional erreicht: Wir dürfen als Liberale bei einer Verschärfung des Asylrechts nicht mitmachen!

Wenn wir uns in der Innen- und Rechtspolitik als Anwalt für Minderheiten bezeichnen, heißt das nicht, dass wir uns auch zwingend mit den Entscheidungen der Minderheiten identifizieren. Wir wollen aber möglich machen, dass diese Entscheidungen möglich bleiben.

Unabhängig davon, ob wir zum Beispiel die Entscheidung für den Zivildienst für richtig halten, dürfen wir nicht zulassen, dass durch eine Verlängerung ins Uferlose die grundgesetzlich garantierte Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung ausgehöhlt wird.

Auf Antrag des Bundesvorstands der Jungen Liberalen hat der Bundesparteitag der F.D.P. in Saarbrücken im Februar eine Korrektur des geltenden Zivildienstrechts gefordert und insbesondere die pauschale Verlängerung um ein Drittel gegenüber dem Wehrdienst abgelehnt. Für eine Verlängerung des Zivildienstes gibt es nur zwei Gründe:

Erstens muss eine Gewissensentscheidung indiziert und zweitens sollen alle Wehrübungen abgegolten werden. Auch die geplanten Veränderungen bei der Bundeswehr eingerechnet, ließen sich diese beiden Ziele mit drei bis vier Monaten Verlängerung erreichen. Alles was darüber hinausgeht, mutet an eine ideologisch begründete Strafaktion gegen Wehrdienstverweigerer an, deren Wurzel Unverständnis und Intoleranz der Konservativen gegenüber Andersdenkenden ist.

Wir Junge Liberale dürfen nicht zulassen, dass solche Themen als angeblich beim liberalen Wähler gegenwärtig nicht erwünscht, der Koalitionsdisziplin zum Opfer fallen.

Die CDU/CSU braucht auch in der Innen- und Rechtspolitik eine Mehrheit, die sie nicht hat, und die sie ohne die F.D.P. auch nicht bekommt.

Bei allem Verständnis für das Harmoniebedürfnis unserer F.D.P.-Politiker gegenüber den Politikern der Union, bei allem Unverständnis für das Bedürfnis, sich ausgerechnet mit Franz-Josef Strauß freundschaftlich zu umarmen, ist bei all diesen Verbrüderungsgesten nicht zu vergessen, dass die **Harmonie mit der Partei wichtiger ist als die Harmonie mit der Union.**

Niemand erwartet bei den Jungen Liberalen, dass die F.D.P. alles durchsetzt, aber dass sie es wenigstens versucht, verlangen wir. Ich wünschte, die F.D.P. hätte bei der Zivildienstnovellierung nur halb so viel Hartnäckigkeit gezeigt, wie bei der Frage, ob die Steuerreform in ein oder zwei Zügen sinnvoll ist.

Liebe Freunde,

eng mit dem Thema Zivildienstnovellierung war im letzten Jahr das Thema Wehrdienstverlängerung verbunden.

Die Tatsache, dass die F.D.P. dieser Wehrdienstverlängerung zugestimmt hat, hat an der Ablehnung der Jungen Liberalen hierzu nichts geändert.

Es ist richtig: ohne die Wehrdienstverlängerung ließe sich die bisherige Stärke der Bundeswehr von 495.000 Mann nicht halten. Wenn aber die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik rückläufig ist, kann doch die Bundeswehrstärke nicht die einzige unabänderliche Größe sein.

Durch moderne und personalsparende Waffentechnologien ließe sich die Präsenzstärke der Bundeswehr verringern, ohne die Verteidigungsfähigkeit herabzusetzen.

Vor allem aus bündnispolitischen Gründen hat die F.D.P. der Wehrdienstverlängerung zugestimmt.

Viel entscheidender für das Bündnis, als 30.000 Bundeswehrsoldaten mehr oder weniger, ist die **strategische Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten**.

Würde SDI realisierbar, wäre Westeuropa von den USA sicherheitspolitisch abgekoppelt. Langstreckenraketen mag man durch SDI noch bekämpfen können, Kurz- und Mittelstreckenraketen sind aber hierdurch nicht erreichbar.

Die Jungen Liberalen haben 1982 für den NATO-Doppelbeschluss gestimmt, weil das atomare Gleichgewicht den Frieden sicherer macht. Streben nach militärischer Überlegenheit ist dagegen friedensbewahrend. Streben nach Überlegenheit liegt aber auch dann vor, wenn die eine Seite sich atomare Angriffswaffen vorbehält, andererseits aber gleichzeitig vermeintliche Unverwundbarkeit erreichen will.

Hinzu kommt, dass wir als Europäer eine militärische Strategie nur dann gutheißen können, wenn sie einen atomaren und konventionellen Holocaust verhindern kann. Das ist beim **Prinzip der atomaren Abschreckung** der Fall. SDI hingegen macht einen konventionellen Krieg nur führbarer und damit auch wahrscheinlicher.

Für mich ist SDI sicherheitspolitisch von einer historischen Gefährlichkeit. Hinter diesen sicherheitspolitischen Bedenken stehen alle technologischen Überlegungen weit zurück.

Aber selbst wenn: Wer fürchtet, Europa könne technologisch den Anschluss verlieren, wenn es bei dem gigantischsten Subventionsprogramm der amerikanischen Regierung für die amerikanische Wirtschaft in der amerikanischen Geschichte nicht mitmacht, der soll lieber im zivilen Bereich EUREKA auch finanziell unterstützen und es nicht als „Worthülse“ attackieren. Der soll vor allem die **europäische Einigung vorantreiben** und nicht mit diesem Veto-Vandalismus bei Getreidepreisen neue Stolpersteine aufbauen.

Bei SDI jedenfalls fallen höchstens technologische Brotkrumen für Europa ab.

Der Bundesvorstand der Jungen Liberalen hat deshalb erklärt: Wir lehnen jede Form der staatlichen SDI-Sanktionierung durch die Bundesregierung ab. Gleichgültig ob sie sich Rahmenabkommen, Briefwechsel oder Memorandum schimpft.

Wenn wir die SDI-Forschung jetzt staatlich sanktionieren, können wir in 20 Jahren kaum noch etwas gegen die Entwicklung tun, und was entwickelt wird, wird auch produziert, und anschließend stationiert, insbesondere wenn es Milliarden gekostet hat.

Liebe Freunde,

SDI wird ein Schwerpunktthema dieses Bundeskongresses sein. Die **Deutschlandpolitik** ist ein zweites. Sie ist nicht zufällig zum Schwerpunktthema geworden: Die Jungen Liberalen wollen mit ihrem Deutschlandpapier **den zunehmend nationalistischen Tendenzen dieses Jahres eine Absage erteilen.**

Das polnische Volk hat für die gespenstische Diskussion in der Bundesrepublik bei ihrer Westgrenze mit Recht kein Verständnis. Das Problem sind aber nicht einige exotische Schlesier-Funktionäre.

Das eigentliche Problem ist die deutschlandpolitische Ungewissheit in der Union.

Die CDU/CSU-Fraktion muss endlich klären, dass nicht ihre „Falken“ Dregger, Czaja und Hupka das Sagen haben, sondern ihre aufgeschlossenen Vertreter wie Volker Rühle. Diese Klärung in der Union wäre auch eine Entlastung der Koalition.

Als weitere Entlastung der Koalition sollte die Union endlich auch klären, wie konsequent sie für **Menschenrechte** eintritt. Die ideologische Einäugigkeit der Konservativen steht der der Sozialdemokraten und Alternativen beim Thema Menschenrechte in nichts nach. Was für ein Sturm der Entrüstung wäre in der Union entfacht, wenn die gleiche Anzahl von Menschen statt in Südafrika in Polen oder in der Tschechoslowakei von den Sicherheitskräften ermordet würden. Und zum Thema Menschenrechte zählt auch das **Recht auf Leben** und inwieweit sich die Bundesrepublik durch **Waffenexporte** mit-schuldig an Krieg und Terror in anderen Ländern macht. Es ist richtig: Der Satz, vom deutschen Boden darf nie wieder Krieg ausgehen, ist zu ergänzen: **Mit deutschen Waffen darf nie wieder Krieg geführt werden!**

Liebe Freunde,

das Thema Menschenrechte ist für Liberale ebenso wichtig wie Innen- und Rechtspolitik oder Wirtschaftspolitik. Wir Liberale treten **ohne ideologische Scheuklappen für Menschenrechte** ein, ob sie in Nicaragua, Afghanistan, Polen oder Südafrika verletzt werden. Um mit Böll zu sprechen: Es gibt eine Pflicht zur Einmischung in die innere Angelegenheit der Menschenrechte.

Liebe Freunde,

keiner dieser drei Politikbereiche alleine für sich genommen ist der eigentliche Grund, warum wir uns bei den Liberalen und in der F.D.P. engagieren sollten.

Erst die Gesamtheit dieser Politik macht die Unverwechselbarkeit mit den anderen Parteien aus. Wer nur die Wirtschaftspolitik, nur die Innen- und Rechtspolitik oder nur die Außenpolitik in die Öffentlichkeit dringen lässt, liefert ein Zerrbild liberaler Politik.

Diesen theoretischen Anspruch zur praktischen Politik der F.D.P. zu machen, ist eine schöne Aufgabe für die nächsten fünf Jahre Junge Liberale.

Vielen Dank!

REDE

Politik mit Perspektive

Anrede,

ich will meinen Bericht mit einer Verabschiedung beginnen: Seit 1984 hat Gisela Gerling-Koehler als Bundesgeschäftsführerin für die Jungen Liberalen gearbeitet. Von einer 40 Stundenwoche ist dieser Job tagelang entfernt. Gewisse Ereignisse, deren Folgen mittlerweile nur unvollständig auch von sehr weiter Kleidung überdeckt werden können und an deren Verursachung ein ungenannter stellvertretender Bundesvorsitzender Anteil hat, zwingen uns zu einer Verabschiedung von Gisela als Bundesgeschäftsführerin auf diesem Kongress. Wir wünschen dir, liebe Gisela, alles Gute. Unserer neuen Bundesgeschäftsführerin, Ulrike Berger-Dick, wünschen wir für die bevorstehende Arbeit viel Erfolg!

Ganz überwiegend wird der Verband jedoch auch auf Bundesebene von ehrenamtlicher Arbeit getragen. Gerade der Bereich der innerverbandlichen Information konnte im vergangenen Jahr hierdurch verbessert werden. Gisela Piltz hat ihren Info-Dienst zu einer echten Argumentationshilfe ausgebaut. Robert Kroth sorgt wieder für eine regelmäßige und attraktive Mitgliederzeitung, die sich übrigens als Folge der mittlerweile ansprechenden Aufmachung durch Anzeigen

zur Zeit selbst finanziert. Die so freigewordenen Mittel wurden unter der Verantwortung von Knut Gerschau in zahlreiche Publikationen investiert, die die Untergliederungen auch sehr rege abgefragt haben.

Vor allem aber die **Mitgliederentwicklung der Jungen Liberalen** ist sehr erfreulich. Während die anderen Jugendorganisationen über Stagnation und Rückgang klagen, haben wir ca. 1000 neue Mitglieder hinzugewonnen.

Die **Zahl unserer Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene** konnte um drei junge Liberale vergrößert werden. Wir gratulieren Peter Bollhagen und Hans-Jürgen Hielscher zu ihrem Einzug in die Bremer Bürgerschaft bzw. den Hessischen Landtag. Unserem neuen Abgeordneten im Deutschen Bundestag, Werner Hoyer, wünschen wir ebenfalls viel Erfolg für die bevorstehende parlamentarische Arbeit. Mit Werner Hoyer im Bundestag und Andreas Reichel im nordrhein-westfälischen Landtag ist der Kölner Kreisverband übrigens bundesweit vorbildlich, was die Anzahl der Juli-Mandatsträger anbelangt.

Wir sind eine Jugendorganisation, die nicht nur den Anspruch erhebt, Politik theoretisch zu denken, sondern die sie auch praktisch durchsetzen will. Dafür brauchen wir parlamentarische Standbeine auf allen Ebenen.

Ich kann die Orts- und Kreisverbände nur ermutigen, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen auch **eigene Juli-Kandidaten für die F.D.P.-Listen** vorzuschlagen. Parlamente sind keine Ältestenräte, sondern repräsentative Gremien, in denen auch Jüngere ein Recht darauf haben, vertreten zu sein. An die Adresse der F.D.P. sage ich: Wenn von den jüngsten zehn Abgeordneten des Deutschen Bundestages neun den Grünen und einer der Union angehören, erhöht dies nicht gerade die Attraktivität der Liberalen bei den Jugendlichen. Gerade bei den Jung- und Erstwählern erzielt die F.D.P. gegenwärtig die größten Zuwächse. Unser Potenzial ist hier noch längst nicht erschöpft.

Mandate sind auch für die jungen Mandatsträger kein Selbstzweck. Sie dienen der Durchsetzung von Gruppeninteressen, in diesem Fall derer der Jugendlichen.

Gibt es diese **Jugendspezifischen Belange** über die Allgemeinpolitik hinaus? Braucht man jenseits des Freizeitwertes politische Jugendorganisationen?

Am augenscheinlichsten ist dabei noch die Lobbyistenfunktion, die von Jugendlichen im ausschließlich jugendpolitischen Bereich wahrgenommen wird. Ich will im folgenden einige Beispiele aus dieser Kategorie ansprechen, die die Arbeit des Bundesvorstandes im vergangenen Jahr dominiert hat:

In den Bereich der **Bundesausbildungsförderung** ist sowohl für Studenten, als auch für Schüler neue Bewegung gekommen. Wir haben 1982 die Forderung erhoben, das Studenten-BAföG auf Vollدارlehen umzustellen. Wer etwas von der Gesellschaft erhält, aufgrund dessen er sich eine Ausbildung finanzieren kann, mit der er später voraussichtlich sehr viel mehr verdient als die meisten Arbeitnehmer, der kann das, was er erhalten hat, auch an die Gesellschaft zurückgeben. Mit dieser Forderung waren die Anhebung des Förderungsbetrages, sowie die Ausweitung des Kreises der Förderungsberechtigten verbunden. Spätestens seit den Veröffentlichungen des Deutschen Studentenwerkes ist bekannt, wie deutlich der BAföG-Höchstsatz unter dem erforderlichen Existenzminimum liegt. Und auch das sogenannte Mittelstandsloch weist auf die Ungerechtigkeit der bestehenden unflexiblen Förderung hin.

Von der **Verkürzung der Ausbildungszeiten** ist viel die Rede. Im Vergleich zu den angelsächsischen Studenten kommen unsere Jahre später in den Beruf, und sie sind dabei auch nicht besser. Man erreicht die Ausbildungszeitverkürzung durch eine Reduzierung des Lehrstoffes. Vor allem aber ist die soziale Absicherung der Studenten hierfür erforderlich. Wer ein Drittel seines Studiums mit Jobben oder mit Jobsuche beschäftigt ist, zieht sein Studium natürlich in die Länge.

Auch beim **Schüler-BAföG** sind Korrekturen erforderlich. Die 1983 erfolgte, nahezu totale Streichung des Schüler-BAföG hat die Chancengleichheit im Schulbereich aus dem Lot gebracht. Die Wieder- oder Neueinführung staatlicher Schülerförderung ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Jungen Liberalen begrüßen die von Bundesbildungsminister Möllemann nach seiner Amtsübernahme eingeleitete **Überprüfung der Schüler- und Studentenförderung**. Wir sehen darin auch einen Erfolg unserer stetigen, jahrelangen Überzeugungsarbeit. Auch in der Jugendpolitik gilt eben die Politikdefinition von Max Weber. Politik ist das andauernde Bohren von sehr dicken Brettern mit sehr dünnen Bohrern.

Ein weiteres Ergebnis unserer Politik ist die Einrichtung eines deutsch-amerikanischen Rates für den **Jugendaustausch** in diesem Jahr. Viel zu wenige Jugendliche haben die Gelegenheit zu transatlantischen Begegnungen. Während das Amerikabild hierzulande von Fast Food, Dallas und Denver geprägt wird, verbinden viele Amerikaner mit Deutschland Lederhosen und jüngst auch die Schwarzwaldklinik.

Auch politisch gibt es besorgniserregende Entwicklungen: In der Bundesrepublik werden gerade für große Teile der politischen Linken die Amerikaner heute das, was für unsere Großväter die Franzosen waren.

Es gibt einen dritten Weg zwischen Vasallentreue und Antiamerikanismus. Nicht die gegenseitige Akzeptanz der jeweiligen politischen Entscheidungen ist erforderlich, sondern das gegenseitige Verständnis ihrer Motive.

Auch nach Glasnost und Perestroika kann von einer Äquidistanz zu der Sowjetunion und den USA nicht die Rede sein. Dem steht die **Wertegemeinschaft der Demokratien** entgegen.

Der Jugendaustausch bestimmte noch in einem anderen Bereich die Arbeit des Bundesvorstands. Auf unserem Bundeskongress im Frühjahr des letzten Jahres in Osnabrück haben wir das Deutschland-

papier der Jungen Liberalen beschlossen. In diesem Jahr fand nach einem Forum der Jungen Liberalen zur **Deutschlandpolitik** im Reichstag eine Begegnung zwischen dem 1. Sekretär der Freien Deutschen Jugend, Eberhard Aurich, und mir in Ost-Berlin statt. Dabei wurde die **Aufnahme und Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Verbänden** vereinbart.

Die Qualität unserer Deutschlandpolitik misst sich nicht alleine an der Anzahl der Programme, sondern in erster Linie an der Anzahl der innerdeutschen Begegnungen. In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich die **beiden Beobachter der FDJ auf diesem Bundeskongress**. Wir sehen in Eurer Teilnahme die Fortsetzung einer Entwicklung, an deren Ende innerdeutsche Besuche nicht nur in der Spitze auf Funktionärscherebene, sondern in der Breite bei den Mitgliedern unserer Organisationen stehen.

Liebe Freunde,

wo Licht ist, ist auch Schatten.

Unsere Forderung nach einer Korrektur des geltenden **Zivildienstrechts** konnten wir zwar in der F.D.P., aber leider nicht in der Koalition durchsetzen. Der Zivildienst wird somit ab 1989 ein halbes Jahr länger dauern als der Wehrdienst. Wir Junge Liberale verurteilen diese Koalitionsentscheidung und kündigen an, dass die Zivildienstreform ein politisches Ziel bleibt, für das wir kämpfen werden. Die Schere zwischen Wehrdienst und Zivildienst darf nicht noch größer werden!

Die Aufgabe einer Jugendorganisation ist aber noch weiter gefasst als „nur“ direkte Interessenvertretung. BAföG, Jugendaustausch, Wehr- und Zivildienst sind wichtige Anliegen, aber sie sind nur ein Teil des Auftrages einer Jugendorganisation.

Ebenso wichtig ist die Aufgabe einer Jugendorganisation, **gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzuzeigen, Tabus zu brechen**. Alte Zöpfe werden nicht von denen abgeschnitten, die sie seit Jahren tragen. Bei

einer politischen Jugendorganisation kommt noch ihre Wächterfunktion in ihrer jeweiligen Partei hinzu. Mit unserer Forderung nach einer Öffnung der Bundeswehr für den freiwilligen und gleichberechtigten Dienst von Frauen sind wir ein gesellschaftliches Tabu angegangen.

Frauen in Uniform mit dem Maschinengewehr in der Hand, Panzer fahrend oder in Geländeübungen sind Bilder, die nicht in das alt-hergebrachte Rollenverständnis passen. Die 3K-Welt unserer Großmütter, Kinder, Küche, Kirche, dominiert noch immer das Denken vieler Männer und Frauen. 20.000 Frauen stehen vor einem geschlechtsspezifischen Berufsverbot. Dieses Berufsverbot abzuschaffen hat nichts mit Lückenbüßerei für fehlende Jahrgangsstärken der Männer zu tun, aber viel mit der Gleichberechtigung der Frau.

Zum Thema **Personallücke der Bundeswehr** bin ich im Übrigen nicht der Auffassung, dass die Bundeswehr in einer kleiner werdenden Gesellschaft eine unabänderliche Größe ist. 495.000 Mann Präsenzstärke sind kein Tabu.

Es ist ein Zeichen der gestiegenen politischen Durchsetzungskraft der Jungen Liberalen, dass wir als Meinungsführer die Forderung nach einer **Öffnung der Bundeswehr für Frauen** auf dem vergangenen Bundesparteitag der F.D.P. durchsetzen konnten. Wann konnten Junge Union oder Jungsozialisten das letzte Mal politische Meinungsführerschaft für sich reklamieren?

Die Forderung nach einer Öffnung der Bundeswehr für den freiwilligen Dienst von Frauen kann jedoch nur ein Ausschnitt unserer Gleichberechtigungspolitik sein. Mit der Einrichtung eines eigenen Arbeitskreises soll die Gleichberechtigung ein Schwerpunktthema dieses Bundeskongresses sein.

Nicht durchsetzen konnten wir auf dem Bundesparteitag hingegen unsere Forderung nach **gezielten Sanktionen gegen Südafrika**. Ein entsprechender Antrag des Juli-Bundesvorstandes wurde an die Fraktion überwiesen. Es ist ein schlimmer Zustand, dass beispielsweise die deutsche Lufthansa wirtschaftlich vom Boykott anderer

Fluggesellschaften durch Ersatzflüge profitiert. Die Subventionierung von Südafrikageschäften durch Hermes-Bürgschaften ist ebenso wenig akzeptabel.

Von den Konservativen ist – übrigens ebenso wie von der politischen Linken – nur ideologische Einäugigkeit beim **Kampf für die Menschenrechte** zu erwarten.

Reiseverbot für Blüm von Bundeskanzler Kohl, Glückwunschtelegramme von Strauß zur Wiederwahl von Botha, und als Krönung der Menschenverachtung wird die Folter der 14 inhaftierten Chilenen von selbigem als „unfeine Behandlung“ bezeichnet. Dieses Sommertheater war die geschmackloseste Gruselvorstellung der letzten Jahre.

Die Tatsache, dass sich 20 Mitglieder des Landesausschusses der bayerischen Jungen Union nicht zu schade sind, auf Einladung der Regierung in Pretoria nach Südafrika zu reisen, um anschließend die Südafrika Politik von Hans-Dietrich Genscher zu attackieren, ist ein in diesem Land viel zu wenig bekannter Skandal. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!

Was die Südafrikapolitik der Liberalen anbelangt, gehe ich davon aus, dass uns die F.D.P. im Hinblick auf gezielte Sanktionen in absehbarer Zeit folgen wird. Unser Antrag vom Bundesparteitag wurde zwischenzeitlich Beratungsgrundlage der Fraktion. Führende Außenpolitiker haben ein Einlenken signalisiert.

Liebe Freunde,

man kann über gesellschaftliche Fehlentwicklungen nicht sprechen, ohne etwas zur **politischen Kultur in diesem Lande** zu sagen:

Durch die Kieler Affäre erhalten alte Vorurteile neue Nahrung. Aber es stimmt nicht: Politik ist nicht schmutzig, sondern allenfalls einzelne Politiker sind es. Es gibt keine Patentrezepte für die Wiederherstellung politischer Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit ist niemals kollektiv, sondern immer individuell.

Einzelne Vorschläge dürfen dennoch gemacht werden. Es gibt Ansätze, staatliche Institutionen wieder näher an den Bürger zu bringen. Politischer Stil gehört dazu. Die Fähigkeit zum Irrtum ist eine wichtige Voraussetzung für Glaubwürdigkeit, die leider noch zu häufig als Opportunismus diffamiert wird.

Vielleicht gibt es auch Wahl-Instrumente. Die Urwahl der Bürgermeister schafft ein höheres Maß an Identifikation. Kumulieren und Panaschieren wären auch auf Bundesebene eine **Bereicherung der repräsentativen Demokratie**. Wenn der Wähler die Möglichkeit hat, nicht nur starre Listen zu wählen, sondern einzelne ihm glaubwürdig erscheinende Kandidaten nach vorne zu häufeln, werden Parlamente möglicherweise auch wieder repräsentativer. Kritiker halten dem die letzte italienische Parlamentswahl entgegen, wo plötzlich der Fußballstar und das Pornomodell einen Sitz errangen. Diese Gefahr besteht unzweifelhaft und muss gesehen werden. Die Demokratie verkrachtet eine Cicciolina im Parlament aber besser, als ein zweites Waterkantgate.

In jedem Fall müssen wir den politisch Abgeschreckten von dem Rückzug in das Schneckenhaus der Privatisierung abraten. Wenn sich alle Glaubwürdigen angewidert abwenden, bleiben nur die Unglaubwürdigen übrig.

Ich befürchte, dass **Politikverdrossenheit, Protest- und Nichtwähler-tum sowie andauernde Jugendarbeitslosigkeit** für immer noch viel zu viele Jugendliche eine unheilvolle Gleichung bilden, an deren Ende die Zunahme des politischen Extremismus in der Bundesrepublik stehen kann.

Es ist nicht so sehr der einzelne Bremer Bürgerschaftsabgeordnete der Rechtsextremen, der mich beunruhigt. 4,4 % der männlichen Jung- und Erstwähler wählten in Bremen die Rechtsextremen. 3 % für die Republikaner in Bayern. 0,6 %, das bedeutet zum ersten Mal seit Jahren wieder 1,2 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung, für die NPD.

Vor allem die **Jugendarbeitslosigkeit** ist gesellschaftspolitischer Sprengstoff. Es ist nicht verwunderlich, wenn sich Jugendliche von einer Gesellschaft abwenden, in der sie gleich zu Beginn ihres beruflichen Werdeganges oft jahrelang scheitern. Aber diejenigen, die jetzt wieder ihr Heil in den fehlgeschlagenen Beschäftigungsprogrammen der Sozialdemokratie suchen, täuschen eine Lösung vor, die nicht trägt. Zur politischen Ehrlichkeit zählt, den **Umstrukturierungsprozess der Wirtschaft zu beschleunigen und ihn sozial abzusichern**. Wer die Phase des Umbruchs hingegen verlängert, verlängert auch die Phase der Arbeitslosigkeit.

Für uns kommt die Aufgabe hinzu, einen Prozess der Gewöhnung an Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau zu verhindern. Neben der Jugendarbeitslosigkeit selbst sind oft gesellschaftliches Unverständnis und mangelnde Aufmerksamkeit für den einzelnen Betroffenen Ursachen eines zunehmenden Extremismus.

Ich habe in einem Schreiben an die beiden Bundesvorsitzenden der anderen Jugendorganisationen zu einer **konzertierten Aktion von Junge Union, Jungsozialisten und Jungen Liberalen** gegen dieses Erstarken des Extremismus aufgefordert. Die Junge Union hat ihre Bereitschaft signalisiert. Die Jungsozialisten haben in dieser Woche abgelehnt.

Diese Unfähigkeit zur politischen Zusammenarbeit bei einer originären Gemeinschaftsaufgabe der Jugendorganisationen ist kein Beitrag zur politischen Kultur.

Ich fordere die Jungsozialisten auf: Springt über euren Schatten! Lasst uns gemeinsam gegen diese rechtsextremen Leimrutenfänger zu Felde ziehen!

Dabei ist die **Auseinandersetzung mit Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen** erforderlich.

Gewalt ist der Feind der Demokratie. Dies gilt für die Gewalt gegen Personen im Besonderen, wobei die Gewalt gegen Sachen eine Vor-

stufe hiervon ist. Wortakrobatik, die uns die Legitimität von Gewalt gegen Sachen in einer rechtsstaatlichen Demokratie einreden will, zeugt allenfalls von rhetorischer, nicht aber von politischer Reife. Wer sich an der Verrohung des Gewaltbegriffs beteiligt, liefert das theoretische Rüstzeug für die Gewalt selbst. In diesem Zusammenhang melden sich weite Teile grüner Fundamentalisten, an der Spitze die Vorstandssprecherin, Jutta Ditfurth, aus der Demokratie und dem Rechtsstaat ab.

Die Frage ist, wie die Politik auf **Gewalt beispielsweise bei Demonstrationen** reagieren soll.

Der falsche Weg wäre es, jetzt die Rechtspolitik mit der Wut im Bauch anstatt mit dem Verstand im Kopf zu machen.

Die Jungen Liberalen haben nicht die geringste Sympathie für verummte Chaoten. Der Vorschlag, das bestehende **Vermummungsverbot** zu verschärfen, würde aber erst der Polizei, und anschließend dem Staat als Ganzem mehr schaden, als dass es jemals nutzen kann. Ulrich Wildermuth schreibt in einem bemerkenswerten Leitartikel der Süddeutschen Zeitung: „Jeder Politiker, der das strafbewehrte Vermummungsverbot heute so vehement fordert, wird schnell in Erklärungsnotstand kommen, wenn sich die Gewalttäter nach der Gesetzesänderung weiter verummt zeigen - nichts wird in der Sache gewonnen sein, nur der Staat steht als der Blamierte dar, weil er das unter großem politischem Aufwand durchgefochtene Verbot nicht durchsetzen kann.“

Der Polizei sollte vielmehr die Möglichkeit der Einzelfallabwägung nach der bestehenden Gesetzeslage erhalten bleiben. Wir wollen die Polizisten nicht in ein Legalitätsprinzip zwingen, nachdem sie dann die Eskalation der Gewalt in friedlichen Demonstrationen erst provozieren muss.

Der Vorschlag, sogenannte Opportunitätsklauseln auch in ein strafbewehrtes Vermummungsverbot aufzunehmen, ist nicht akzeptabel. Erhält die Polizei von einer Straftat Kenntnis und kann sie den Straf-

täter ergreifen, so muss sie auch weiterhin dazu verpflichtet sein. Für Polizisten darf es keinen Ermessensspielraum geben, welche Straftäter sie verfolgt und welche nicht. Dies wäre verfassungsrechtlich bedenklich und politisch gefährlich.

Die Expertenanhörung vom 13. November 1987 hat zwar neue Mehrheiten, aber keine neuen Argumente gebracht. Alle Argumente für und gegen die Verschärfung des Vermummungsverbots waren uns vorher bekannt.

Es stellt sich dabei als Fehler heraus, dass die Anhörung offenbar nicht Flankierung und Beratung war, sondern zum Ersatz der politischen Entscheidung wurde. Nahezu alle Polizei-Experten aus unionsregierten Ländern haben für, und alle Experten aus SPD-regierten Ländern gegen eine Verschärfung des Vermummungsverbots gestimmt. Expertenanhörungen, zumal mit dieser politischen Vorzeichnung, ersetzen nicht die Entscheidung der Politiker, sie können sie allenfalls begleiten.

Handlungsbedarf besteht nicht beim Gesetzgeber, sondern in der [Anwendung der schon bestehenden Gesetze](#). Warum werden überwiegend junge unerfahrene Polizisten bei gefährlichen Veranstaltungen eingesetzt, wo sie dann auch noch defensiv als lebendiger Schutzwall vor Bauzäunen missbraucht werden? Die Bildung von speziell ausgebildeten und ausgerüsteten Festnahme- und Beweissicherungseinheiten der Polizei in allen Ländern ist längst überfällig. Staatsanwälte und Ermittlungsrichter vor Ort sollen in flagranti festgenommene Gewalttäter noch in Gegenwart der festnehmenden Polizeibeamten vernehmen können, um gegebenenfalls einen Haftbefehl zu erlassen.

Vor diesem Hintergrund habe ich in der Sitzung des Bundesvorstandes der F.D.P. am 15. November 1987 den Beschluss, der die Verschärfung des Demonstrationsrechts vorsieht, abgelehnt. Ich glaube auch nicht, dass es für die F.D.P. nach einem Einlenken einfacher werden wird, wie mancher hofft. Die Partei wird sich lediglich zwischen alle Stühle setzen.

Und Franz Josef Strauß hat ja bereits seine Unersättlichkeit angekündigt.

Opportunitätsprinzip hin, Legalitätsprinzip her; die Union will das Egalitätsprinzip: egal, was die Leute machen, sie müssen bestraft werden.

Natürlich ist die Frage, ob Verrohung in einer friedlichen Demonstration Ordnungswidrigkeit oder Straftat sein soll, an sich keine liberale Grundsatzfrage. Allenfalls unter dem symbolischen Aspekt könnte man sie so nennen.

Die Grundsatzfrage liegt woanders. Müssen wir eine Position, von deren Falschheit wir überzeugt sind, nur deshalb annehmen, weil sie einer breiten Öffentlichkeit angeblich besser zu vermitteln ist?

War das nicht der traditionelle Unterschied zwischen uns und den Volksparteien?

Die Jungen Liberalen werden sich **auf dem Weg von der repräsentativen Demokratie in die Stimmungsdemokratie querstellen.**

Der Parteitag am 12. Dezember 1987 entscheidet an dieser Stelle über zwei unterschiedliche Politikkonzeptionen. Ich fordere die F.D.P. Minister auf, in der Kabinettsitzung am 2. Dezember 1987 eine Entscheidung, die die Delegierten vor vollendete Tatsachen stellen würde, zu verhindern.

Unabhängig davon, wie der Parteitag entscheidet, sollten die Abgeordneten der F.D.P., befreit vom Fraktionszwang, nach ihrem Gewissen entscheiden.

Die F.D.P. ist zu Recht stolz auf eine offensive Wirtschafts- und Außenpolitik. Sie darf aber ihre Konfliktbereitschaft nicht nur auf diese beiden Felder reduzieren. Die defensive Verhinderung liberaler Gesetzesvorhaben in der Innen- und Rechtspolitik ist nur die eine Seite der Medaille.

Natürlich ist es eine Aufgabe der Liberalen in dieser Koalition, die **Rolle rückwärts in die Fünfzigerjahre zu verhindern**. Wie notwendig das ist, beweist diese virile Kombination aus Zölibat und Biedermeier namens Gauweiler. Hier wird die Krankheit **Aids** instrumentalisiert, um das eigene Weltbild durchzusetzen. Nicht der Kranke ist der Feind der Gesellschaft, sondern die Krankheit.

Die andere Seite der Medaille ist das offensive, reformerischer Element der Liberalen. Das muss hingegen erst wieder zurückerobert werden. Bringen wir mit eigenen Vorschlägen die Union in die Defensive. In der Ausländerpolitik, beim Umweltschutz, im Datenschutz, durch den Abbau der Regelungsdichte in der Bundesrepublik, und auch die Minderheitenpolitik ist nach dem Koalitionswechsel nicht plötzlich unmodern geworden. Weltoffenheit und Leistungsorientierung ergänzen, aber ersetzen nicht Toleranz und Liberalität.

Liebe Freunde,

die Aufgabe einer Jugendorganisation ist auch weiter gesteckt, als direkter Interessenvertreter und gesellschaftlicher bzw. innerparteilicher Mahner zu sein.

„Politik mit Perspektive“ heißt das Motto dieses Bundeskongresses. **„Die Zukunft gestalten, statt Krisen verwalten“** lautet eine weitere Devise der Julis. Das ist kein Spruch, sondern ein Anspruch.

In der Bundesrepublik hat das Denken in Legislaturperioden das Denken in Generationszeiträumen nahezu gänzlich abgelöst. Die deutsche Politik handelt sich nur noch von Wahl zu Wahl. **Perspektivische Politik und der visionäre Politiker** sind museale Raritäten unserer Parteienlandschaft.

Die individuelle Daseinsvorsorge für die eigenen Nachkommen wird mit Akribie, die **kollektive Daseinsvorsorge für die nachfolgenden Generationen** dagegen kaum betrieben.

Zukunftspolitisch verstanden, ist Jugendpolitik eine Querschnittsaufgabe. Wir müssen die Folgen der heutigen Politik ausbaden.

Dieses Verständnis von Jugendpolitik war im vergangenen Jahr Maßstab des Bundesvorstandes, als er sich auch zu einer Vielzahl von sogenannten allgemeinpolitischen Themen geäußert hat.

In der **Umweltpolitik** ist es unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass unwiederbringliche Ressourcen nicht vernichtet werden. Unser **Konzept der ökologischen Marktwirtschaft** zeigt langfristig den richtigen Weg auf. Allerdings müssen die Jungen Liberalen auch eine Konkretisierung und Weiterentwicklung dieser Thesen mit mehr Interesse in Angriff nehmen. Die ökologische Marktwirtschaft ersetzt zudem zwar langfristig staatlichen Dirigismus, zur kurzfristigen Schadensbekämpfung ist staatliche Reglementierung nicht gänzlich verzichtbar.

In der Umweltpolitik ist eine **überzeugende Alternative zu den Grünen schon aus parteiegoistischer Sicht erforderlich**. Nach Angaben der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen sind rund 20 % der Wähler der Grünen auch für die F.D.P. ansprechbar. Diese Zahlen widerlegen die sogenannte **Lagertheorie**. In diesem Punkt bin ich mit Franz-Josef Strauß völlig einer Meinung. Wir befinden uns nicht in einem Lager mit Herrn Strauß oder Herrn Zimmermann. Diese Koalition ist ebenso wenig ein Lager, wie die sozialliberale Koalition ein historisches Bündnis war. Die Strategie von Teilen der F.D.P.-Führung, nur innerhalb des Koalitionslagers zu werben, ist ein Irrweg, weil wir langfristig unsere geistige und politische Unabhängigkeit damit aufs Spiel setzen.

Wir müssen auch in der Wählerschaft der SPD und der Grünen erfolgreich wildern.

Hierzu ist eine liberale Umweltpolitik ebenso unerlässlich, wie die **Fortschreibung der energiepolitischen Beschlüsse** vom Bundesparteitag der F.D.P. aus dem Jahr.

Nach Tschernobyl wurde die Parole der Nachdenklichkeit zur Kernenergie ausgegeben. Von der **Kernenergie** als Übergangsenergie war die Rede, die nur noch so lange verantwortbar sei, wie nicht durch andere umweltschonendere Energiegewinnungsformen der

Energiebedarf gedeckt werden kann. Nachdem mittlerweile aber keine doppelköpfigen Kälber mehr geboren werden, gerät all dies in Vergessenheit.

Die Jungen Liberalen müssen wacher bleiben. Wir wollen **noch im Laufe dieser Generation die Kernenergie überflüssig machen, ohne auf die verstärkte Verbrennung fossiler Rohstoffe zurückgreifen zu müssen**. Auch das **Waldsterben** ist Ausfluss eines Restrisikos, nämlich der Verbrennung von Kohle und Öl.

Aus diesem politischen Grund sind wir **gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf oder den Schnellen Brüter in Kalkar**. Weil jenseits der anderen Sicherheitsbedenken Wackersdorf und Kalkar Schritte tiefer in die Kernenergie sind und nicht aus ihr heraus.

Unsere Generation soll die Unabhängigkeit von der Kernenergie noch erleben können.

Perspektivisches Denken ist auch in der **Wirtschaftspolitik** erforderlich. Das herausragende Ergebnis der Beschlüsse zur **Finanzierung der Steuerreform ist, dass sie ohne eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme** finanziert werden wird.

Alein in den letzten acht Jahren hat sich die Staatsverschuldung von 414 Milliarden auf 802 Milliarden DM nahezu verdoppelt. Diese **Schuldenpolitik ist eine jugendfeindliche Politik**. Wir müssen die Schulden, die heute gemacht werden, als Steuerzahler von morgen zurückzahlen. Neue Hypotheken auf die Zukunft der jungen Generation werden auf den entschiedenen Widerstand der Jungen Liberalen treffen.

Stattdessen sollen die Liberalen wieder **stärker die Versorgungsmentalität in diesem Land bekämpfen** und an das Kennedy-Wort erinnern: Bevor du nach dem Staat rufst, besinne dich erst einmal auf deine eigenen Fähigkeiten.

Unter diesem Gesichtspunkt kann die Finanzierung der Steuerreform überwiegend durch den Abbau von Vergünstigungen nur ein Anfang sein. Beim **Abbau auch der Wirtschaftssubventionen** bleibt hinreichend Aufräumarbeit für die Koalition übrig.

Die Versorgungsmentalität zu bekämpfen, ist zudem eine höchst sozial motivierte Politik. Wenn wir so weitermachen und an alle ein Stück vom sozialen Kuchen verteilen, wird für die wirklich Bedürftigen nicht genügend übrigbleiben.

Die **Außen- und Sicherheitspolitik** ist der dritte Bereich, den ich unter dem Gesichtspunkt der Zukunftspolitik ansprechen möchte.

Zu stark wird das Denken in Europa noch vom Ost-West-Schema bestimmt. Gerade in der Bundesrepublik ist die Einsicht in die Notwendigkeit von Nord-Süd-Dialogen, von **Entwicklungspolitik** nicht sehr weit verbreitet.

Die EG verkauft stark subventionierte Nahrungsmittel unter Preis in die Länder der Dritten Welt, und anstatt eigene wirtschaftliche Interessen zuzugeben, geschieht dies auch noch unter dem Deckmantel der Nächstenliebe. Auf diese Weise werden die letzten funktionierenden Lebensmittelmärkte in den armen Ländern zerstört. Lasst uns am Beispiel der Entwicklungspolitik nicht nur Lobby der einheimischen Jugendlichen sein, sondern zeigen wir auch **Verantwortung für die Jugendlichen der Dritten Welt**, indem wir die Verdrängungsmechanismen entlarven und zu einer echten Entwicklungspolitik der Hilfe zur Selbsthilfe beitragen.

Längst schon wohnen mehr Menschen in der südlichen Welthälfte als in der nördlichen.

Auch **sicherheitspolitisch verändern sich die Strukturen**.

Zunächst will ich die nunmehr vereinbarte **doppelte Nulllösung** ausdrücklich begrüßen. Am Zustandekommen dieses Abkommens hat die F.D.P., und besonders Außenminister Genscher wichtigen

Anteil gehabt. Sie hat dafür gesorgt, dass mit dem Verzicht auf die 72 deutschen Pershings durch die Bundesregierung ein entscheidendes Hindernis des Abkommens aus dem Weg geräumt wurde.

Die Jungen Liberalen haben bereits im Sommer, noch vor der F.D.P. den Verzicht auf diese Mittelstreckenraketen gefordert. Wenn es nach der Bunkermentalität mancher Stahlhelmer aus der Union gegangen wäre, lägen heute vor dem Abkommen deutsche historische Stolpersteine.

Die **doppelte Nulllösung im Mittelstreckenbereich** ist für die Jungen Liberalen aber erst der Anfang. Wir fordern auch die **Nulllösung im atomaren Kurzstreckenbereich**. Wir fordern den **einseitigen Abzug aller chemischen Waffen**. Wir fordern endlich ein **Atomwaffentestverbot**. Und wir fordern, unter der Voraussetzung eines konventionellen Gleichgewichts, sowie wirkungsvoller Kontroll- und Inspektionsvereinbarungen, auch die Einrichtung **einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa**.

Über diese Forderungen hinaus ist langfristig aber auch eine **Neuorganisation der westlichen Verteidigungspolitik** erforderlich.

SDI beweist die Notwendigkeit einer sicherheitspolitischen Emanzipation der Europäer. Langstreckenraketen mag man durch ein solches System noch erreichen, vor Kurz- und Mittelstreckenraketen gerade im konventionellen Bereich schützt SDI aber nicht einmal in der Theorie. Schutz in diesen Bereichen ist aber die Voraussetzung für europäische Sicherheit.

Die **westliche Verteidigungspolitik muss künftig auf zwei Säulen stehen**. Die eine sind die Vereinigten Staaten von Amerika, und die andere die Vereinigten Staaten von Europa. Das ist die liberale Alternative zum Neutralismus des Herrn Lafontaine.

Der Wille zur **Europäischen Union** ist nach meiner Einschätzung allen Unkenrufen zum Trotz in der Jugend vorhanden.

Das politische Europa der Milchquoten und Butterberge schreckt ab. Das gelebte Europa der Freundschaften und der Freizügigkeit wird gewollt.

Das alles lässt sich vielleicht nicht in zwei oder drei Legislaturperioden erreichen. Aber wenn diese Ziele in 20 oder 30 Jahren konkret würden, hätte sich unser Einsatz gelohnt.

Wir als Jugendliche müssen gerade in einer Demokratie die langfristige Politikkonzeption immer wieder einklagen. Das Damoklesschwert der Wiederwahl entbindet die Politik nicht von ihrer Pflicht zur Perspektive.

Liebe Freunde,

wären wir abergläubisch, hätte das letzte Jahr eigentlich unser verflixtes siebtes Jahr werden müssen.

Es war aber ein gutes Jahr für die Jungen Liberalen. Den Vergleich mit den immer klassenkämpferischeren Jungsozialisten und der immer konservativeren Jungen Union brauchen wir längst nicht mehr zu scheuen.

Der Verband wächst nicht nur an Mitgliedern, sondern gewinnt auch innerhalb und außerhalb der F.D.P. zunehmend an politischer Bedeutung, programmatischer Durchsetzungskraft und öffentlicher Akzeptanz.

Kein Grund zum Übermut, aber viel Anlass zu Selbstbewusstsein. Bei all denen, die mitgeholfen haben, die Jungen Liberalen so weit voranzubringen, bedanke ich mich zum Abschluss sehr herzlich.

LIBERALER UND CHRIST

Prälat Dr. Karl Jüsten

Guido Westerwelles Vater Heinrich war ein guter Studienfreund meiner Mutter, weshalb wir uns als Gleichaltrige zeitlebens kannten. Guidos Eltern waren herausragende Juristen. Nach ihrer Trennung wuchs Guido mit seinen Brüdern beim Vater auf. Dieser war ein diskussionsfreudiger, humorvoller, um keine Pointe verlegener Mann, der sicher Guidos intellektuelle Begabung schärfte und sein außerordentliches rhetorisches Talent prägte und beförderte. Auch die Leidenschaft für das Reiten hat er sicher von seinem Vater mitbekommen. Bereits als Jugendlicher fand Guido in die Politik. Es ist wohl kein Zufall, dass er bei den Liberalen landete. Er gehörte wohl immer mehr zu den Bürgerlichen, weshalb es ihn nicht zu den Judos zog, die damals mehr und mehr gegen die Mutterpartei F.D.P. opponierten und sich bald von der Mutterpartei endgültig lossagten. In Bonn, seiner Heimat, fand er Kontakte zu den Liberalen auf Bundesebene,

allen voran Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff, die die Pläne, eine bürgerliche Liberale Jugend neu zu gründen, sehr gefördert hatten. So machte Guido schnell von sich reden, als er nach der Wende 1983 Vorsitzender der JuLis wurde. Die Jungliberalen wurden eine Truppe von agilen, eher konservativen Liberalen, bei denen so mancher heutiger FDP-Politiker sein Rüstzeug für die große Politik mitbekam.

Guido war die Bühne der Bonner Hochschulpolitik, wo sich unsere Wege nach unserer Kindheit erstmals wieder kreuzten, folglich zu klein geworden. Seine ganze Energie – und davon hatte er wahrlich sehr viel – steckte er in den Aufbau der Jungliberalen. Schon damals fand er ein beachtliches Medienecho. Mir hatte imponiert, wie sicher er die diversen Formate des TV bediente, keinem Streit aus dem Weg ging und so manche in Stil und Ton provozierte, dabei aber

nie so überzog, dass er sich um Kopf und Kragen redete. Noch heute können sich Jungpolitikerinnen und -politiker nicht nur in dieser Hinsicht von ihm eine Scheibe abschneiden. Trotz seines starken politischen Engagements legte er mit Bravour in dieser Zeit seine beiden Staatsexamina ab und promovierte anschließend auch noch – bis heute ohne jede Beanstandung. Vielleicht können nur die erahnen, die das selbst schafften, was das für eine Leistung war.

Fortan verfolgte ich seinen Weg über die Medien, bis wir uns in Berlin wieder trafen. Er war damals Generalsekretär der FDP und ich zum neuen Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, dem Verbindungsbüro der katholischen Kirche zur Bundespolitik, aufgestiegen. Es war unser Wille, das Verhältnis von den Liberalen zur katholischen Kirche und umgekehrt zu verbessern. Aufbauen konnten wir auf dem Wirken von liberalen Persönlichkeiten wie Cronenberg, van Essen und anderen. Aber auch die kirchen- bzw. religionspolitischen Sprecher, oder der unter seiner Ägide gegründete Arbeitskreis Christen in der FDP-Fraktion sind hier zu nennen. Dass es so kam, ist folglich nicht so sehr unserer freundschaftlichen Verbundenheit zu verdanken, sondern dem schon von Hans-Dietrich Genscher bekundeten Willen, die Freiburger Thesen, die eine radikale Trennung von Staat und Kirche forderten, faktisch zu überwinden. Pro-

grammatisch fand das in den Wiesbadener Grundsätzen seine Anerkennung, alltagspolitisch durch die Gespräche der Spitzen der FDP mit denen der Kirche. Auch programmatisch gibt es Gemeinsamkeiten etwa in den Menschenrechtsfragen und in der Migrationspolitik. Seitdem der sogenannte Fraktionszwang bei bioethischen Themen und Lebensschutzfragen immer seltener eingefordert wird, ist eine zunehmende Zahl von Liberalen wahrzunehmen, die von ihrer Freiheit Gebrauch machen und auch öffentlich Positionen beziehen, wie sie auch von den Kirchen vertreten werden.

Dass das heute so ist, trägt die Handschrift von Guido Westerwelle, dem seine Beheimatung in der evangelischen Kirche wichtig war und der sich zum christlichen Glauben stets, aber nie öffentlich groß bekannte. Er machte nie einen Hehl daraus, dass er mit dem Katholischen auch wegen ihrer Haltung zur Homosexualität haderte, nie aber mit Katholiken, wenn sie ihm offen und frei begegneten, und wenn er durch diese Zuneigung und Freundschaft erfuhr. Danke dafür, und um es in der Sprache der Kirche zu sagen: Vergelt's Gott.

Prälat Dr. Karl Jüsten ist
Leiter des Kommissariats
der deutschen Bischöfe -
Katholisches Büro in Berlin.

Abschnitt

2

**ANFÄNGE IN DER
BUNDESPOLITIK
(1987-1999)**



VOM JUNGEN LIBERALEN ZUM JUNGEN GENERALSEKRETÄR

Die ersten Jahre, in denen sich der junge Guido Westerwelle politisch betätigt hatte, hatten sowohl ihn selbst als Person, als auch die Jungen Liberalen vorangebracht. Mit Selbstbewusstsein und politischem Gespür hatte er es geschafft, wie auch die aus dieser Zeit abgedruckten Reden in diesem Band beweisen, seine politische Linie zu finden und die Jungen Liberalen daran auszurichten.

Die Jungen Liberalen waren zu der kritischen Jugendorganisation geworden, wie sie Westerwelle schon 1983, bei Übernahme des Vorsitzes, vorgeschwebt hatte. Ihr Stellenwert in der FDP, so stellte Westerwelle es selbst dar, war inzwischen deutlich gestiegen. Sie konnten es sich also zutrauen, auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der FDP 1987 in Mannheim im Debattenstreit um das sogenannte „Vermummungsverbot“ sehr selbstbewusst die

Gegenposition zur offiziellen Parteilinie zu vertreten. Die entsprechende Rede Westerwelles eröffnet diesen Abschnitt.

Ab 1988, als er nicht mehr für den Bundesvorsitz der Jungen Liberalen kandidierte, reduzierte Westerwelle zwischenzeitlich sein bundespolitisches Engagement und widmete sich seinem Studienabschluss und der Aufnahme der Anwaltstätigkeit. Gleichzeitig schuf er sich im FDP-Kreisverband Bonn eine politische Basis, von der aus er sich mit wohl dosierten Wortmeldungen im Spiel hielt und seine weiteren politischen Ambitionen vorbereitete.

Der Bundesparteitag der FDP 1994 in Gera stellte dabei einen Einschnitt dar, sowohl im politischen Leben Guido Westerwelles, als auch für die FDP. In den Wochen zuvor war die Partei von heftigen Diskussionen um die Folgerungen aus dem Ergebnis der Bundestags-

wahl und um die daraus zu ziehenden strategischen Schlüsse durchgeschüttelt worden. In dieser Situation wurde, im November 1994, Westerwelle vom Parteivorsitzenden Klaus Kinkel als Generalsekretär vorgeschlagen und auf dem turbulenten Parteitag von den Delegierten ins Amt gewählt. Seine erste Rede als neuer Generalsekretär der FDP, ebenfalls hier abgedruckt, zeigt schon die politischen und strategischen Linien auf, an denen entlang Westerwelle in den folgenden Jahrzehnten seine Politik definieren sollte.

Anfang 1996 zog Westerwelle, als Nachfolger des aus dem Parlament ausscheidenden Heinz Lanfermann, in den Deutschen Bundestag ein. Auch hier zeigte er gleich großes Selbstbewusstsein. Seinen ersten Redebeitrag, die klassische „Jungfernrede“, hielt er nicht als „normale“ Parlamentsrede, sondern er zeigte in einer Kurzintervention zur Steuerdebatte schon die später für ihn so charakteristische rhetorische Angriffslust. Gleiches gilt für die ebenfalls abgedruckte Rede zum Finanzplan des Bundes vom September 1997, bei der schon die argumentativen Vorboten des auf ziehenden Bundestagswahlkampfes zu erkennen sind. In dieser Zeit bemühte sich Westerwelle als Generalsekretär, die FDP in Richtung Eigenständigkeit weiterzuentwickeln, da sich – wie er auch in seinem Buch „Neuland“ schrieb – die

„Ära Kohl“ ihrem Ende zu neigte. Zuerst, so seine Kernaussage, sei die FDP die einzige liberale Partei in Deutschland, und dann erst Koalitionspartner. Klar herausgearbeitet ist dies in der programmatischen Rede auf dem Bundestag 1999 in Bremen, wo es für Westerwelle darum ging, die Rolle der FDP als „putzmuntere Opposition“ zu definieren und zu gestalten.

Zwei weitere erwähnenswerte Reden aus diesem Zeitabschnitt sind in diesem Band abgedruckt: Zum einen musste der Bonner Abgeordnete Westerwelle den Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin „verarbeiten“, was er in seiner Rede im Deutschen Bundestag tat. Zum anderen nahm er sich im Parlament des Themas „Eingetragene Lebenspartnerschaften“ an, bei dem er, lange Zeit vor seinem eigenen „Coming Out“, die liberale Haltung aufzeigte.

Die Reden dieses Zeitabschnitts zeigen eine FDP im Umbruch, maßgeblich vorangetrieben von ihrem jungen, angriffslustigen Generalsekretär.

REDE

Zum Vermummungs- verbot

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!

Eines kann man hier in jedem Fall vorausschicken: Niemand hier im Saal, gleich welchen Antrag er begründet, hat auch nur die geringste Sympathie mit diesen vermummten Chaoten.

Beifall

Die Frage, über die wir uns streiten, ist aber: Wie kann man möglichst effektiv diesen Vermummten begegnen? Dazu sagen wir: Wir halten die **Verschärfung des Vermummungsverbots für schädlich.** Dies wird dem Staat und der Polizei mehr schaden, als es jemals nutzen kann.

Beifall

Wir wollen die **Möglichkeit der Einzelfallabwägung beibehalten.** Wir wollen, dass von Einzelfall zu Einzelfall entschieden werden kann. Wir wollen die Polizisten nicht in ein Legalitätsprinzip hineinzwängen, das ihnen die Möglichkeit der Einzelfallabwägung nimmt oder sie zumindest dem Damoklesschwert der Strafvereitelung aussetzt.

Wir müssen meines Erachtens viel eher fragen, was man mit einer Verschärfung des Vermummungsverbots bewirken könnte. Ulrich

Wildermuth schreibt in einem bemerkenswerten Leitartikel in der „Süddeutschen Zeitung“:

„Jeder Politiker, der das strafbewehrte Vermummungsverbot heute so vehement fordert, wird schnell in Erklärungsnotstand kommen, wenn sich die Gewalttäter nach der Gesetzesänderung weiter vermummt zeigen. Nichts wird in der Sache gewonnen sein, nur der Staat steht als der Blamierte dar, weil er das unter großem politischem Aufwand durchgefochtene Verbot nicht durchsetzen kann.“

Beifall

Jetzt wird auch viel von den beiden Morden in Frankfurt geredet. Natürlich ist das etwas, was uns sehr betroffen gemacht. Aber wir müssen doch nüchtern genug bleiben, um zu erkennen: Wer sich von einer lebenslangen Freiheitsstrafe nicht abschrecken lässt, der lässt sich auch nicht von einem strafbewehrten Vermummungsverbot abschrecken.

Beifall

Ich frage vielmehr: Warum ist die **Gewaltkommission** bis jetzt nicht einberufen worden? Das wäre endlich eine Möglichkeit, sich auch **mit den Ursachen der Gewalt in dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen**. Was entgegnen wir diesen Wortakrobaten, die die Gewalt gegen Sachen angeblich erklären können und schon bei der Gewalt gegen Personen ihre Schwierigkeiten haben? Da gilt es auch, andere Parteien einmal vorzuführen! Das sind die Aufgaben, die sich uns stellen.

Warum haben wir keine besonderen Festnahme- und Beweissicherungseinheiten bei der Polizei? Warum werden immer noch größtenteils unerfahrene Polizisten bei solchen mutmaßlich gewalttätigen Demonstranten eingesetzt? Das sind die Fragen, die uns bewegen und die wir erst einmal beantworten müssen.

Beifall

Es handelt sich nicht um eine liberale Grundsatzfrage im Sinne von liberal oder illiberal, ob man für eine Ordnungswidrigkeit oder für eine Strafbewährung des Vermummungsverbots ist. Die Grundsatzfrage liegt woanders: Müssen wir von einer Position, von deren

Richtigkeit wir seit Jahr und Tag überzeugt waren, nur deshalb abgehen, weil sie angeblich einer breiten Öffentlichkeit sehr viel schwerer zu vermitteln ist?

Beifall

Die Grundsatzfrage ist – darin liegt doch der klassische Unterschied einer liberalen Partei zu den Volksparteien–: Müssen wir hier den Emotionen nachgeben? Gehen wir den Weg von der repräsentativen Demokratie zur Stimmungsdemokratie mit? Meine Damen und Herren, ich sage: Lassen Sie uns als Liberale die Politik nicht mit der Wut im Bauch, sondern mit dem Verstand im Kopf machen! Das spricht gegen ein Vermummungsverbot.

Beifall

Ich akzeptiere den Hinweis auf die demoskopischen Untersuchungen: „Ja, aber unsere Wähler, jene Gruppen und solche, die wollen das“ nicht. In diesen Tagen erinnere ich besonders gern daran: Wir standen gegen eine demoskopische Mehrheit, als wir den NATO-Doppelbeschluss durchgesetzt haben. Die Folge ist, wir haben Abrüstungsabkommen erreicht. **Blieben wir bei der repräsentativen Demokratie, sie ist besser als die Stimmungsdemokratie!**

Beifall

Eine letzte Bemerkung will ich in aller Klarheit machen: Niemand soll glauben, wir könnten uns aus der öffentlichen Schusslinie herausziehen, indem wir jetzt bei dem Vermummungsverbot nachgeben. Im Gegenteil, wir werden uns meines Erachtens zwischen alle Stühle setzen, die überhaupt noch aufgestellt werden können.

Beifall

Niemand soll glauben, die Union ließe sich tatsächlich auf eine Art Koalitionsfrieden ein. Nein, die Union ist unersättlich; Franz Josef Strauß hat das angekündigt. Sie geht nach der Salomitaktik vor: Ein Scheibchen wird abgeschnitten, bevor zum nächsten Schnitt angesetzt wird.

Beifall

In aller Überzogenheit, in aller Spitzheit: Opportunitätsprinzip hin, Legalitätsprinzip her, die Union fordert längst das Egalitätsprinzip: Egal, was die Leute machen, sie müssen bestraft werden!–Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht, meine Damen und Herren. Wir sollten einen Riegel vorschieben und sagen: **Das war's, dahin geht es**

mit uns nicht weiter! Verbrauchen wir unsere ganze Konfliktbereitschaft nicht nur in der Wirtschaftspolitik und in der Außen- und Sicherheitspolitik! **Auch in der Innen- und Rechtspolitik ist eine offensive liberale Politik gefordert.** Lehnen wir bitte den Antrag des Bundesvorstands ab!

Ich danke Ihnen.

REDE

Die F.D.P. als Freiheits-, Fortschritts- und Toleranzpartei

Liebe Parteifreunde,

hinter uns liegt ein Bundestagswahlkampf, in dem die entscheidenden Zukunftsfragen eher versteckt als geklärt worden sind. Eine **Debatte mit Tiefgang über den künftigen Kurs des vereinigten Deutschlands** wurde von allen Seiten vermieden, weil man sich die Peinlichkeit allgemeiner Ratlosigkeit ersparen wollte.

Auch die F.D.P. hat sich zu sehr darauf konzentriert, Tagespolitik zu gestalten und die Regierungsfähigkeit des Landes zu sichern. Das ist zwar durchaus notwendig, ehrenwert und manchmal auch viel, angesichts des Umbruchs in unserem Lande, aber in Zukunft zu wenig.

Die F.D.P. ist **zu sehr Funktionspartei geworden**. Bei Funktionsparteien kann zu viel Programmatik lästig werden. Das haben sie mit den Volksparteien gemeinsam. Bei ihnen ist eher der Pragmatismus gefragt. Solange die Funktion gebraucht wird, fällt die Vernachlässigung des Programmatischen nicht auf. Erst wenn die Exklusivrechte als Mehrheitsbeschaffer und Zünglein an der Waage auslaufen, weil andere Parteien parlamentarisch werden, rächt sich die Vernachlässigung der programmatischen Eigenständigkeit.

Es muss der letzte Bundestagswahlkampf gewesen sein, der die Funktion in den Vordergrund stellt und die eigenen Inhalte zweitrangig werden lässt. **Funktionswahlkämpfe stiften keine liberale Identität.** Mehrheitsbeschaffer zu sein ist kein Lebensgefühl, für das es sich auf Dauer zu kämpfen lohnt. Weil in immer mehr Parlamenten neue Optionen und Modelle entstehen, wird sich das Funktionsargument so weit im Bewusstsein der Wähler abschleifen, dass es nur noch selten taugen kann. Auf lange Sicht wird die F.D.P. von innen austrocknen, wenn sie jetzt nicht die Konsequenzen als **erneuerte Freiheits-, Fortschritts- und Toleranzpartei** zieht, die aus eigener Kraft gewählt werden will.

Nun hat die F.D.P. zahlreiche und umfangreiche Programme. Viele davon sind hervorragend. Was wirklich gemeint ist, wenn mehr programmatische Eigenständigkeit, mehr Programmpartei, gefordert wird, ist **Grundsatztreue**. Der F.D.P. fehlt es an **Grundsätzlichkeit**. Eine Programmpartei verdient dieses Wort nicht als Sammelsurium von Beschlüssen und Programmheften, sondern als Grundsatzpartei, die sich an ihren Grundsätzen auch in der Tagespolitik erkennbar orientiert. Warum ist die F.D.P. für Privatisierung, für Datenschutz, gegen Subventionen und gegen die Diskriminierung von Minderheiten? Doch nicht allein deshalb, weil das irgendwann einmal ein Parteitag irgendwo beschlossen hat.

Was ist das verbindende Band unserer Politik? Die F.D.P. braucht einen **neuen Anfang mit Grundsätzlichkeit, Grundsatztreue und Erkennbarkeit.**

Kontroversen dürfen uns dabei nicht schrecken. Debatte ist etwas ganz Anderes als Streiterei. Für das Profil einer Partei als Programmpartei ist nicht nur das Ergebnis entscheidend, sondern auch der Weg dorthin. Das öffentliche Nachdenken und die öffentliche Diskussion prägen sich beim Betrachter sogar oft noch stärker ein als der Beschluss schließlich selbst. Eine Programmpartei besteht aus ihrem Programm und ihrer ständigen Diskussion über das Programm. **Der Liberalismus vertritt unruhige Bürger. Die F.D.P. hat deshalb auch unruhige Mitglieder.** Produktive Unruhe ist eine Bereicherung

und keine Last. Ordnung, Gleichheit, Freiheit sind die Wesensmerkmale unseres Gemeinwesens.

Wir sind die Freie Demokratische Partei. Unser Urwert ist die Freiheit. **Im Zweifel für die Freiheit.**

Ordnung ist der Urwert der politischen Rechten, einschließlich der Konservativen. Nicht, dass Konservative nicht auch für Freiheit und viel zu oft auch für Gleichheit wären. Stehen die drei Prinzipien aber in Spannung zueinander, entscheidet sich die politische Rechte im Zweifel für die Ordnung. Ordnung als politische Botschaft ist in einer vermeintlich immer unordentlicher werdenden Welt für viele Menschen eine beruhigende politische Aussage. Hier oben - da unten. Da weiß man was man hat. Weil sich die moderne Kommunikationsgesellschaft immer schneller ändert und weil jetzt auch jeder sofort über das Neue alles zu Hause am Bildschirm erfährt, aber es nicht immer versteht, steigt die Zahl derer, die Änderungen ablehnend gegenüberstehen. Die Trägheit der Masse ist nicht nur ein physikalisches Phänomen. Nur nichts Neues. Kein Risiko durch Veränderung eingehen, weder individuell noch kollektiv. Diese Bürgerinnen und Bürger stimmen mit einem Moratoriums-Nein: Einfrieren auf dem status quo. Sie wählen konservativ.

Wie anstößig klingt dagegen die Antwort der Liberalen: Der Staat sind wir alle. Wie unordentlich. Der Staat ist nicht alles. Schlimmer noch: Der Staat darf nicht alles. Das einzig Bleibende ist, dass sich alles ändern wird. **Das größere Risiko liegt heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun.** Liberale Sätze.

Die F.D.P. will **Fortschrittspartei** sein, die Risiken in Kauf nimmt, um Chancen zu nutzen. Fortschritt bedeutet Veränderung. So gesehen, sind wir Liberale das genaue Gegenteil der Konservativen.

Gleichheit ist der Urwert der politischen Linken, einschließlich der Sozialdemokratie. Nicht, dass Sozialdemokraten nicht auch für Freiheit und leider zunehmend auch für „Es herrscht wieder Ordnung im

Landen“ sind. Im Zweifel aber entscheiden sie sich für die Gleichheit. In Zeiten des Mangels hat das Erfolg. Nehmt den Reichen und gebt den Armen. Mit Robin-Hood-Parolen wird Egalisierung und Umverteilung eingängig und sympathisch gemacht. Alle Menschen sind gleich. All men are equal.

Wie anstößig klingt dagegen die Antwort der Liberalen: Alle Menschen sind verschieden. Nur vor dem Gesetz sollen alle Menschen gleich sein. Mehr noch: Politik soll das Recht auf Verschiedenheit schützen. Chancengleichheit am Start, nicht am Ziel. Liberale Sätze.

Die F.D.P. will **Freiheitspartei** sein, die Individualität fördert, um aus ihr Kraft zu schöpfen. So gesehen sind wir das genaue Gegenteil zu der Gleichmacherei der politischen Linken.

Der Einwand lautet an dieser Stelle stets, mit so viel anerkannter Theorie lasse sich keine Politik machen. Meine Entgegnung lautet: Ohne dieses theoretische Fundament lässt sich keine Politik machen, jedenfalls keine, die auch die eigenen Leute gewinnt.

Die Parteien werden sich immer ähnlicher. Auch wir sind den anderen Parteien zu ähnlich geworden. Dabei ist der Unterschied fundamental: Während die übrigen Parteien den Weg aus der Orientierungslosigkeit des Umbruchs in einer stärkeren Staatsorientierung suchen, setzt dem der Liberalismus die **Freiheit als sein politisches Prinzip** entgegen.

Dabei sollten wir uns auch nicht vor der Etikettierung durch den politischen Gegner fürchten. Wenn wir die größtmögliche Freiheit des Einzelnen in der Wirtschaftspolitik fordern, also mehr Marktwirtschaft, weniger Subventionen, mehr Privatisierung, heißt es, wir seien rechts. Wenn wir die größtmögliche Freiheit des Einzelnen in der Gesellschaftspolitik fordern, also bei den Bürgerrechten, im Bereich der Ausländerintegration, in der Kulturpolitik, heißt es, wir seien links. Das macht deutlich: **Die politische Grenze verläuft für Liberale nicht zwischen links und rechts, sondern zwischen freiheitlich und autoritär.**

Wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Freiheit sind zwei Seiten derselben Medaille. **Freiheit ist unteilbar.** Ich warne davor, je nach eigenem Interessenschwerpunkt nur eine Seite der Freiheit jeweils sein Eigen zu nennen, in der jeweils anderen aber nur Ballast zu sehen, der abgeräumt werden soll. Unsere Wähler wollen eine vernünftige, weil freiheitliche Wirtschaftspolitik und gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur inneren Liberalität. Die einen empfehlen uns, unsere Chancen rechts von der Mitte zu suchen, die anderen schwelgen in nostalgischen Erinnerungen und empfehlen uns die Ampel, aber bitte ohne Marktwirtschaft. Das ist ein Scheibchen-Liberalismus, chancenlos und auch intellektuell ohne jede Überzeugungskraft.

Sie kennen doch alle die berühmten Begegnungen an den Infoständen: Man steht dort mit einem kleinen Päckchen Flugblätter in der Hand, stolz darauf, weil es gut gelungen und auch schon bezahlt ist. Voller Elan, bereit jetzt sofort die Welt vom Liberalismus zu überzeugen. Sollen sie doch kommen. Und dann kommen Sie, die U-Boote, getarnt mit einem freundlichen Lächeln. Und spätestens der zweite Satz lautet: Dieses Mal wähle ich Sie nicht, jedenfalls nicht, solange Sie diese fürchterlichen Linken haben. Manchmal lautet er auch: Dieses Mal wähle ich Sie nicht, jedenfalls nicht, solange Sie diese schrecklich unsozialen Marktwirtschaftler haben. Und je nachdem schüttelt sich der Redner und garniert das Ganze noch mit Hirsch, Lambsdorff, Baum, Solms, Rexrodt oder Schnarrenberger, und demnächst vermutlich auch mit Westerwelle. Wenn sie dann fragen: Haben Sie uns denn schon einmal gewählt, blicken sie in ein Gesicht des blanken Entsetzens: ich selbstverständlich niemals, ruft er, als hätten sie einen unsittlichen Antrag gemacht. Ich bin doch nicht verrückt, schließt er und geht.

Sollen das unsere Ratgeber sein? Hören wir auf, angebliche Marktlücken zu suchen. Wir sind eine **Partei mit Seele, die man nicht beliebig verschieben kann.** Hören wir auf, uns immer gefälliger zu machen. Hören wir auf, die Demoskopie zum Maßstab unserer Meinung werden zu lassen. Fragen wir nicht danach: Wie kommen wir an? Sagen wir klar und deutlich, was wir wollen, dann kommt das, was wir wollen, auch an!

„Das verdammte Prestigebedürfnis unserer Tage, das Schielen auf die Gunst der Massen, die krankhafte Abhängigkeit von der Demoskopie, dass alles vernichtet schleichend unsere Freiheit.“ Ein Satz von Karl Hermann Flach aus dem Jahre 1961, an den ich beim Vorbereiten dieser Rede immer denken musste.

Das Prinzip Freiheit konkretisiert sich im Leistungsprinzip. Leistung muss sich lohnen. Wir sind die Partei der Leistungsbereiten. Das ist etwas anderes als die Partei der Besserverdienenden. Das Leistungsprinzip ist kein darwinistischer Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für individuelles Glück und soziale Sicherheit. Nur wenn sich Leistung lohnt, kann die soziale Gesellschaft erwirtschaftet werden. Wir sind eine Wirtschaftspartei, aber keine Nur-Wirtschaftspartei, sondern eine Auch-Wirtschaftspartei. Seien wir stolz auf die versammelte wirtschaftspolitische Kompetenz unserer Mitglieder auf unseren Parteitagen. Ja, bei uns findet man in besonders großem Maße Unternehmer, Mittelständler, Selbstständige und Freiberufler. Gerade diesen wurde in der vergangenen Legislaturperiode viel zugemutet.

Wirtschaftlich hat sich die Diskussion in Deutschland weitgehend auf die kurzfristige Erhaltung von Arbeitsplätzen verengt. Wir subventionieren alte Strukturen und zahlen den Preis des Investitionsverzichts. Wachsende Technikfeindlichkeit und bürokratische Erstarrung lässt wirtschaftliche Zukunftschancen sterben. Wir sprechen die klassische Lohnarbeit heilig und jagen gleichzeitig die Arbeitsplätze außer Landes. Wir diskutieren vor allem über die Risiken des Neuen, aber nicht über die Chancen. So verlieren wir die Zukunft aus Angst vor der Zukunft.

Es ist wirtschaftspolitisch unverantwortlich, Nostalgieunternehmen ohne Perspektive staatlich mit Milliarden-Subventionen künstlich am Leben zu erhalten, gleichzeitig aber im Bereich der Forschung, Bildung und Ausbildung der jungen Generation zu sparen. Das Gold in den Köpfen ist unser Kapital. Einerseits wird jeder Kohle-Arbeitsplatz im Ruhrgebiet mit durchschnittlich 70.000 DM jährlich subventioniert, andererseits haben die Schulklassen in Nordrhein-Westfalen wieder die Größe der sechziger Jahre angenommen, können Studenten an

Pflichtübungen wegen Überfüllung nicht mehr teilnehmen, fehlt für Grundlagenforschung das Geld. Das ist der moderne Generationskonflikt: ein Verteilungskampf zwischen Gegenwart und Zukunft.

Selbstverständlich muss die **Modernisierung unserer Wirtschaft auch sozial abgefedert werden**, aber die Wahrheit darf aus Angst vor Gegenwind nicht länger verschwiegen werden. Wer modernisiert, muss den Sturm der Entrüstung in Kauf nehmen. Das **Tarifrecht muss entrümpelt werden**, weil es zwischenzeitlich nicht mehr die Arbeitnehmer vor Ausbeutung schützt, sondern weil es durch seine mangelnde Flexibilität neue Arbeitsplätze in Deutschland verhindert. **Staatsunternehmen müssen privatisiert werden**, weil Beamte und öffentlicher Dienst stets die schlechteren Unternehmer bleiben werden. Nicht wer privatisiert, muss beweisen, dass es privat besser geht, sondern umgekehrt. **Neue Technologien, insbesondere die Gentechnologie, müssen auch in Deutschland eine Chance bekommen**, weil wir sonst in kürzester Zeit im internationalen Wettbewerb nicht mehr stattfinden werden.

Freiheit vor dem Staat heißt auch **Entstaatlichen**. Die Regelungs-dichte muss beseitigt werden, weil der Spott, BRD gleich „Beinahe Regelungs-Dicht“ ebenso bitter wie zutreffend ist. In einer liberalen Gesellschaft ist grundsätzlich das erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten wurde. In Deutschland ist es allmählich umgekehrt: Alles, was nicht ausdrücklich erlaubt wurde, ist zunächst einmal verboten. Überall in diesem Land wird Unternehmungsgeist gebremst, verriegelt und verriegelt. Und alle helfen mit: die Kirchen, wenn sie die Flexibilisierung von Arbeitszeit verteufeln. Die Arbeitgeberverbände Hand in Hand mit den Gewerkschaften und ihrer Tarifpolitik für die arbeitsplatzbesitzenden. Verbände und Lobbyisten, wenn wieder einmal lukrative Pfründe auf Kosten der Allgemeinheit verteidigt werden sollen. Und was tut die Politik? Sie duckt sich.

80 % der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind Sozialdemokraten mit unterschiedlichen Parteibüchern. Blüm und Dressler beweisen das einträchtig als Max und Moritz der Sozialpolitik. Nur dass deren Streiche nicht so glimpflich ausgehen werden. Die jetzige Macht

habende Generation lebt auf Kosten der nächsten Generationen. Immer neue Annehmlichkeiten der Gegenwart werden mit immer neuen Hypotheken auf die Zukunft der nächsten Generationen finanziert. Die **Gefälligkeitsdemokratie** nimmt keine Rücksicht auf die Nachgeborenen, weil die ja noch nicht wählen können. Gute Politik denkt nicht nur an die nächste Wahl, sondern auch an die nächste Generation.

Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat hat das Trugbild gezeichnet, wonach Freiheit und Sicherheit in allen Lebenslagen vom Staat geliefert werden können, ohne dass die Menschen dafür selbst Verantwortung übernehmen müssen. Verantwortung wurde verstaatlicht. Es wurde ein Anspruchsdenken gezüchtet, das die Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und seine Mitbürger überflüssig macht. **Solidarität ist zur staatlichen Dienstleistung verkommen.** Der Ausgabenzuwachs des Staates entstand auch durch den Aufgabenzuwachs. Die **Versorgungsbürokratie ist unbezahlbar geworden.** Wir sind eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in der die Vollkas-komentalität die Leistungsbereiten behindert. Freiheit heißt Verantwortung. Die liberale Gesellschaft ist die Bürgergesellschaft.

Sprechen wir die Wahrheit aus: Der **Sozialstaat ist an der Grenze der Finanzierbarkeit.** Gegenwärtig betragen die Sozialleistungen rund 35 % des Bruttosozialprodukts. Pro Kopf in der Bevölkerung werden mehr als 13.000 DM jedes Jahr an Sozialleistungen ausgegeben. Wenn wir weiter vom sozialen Kuchen an alle ein wenig verteilen, wird für diejenigen, die wirklich bedürftig sind, nicht genügend übrigbleiben. Am Samstag erhielt der Bonner Professor Reinhard Selten in Stockholm den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Er sagte in diesem Monat: „Meine ständige Sorge ist eigentlich die Südamerikanisierung, wie ich das nenne. Der Wohlfahrtsstaat wächst, der Staat hat mehr und mehr Aufgaben. Eines Tages kann er das nicht mehr bezahlen. Was geschieht dann?“

Es gibt in Deutschland den Missbrauch des Sozialsystems, zum Teil vom Staat auch noch begünstigt. Kaum deutet Herr Scharping diese Wahrheit an, quiekt die ganze SPD. Modernisierung ist mehr als nur ein gestutzter Bart, eine neue Brille und ein farbiges Sakko.

Es ist das zentrale Problem der SPD, dass sie den **Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft** nicht wahrhaben will. Längst ist bei uns die Mehrheit der Bevölkerung im Bereich Dienstleistung und Informationsverarbeitung tätig. Aber das Menschenbild der SPD wird immer noch allein von Industriearbeiter mit Blaumann und Schraubenschlüssel bestimmt. Aus jedem Riss der SPD – und es gibt derer viele – riecht es nach 19. Jahrhundert. Bei der Dino-Partei SPD reicht es bei dem Wort Modernisierung nur bis zur zweiten Silbe, nämlich bis Moder.

Und die Union? Sie hat Mittelstandsvereinigungen und Wirtschaftsausschüsse, die uns Liberale hinter vorgehaltener Hand bestärken, in der eigenen Fraktion aber den Mund nicht aufkriegen: zahnlose Kukident-Krieger eben. Die Union ist längst in ihrer großen Mehrheit eine schwarzlackierte sozialdemokratische Partei geworden. Die Sozialausschüsse machen jede Entschiedenheit unmöglich. Das ist eben die Last einer Volkspartei, die den Kompromiss schon in sich selbst hervorbringt. Politik ist so das Ergebnis eines innerparteilichen Ausgleichs und nicht der parlamentarischen Konfrontation.

Und die Grünen? Das kann man kurz machen. Wer wie die Funktionäre der Grünen ganz überwiegend noch nie eine Mark selbst erwirtschaftet hat, dem fehlt zwangsläufig bei der Modernisierung der Wirtschaft und des Sozialsystems jeder Sachverstand. Diese Staatskneten-Partei ist nur großartig im Verteilen des Geldes anderer Leute, aber vom Erwirtschaften hat sie keine Ahnung.

Und in diesen Zeiten erzählt man uns, der Liberalismus habe sich totgesiegt, sei überflüssig geworden? Wandeln wir das Kennedy-Wort ab: Bevor du nach dem Staat rufst, besinne dich erst einmal selbst auf deine eigenen Fähigkeiten.

In der **Modernisierung** liegt die große Chance gerade der neuen Länder. Im industriellen Bereich ist der Umbruch gigantisch, und er verlangt den Menschen vieles ab. Während im Westen mit Erhaltungssubventionen überalterte Strukturen am Leben erhalten werden, ist der Umbruch im Osten viel durchgreifender. Zugleich

liegt darin aber die Chance, schon mittelfristig durch entschiedene Modernisierung auch Wettbewerbsvorteile zu sichern. Standort-unabhängige Dienstleistungen und Informationsverarbeitung können hier nach dem Bausektor die zweite Säule der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern werden. Gerade in den neuen Ländern wird sich eine **mittelstandsfreundliche Politik** auch auf dem Arbeitsmarkt auszahlen. Wir müssen das Tal durchqueren, möglichst schnell. Das kann man am besten mit leichtem Gepäck.

Die F.D.P. wird sich besonders um die Belange in den neuen Ländern kümmern. Wir werden aber stets die Bankrotteure beim Namen nennen, und die hießen früher SED und heißen heute PDS. Nicht die Marktwirtschaft hat Schaden angerichtet, sondern der Sozialismus. Die PDS ist die Partei derer, die aus gesicherter Position gegen die soziale Marktwirtschaft anjammern, um gleichzeitig möglichst heftig von ihr zu profitieren.

Als ich in diesen Tagen die Hungerkur von Gregor Gysi über die Medien verfolgte, erinnerte ich mich wieder an das erste Mal, als ich Herrn Gysi persönlich sah. Das war nämlich vor einigen Jahren in einem der feinsten Restaurants in Bonn. Es wird Sie nicht wundern, dass ich dort war, aber bei Gysi ist das schon bemerkenswert. Bei gegrillten Scampi und einem trockenen Frascati lässt sich fabelhaft über die Weltrevolution fabulieren. Und wenn man abends zurückkehrt in die Wohnung mit Stuck und Parkett und erlesenen Antiquitäten, dann kann man am nächsten Tag viel ausgeruhter den Sozialismus predigen. So sind sie eben: links reden und rechts leben. Wenn Gregor Gysi mit seiner PDS der Wohltäter der neuen Länder sein soll, dann war der Brandstifter Nero der Retter von Rom.

Wir müssen den jetzt ganz Jungen immer wieder erzählen, wie es vor der deutschen Einheit war. Prägen wir uns Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gut ein, auch wenn wir das am liebsten schnell vergessen würden. Es kommen andere nach, die sich schon jetzt nur noch ungenau erinnern können. Geschichte ist keine Holschuld der Jungen, sondern eine Bringschuld der Alten. Nicht verdrängen, nicht vergessen, daran erinnern und daraus lernen.

Freiheit als politisches Prinzip umfasst auch die Freiheit jeder Generation, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Generationsverträge sind Verträge zulasten Dritter. Sie sind sittenwidrig. Es dürfen daher keinen neuen eingegangen werden. Die bestehenden müssen auslaufen und auf neue Füße gestellt werden. Jede Generation ist für sich selbst und für die nächsten Generationen verantwortlich. Keine Generation ist befugt, die Freiheitschancen Nachgeborener durch Verbindlichkeiten zu riskieren, auch nicht unter dem Vorwand angeblicher Investitionen in die Zukunft. Der Privatmann kann die überschuldete Erbschaft ausschlagen. Diese Möglichkeit hat die nächste Generation nicht. Hierum ging es doch in Wahrheit bei der Diskussion um die Pflegeversicherung. Generationenverträge werden in Anbetracht der Bevölkerungsentwicklung langfristig nicht mehr funktionieren. Das Problem wurde nur gefällig vertagt. Volksparteien sind als Gefälligkeitsparteien im Stimmungsdemokratien schon per definitionem nicht in der Lage zu widerstehen. Sie wollen eine Mehrheit aller Wähler. Das macht sie unfähig zur Wahrheit. Wir müssen diejenigen sein, die die sozialen Sicherungssysteme neu gestalten, damit die Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft auch in Zukunft die Hilfe und Sicherheit erhalten, die ihnen zusteht. Die Wahrheit macht uns nicht bei allen beliebt, aber sie macht uns um alle verdient.

Zu den Verbindlichkeiten, mit denen wir die Freiheitschancen der nächsten Generation belasten, zählt auch die Umweltverschmutzung. Die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft bleibt eine entscheidende Struktur Aufgabe. Wir wollen den Umweltschutz mit der Marktwirtschaft und nicht gegen sie verbessern. Umweltschutz muss sich lohnen. Für die Industriellen ebenso wie für die Verbraucher. Ohne den technologischen Fortschritt und die individuelle Innovation werden wir der Menschheitsaufgabe Umweltschutz nicht gerecht werden.

Ich bin dafür, dass wir die Auseinandersetzung mit den Grünen im Bereich der Umweltpolitik offensiv suchen. Die Grünen vertreten auch in der Umweltpolitik einen staatlich-dirigistischen Ansatz. Ökosteuern sind ein sinnvolles Lenkungsinstrument. Wer aber wie die

Grünen die Ökosteuern nur auf die allgemeine Steuerlast drauf-satteln will, der schafft keine Investitionen im Umweltbereich, sondern Pleitewellen. Die Technologiefeindlichkeit der Grünen ist sprichwörtlich. Wenn die Apo-Opas der Grünen das Wort High-Tech hören, dann meinen die, das sei eine neue Designerdroge. Die technikfreundliche junge Generation hat mit dieser Haltung der Öko-Gruffies nichts am Hut. Wir Liberale verbinden mit Ökologie nicht eine Gesellschaft von Sammlern und Fallenstellern, sondern Innovation und technologischen Fortschritt. Ich sehe der Auseinandersetzung mit den Grünen gerade bei diesem Thema mit selbstbewusster Gelassenheit entgegen. Wir wollen und werden gerade die jüngeren Wähler, die beim letzten Mal vielleicht Grüne oder SPD gewählt haben, zurückgewinnen.

Etwas mehr Selbstbewusstsein empfehle ich auch, wenn jetzt schwarz-grüne taktische Mätzchen diskutiert werden. Nur in einem Punkt gibt es schwarz-grüne Gemeinsamkeiten, die mir im wahrsten Sinne des Wortes zunehmend Sorgen machen: Joschka Fischer wird mit den Jahren Helmut Kohl immer ähnlicher. Aber das ist glücklicherweise inhaltlich nicht der Fall. Es gibt gegenwärtig aber auch nicht ein einziges politisches Problem, das seriöser Weise in dieser Konstellation auf Bundes- oder Landesebene gelöst werden könnte. Die Grünen werden sich in ihrer Oppositionskonkurrenz mit SPD und PDS wieder radikalieren. Es ist ein Unterschied, ob man mit Nebelkerzen das eigene Programm in einem Wahlkampf versteckt oder im Parlament Rede und Antwort stehen muss. Es liegt an uns, die Grünen zu stellen.

Die Freiheit kennt nur eine Grenze, die Freiheit des anderen. Das Recht schützt diese Freiheit. Freiheit vor dem Staat ist ein prägendes Prinzip unserer Rechtsstaatspolitik. **Die liberalen Grundrechte sind Abwehrrechte gegenüber dem Staat.** Nicht wer diese liberalen Grundrechte bewahren will, trägt die Beweislast, sondern derjenige, der ihre Einschränkung fordert. Das Grundgesetz ist die Geschäftsgrundlage unserer Gesellschaft. Wenn sich unsere liberale Partei mit Grundgesetzänderungen schwertut, so ist dies kein Manko. Es adelt die F.D.P.

Mir sind die Politiker suspekt, die über Änderungen des Grundgesetzes reden, als handele es sich dabei um die Satzung eines Kaninchenzüchtervereins.

Mit der **Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols** wurde das Faustrecht überwunden, das bis ins Mittelalter in Form der Fehde durchaus anerkannt war. Der freiheitliche Rechtsstaat wird auf Dauer nur bestehen können, wenn er dieses **Gewaltmonopol auch gegen Unrecht durchsetzt**. Unterlässt er dieses, nehmen Bürger ihr Recht in die eigene Faust. Autonome jagen rechte Ausländerhetzer. Ausländische Selbsthilfegruppen besuchen Kampfsportschulen. Autofahrer „schieben“ Straßenblockierer mit Gewalt beiseite, weil der Staat sie duldet. Bagatelldelinquenz wird nicht mehr aufgeklärt, sondern nur noch verwaltet. Hausbesetzungen kann man nur nach zum Teil jahrelangen Räumungsprozessen beenden. Das alles ist bereits Realität. Hier zuzusehen ist nicht liberal, sondern gefährlich für die Liberalität unseres Landes. Es ist eine **Form von Freiheitsberaubung**, wenn sich Bürgerinnen und Bürger in großen Städten nicht mehr in bestimmte Viertel trauen können. Aber das ist doch nicht das Problem fehlender Gesetze, sondern der mangelnden Anwendung der bestehenden Gesetze. **Wir haben kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit.**

Nach der Freiheit vor dem Staat ist die Freiheit durch den Staat die zweite Säule der liberalen Innen- und Rechtspolitik. Ich rede von Freiheit und nicht von Ordnung durch den Staat. Damit wird auch deutlich, dass der letzte Maßstab für staatliches Handeln nicht Effizienz, sondern Rechtsstaatlichkeit ist. Die Freiheitssicherung durch den Staat darf nicht als Vorwand missbraucht werden, um die unfreie Gesellschaft zu schaffen. Wir wollen **Freiheit schützen, aber nicht um Ordnung als Selbstzweck zu schaffen.**

Der **liberale Rechtsstaat muss auch auf die Staatengemeinschaft übertragen werden.** Weltweit ist das Recht des Stärkeren oft sogar geduldete Realität. Auch international muss das Recht des Stärkeren durch das Gewaltmonopol der Staatengemeinschaft ersetzt werden. Der liberale Ansatz, durch mehr Freiheit Staat und Wirtschaft zu modernisieren, muss auch in der Gesellschaftspolitik fortgesetzt

werden. Die **Reform der Parteiendemokratie** ist überfällig. Auch unsere eigenen Parteistrukturen müssen wir noch verbessern. Parteien sollen an der Willensbildung des Volkes mitwirken, sie aber nicht ersetzen.

Gesellschaftliche Freiheit ist ein unveränderliches Kennzeichen der Liberalen. Neue Formen des Zusammenlebens sind entstanden. Darauf müssen auch Staat und Recht eine Antwort geben. Nichteheliche Lebensgemeinschaften werfen ebenfalls rechtliche Fragen auf. Die F.D.P. ist die **Toleranzpartei**. Anders als der Konservative sieht der Liberale im Anderssein keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung. Wer neue Formen des Zusammenlebens, nichteheliche oder auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften diskriminiert, der macht den Unterschied zwischen Liberalen und Konservativen deutlich: **Wir Liberale wollen eine bürgerliche, aber keine spießbürgerliche Politik.**

Die entscheidende Zukunftsaufgabe in der Gesellschaftspolitik wird aber sein, ob es uns gelingt, die **Rolle der Ausländer in Deutschland neu zu definieren.** Die internationale Vernetzung der Wirtschaft und die Wanderungsbewegungen in der Welt wirken sich selbstverständlich auch auf Deutschland aus. Deutschland ist faktisch längst ein Einwanderungsland, ob es das Land wahrhaben will oder nicht. Gleichwohl leisten wir uns immer noch eine Rechtslage, die ihre Ursprünge im nationalstaatlichen Bild des 19. Jahrhunderts hat. Viele, auch in anderen Parteien, haben das erkannt. Das ist erfreulich. Mir wäre nur wohler, wenn manch fortschrittliche Dame in der Union die Forderung nach erleichteter Einbürgerung nicht erst nach den Koalitionsverhandlungen in kleinerformatigen Nachrichtenmagazinen verbreiten würde, sondern vorher am besten in der CDU/CSU-Fraktion. Wer erst nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages den Mund aufmacht, ist ziemlich spät dran. An diesem Vorgang wird wieder einmal deutlich: Mehr oder weniger Liberale gibt es vereinzelt auch in anderen Parteien. Aber man kann sich nicht darauf verlassen. Wie viel Liberalität fände man wohl noch in den anderen Parteien, wenn es nicht mit der F.D.P. einen originären liberalen Wettbewerber gäbe?

Eine vernünftige Gesellschaftspolitik kann auf Dauer auf eine **Modernisierung des Ausländer-, Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrechts** nicht verzichten. Wir verschenken Begabungen. Der Koalitionsvertrag ist gerade diesbezüglich nicht das Ende liberaler Fantasie. Mit dem Koalitionskompromiss endet nicht liberales Nachdenken. Wir sind in erster Linie die einzige liberale Partei in Deutschland und erst in zweiter Linie Koalitionspartner der Union.

Die **Idee des Liberalismus hat an Aktualität nicht verloren.** Im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass nur mit mehr Freiheit die Verkrustung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufgebrochen werden kann. Nur mit mehr Freiheit wird dieses Land fit für das nächste Jahrtausend. Die F.D.P. hat Zukunft, weil die liberale Idee Zukunft hat. Die F.D.P. ist als Freiheits-, Fortschritts- und Toleranzpartei eine Partei mit Weltbild, Zukunftsentwurf und Lebensgefühl. Die Zukunft der Liberalen ist weit offen. Sie hängt von uns ab.

REDE

Für eine gerechte und einfache Einkommensbesteuerung

Anrede,

Ich möchte die Gelegenheit dieser Kurzintervention wahrnehmen, um auf einen Tatbestand hier doch einmal ausdrücklich hinzuweisen. Während die Grünen hier in Klarheit wenigstens gesagt haben, was sie bei der Gewerbesteuer wollen, sind Sie, Herr Poß, durch Eierei einer Antwort ausgewichen. Sie sagen nicht, was Sie mit der Gewerbekapitalsteuer machen wollen. Tatsache ist, daß der Plan der Koalition auf dem Tisch liegt, nämlich die **Gewerbekapitalsteuer** abzuschaffen und die **Gewerbeertragsteuer** mittelstandsfreundlich zu senken. Sie eiern herum und geben keine Antwort, weil Sie sich in Ihrem Laden nicht einig sind. Das ist der eigentliche Grund.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Die zweite Sache ist: Es ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, daß Sie noch immer mit Ihren Klassenkämpferparolen gegen Steuersenkungen antreten.

Lachen bei
der SPD

Sie sollten hier, nachdem Sie in dieser Woche beim Köln/Bonner Flughafen durch Rot-Grün in Düsseldorf mit TNT 600 Arbeitsplätze außer Landes gejagt haben, in Demut sitzen, meine Damen und Herren von der Opposition.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Was die letzte Sache, die ich noch anmerken möchte, angeht, folgendes: Der Eindruck, den Sie erwecken, ist typisches Produkt einer sozialdemokratischen Auffassung von Wirtschaftspolitik, daß nämlich **Steuersenkungen** nur dazu da seien, Reiche reicher zu machen.

Peter Dreßen [SPD]:
„Das ist eine
Wahrheit!“,
Weitere Zurufe
von der SPD

Sie haben den Umstand, daß man in Deutschland Steuern senken muß, um Arbeitsplätze schaffen zu können, noch nicht erkannt. Erklären Sie den Leuten, die ihre Arbeitsplätze verlieren, warum sie sie verlieren. Sie verlieren sie nämlich, weil in Deutschland nicht investiert wird. Investiert wird nur da, wo entsprechende leistungsfreundliche Steuersätze vorhanden sind.

Lachen bei
der SPD

Deswegen sage ich Ihnen: Klassenkampf schafft keine Arbeitsplätze, sondern marktwirtschaftliche Rahmenpolitik.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

REDE

Haushaltsdebatte 1997

Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

Die Haushaltswoche ist eigentlich eine Gelegenheit für die Opposition, mit eigenen Alternativen und Konzepten zu überzeugen und sich mit einem eigenen Programm als kommende Regierung zu empfehlen. Diese Gelegenheit haben Sie verpaßt. Obwohl Ihnen die Koalition in diesem Sommer wahrlich unnötige Vorlagen geboten hat, haben Sie in dieser Woche keine dieser Vorlagen in Tore verwandelt. Sie haben sich bemüht, Schwächen aufzuzeigen. Aber Sie haben sich nicht als kommende Regierung empfohlen, weil es Ihnen an einem politischen Konzept und Programm fehlt. Hier und da einen Fehler der Regierung oder einen Widerspruch zwischen den Koalitionsparteien zu entdecken reicht nicht aus, um die Regierung in diesem Lande zu übernehmen.

Beifall bei
der F.D.P. und
der CDU/CSU

In dieser Debatte hat es eine wirklich bemerkenswerte Ausführung des Fraktionsvorsitzenden Fischer gegeben. Mir verschlug es die Sprache. Ich mußte den Atem anhalten, als ausgerechnet Joschka Fischer darüber berichtete, welche Fehler die Bundesregierung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit gemacht hat. Daß im Rahmen der deutschen Einheit auch Fehler gemacht worden sind,

wird niemand in diesem Hause bestreiten können. Aber daß jemand Fehler kritisiert, der die deutsche Einheit überhaupt nicht gewollt hat, das ist abenteuerlich!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU -
Widerspruch beim
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Soll ich Ihnen die Interviews – ich habe sie dabei – von Herrn Fischer aus der Zeit der deutschen Einheit vorlesen, als er Hand in Hand mit Lafontaine zunächst für die Zweistaatlichkeit gesprochen hat? Wenn dieser Regierung ein Vorwurf nicht gemacht werden kann, dann im Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Es gibt eine Menge Kritik, die man bei jeder Regierung ablassen kann. Aber die historische Sekunde der deutschen Einheit ergriffen und begriffen zu haben, das ist mit Sicherheit das größte Verdienst der Regierung Kohl.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die Sozialdemokraten haben ein ungelöstes Personalproblem, und sie haben vor allen Dingen ein ungelöstes Strategieproblem. Sie können sich nicht zwischen dem staatsinterventionistischen Weg von Lionel Jospin und dem marktwirtschaftlichen Kurs von Tony Blair entscheiden.

Wolf-Michael
Catenhusen [SPD]:
„So hätten Sie
es gerne!“

Tony Blair hat Herrn Scharping in seiner Rede auf dem Kongreß der Europäischen Sozialisten in Malmö im Sommer dieses Jahres ins Stammbuch geschrieben – ich zitiere wörtlich: Unser Ziel muß es sein, Barrieren gegen Beschäftigung und Arbeitsmarktflexibilität abzubauen, unnötige Bürokratie für kleine und mittlere Betriebe, die voraussichtlich am meisten Arbeitsplätze schaffen, abzuschaffen, den europäischen Binnenmarkt zu vollenden und dafür zu sorgen, daß soziale Hilfe beschäftigungswirksam ausgerichtet ist, damit diejenigen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, wieder eine Chance auf einen richtigen Arbeitsplatz bekommen.

Wolf-Michael
Catenhusen [SPD]:
„Lernen Sie
von Blair“

Er fährt fort: Unsere Bürgerinnen und Bürger werden sich schlicht weigern, – so sagt Tony Blair – mehr Steuern und Abgaben zur Finanzierung eines nicht reformierten sozialen Sicherungssystems zu zahlen. Noch vorgestern wies Tony Blair die Kritik der Gewerkschaften an seiner angeblich kalten Politik der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit den Worten zurück: Auch wenn manche frösteln,

am Ende ist es wärmer in der realen Welt. Zu Blair bemerkt BDI-Chef Henkel: Das Programm Tony Blairs unterscheidet sich weniger von der F.D.P. als von der SPD. In Deutschland wäre Tony Blair Mitglied der F.D.P. und würde von Fischer bis Lafontaine als Neoliberaler beschimpft.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber neoliberal als altgrün!

Beifall bei der F.D.P.

Der Unterschied zwischen New Labour und alter SPD ist: Tony Blair hat seine Partei erst erneuert und wollte dann regieren. Oskar Lafontaine will erst regieren und die Partei kein bißchen erneuern.

Beifall bei der F.D.P.

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Herr Kollege Westerwelle, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Ingrid Matthäus-Maier?

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Bitte sehr.

Ingrid Matthäus-Maier (SPD): Herr Kollege Westerwelle, da Sie Tony Blair so für sich reklamieren, darf ich Sie fragen: Ist Ihnen bekannt, daß **Tony Blair** gerade in diesen Tagen ein **Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** für 250 000 Jugendliche aufgelegt hat, finanziert mit einer Sondersteuer? Darf ich Ihr Zitieren von Tony Blair so verstehen, daß Sie Ihren Widerstand – als F.D.P. und in der Koalition – gegen ein solches Programm in Deutschland endlich aufgeben?

Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS
Wolf-Michael Catenhusen [SPD]: „Zur Sache, Schätzchen!“

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Frau Kollegin Matthäus-Maier, da Sie mich in Ihrer Rede mit einem Schüttelreim belegt haben, möchte auch ich Ihnen so antworten: Es ist doch stets die alte Leier, was uns da fragt Matthäus-Maier!

Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

Nun zur Antwort auf Ihre Frage: Erstens. Vergleichen Sie einmal die Quote, was die Jugendarbeitslosigkeit in Großbritannien und Deutschland angeht.

Wolf-Michael Catenhusen [SPD]: „Reine Sprüche-klopferlei!“

Zweitens. Das, was wir Ihnen in diesem Hause vorschlagen, nämlich eine Steuersenkungspolitik für neue Investitionen und neue Arbeitsplätze durchzusetzen, ist das, was Tony Blair bei Regierungsantritt nicht nur verkündet, sondern jetzt auch beschlossen hat. Sie weigern sich noch immer, Steuersenkungen mitzutragen. Sie machen hier die alte Umverteilungsleier, liebe Frau Matthäus-Maier. Der Schnitt geht mitten durch dieses Parlament. Auf der Oppositionsseite sitzen die **Besitzstandsparteien** und Status-quo-Politiker und auf der bürgerlichen Seite dieses Hauses die **Reformkräfte**.

Lachen und
Widerspruch
bei der SPD

Früher kam übrigens der Reformdruck entweder von rechts oder von links. Heute kommt der Reformdruck aus der Mitte unserer Gesellschaft. Es gibt eine interessante neue Ausrichtung: Während zu Beginn dieses Jahres die Reformen von der Mehrheit der Bevölkerung als Bedrohung empfunden wurden, ist es heute der Reformstau, vor dem sich die Menschen fürchten. Die meisten Menschen spüren: Das größere Risiko liegt heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun. Willy Brandt warb 1972 mit dem Slogan: „Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen Daran sollten sich die Besitzstandsparteien SPD und Grüne heute ein Beispiel nehmen.“

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Herr Westerwelle, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Jens?

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Aber gerne. Es ist mir ein größeres Vergnügen.

Dr. Uwe Jens (SPD): Herr Westerwelle, könnten Sie nicht aus dieser theatralischen Rolle, die Sie hier spielen, ein wenig herausschlüpfen und sich manchmal ein bißchen mehr um Wahrheit bemühen? Daß Sie das Bundespostministerium abschaffen, ist eine löbliche Tat. Daß Sie aber eine Regulierungsbehörde einführen, die 40 Millionen DM mehr kostet als die Abschaffung des Postministeriums, ist ein Skandal. Finden Sie das nicht auch?

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Erstens. Sie haben sich zu Wort gemeldet, um einen Kommentar zu meiner Rede abzugeben. Das ist Ihnen auch gelungen. Aber bei allem Respekt: Wenn es um Theatralik geht, kann niemand in diesem Hause mit Rudolf Scharping konkurrieren. Zweitens. Ich bin sicher, Sie haben der Rede von Herrn Rexrodt zugehört. Dann haben Sie auch ausführliche Erklärungen und ein ausführliches Programm zur Regulierungsbehörde gehört. Im übrigen bin ich persönlich der Auffassung, dass Zwischenfragen an das anknüpfen sollten, was der Redner gesagt hat. Man sollte nicht irgend etwas vortragen, was man schon immer einmal sagen wollte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Es gibt noch den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Koppelin.

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Bitte sehr.

Jürgen Koppelin (F.D.P.): Herr Kollege Westerwelle, wie erklären Sie sich – gerade nach dieser Frage, die wir eben gehört haben –, daß es auch unter Sozialdemokraten einen unglaublichen Drang gibt, an die Spitze dieser Regulierungsbehörde zu kommen?

Heiterkeit und
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Der Drang der Sozialdemokraten an die Spitze dieser Regulierungsbehörde ist mir bekannt, wie ich mir übrigens auch bei der Debatte über die 610-Mark-Beschäftigungsverhältnisse – aus der Sicht von Sozialdemokraten reines Teufelszeug – gedacht habe: Ich möchte nicht wissen, wieviel Mitarbeiter von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Basis von 610-Mark-Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die **Grenzen der Wirksamkeit des Staates** müssen neu bestimmt werden. Die entscheidende Frage lautet: Wie organisieren wir die Gesellschaft mit weniger Staat? Das zentrale Thema heißt: Eigenverantwortung versus Vollkaskostaat. Die Verbeamtung der deutschen Politik, die Verstaatlichung des Denkens sind die Ursachen für die Immobilität des politischen Systems. Nach der PDS – das hat sich in dieser Woche gezeigt – ist in diesem Hause keine Partei so staats-

und planwirtschaftlich orientiert wie die grüne Partei. Wer auf die Globalisierung der Wirtschaft und auf die Internationalisierung der Gesellschaft mit einer Renationalisierung der Politik reagieren will, entscheidet ebenso provinziell wie untauglich.

Die **Globalisierung** ist für die Gesellschaften gefährlich, die nur die Risiken sehen und nicht auch die überwiegenden Chancen. Globalisierung ist nicht zuerst Gefahr, sondern Herausforderung für Deutschland. Die Globalisierung führt nur dort zu Ellbogengesellschaften und sozialem Darwinismus, wo man sie ignoriert und naiv zu verhindern versucht. Um diese Länder machen die Investitionen einen Bogen. Dort wandern Arbeitsplätze ab, geht die Voraussetzung für jede soziale Sicherheit verloren.

Beifall bei der F.D.P.,
Abg. Margareta Wolf
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]
meldet sich zu einer
Zwischenfrage

Alles, was man verteilen will, muß man vorher erst einmal erwirtschaften.

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Gestatten Sie? – Frau Margareta Wolf, bitte.

Margarete Wolf (Frankfurt) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Westerwelle, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die **ausländischen Direktinvestitionen** in Deutschland unter Ihrer Regierung einen absoluten Tiefstand erreicht haben? Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß dies auch den Verlust von Arbeitsplätzen nach sich zieht?

Birgit Homburger
[F.D.P.]: „Das wird
mit den Grünen
nicht besser!“

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Ich bin hundertprozentig Ihrer Auffassung, daß der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland das eigentliche Alarmsignal ist. Wir hatten 1995 einen Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen auf etwas mehr als 18 Milliarden DM. Er ist 1996 auf etwas mehr als 1 Milliarde DM zurückgegangen. Deshalb ist es nach meiner Auffassung kein Standortpessimismus, jetzt zu sagen: Wir müssen unseren Standort verbessern. Was uns unterscheidet, ist, daß Sie nur darauf warten, daß andere Länder im internationalen Wettbewerb ihre **Standortbedingungen** irgendwann einmal verschlechtern. Bei der Steuer und Abgabenpolitik

ist dies besonders offensichtlich. Sie empfehlen, durch europäische und internationale Vereinbarungen dafür zu sorgen, daß beispielsweise in Belgien – wo Frau Schreinemakers hingehet – eine vergleichbare Steuer- und Abgabenquote herrscht wie in Deutschland. Darauf hat ganz Belgien gewartet. Frau Kollegin, kein einziges Land auf dieser Welt wird die eigenen Bedingungen und Wettbewerbsvorteile verschlechtern, nur damit die deutsche Wirtschaft wieder mehr Chancen hat. Wir müssen unseren Standort selbst verbessern, zum Beispiel durch eine Steuersenkungspolitik, Frau Kollegin.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Der Sozialstaat ist auf eine funktionierende und erfolgreiche Volkswirtschaft angewiesen. Sie mögen das mit Neidkampagnen begleiten. Die Neidkampagnen in Wahlkampfzeiten eignen sich vielleicht für demoskopische Erfolge, sie mögen den Leistungsbereiten in dieser Gesellschaft immer neue Lasten aufbürden. Wir sagen dazu: Wir sitzen alle in einem Boot, aber einige müssen auch rudern. Wenn wir die Leistungsbereiten in diesem Lande weiter gängeln und weiter drücken,

Joachim Poß [SPD]:
„Wer macht
das denn?“

dann werden die Abwanderungen von Investitionen nicht aufhören und in diesem Lande keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Deswegen fordern wir eine Politik der **marktwirtschaftlichen Erneuerung** und wollen an die Politik anknüpfen, die Mitte der 80er Jahre so erfolgreich in Westdeutschland gewesen ist.

Beifall bei
der F.D.P. sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Die **Steuerreform** ist der Schlüssel zur **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** und für stabile Haushalte in unserem Land. Steuersenkungen sind das beste Beschäftigungsprogramm, weil sie für neue Investitionen und damit eben auch für neue Arbeitsplätze sorgen. Nur wer Arbeit hat, kann überhaupt Steuern zahlen. Deswegen reißen Steuersenkungen keine Löcher in öffentliche Kassen,

Margareta Wolf
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
„Hausmann,
Mölemann,
Bangemann und
Rexrodt sind doch
verantwortlich!“

sondern konsolidieren die Haushalte durch eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. Wir Freie Demokraten sind zu Kompromissen im Rahmen der Steuerverhandlungen bereit. Es darf aber keine Umverteilungsreform als fauler Kompromiß übrigbleiben. Wir Freie Demokraten halten am Ziel einer Nettoentlastung von 30 Milliarden

DM fest. Stufenlösungen sind denkbar, aber auch die erste Stufe muß ein Einstieg in eine echte Steuersenkungsreform sein. Für die Freien Demokraten **gilt**: Steuersenkungen so viel und so früh wie möglich, um neue Investitionen zu ermöglichen. Ich füge hinzu: Der Solidaritätszuschlag wird wie in der Koalition vereinbart um zwei Prozentpunkte zum 1. Januar 1998 gesenkt.

Beifall bei der F.D.P.,
Ingrid Matthäus-
Maier [SPD]:
„Es klatscht ja nur
die F.D.P.!“

Je mehr Mut die Politik bei der Steuerreform jetzt hat, um so besser für die Arbeitsplätze in Deutschland.

Ingrid Matthäus-
Maier [SPD]:
„Das klingt aber
anders als bei
Herrn Schäuble!“

Die Opposition sagt: Wir können uns eine große Steuerreform nicht leisten. Die Koalition sagt: Deutschland kann sich das Scheitern einer großen Steuerreform nicht leisten.

Beifall bei
der F.D.P.sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Wenn die Steuerschraube zu fest angedreht wird, würgt sie die Konjunktur ab, sorgt für das Abwandern von Investitionen und damit für den Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland. Das führt zu weniger Staatseinnahmen. Dieser Effekt wird in der Volkswirtschaft als **Laffer-Kurve** bezeichnet. Ich möchte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen vor allen Dingen von den Grünen, das Buch „Grundzüge der Mikroökonomik“ von Varian empfehlen. Sie dürfen es allerdings nur dann lesen, wenn Jürgen Trittin nicht zusieht, weil es aus dem Amerikanischen übersetzt ist. Dort heißt es wörtlich: Eine Erhöhung des Steuersatzes führt letztlich zu einer Reduktion der Einnahmen, wenn der Steuersatz bereits hoch genug ist. Mit anderen Worten: Ab einem gewissen Punkt führen höhere Steuern zu einem sinkenden Sozialprodukt und damit zu niedrigeren Steuereinnahmen, weil die Leistungsbereitschaft zerstört wird. Was Tausende von Volkswirtschaftsstudenten jedes Jahr im zweiten Semester lernen, hat die Opposition bis heute noch nicht begriffen.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU -
Joachim Poß [SPD]:
„Siesind doch ver-
antwortlich für die
Steuerbelastungen!“

Wer wie die SPD bis jetzt noch kein eigenes erstes Steuerreformkonzept vorgelegt hat, kann von der Koalition kein zweites Konzept verlangen. Eine Pressemitteilung oder eine flammende Rede der finanzpolitischen Sprecherin in diesem Hause ist noch kein Konzept.

Joachim Poß [SPD]:
„Sie sind doch der
Brandstifter, der die
Feuerwehr ruft!“

Das mindeste, was man verlangen darf, sind konkrete Vorstellungen der Opposition über einen Tarifverlauf.

Joachim Poß [SPD]:
„Brandstifter
Westerwelle!“

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Poß, hier muß ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. „Brandstifter“ ist ein Wort, das im Parlament nicht erlaubt ist.

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Ich meine, die Steuerverhandlungen in der nächsten Woche sind zu wichtig, als daß sie von Herrn Voscherau nur als Wahlkampfgetöse und Schaufensterveranstaltung mißbraucht werden.

Beifall bei der F.D.P.

Ich würde gerne noch einmal auf einen Punkt, den Sie immer bringen, hinweisen; es handelt sich um die **ökologische Steuerreform**. Niemand in diesem Hause bestreitet, daß unser Steuersystem ökologisch stärker ausgerichtet werden soll – so ist es übrigens auch in der Koalition beschlossen worden.

Wolf-Michael
Catenhusen [SPD]:
„Jetzt kommt der
große Eiertänzer!“

Sie aber wollen Ökosteuern einfach nur auf die ohnehin viel zu hohe Steuer- und Abgabenlast für die Finanzierung Ihrer ideologischen Sonderprogramme draufsatteln.

Widerspruch bei
der SPD und dem
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Das ist mit uns in diesem Lande nicht zu machen. Darin besteht der Unterschied.

Beifall bei
der F.D.P. sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir haben eine viel zu hohe **Steuer- und Abgabenquote**. Im übrigen ist es schon dreist, Frau Heyne, bei allem Respekt, wenn Sie ausgerechnet den DIHT für Ihre Politik in Anspruch nehmen, der im Sommer dieses Jahres noch in einem Brief geschrieben hat, daß eine Umschichtung kaum Arbeitsplätze schafft, sondern im Gegenteil eine Entlastung notwendig ist. Das ist das, was wir wollen. Ich möchte Ihnen sagen, was in der „Handwerkszeitung“ von heute steht. Handwerkliche Existenzgründer 1997 wurden gefragt: Was ist das Wichtigste? Wo fehlt es noch an Unterstützung? 70 Prozent sagten: Es sind die Steuererleichterungen, die wir brauchen. – Wir sind der Meinung, daß das Handwerk recht hat. Denn im Mittelstand entsteht das Gros

Wolf-Michael
Catenhusen [SPD]:
„Sie machen doch
gar keine!“

der Arbeitsplätze und das Gros der Ausbildungsplätze. Sie mögen unsere Mittelstandspolitik als Klientelpolitik diffamieren.

Beifall bei
der F.D.P. und
der CDU/CSU

Wir nennen Mittelstandspolitik Arbeitnehmerpolitik.

Es gibt keinen Mangel an Arbeit, es gibt einen Mangel an bezahlbarer Arbeit. Das hat jetzt endlich auch Herr Schröder in seinem Papier festgestellt. Wir warten alle darauf, wann die SPD-Fraktion dieses Papier von Herrn Schröder entweder wieder über den Haufen wirft oder endlich zur Kenntnis nimmt. Wir brauchen eine Reform der sozialen Sicherungssysteme. Wir brauchen eine Bildungsreform. Wir brauchen eine Rentenreform. Auch da reicht es nicht aus, daß man nur die Lasten von der einen Schulter der Volkswirtschaft auf die andere Schulter der Volkswirtschaft umverteilt. Wir wollen bei der Rentenreform Rentensicherheit für die heutige Seniorengeneration. Aber wir wollen auch einen Umbau des Generationsvertrags, damit auch die nächste Generation Generationengerechtigkeit und Rentensicherheit erfährt.

Beifall bei
der F.D.P. sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Meine Damen und Herren, wir stehen in Deutschland vor einem Wendepunkt der Politik. Die Gesellschaften werden gewinnen, die sich dem Wandel stellen. Wir werden entscheiden müssen, ob es uns gelingt, unsere Gesellschaft mit weniger Staat zu organisieren. **Eigeninitiative** ist das zentrale Thema der deutschen Politik; das sagt Herr von Dohnanyi völlig zu Recht und wirbt deshalb übrigens in Hamburg für die F.D.P. Die Gesellschaften werden verlieren, die sich dem Wandel verweigern. Die Parteien werden die Wahlen gewinnen, die für Reformpolitik stehen. Die Oppositionsparteien haben sich in dieser Woche als strukturkonservative Reformverweigerer gezeigt, nach dem Motto: Es muß etwas geschehen; nur, ändern darf sich nichts. Rot Grün ist der mumifizierte Zeitgeist der 70er Jahre.

Lachen des Abg.
Wolf-Michael
Catenhusen [SPD]

Mit diesem Besitzstandsdenken werden Sie vielleicht demoskopische Tageserfolge erzielen. Die Bundestagswahl werden Sie letztendlich verlieren.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Vielen Dank.

REDE

Wer anstoßen will, muss anstößig sein

Liebe Parteifreunde,

der 50. Bundesparteitag der F.D.P. ist naturgemäß etwas Besonderes. Dieser ist aber etwas ganz Besonderes. Es ist zugleich der erste Bundesparteitag, den die F.D.P. nach fast 30 Jahren Regierungsbe- teiligung im Bund als **Oppositionspartei** durchführt.

Opposition ist niemals risikolos, aber in jedem Fall chancenreich. Die F.D.P. hat in der Opposition die Chance, alte Klischees abzustreifen. So war gerade bei vielen jüngeren Wählerinnen und Wählern, die ihr Leben lang die F.D.P. nur als Regierungspartei erlebt haben, der Eindruck verbreitet, es gehe uns nur um „Macht um jeden Preis“ zu- lasten der eigenen Inhalte.

Dieses Klischee ist natürlich falsch. Das können wir jetzt zeigen.

Und deshalb darf die F.D.P. nicht den Eindruck erwecken, sie verste- he sich als eine Art Regierungspartei im Wartestand, die durch einen unglücklichen Zufall der Geschichte gewissermaßen vorübergehend in die Opposition gerutscht ist. Es geht jetzt nicht um machtpoliti- sche Bündniskategorien. Es geht darum, die **F.D.P. von unten wieder**

aufzuforsten. Es geht darum, die Kommunal- und Landtagswahlen erfolgreich zu meistern. Es geht darum, neue Mitglieder zu gewinnen. Niemand tritt in die F.D.P. ein, damit ein anderer Kanzler, Ministerpräsidenten oder Bürgermeister wird. Wir können nur durch unsere eigene liberale Identität unser Milieu erschließen.

Die F.D.P. definiert sich nicht über Koalitionsaussagen von gestern oder von morgen. Die F.D.P. ist und bleibt die einzige liberale Partei in Deutschland. Wir sind die **einzigste Partei, die auf mehr persönliche Freiheit und mehr persönliche Verantwortung setzt.** Wir meinen nicht die Freiheit von Verantwortung. Wir meinen die Freiheit zur Verantwortung.

Die F.D.P. lebt von der Kraft ihres Programms und nicht von der Macht ihrer Regierungsbeteiligung. Wir leiten unser Programm nicht von den Positionen anderer Parteien ab. Wer die F.D.P. nur daran misst, wie viel Distanz sie zu den Konservativen oder zur politischen Linken hat, der wird dem Liberalismus als eigenständiger Freiheitsidee nicht gerecht. Die F.D.P. ist nicht die Summe von einzelnen Forderungen. **Wir müssen mit neuer Grundsätzlichkeit unseren blaugelben Faden sichtbar machen.**

Warum ist die F.D.P. für Steuersenkungen, für Privatisierung, für Subventionsabbau? Warum bekennt sich die F.D.P. zur Vielfalt der privaten Lebensentwürfe? Warum engagieren sich die Liberalen für Eigeninitiative und Existenzgründer?

Was unterscheidet uns von allen anderen Parteien in Deutschland? Alle anderen Parteien setzen zuerst auf den Staat und erst dann auf den Bürger. Nur die F.D.P. setzt zuerst auf den Bürger und erst dann auf den Staat. **Wir haben die unbequemste Botschaft aller Parteien:** Bevor du nach dem Staat rufst, besinne dich erst auf deine eigenen Fähigkeiten. Wir Liberale wollen einen schlanken Staat. Das ist kein schwacher Staat. Der fette Staat, der sich in den gefälligen Küraufgaben verzettelt, ist der schwächere als der schlanke Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert.

Nach dem Regierungswechsel ist nur eines besser geworden: die Opposition.

Rot-Grün will eine **Ökosteuer**, die weder „öko“ noch „logisch“ ist. Von ihr ausgenommen sind die energieintensiven Betriebe. Das ist so eine Art Entziehungskur mit Ausnahme für die Süchtigen. Wer künftig als energieintensiver Betrieb in Energiesparen investiert, schadet sich, denn er läuft Gefahr, gerade dann die Energiesteuer zahlen zu müssen. Das Wort Ökosteuer ist eine babylonische Sprachverwirrung. Es geht ums Abkassieren.

Statt auf **Steuersenkung und Steuervereinfachung** setzt diese Bundesregierung auf **Steuererhöhungen**. In der vergangenen Woche forderten an einem Tag vier verschiedene Regierungspolitiker aus SPD und Grünen vier verschiedene Erhöhungen für die Mineralölsteuer. Zwölf Pfennig sagt Frau Röstel. 15 Pfennig sagt Herr Müller. Das ist übrigens der Wirtschaftsminister. 30 Pfennig sagt die grüne Umweltsprecherin, und 40 Pfennig sagt Herr Struck.

Die Mehrwertsteuererhöhung ist längst beschlossene Sache. Es gibt nur noch um die Frage von 1, 2 oder 3 %.

Oskar Lafontaine ist gegangen, seine Politik ist geblieben. Mancher ausscheidende Politiker hinterlässt eine Lücke, die ihn voll ersetzt.

Unser Bundesparteitag wurde gestern um Viertel nach Zehn eröffnet. Um acht Minuten vor Zwei hat mein Kollege Ottmar Schreiner von der SPD ihn schon abschließend bewertet. Und die dabei dachte ich immer, ich sei schnell. Die SPD fasst ihre Einschätzung über unseren Parteitag in einem simplen Wort zusammen: „unsozial“. Das sagt ausgerechnet ein Vertreter der Regierung, die soeben die **630-DM-Arbeitsplätze abgeschafft** hat.

Mehr als 25.000 Angestellte im Bäckerhandwerk können jetzt ihren Job an den Nagel hängen. Das ist unsozial.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe hängen etwa 200.000 Betroffene ihren Job an den Nagel. Das ist unsozial.

60.000 fleißige Zeitungsaussträger verlieren ihren Job. Das ist unsozial.

Hunderttausende Übungsleiter und Jugendtrainer werden in den Sportvereinen für ihr Engagement bestraft. Das ist unsozial.

Taxifahrer, Gebäudereiniger, Chorleiter, studentische Hilfskräfte an den Universitäten, Aushilfen in Museen und Theatern. Sie alle müssen ihren Job an den Nagel hängen. Das ist unsozial.

Rot-Grün ist keine Regierung für sozial Schwache. Sie ist eine Regierung der sozialen Schwäche.

Das **Gesetz gegen die sogenannten Scheinselbstständigen** ist ein Gesetz gegen Existenzgründer. Dabei liegt unser Land beim Anteil der Selbstständigen schon jetzt unter dem Durchschnitt in der Europäischen Union. Übrigens deutlich hinter der Selbstständigenquote der Niederlande und Großbritanniens.

Bill Gates war demnach ein Scheinselbstständiger. Wir brauchen in Deutschland mehr Innovation, mehr Wagnis, eine Kultur der Selbstständigkeit. Nur so entstehen neue Arbeitsplatzchancen. Die öffentlich-rechtliche Republik, in der alles verriegelt und verriestert wird, hat mit unserem Modell der liberalen Bürgergesellschaft nichts zu tun.

Hinter der Abschaffung der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse und dem Gesetz gegen die sogenannten Scheinselbstständigen steht ein Denken, das wir entlarven müssen: Es ist die Vorstellung, dass bis in die kleinsten Bereiche nichts ohne staatlichen Zugriff und kollektive Zwangssysteme bleiben dürfe.

Rot-Grün beklagt die Zunahme der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse. Und natürlich hat es auch Missbrauch gegeben. Aber wer die Zunahme und den Missbrauch bekämpfen möchte, muss gegen

die Ursachen vorgehen. Die 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse waren für den Mittelstand das letzte bisschen Flexibilität. Und es war die Steueroase des kleinen Mannes. Übrigens gerade auch für viele Frauen, die auf diesen Hinzuverdienst angewiesen sind. Die liberale Steuersenkungspolitik mit einem Eingangssteuersatz von 15 % ist das beste Mittel für neue Arbeitsplätze im sozialversicherungspflichtigen Bereich. Die Abschaffung der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse führt dagegen lediglich zu mehr Schwarzarbeit.

Die Union hatte Abschaffung der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse den Boden bereitet. „Union rüttelt an 590-Mark-Jobs“, „CDA fordert Abschaffung von 590-Mark-Jobs“, „590-Mark-Jobs nicht tabu“ waren allein drei Schlagzeilen aus dem März 1996. Das war nicht nur dritte Reihe in der Union. Das waren Blüm und Süßmuth und übrigens auch Herr Schäuble. Schön, dass die Union endlich zur Vernunft gekommen ist. Ihre Motive sind aber erkennbar eine Mischung aus Opportunismus und Gedächtnisschwund.

Die **Europawahl und zuvor die Wahl in Bremen** sind auch eine Abstimmung über Rot-Grün im Bund. Leider können wir Bürger Rot-Grün bei diesen Wahlen nicht vom Platz stellen. Aber die gelbe Karte ist fällig.

Es werden ja immer weniger, die zugeben, bei der letzten Bundestagswahl Rot-Grün gewählt zu haben. Aber glauben Sie mir, diese Koalition wird nicht brechen. Die Grünen schlucken Kröten, bis sie platzen. Die Kernenergiepolitik macht Herr Schröder. Die Friedenspolitik Herr Scharping. Die Staatsangehörigkeitsreform die F.D.P. mit Herrn Schily. Die Grünen haben in sieben Monaten Regierungsbeziehung mehr Kompromisse heruntergewürgt, als die F.D.P. in den letzten 30 Jahren. Früher haben Polizisten Joschka Fischer weggetragen. Heute kann er ohne Polizeischutz nicht mehr durch seinen eigenen Parteitag gehen. Das ist das neue grüne Lebensgefühl.

Das grüne Regierungsmitglied Gila Altmann bezeichnet den Kosovo-Einsatz als Angriffskrieg. Das ist nach unserem Grundgesetz ein Verbrechen. Trotzdem bleibt sie in dieser Bundesregierung. Posten statt Position: Das ist die neue grüne Glaubwürdigkeit.

In der Bundesversammlung verkaufen die Grünen ihre Stimmen für eine EU Kommissarin. Das ist die neue grüne Peinlichkeit.

Jürgen Trittin darf nicht, aber er würde am liebsten schon jetzt nach Brüssel wechseln. Das ist die neue grüne Lustlosigkeit.

Nicht durch Partnerschaft, sondern per Gesetz wollen die Grünen die Ehemänner zur Hausarbeit zwingen. Das ist grüne Selbstbestimmung

Laut Wissenschaft nutzen die Menschen nur 10 % ihres geistigen Potenzials, und trotzdem fällt den Grünen so viel Mist ein. Lieber ein Haus im Grünen, als einen Grünen im Haus.

Die PDS ist längst die stille Machtreserve für die SPD. Um das Erbe der Friedensbewegung antreten zu können, ist sich Herr Gysi nicht einmal zu schade, um zu einem PR-Termin zu dem Diktator Milosevic zu reisen. Herr Schröder wirft daraufhin der PDS vor, sie werde von einer fünften Kolonne Moskaus zur fünften Kolonne Belgrads. Wenn das die Meinung des SPD-Vorsitzenden über die PDS ist, dann müssen die Sozialdemokraten sofort die Koalitionen mit der PDS aufkündigen.

Die PDS löst keine Probleme, sie braucht Probleme, um politisch überleben zu können.

Rot-Grün ist auch deshalb so verheerend für unser Land, weil in dieser Koalition sich die **Grünen Fundamentalisten mit den Linken bei den Sozialdemokraten zu einer strukturellen Mehrheit verbünden können**. Beide haben die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft gegenüber jeder Form der staatlichen Kommandowirtschaft nie akzeptiert.

Nummehr muss die **Globalisierung** für die politische Linke als ideologisches Feindbild herhalten. Und so wird die Globalisierung einfach in den Globalismus umgetauft. Damit wird die Globalisierung von einem realen Prozess zu einem „Ismus“, einer Ideologie, zu der man „Nein“ oder „Ja“ sagen kann. Dass die freiheitliche Wirtschafts-

ordnung in Deutschland immer mehr infrage gestellt wird, lässt auch darauf schließen, dass von großen Teilen der Politik der internationale Wettbewerb nur so lange bejaht wurde, wie man sicher sein konnte, vorne zu liegen.

Die Einsicht, dass auch andere Länder in vielen Bereichen Deutschland weit hinter sich lassen können, ist für viele ein großer Schock. Als Schuldiger bleibt nur noch der nationale Wettbewerb, obwohl dieser ohne politische Rücksichtnahme und Bedenken lediglich lang versäumte Fehlentwicklungen sichtbar macht.

Aber was ist Globalisierung anderes als **internationale Marktwirtschaft**? Der Wettbewerb ist im Denken dieser Globalisierungsgegner ein ungezügelt Monster, das uns alle auffrisst, wenn es aus dem Käfig ausbricht. Darum ist dieses Monster Wettbewerb in Deutschland so gut gefesselt. Die Ängste vor der Modernisierung durch den Wettbewerbsdruck sind teilweise durchaus berechtigt. Es gibt Verlierer im Modernisierungswandel, denen geholfen werden muss. Aber wichtig ist auch: Es gibt mehr Verlierer und keine Gewinner, wenn man versucht, den Wettbewerb auszusperren und die Modernisierung in Deutschland zu verhindern.

Wir befinden uns im **Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft**, inmitten einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Revolution. Und dennoch ist der Dienstleistungssektor in Deutschland, obgleich dort größte Chancen auf neue Arbeitsplätze liegen, immer noch verkümmert. Die Argumentation der Globalisierungsgegner ist im Hinblick auf die Dienstleistungsgesellschaft geradezu beliebig. Je nach Nützlichkeit für die eigene staatsinterventionistische Ideologie fallen durch die Globalisierung wahlweise entweder die Geringqualifizierten aus dem Arbeitsmarkt, oder es seien lediglich „Billigjobs“, die durch sie entstünden.

Wie sehr ähneln sich die Argumentationsmuster der politischen Linken mit denen der politischen Rechten: Die einen wollen nationale Abschottung in der Ökonomie, die anderen wünschen die nationale Abschottung für die Gesellschaft. Die politische Linke macht für die

deutschen Probleme die Globalisierung und das Ausland verantwortlich, die politische Rechte die Internationalisierung der Gesellschaft und die Ausländer. Was dem einen die Abschottung gegen das „internationale Kapital“ ist, sind für die anderen die unverhohlenen und immer offener vorgetragenen „Ausländer raus“-Parolen. Das Schüren von Globalisierungängsten ist der Nährboden für dumpfen Nationalismus auf beiden Seiten. Die F.D.P. ist als Freiheits- und Fortschrittspartei das **geborene Kontrastprogramm zum ökonomischen und gesellschaftlichen Nationalismus.**

Mit Protektion und Abschottung kann man Veränderung nicht verhindern. Letztendlich setzen sich die weltwirtschaftlichen und technologischen Veränderungen schließlich doch durch. Mit Verzögerung zwar, dafür aber mit umso stärkerer Anpassungswucht auf Kosten des Wohlstandes und der inneren Liberalität in unserem Lande. Die Windrichtung kann man nicht bestimmen, aber man kann die Segel richtig setzen.

Globalisierung geschieht mit uns und zu unserem Nutzen, wenn wir die Chancen begreifen. Das ist die mentale Standortfähigkeit, die vielleicht noch viel wichtiger ist, als mancher harte Standortfaktor.

Die Freie Demokratische Partei hat jetzt in der Opposition eine viel größere Chance, die **ethische Legitimation ihres Gesellschaftsentwurfes aufzuzeigen. Liberalismus ist nicht Materialismus.** Der materialistischen Stigmatisierung des freiheitlichen Gesellschaftsentwurfes durch den politischen Gegner werden wir Liberale mit einer gezielten Wertediskussion entgegentreten.

Dazu laden wir die leistungsbereiten, weltoffenen und toleranten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ein. Wir sagen Ihnen: wenn Sie sich abwenden von der Politik, dann bleiben in der Politik genau diejenigen übrig, die Sie dort nicht sehen wollen.

Die F.D.P. darf nicht zulassen, dass der Wert der Freiheit von SPD, Grünen, PDS und auch den Sozialdemokraten in der Union brutalisiert wird. Mehr Staat ist nicht gerechter, sondern im Gegenteil.

Dies zu vermitteln, muss das Ziel einer von der F.D.P. initiierten gesellschaftlichen Diskussion sein. Wir haben als Vertreter einer vorübergehend kleineren Partei derzeit nicht die Möglichkeit, auf Bundesebene durch konkretes Regierungshandeln diese Diskussion zu befördern. Aber wir sind in der Lage, einen Meinungsdruck zu erzeugen, dem sich die anderen Parteien nicht verschließen können. Dabei dürfen wir keine Angst vor Gegenwind haben. Wer anstoßen will, muss anstößig sein.

Das **Umdenken** in diesem Lande hat längst begonnen.

Deswegen brauchen wir viel Kraft, Bekennermut und einen langen Atem.

Die ersten Sozialdemokraten, die uns noch vor einem Jahr als neo-liberale Turbokapitalisten beschimpft haben, sprechen heute selbst davon, dass die Zukunft nicht in einem Rundum-sorglos-Staat liegen kann. Die F.D.P. darf eben keine Angst davor haben, unverwechselbar zu sein. Vor der gleichgültigen Verwechselbarkeit müssen wir uns fürchten. Wir müssen unseren eigenen Weg gehen und nicht nach der Politikerdevise handeln: „Unsere tägliche Meinungsumfrage gib uns heute.“

Die F.D.P. ist in allen Bevölkerungsschichten zu Hause. Wir wenden uns an die Weltoffenen, die Toleranten, die Leistungsbereiten. **Leistungsbereitschaft ist das Wollen, nicht das Können.** Es ist die Haltung zum Leben.

Sozialdemokraten aller Parteien haben schon immer die Gerechtigkeit gegen die Freiheit ausgespielt.

Das zeigt, es gibt Sozialdemokraten und soziale Demokraten. Soziale Demokraten wollen die Prinzipien von Freiheit, Verantwortung und Gerechtigkeit in einem ständigen, offenen gesellschaftlichen Ausgleich sichern. Sozialdemokraten wollen ständig die Bürger vor sich selbst beschützen.

Soziale Demokraten setzen auf die Menschen, weil nur die Lernbereitschaft, die Leistungsbereitschaft, die Fantasie und Kreativität jedes einzelnen die Voraussetzungen für die soziale Sicherung aller schaffen kann.

Sozialdemokraten setzen auf den Staat - soziale Demokraten auf die Gesellschaft. Wir Liberale sind soziale Demokraten. Wir werden nicht länger die Definitionshoheit über das, was sozial ist, den umverteilenden Gutmenschen überlassen. Liberaler ist sozialer.

Wir stellen den einzelnen Bürger und seine Chancen in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir wollen **mehr Freiheit für mehr Menschen.** Wir wollen die **konkrete Freiheit, die erlebbare Freiheit des einzelnen Bürgers.** Sie ist der Maßstab für unser politisches Handeln. **Mehr Freiheit und weniger Staat** ist das Credo unserer „Wiesbadener Grundsätze“, die wir vor zwei Jahren in Wiesbaden verabschiedet haben.

Wir Liberale haben uns stets davor gefürchtet, dass die Idee der Freiheit in Deutschland schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt sein könnte. Wir haben uns davor gefürchtet, dass die Freiheit fast unsichtbar bedroht wird durch neue Entmündigungen und Bevormundungen. Aber da schleicht nichts - da ist nichts unsichtbar: seit Rot-Grün geschieht dies alles ganz offen.

Vor allem in der Sozialpolitik denkt Rot-Grün in den Kategorien des Obrigkeitsstaates. Da werden kollektive Zwangssysteme zum Hochsicherheitstrakt der sozialen Gerechtigkeit erklärt. Da verkommt Gerechtigkeit zur staatlichen Vollzugsanstalt. Da werden für Freiheit Gefängnisse der Bürokratie gebaut und den Menschen wird erzählt, wie gut beschützt sie hinter den Gitterstäben aufgehoben seien. Noch zu wenige in diesem Land rütteln an diesen Gitterstäben. Zu viele in diesem Land glauben den Staatsgläubigen immer noch, dass sie für mehr soziale Gerechtigkeit stünden.

Und im Denken vieler - Ost wie West - wirkt noch die Macht der roten Fahnen. Dieser Auseinandersetzung werden wir suchen. Wir wollen die neuen sozialen Fragen stellen. Mit den Wiesbadener

Grundsätzen haben wir einen **Grundstein für ein neues liberales Konzept für die Zukunft** gelegt. Darauf können und werden wir aufbauen. Wir müssen aber konkreter entlang der Lebensverhältnisse der einzelnen Menschen unsere Ziele für soziale Gerechtigkeit, den demokratischen, freiheitlichen Bürgerstaat deutlich machen. Mit dem heutigen Antrag zu Sozialpolitik leisten wir einen weiteren Schritt der Konkretisierung. Aber das wird noch nicht reichen. Es ist der Beginn einer spannenden Diskussion.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Wiesbadener Grundsätze durch drei kleine Programmkommissionen weiterzuentwickeln. In jeder dieser drei Kommissionen sollten nicht mehr als 6-8 Persönlichkeiten zusammenarbeiten, wobei die Hälfte von außerhalb der F.D.P. hinzukommen sollte. Aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen möchte ich den besten Sachverstand in unsere Arbeit integrieren.

Die Themen dieser drei Kommissionen sollten sein: der liberale Sozialstaat, der liberale Bürgerstaat und der liberale Kulturstaat.

Zum **liberalen Sozialstaat** wollen wir konkret den liberalen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Deutschland aufzeigen.

Zum **liberalen Bürgerstaat** wollen wir eine neue Verfassungsdiskussion einleiten, Bürgerrechte und Bürgerpflichten definieren, ein neues Verhältnis von Bürger und Staat in der Informationsgesellschaft vorschlagen. 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland sollten wir die repräsentative Demokratie durch mehr direkte Wirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger ergänzen.

Beim **liberalen Kulturstaat** muss es um neue Wege zur besseren Investition in die Köpfe der Menschen in Deutschland gehen. Denn die Köpfe der Menschen, das Wissen, die Bildung und Ausbildung unserer jungen Generation sind unser wichtigstes Kapital in der Informationsgesellschaft.

Es ist bemerkenswert, dass genau jene, die das Wort „Solidarität“ in der Politik stets im Munde führen, eben diese mit der nächsten

Generation regelmäßig außer Acht lassen. Solidarität ist für uns Liberale auch die Solidarität zwischen den Generationen. Jede Generation ist verpflichtet, die **Freiheitschancen der Nachgeborenen zu bewahren**, und nicht durch Verbindlichkeiten und Verbrauch zu riskieren. Liberale Politik schützt die Freiheitschancen der nächsten Generationen bei der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wie bei den Staatsfinanzen oder den Generationsverträgen. Meine Erfahrung ist: Das **Prinzip Verantwortung für die nächste Generation** ist kein Thema nur für die Jungen. Gerade die Älteren wollen keine Nach-mir-die-Sintflut-Politik zulasten ihrer Kinder und Enkelkinder.

Wir Liberale wollen keinen Staat, der mit zügellosen Subventionen Vergangenheitsverlängerung betreibt, aber gleichzeitig nicht genügend Geld für Computer an den Schulen zur Verfügung hat.

In der **Bildungspolitik** ist längst ein sozialer Numerus Clausus entstanden.

Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder, als Schüler oder Student, jedenfalls für eine gewisse Zeit ins Ausland. Die anderen müssen mit sehr viel schlechteren, in jedem Fall aber längeren Ausbildungsbedingungen in Deutschland zurechtkommen.

Wer in der **Informationsgesellschaft** nicht auch mit den Mitteln der Informationsgesellschaft lernt, riskiert, sehr schnell zum Analphabeten der Moderne zu werden. Und wieder versagt ein **staatliches und verkrustetes Bildungssystem**, bei dem Internet-Anschlüsse und Computer in ausreichender Anzahl an den Schulen und Hochschulen die Ausnahme sind. Wer es sich leisten kann, schenkt dann seinen Kindern zum Geburtstag oder zu Weihnachten den neuen Laptop. Den anderen wird diese Chance des Lernens vorenthalten

Liberale haben **Bildung als Bürgerrecht** erkämpft. Dieses Bürgerrecht dient nicht nur dem Ziel der Selbstverwirklichung. Dahinter steckt auch die Erkenntnis, dass nur dann die Talente einer Gesellschaft genutzt werden können, wenn auch alle Talente aus der

Gesellschaft einen fairen Zugang zu den Bildungseinrichtungen haben. So wie die Liberalen vor drei Jahrzehnten Bildung als Bürgerrecht erkämpft haben, so müssen wir heute Bildung als Bürgerrecht zurückerobern.

Bildung ist die soziale Frage der nächsten Jahrzehnte.

Die **soziale Sicherheit** zählt nach unserer Auffassung zu den Kernaufgaben des Staates. In unserem Wohlfahrtsstaat ist die Treffsicherheit verloren gegangen. Fast 40 verschiedene Anlaufstellen sind für nahezu 150 verschiedene sozialer Hilfeleistungsarten zuständig. Einerseits stecken wir immer mehr Geld in den Wohlfahrtsstaat hinein. Andererseits kommt immer weniger bei den wirklich Bedürftigen an.

Bei behinderten Kindern wird der Mangel verwaltet, und gleichzeitig brüsten sich Leute gegen Honorar in Nachmittag-Talkshows mit der Erklärung: Man lebe von Sozialhilfe und mache nebenher ein bisschen „Schwarz“. Und ihr, die ihr zuschaut und arbeitet, seid die Doofen. Wir müssen die Schwachen vor den Faulen schützen. Deshalb sind wir für das Prinzip „keine Leistung ohne Gegenleistung“. Wer Geld vom Staat haben will, jung ist, gesund ist, keine Angehörigen versorgen muss, der muss auch eine Gegenleistung erbringen. Er muss sich zumindest bemühen, wieder in Arbeit zu kommen, eine Fortbildung oder Umschulung zu absolvieren oder eine gemeinnützige Arbeit anzunehmen. Wer diese Gegenleistung verweigert, kann nicht mit der solidarischen Hilfe der Gesellschaft rechnen.

Die Bürger zahlen gerne Steuern für diejenigen, die nicht arbeiten können. Aber sie wollen keine Steuern zahlen für diejenigen, die nicht arbeiten wollen.

Die **äußere und innere Sicherheit** sind Kernaufgaben des Staates. Die Kriminalitätszunahme, gerade bei den Jugendlichen, ist erschreckend hoch. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg im Bereich Rauschgiftkriminalität, der Anstieg der Drogentoten und der Anstieg der Erstkonsumenten harter Drogen. Dies zeigt, wie wichtig ein Umdenken in der staatlichen Drogenpolitik ist.

Dies zeigt zum zweiten, dass Kinder und Jugendliche Perspektiven brauchen. Verbrechen ist häufig auch der Zins für soziale Schuld. Wenn Jugendliche, zum Teil mit hunderten von Bewerbungen, über Monate, wenn nicht sogar Jahre, versuchen, in die Gesellschaft einzusteigen und sie haben keinen Erfolg, dann ist die Gefahr, dass sie sich von dieser Gesellschaft abwenden, groß. Wir Liberale wollen die **Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung**, damit Ausbildungs- und Arbeitsplatzchancen entstehen.

Unsere **Wirtschafts- und Mittelstandspolitik** dient nicht dem Ziel, Reiche reicher zu machen, sondern den Ausgeschlossenen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze suchen, **Chancen zu eröffnen**. Der Mittelstand schafft das Gros der Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Er ist damit nicht nur das ökonomische, sondern auch das soziale Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir Liberale sind die **Partei der Leistungsbereiten**. Leistungsbereit ist für uns der Vorstandsvorsitzende, der es geschafft hat, genauso wie der Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz sucht und es noch schaffen will. Die junge Generation will einsteigen, nicht aussteigen. Und deshalb ist die **Freie Demokratische Partei der natürliche Verbündete dieser jungen leistungsbereiten, tüchtigen Generation**.

Prävention und soziale Chancen sind die eine Seite der Medaille bei der **Kriminalitätsbekämpfung**. Die andere Seite ist die personelle und materielle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden. Wir brauchen gut ausgebildete, gut motivierte und vor allem modern ausgestattete Polizisten. Mit der mechanischen Schreibmaschine kann man keine Internet-Kriminalität bekämpfen. Und dennoch ist eine flächendeckende Ausrüstung aller Polizeireviere mit Computertechnik immer noch überfällig. Der Staat muss endlich bei den Kuraufgaben sparen, damit er seine Kernaufgaben wirksamer erfüllen kann.

Die Probleme verändern sich, also müssen sich auch die politischen Antworten verändern. Nicht nur unser Wirtschaftssystem ist im Wandel.

Unsere Gesellschaft erlebt auch nach innen dramatische Veränderungen. Was von den Traditionalisten der anderen Parteien als Werteverlust bezeichnet wird, ist aus Sicht der Liberalen viel häufiger ein **Wertewandel**.

Ehe und Familie sind die tragenden Verantwortungsgemeinschaft unserer Gesellschaft. Aber es treten neue Verantwortungsgemeinschaft hinzu. Für Liberale ist jede Partnerschaft wertvoll, in der Menschen füreinander Verantwortung wahrnehmen. Und wenn Bischof Dyba die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften öffentlich in die Nähe von Geistesgestörtheit bringt, entgegenen wir Liberale: Die **Abschaffung der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften** ist keine Abwertung von Ehe und Familie, sondern ein Gebot der Toleranz gegenüber Menschen, die füreinander einstehen wollen.

Für Liberale ist der Staat keine planwirtschaftliche Lenkungsbürokratie. Er ist aber für uns ebenfalls nicht der Zensor der privaten Lebensentwürfe. Auch hier gilt: **Privat kommt vor dem Staat**.

Gerade in der **Gesellschaftspolitik** haben wir jetzt die Chance für F.D.P. pur. Und für sieben Monate Oppositionszeit können wir uns mit unseren Initiativen in der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik sehen lassen. Wir haben vor der Bundestagswahl angekündigt, bei der Staatsbürgerschaft das Optionsmodell durchzusetzen. Wir haben Wort gehalten. Die doppelte Staatsangehörigkeit als Regelfall, wie ihn die rot-grüne Koalition vorsah, konnte verhindert werden. Aber den Kindern, die in Deutschland geboren werden, wird geholfen.

Diese Kinder sollen mit einem integrierten Bewusstsein groß werden und nicht mit einer ausländischen oder gar ausgegrenzten Identität.

Wenn der bayerische Ministerpräsident verkündet: „Wenn wir wieder die Regierung übernehmen, wird dieses Gesetz keinen Bestand haben“, muss er mit einer absoluten Mehrheit der Union rechnen.

Für die F.D.P. sage ich klipp und klar: Die F.D.P. steht zu dieser **Reform des Staatsangehörigkeitsrechts** zugunsten der in Deutschland geborenen Kinder. Und sie wird sie gegen alle rückwärtsgewandten Bestrebungen verteidigen. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts liegt nicht nur im Interesse der hier geborenen Kinder, sondern im nationalen Interesse. Wenn wir die Kinder nicht integrieren, riskieren wir die sozialen Verwerfungen der Zukunft.

Und noch ein Wort zur CSU und ihrer Kritik an der Rede des neuen Bundespräsidenten Johannes Rau. Er hat nach seiner Wahl auf Art. 1 des Grundgesetzes hingewiesen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies ist die Würde aller Menschen, nicht nur die der Deutschen. Wenn ein Bundespräsident von der CSU dafür beschimpft wird, dass er Artikel 1 unserer Verfassung zitiert, dann hat unsere neugewonnene Eigenständigkeit in der Opposition auch etwas Befreiendes.

Seit der Bundestagswahl sind in die F.D.P. 3.000 neue Mitglieder eingetreten. Nahezu zwei Drittel von ihnen waren jünger als 35 Jahre. Wir freuen uns über jedes Mitglied, das in die F.D.P. eintritt, gleich welchen Alters. Aber wenn immer mehr Junge zur F.D.P. kommen, dann zeigt das, wir haben Zukunft. Wir wollen den dritten Platz im Parteiengefüge zurückerobern.

Als **eigenständige, unverwechselbare Freiheits-, Fortschritts- und Toleranzpartei**, als Partei mit einem liberalen Weltbild, einem freiheitlichen Gesellschaftsentwurf und einem toleranten Lebensgefühl wird uns dies gelingen.

REDE

50 Jahre Demokratie Dank an Bonn

Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich als Bonner Abgeordneter bei Ihnen, beim Haus und beim Präsidium, sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie uns mit diesem Tag, auch mit der Vereidigung des neuen Bundespräsidenten hier in Bonn, gewissermaßen ein **Abschiedsgeschenk** machen. Ich habe gelesen, dass das vom Regierenden Bürgermeister von Berlin sogleich ein wenig neidisch beäugt wurde. Wir Rheinländer sagen dazu: Man muß auch gönnen können. Deswegen mein ganz herzlicher Dank als Bonner an Sie, daß Sie uns diese Ehre geben.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Bonner waren in den letzten 50 Jahren sehr gerne **Gastgeber** für die Bundespolitik. Wir bleiben das auch weiterhin gerne. Was nämlich vergessen wird, ist: Wir sind auch in Zukunft Gastgeber für die Bundespolitik, wenn auch in einem kleineren Rahmen. Ich bin als Bonner sehr dankbar dafür, daß meine Heimatstadt für mehr als 50 Jahre das Gesicht des demokratischen Deutschlands mit prägen durfte. Wenn der Gastgeber ein gutes Verhältnis zu seinen Gästen hat, fällt natürlich auch der Abschied schwer.

Michael Glos [CDU/
CSU]: „Sehr wahr!“

Deswegen gebe ich ganz offen zu, es schwingt viel persönliche **Melancholie** mit. Ich weiß auch von vielen, die hier ihre zweite Heimat gehabt haben, daß sie am heutigen Tag durchaus melancholisch sind. Man sieht die Umzugskartons, fast an jeder Straße stehen Umzugswagen, und man sieht viele leergeräumte Gebäude. Bei aller Freude, die mancher im Hinblick auf das neue Großstadtleben haben mag, werden Sie verstehen: Wir sind natürlich heute auch ein wenig melancholisch.

Beifall des Abg.
Michael Glos
(CDU/CSU)

Deswegen sage ich ganz offen: Ich fand die Rede des Altbundeskanzlers Helmut Kohl nicht nur im Hinblick auf das, was er an Historischem gesagt hat, sehr bewegend, ich bin ihm auch dafür richtig dankbar, daß er die passenden Dankesworte an Bonn gefunden hat. Ich wünschte mir, auch der neue Bundeskanzler würde in dieser Debatte das Wort ergreifen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das gehört sich so. Man mag sich in dieser oder einer anderen Stadt wohler fühlen, aber ich glaube, es ist nicht so toll – das werden Sie mir nachsehen müssen –, daß an einem solchen Tag, bei einer solchen Debatte vom ganzen Kabinett nur ein Minister anwesend ist. Bei allem Respekt vor den Staatssekretären – es sind alles großartige Persönlichkeiten –: Die **Bundesregierung** hätte an diesem Tag wirklich stärker präsent sein können.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Das Umfeld, in dem Politik gemacht wird, bleibt nie ohne Einfluß auf die Entscheidungen der Politik. Die Bescheidenheit Bonns, das freiheitliche Klima unserer Universitätsstadt und eine gewisse Portion **rheinischen Frohsinns** haben auf die Bonner Politik im Positiven abgefärbt. Bonn hat sich weit über ein Provisorium hinaus entwickelt. Es hat der deutschen Politik meiner Einschätzung nach stets gutgetan, daß in Bonn nicht Politik sozusagen aus dem Wartesaal betrieben wurde. Bonn hat in diesen fünf Jahrzehnten – 40 Jahre davon zu Zeiten der deutschen Teilung und nunmehr beinahe zehn Jahre seit dem Fall der Mauer – selbst ein Gewicht in dieser Republik bekommen. Wenn nun die Bezeichnung „**Bonner Republik**“ verwendet wird, so ist dies für die Bonner nur sehr vordergründig schmeichel-

haft; denn im Grunde genommen soll mit diesem Begriff eine Tradition abgelegt und die sogenannte Berliner Republik eingeläutet werden. Das ist sehr gefährlich. Das ist weit mehr als Sprache. Das ist Inhalt. Das ist Botschaft: gewissermaßen von der Weimarer Republik kommend über die Bonner Republik in der Berliner Republik ankommend, als hätte Geschichte einen Endpunkt, als sei die Bonner Republik so untergegangen, wie die Weimarer Republik untergegangen ist. Als ein überzeugter Demokrat sage ich Ihnen: Ich hoffe, daß uns allen gemeinsam bewußt ist: Die Bonner Republik – das unterscheidet sie von der Weimarer Republik – ist nicht untergegangen und gescheitert. Sie wird nicht abgelegt. Im Gegenteil, es wird darum gehen, das Beste dieser Bonner Zeit nach Berlin mitzunehmen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Das Deutschland, das mit Bonn verbunden wird, ist das europäisch eingebundene, regional gegliederte und demokratische Deutschland. Das sind die Charakteristika für die deutsche Politik in den letzten 50 Jahren gewesen, und das sollten sie auch in den nächsten 50 Jahren bleiben. Wer die Berliner Republik ausruft, stellt die Grundkoordinaten, die sich in Bonn bewährt haben, in Frage. Das ist ein Fehler.

Beifall bei der F.D.P.;
Iris Gleicke [SPD]:
„Wer macht
das denn?“

Das ist nicht nur an diejenigen adressiert, die das in der Politik tun. Sehr viele Intellektuelle tun dies, sehr viele Feuilletonisten schreiben so etwas. Ich möchte nicht, daß sich diese Gedankenwelt in unserem täglichen Sprachgebrauch ausdrückt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Unsere Verfassung und unsere Republik bleiben die gleichen. Neue Fragen werden mit unserer Verfassung, dem bewährten Grundgesetz, beantwortet werden müssen. Das gilt für vieles gerade in Zeiten der Globalisierung. In Berlin ist alles größer, manchmal geradezu pompös. Die Sprache spricht Bände. Bonn war stets die **Bundeshauptstadt**. Berlin dagegen wird kurz **Hauptstadt** genannt. Das ist mehr als Semantik. Es ist zugleich auch föderatives Selbstverständnis. Für mich ist Berlin immer noch die Bundeshauptstadt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Beifall bei
der F.D.P. sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Bonn hat nie den Rest der Republik zur **Provinz** werden lassen. Auch Berlin darf nicht die anderen Teile Deutschlands zur Provinz werden lassen.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD,
der CDU/CSU und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Dieses kleine Bonn ist nicht provinziell. Maßvoll ist nicht mäßig und erst recht nicht mittelmäßig. Im Gegenteil, es ist eine Tugend. Ich habe in dieser Woche einen von mir sehr geschätzten Intellektuellen, einen Buchautoren, im Fernsehen gehört, der den Umzug mit den Worten kommentierte, jetzt ziehe der Bundestag zum Volk. Waren wir in Bonn nicht beim Volk?

Dr. Elke Leonhard
[SPD]: „Nein!“

Kann man so tun, als bestünde das deutsche Volk nur aus Großstädtern? Wer als Parlamentarier in Bonn das Volk nicht treffen wollte, der wird es auch in Berlin nicht finden.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD und
der CDU/CSU sowie
der Abg. Angela
Marquardt [PDS]

Die **Fußläufigkeit** des Regierungssitzes in Bonn ist oft belächelt und bespöttelt worden. Sie wird uns noch fehlen: nicht aus Bequemlichkeit, sondern weil die tatsächliche Nähe auch konfliktreduzierend gewirkt hat. Man konnte sich in Bonn niemals lange aus dem Wege gehen. Das zwang auch nach heftigem Streit zur rheinischen Lösung von manchem Problem.

Beifall bei Abge-
ordneten der F.D.P.;
Hans-Christian
Ströbele [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:
„Ich empfehle
das Fahrrad!“

Kurz gesagt: Ich hoffe, daß wir uns auch in Berlin die **rheinischen Tugenden**, den Pragmatismus und die ausgeprägte Toleranzkultur, bewahren werden und daß wir uns nicht nur in der „Ständigen Vertretung“ bei rheinischen Köstlichkeiten treffen werden. Die deutsche Politik muß auch in Berlin durch Bescheidenheit geziert werden. Klaus Bölling hat wunderbar dazu geschrieben: Bonn hat der Welt Vertrauen eingeflößt. In Bonn hatte die „Wir sind wieder wer“-Mentalität niemals eine Chance. Sie darf auch in Berlin keine bekommen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Wir Bonner werden unsere Zukunft meistern und unsere Chancen nutzen. Die Bonner sind dem Bundestag für 50 gute Jahre dankbar. Auch der Bundestag zeigt heute seine Dankbarkeit, aber bitte nicht nur an diesem Tag. Am überzeugendsten kann dieser Dank nun durch die Sicherstellung von Planungssicherheit für die Bonnerinnen und Bonner in Stadt und Umland gezeigt werden. Dieselbe Einmütig-

keit, mit der wir in dieser Debatte Bonn danken, ist auch nach dem Umzug bei der Einhaltung der **Bonn/Berlin-Vereinbarungen** nötig. Wir hoffen nicht, daß der Bundestag nach dem Umzug gewissermaßen nach der Devise handelt: Aus den Augen, aus dem Sinn. Erinnern Sie sich an Bonn, auch in Berlin, und erinnern Sie sich in Berlin auch Ihrer Verantwortung gegenüber Bonn, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten der SPD

Wenn uns in Berlin gelingt, was in Bonn gelang, bleibt Deutschland auf einem guten Weg. Bonn wird Sie vermissen, und ich bin sicher, Sie werden manches Mal noch Bonn vermissen.

Beifall bei der F.D.P., der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS

REDE

Keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften

Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die F.D.P.-Bundestagsfraktion legt heute einen Gesetzentwurf vor, mit dem wir die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften so weit wie möglich abbauen wollen. Meine Partei hat in diesen Fragen eine lange Tradition. Wir sind von unserer liberalen Grundüberzeugung her der Auffassung, daß Minderheiten nicht diskriminiert werden dürfen, daß der Staat nicht Zensor der privaten Lebensentwürfe ist, daß erlaubt ist, was gefällt und keinem anderen schadet. Deswegen haben wir beispielsweise in der alten Koalition zu Beginn der 90er Jahre den § 175 gestrichen, der seinerzeit im Strafgesetzbuch eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlicher Liebe vorgesehen hat. Diese Politik wollen wir mit unserem Gesetzentwurf fortsetzen, der heute hier eingebracht wird und jetzt zur Debatte steht.

Lassen Sie mich eines klar sagen: Es ist kein Entwurf, der sich gegen die Ehe richtet, sondern es ist ein Entwurf, der sich gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften wendet.

Beifall bei
der F.D.P.

Ehe und Familie sind die tragenden Verantwortungsgemeinschaften in unserer Gesellschaft. Aber wir wissen, daß die Ehe den gleichge-

schlechtlichen Paaren nach der Verfassung verwehrt ist. Deshalb ist ein anderes Institut, nämlich das der eingetragenen Partnerschaft, sinnvoll, weil jede Lebensgemeinschaft wertvoll ist, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

Beifall bei
der F.D.P.

Nach unseren Vorstellungen sollen künftig zwei volljährige, nicht verheiratete und in keiner anderen eingetragenen Lebensgemeinschaft lebende Personen gleichen Geschlechts eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründen können. Es geht also nicht darum, das Institut der Ehe abzuwerten, sondern es geht darum, die Diskriminierung neuer Verantwortungsgemeinschaften abzubauen. Wir respektieren die ständige Rechtsprechung des **Bundesverfassungsgerichtes** und den besonderen Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz. Daher sind die von uns vorgesehenen Regelungen auch bewußt unterhalb der Ehe angesiedelt. Es ist ein anderes Institut. Deshalb ist unser Gesetzentwurf auch verfassungsfest.

Beifall bei
der F.D.P.

Wir kennen die Verfassungsgrenzen und möchten nicht riskieren, daß ein wichtiges gesellschaftspolitisches Vorhaben so weit geht, daß es einem Urteil des Verfassungsgerichts nicht standhalten könnte. Ansonsten hätte man etwas Gutes gewollt und nichts bewirkt. Dennoch enthält unser Gesetzentwurf weitreichende Regelungen, insbesondere dort, wo die Diskriminierung am deutlichsten ist. Zum Beispiel sieht unser Gesetzentwurf im Mietrecht, im Erbrecht, im Erbschaftsteuerrecht und übrigens auch im Ausländerrecht umfangreiche Änderungen vor. Wir haben damit die wichtigsten Forderungen, die auch von Verbänden an uns herangetragen wurden, aufgenommen. Mit diesem Rechtsinstitut können gleichgeschlechtliche Paare erstmals ihre Beziehung nach außen dokumentieren und rechtlich absichern. Eine Partnerschaft, in der zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, verdient den Respekt der Gesellschaft und den Respekt des Staates. Gerade in einer Zeit, die von der Vereinzelung der Menschen geprägt wird, hilft es allen, wenn Verantwortungsgemeinschaften gestärkt werden.

Beifall bei
der F.D.P.

Die Umfragen der letzten Zeit zeigen, daß es in der Bevölkerung eine Mehrheit gibt, die ein eingetragenes Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Paare befürwortet. Wir wollen mit unserer Initiative für mehr Toleranz und Verständnis in der Gesellschaft werben. Ein solches Rechtsinstitut kann nur dann Erfolg haben, wenn es von der Gesellschaft akzeptiert und getragen wird; das wissen wir wohl. Unser Gesetzentwurf enthält daher auch keine Maximalforderungen, sondern Vorschläge, die sich im Verfassungsrahmen bewegen. An die Adresse der Kritiker, auch an die Adresse der konservativen Kritiker, die in unserer Initiative einen Werteverlust sehen, sei gesagt: Wenn in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft einer seinen Partner bis in den Tod hinein pflegt, dann ist das kein Werteverlust, sondern ein Wertegewinn für unsere Gesellschaft.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten der SPD,
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN
und der PDS

Die Förderung der gegenseitigen persönlichen Hilfe ist die menschlichste und die menschenwürdigste Form jeder Politik. Die freiwillige Übernahme von Verantwortung und der Bürgersinn sind dem Zwang und dem bevormundenden Fürsorgestaat überlegen. Der Bürger kommt für die Liberalen vor der Institution. Der Staat muß die Bürger aber auch lassen. Rotgrün hat den Wählern vor der Bundestagswahl versprochen, daß es innerhalb der ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme eine eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare geben wird. Nach Ablauf dieser 100 Tage wurden immer neue Fristen genannt: bis Ostern, bis zur Sommerpause, im Herbst, bis zum Ende des Jahres. Bisher gibt es von der Justizministerin aber nur zaghafte Andeutungen und vage Vorstellungen über Inhalte; es gibt weder einen Referentenentwurf noch irgendein Papier, das man diskutieren könnte. Deshalb war es Zeit, daß dieser Gesetzentwurf von uns eingebracht wurde. Wir können nicht abwarten, bis Sie sich bequemem zu handeln. Wir wollen mit unserer Initiative parlamentarischen Druck auf die Regierung ausüben.

Beifall bei
der F.D.P.

Das ist – bei allem Respekt, Herr Staatssekretär, daß Sie heute die Regierung vertreten – augenscheinlich nötig.

Ich bin der Auffassung: Nach all den öffentlichen Erklärungen der Bundesjustizministerin in den letzten Tagen und Wochen, bei denen sie sich für etwas feiern ließ, was noch nicht einmal geschrieben

Beifall bei
der F.D.P. sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU und
der Abg. Christina
Schenk [PDS]

wurde, hätte sie – zumindest aber der Parlamentarische Staatssekretär – heute hier auf der Regierungsbank sitzen und erklären müssen, wie weit sie ist und wie weit Sie gehen will. So kann man sich meines Erachtens nicht verhalten. Sie enttäuschen diejenigen, die Sie gewählt haben.

Weder bei der eingetragenen Partnerschaft noch bei Regelungen der **Mietrechtsnachfolge**, noch beim Abbau von Diskriminierungen homosexueller Soldaten in der Bundeswehr ist es bisher zu rechtlichen Änderungen gekommen. Rotgrün hat mit sehr vollmundigen Versprechungen viele homosexuelle Wähler für sich gewinnen können. Diese sind – zu Recht – enttäuscht. Ich weiß, daß das auch manchem auf den Plätzen der Koalitionsfraktionen überhaupt nicht gefällt. Ich kann Sie nur nach besten Kräften unterstützen und Sie dazu ermutigen, in dieser Richtung die Initiative mitzuergreifen.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Westerwelle, ich muß Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Vielen Dank. Ich komme zum Schluß. – Es ist an der Zeit, daß wir mit den längst überkommenen Moralvorstellungen Schluß machen. Das Parlament muß, wo es die Möglichkeit dazu hat, die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beenden. Das ist unser Auftrag an alle. Ich appelliere an Sie, unseren Gesetzentwurf als eine Beratungsgrundlage zu verstehen, die man da oder dort kritisieren kann. Wenn Sie aber kritisieren, dann legen Sie etwas vor, machen Sie es besser! Dann reden wir darüber, wo wir eine gemeinsame Mehrheit der Vernunft finden können.

Beifall bei
der F.D.P.

Vielen Dank.

EINER VON UNS

Gisela Piltz

Im Jahr 1987 kündigte sich eine weitere wichtige Weichenstellung im politischen Leben Guido Westerwelles an: Obwohl selbst erst knapp 26 Jahre alt, begann er, aus den Jungen Liberalen herauszuwachsen.

Wir kannten uns gut. Ich war 1980, noch als Schülerin, den JuLis beigetreten, wo man sich – so viele Mitglieder waren wir ja in den ersten Jahren noch nicht – fast zwangsläufig begegnete. Wie für so viele waren die Jungen Liberalen für mich eher ein spannendes Hobby. Aber nach dem Abitur und während meiner Ausbildung nahm ich mir Zeit für die beste Jugendorganisation der Welt.

Guido Westerwelle hatte 1983 den Bundesvorsitz der JuLis übernommen und den Verband, aufbauend auf der Arbeit seines Vorgängers Hans-Joachim Otto, in den Folgejahren gewaltig nach vorne gebracht. Nicht zuletzt aufgrund seiner Persönlichkeit, seiner Geschicklichkeit im Umgang mit den Medien und seines

politischen Gespürs waren die JuLis ein bedeutsamer „Player“ in der politischen Landschaft geworden.

1986 wurde ich in den Bundesvorstand der Jungen Liberalen gewählt. Es begann für mich eine phantastische, politisch spannende und auch menschlich wichtige Zeit der Zusammenarbeit mit Guido Westerwelle und den übrigen Vorstandsmitgliedern. Die professionelle Art Guidos, Politik zu betreiben, seine Meinung hörbar und sichtbar zu machen und Präsenz zu zeigen, faszinierte uns alle. Für einen Rat war er immer zu haben. Gleichzeitig war uns allen klar, dass Guidos Weg mit der Spitze der Jungen Liberalen bei Weitem noch nicht zu Ende war.

Ich hatte 1987 mein Jurastudium in Bonn aufgenommen, Guido war zu diesem Zeitpunkt dabei, seines zu beenden. Die Zeiten im politischen Bonn wurden unruhig; die Regierung Kohl sah sich zunehmender Kritik ausgesetzt – ausdrücklich auch durch die Jungen Liberalen,

angeführt von Guido Westerwelle. Mit einem kleinen Team schafften wir es, die politische Bühne zu bespielen, und auch innerhalb der FDP gewannen die JuLis weiter an Bedeutung.

Gleichzeitig legte Guido Westerwelle seine Erste Juristische Staatsprüfung ab. Nun war es Zeit für ihn, sich über seinen weiteren Weg klar zu werden. 1988 gab er den Bundesvorsitz der Jungen Liberalen ab, um – nicht zuletzt auf guten Rat Otto Graf Lambsdorffs – seine berufliche Ausbildung zu vervollständigen, und beschränkte sich in den Folgejahren auf seine Mitgliedschaft im FDP-Bundesvorstand und im FDP-Kreisverband. Uns allen aber war klar, dass er ein Spitzenpolitiker im Wartestand war.

1990 legte er seine Zweite Juristische Staatsprüfung ab, ließ die Promotion folgen und wurde als Rechtsanwalt zugelassen. Und immer wieder war, nicht nur in internen Zirkeln der FDP, sein Name im Gespräch, wenn es um die Besetzung wichtiger Positionen ging.

Auch nachdem ich 1989 aus dem Bundesvorstand der Jungen Liberalen ausgeschieden war, blieben unsere Kontakte eng, schließlich arbeitete ich während meines Studiums im Thomas-Dehler-Haus. So konnte ich aus der Nähe mitverfolgen, wie sein politischer Aufstieg begann, als er 1994 zum Generalsekretär gewählt wurde. Es war erreicht: Einer von uns, ein Junger Liberaler (der mit damals 33 Jahren tatsächlich auch noch

JuLi-Mitglied war), war an der Parteispitze angekommen.

Wir hatten – wie sich zeigen sollte: zu Recht – die Hoffnung, dass damit auch die Belange jüngerer Menschen stärker artikuliert werden würden. Schnell fand Guido Westerwelle seine Themen, mit denen er die FDP modernisieren und fit für die Zukunft machen wollte: Generationengerechtigkeit, Entbürokratisierung, mehr Zukunftsorientierung, Schluss mit der Bräsigkeit, wie sie – nicht nur aus unserer Sicht – zum Beispiel Bundeskanzler Kohl repräsentierte. Guido wusste, dass er dabei auf seine JuLis bauen konnte – und wir waren mit Inhalten und Begeisterung dabei.

Gemeinsam mit dem damaligen Parteivorsitzenden Wolfgang Gerhardt hat er es geschafft, die FDP über den Verlust der Regierungsbeteiligung 1998 zu hieven, der entkräfteten Partei eine neue, eine aktuelle Perspektive zu geben. Unsere Ideen kamen sowohl bei unseren traditionellen Wählern als auch bei jungen und neuen Unterstützerinnen und Unterstützern an, und das sollte nicht das letzte Mal gewesen sein, dass ihm das gelang. Auch heute noch erinnere ich mich gern daran und bin froh und auch stolz, dabei gewesen zu sein, er fehlt: mir, der Partei und der deutschen Politik.

Gisela Piltz, seit 2003 selbstständige Rechtsanwältin in Düsseldorf, ehem. Bundestagsabgeordnete der FDP (2002-2013) und Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (seit 2014)

Abschnitt

3

**BUNDESTAG,
BUNDESVORSITZ
UND FRAKTIONS-
VORSITZ DER FDP
(2000–2009)**

NEUE AUFGABEN, NEUE HERAUS- FORDERUNGEN, GROSSE ERFOLGE

Der Beginn des neuen Jahrtausends sah eine FDP, die sich in der Opposition deutlich erholt und politisch wieder an Gewicht gewann. Auf dem Bundesparteitag im Juni 2000 in Nürnberg sah Westerwelle „den Zeitgeist auf unserer Seite“ – die gesellschaftlichen Veränderungen seien „eine historische Chance der FDP“. Die in diesem Band abgedruckte Rede markiert dabei quasi eine eher ruhige Zwischenphase: Der Verlust der Regierungsbeteiligung in 1998 war überwunden, der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2002 hatte noch nicht begonnen. Dennoch tritt auch in dieser Rede die Strategie der Eigenständigkeit der FDP klar hervor, die sich dann in der Folge noch deutlich verstärkt zeigte, nachdem Westerwelle im Mai 2001 zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt worden war.

Dies galt vor allem für die deutlich der „Abteilung Attacke“ zugehörigen Reden im Deutschen Bundestag, die Wester-

welle mit Begeisterung hielt und mit denen er sich bei manchen den Ruf des „eigentlichen Oppositionsführers“ erwarb. Einige dieser Reden aus dem Zeitraum zwischen 1998 und 2005 sind hier abgedruckt und zeichnen die politischen Diskussionen im rot-grün regierten Deutschland nach.

Westerwelle war inzwischen zu einem der bekanntesten Politiker und anerkanntesten politischen Redner geworden. Gleichzeitig polarisierte er mit seinen Statements, seinen Reden und seiner umfassenden Nutzung aller Möglichkeiten öffentlicher Kommunikation. Die Reaktionen der Opposition und Zwischenrufe bei seinen Reden im Parlament wurden, man kann es in den abgedruckten Texten aus dieser Zeit nachlesen, heftiger – sicherlich auch, weil die von ihm Angegriffenen merkten, dass ihnen dieser versierte und schlagfertige Redner durchaus gefährlich werden konnte.

Die Versuche der FDP, 2002 die rot-grüne Bundesregierung abzulösen und selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen, scheiterten aber. Diese Zusammenstellung dokumentiert die Reden Westerwelles auf den FDP-Bundesparteitagen vor und nach der Wahl 2002 und im Deutschen Bundestag und den Versuch, die FDP nach der Enttäuschung am Wahlabend wiederaufzurichten und neu zu motivieren.

Auch der Anlauf in 2005 war nicht von Erfolg gekrönt. Die beabsichtigte Koalition aus Union und FDP war nicht zustande gekommen, die Union bildete mit der SPD eine Große Koalition. Aber Westerwelle war nun zunächst Parteichef, dann später auch Vorsitzender der drittgrößten Fraktion im Berliner Parlament, und damit auch „Oppositionsführer“ – was ihm vielfältige Gelegenheit zu politischen Duellen bot und eine breite Medienpräsenz sicherte.

Es gelang Westerwelle auch durch seine prononcierten, grundsätzlichen Reden in den Debatten im Deutschen Bundestag zur Politik der Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel ab 2005, von

denen sich einige Beispiele in diesem Band finden lassen, der FDP öffentliche Aufmerksamkeit zu sichern. Die FDP schärfte unter ihrem Vorsitzenden noch einmal ihre politischen Positionen, und so konnte Westerwelle bei seinen – hier dokumentierten – Reden auf dem Dreikönigstreffen 2007 und dem FDP-Parteitag 2009 in Hannover öffentlichkeitswirksame und für viele Menschen attraktive Botschaften transportieren. Sein Anspruch, die FDP nach der Wahl 2009 in die Regierung zu führen, durchzieht diese Reden – und seine Rhetorik verfiel.

Gleichzeitig hatte sich Westerwelle selbst auf neue Aufgaben vorbereitet: Neben Redebeiträgen zu gesellschaftlichen und spezifisch liberalen Themen, zum Beispiel – wie hier dokumentiert – dem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt und für Toleranz und Menschlichkeit, hatte er sich verstärkt außenpolitischen Themen zugewandt und dabei in Grundsatzreden seine Positionen dargestellt, nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern – wie hier abgedruckt – zum Beispiel auch bei der renommierten Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

REDE

Mehr Demokratie wagen

Wider die Verkastung der Politik

Liebe Parteifreunde,

Deutschland befindet sich im Umbruch. Die **Entwicklung von der Industrie- zur Informationsgesellschaft** ist eine Zeitenwende - vielleicht sogar von der Qualität des Übergangs des Mittelalters zur Neuzeit. Der Wandel geht dabei weit über die Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen hinaus. Zur Industriegesellschaft zählten Massenproduktion und Massenorganisation. Sie war geprägt von Kategorien wie Zentralität, Hierarchie und Normierung. Das glatte Gegenteil verlangt die Informationsgesellschaft: Dezentralität statt Zentralität, kleine Einheiten statt Massenorganisation, schlankes Management statt aufgeblasene Bürokratien, Teilhabe statt Hierarchie. Die Informationsgesellschaft begünstigt **Vielfalt, Flexibilität und Mobilität**. Sie braucht größere Selbstständigkeit der Menschen. Sie braucht ein Höchstmaß an Individualität. Sie braucht den kreativen, den mitdenkenden, den teamfähigen, den verantwortlichen Menschen. Sie braucht das liberale Menschenbild.

Viele rätseln, warum die F.D.P. derzeit so viel Zulauf hat. Manche meinen, es läge an besonders gelungenen Wahlkämpfen. Manche meinen, es sei unser PR-Geschick. Manche glauben, es läge nur an

den Affären der Anderen. Das ist alles Begleitmusik. Die Ursachen für den zunehmenden Erfolg der F.D.P. liegen viel tiefer. Die **Parteienlandschaft** verändert sich nicht wegen der Affären, sondern weil die Gesellschaft sich verändert.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen sind eine historische Chance für die Freien Demokraten

Jede Partei hat ihre Zeit. Die Fünfzigerjahre waren besonders günstig für die Konservativen. Kein Wunder, nach dem Chaos der Nachkriegszeit war die Sehnsucht der Menschen nach Ordnung groß. Die Siebziger waren für die SPD besonders günstig. Es waren die Jahre, in denen es um den sozialen Ausgleich nach dem Wirtschaftswunder ging.

Die Achtziger mit ihren Bewegungen gaben den Grünen den nötigen Aufwind.

Die Neunziger waren Jahre des Übergangs, in denen die Menschen sich nur zu gerne an einer gewohnten Leitfigur orientierten.

Jetzt ist der Zeitgeist auf unserer Seite. Und Zeitgeist ist weit mehr als Mode, Laune und Stimmung. Der Geist der Zeit ist ein Wandel der Werte. Ist eine neue Haltung zum Leben. Ist eine Revolution der Einstellung. Der Geist der Zeit wird geprägt durch das, was in der Informationsgesellschaft gefragt ist. Individualität, Kreativität, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein. Die Industriegesellschaft brauchte den funktionierenden Menschen. Die Informationsgesellschaft braucht den kreativen Bürger.

Keine Partei ist besser gewappnet für die Herausforderungen der Informationsgesellschaft. Das liberale Menschenbild ist die Antwort auf die Informationsgesellschaft:

- weil die **Sehnsucht nach Freiheit** wächst, wächst die Freiheitspartei F.D.P.
- weil der **Wunsch der Bürger nach mehr Eigenverantwortung** wächst, wächst die Bürgerpartei F.D.P.

Wir wachsen, weil unser liberales Angebot den wachsenden Bedürfnissen der Menschen entspricht. Wir wachsen, weil unser politisches Angebot den Herausforderungen unserer Zeit entspricht.

Niemand streitet mehr über das Ob von **Steuersenkungen**, sondern nur noch über das Wie.

Niemand bezweifelt angesichts seiner Telefon- oder Stromrechnung den Sinn von **Wettbewerb und Privatisierung**.

Niemand fragt mehr nach der Notwendigkeit einer **Rentenreform**, sondern nur nach dem Weg.

Niemand bestreitet den Vorteil von qualifizierter Einwanderung. Diskutiert wird nur das Verfahren.

Das zeigt: Es gibt für die F.D.P. zwei Möglichkeiten, Politik zu gestalten: zum einen über konkrete Regierungsbeteiligungen, über Mehrheiten im Parlament. Zum anderen kann die F.D.P. aber auch einen Meinungsdruck erzeugen, der es den anderen Parteien unmöglich macht, sich bestimmten Themen und Sichtweisen zu entziehen.

Der Erfolg der F.D.P. setzt **selbstbewusste Liberale** voraus. Liberale, die sich nicht definieren durch ihre Nähe oder Ferne zu einer anderen Partei. Liberale schöpfen ihre Kraft aus der eigenen Idee. Wir sind zuerst die einzige liberale Partei in Deutschland und erst in zweiter Linie Konditionspartner von irgendjemanden.

SPD, Grüne und erst recht PDS haben die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft gegenüber jeder Form der staatlichen Kommandowirtschaft im Grunde nie akzeptiert.

Auch die Konservativen glauben an die Überlegenheit des Staates gegenüber den Kräften der Gesellschaft. Liberale sind eine eigenständige politische und geistige Kraft. Wir sind als Bürgerpartei der dritte Weg, der sich vom staatsgläubigen Konservatismus ebenso unterscheidet wie vom Staatsinterventionismus der politischen Linken.

Wir sind keine Koalitionsliberalen. Unsere Bestimmung liegt nicht darin, dass ein Konservativer oder Sozialdemokrat dieses oder jenes Amt bekleiden kann. Wir sind nicht in der F.D.P., um eine Hilfstuppe für andere Parteien zu bilden. Wir sind eine echte Alternative für Deutschland. Wir treten nicht an, damit Konservative etwas weniger konservativer Politik machen müssen. Wir engagieren uns nicht, damit die Politik der Sozialdemokraten etwas weniger linkslastig ist. Wir engagieren uns in der F.D.P. und für die F.D.P., damit die liberale Politik für mehr Freiheit und mehr Verantwortung zum Wohle der Menschen durchgesetzt werden kann.

Dieser Parteitag ist eine Zäsur in der Geschichte der Freien Demokratischen Partei. Es ist ein Parteitag, auf dem sich die F.D.P. erkennbar emanzipiert. Von Nürnberg geht das Signal einer unabhängigen selbstbewussten Partei aus, die in gleicher Augenhöhe mit den anderen Parteien in die Wahlkämpfe zieht. Selbstbewusste liberale sind gefragt, keine Kleingläubigen.

In anderen Ländern Europas haben es die Liberalen vorgemacht, in Holland, in Dänemark und auch in Großbritannien. Es ist kein Naturgesetz, dass es eine große christdemokratische Partei, eine große sozialdemokratische und eine kleine liberale Partei gibt. In vielen Ländern sind die Liberalen die Nummer 2. Und in manchen europäischen Ländern sogar die Nummer 1.

Wir dürfen keine Partei sein, die sich in einen 5 %-Turm einsperrt, weil dies unser eigenes Gesichtsfeld verengt. Wir sind eine Partei, die bereits im kommenden Frühjahr in Baden-Württemberg mit Walter Döring und in Rheinland-Pfalz mit Hans Artur Baukhage alle Chancen hat, zweistellige Wahlergebnisse zu erreichen. Dies sind die Ziele, die wir uns für die F.D.P. in Deutschland setzen.

Heute lese ich in einigen Zeitungen über die großen Schwierigkeiten der F.D.P. Wolfgang Gerhardt habe 3 Minuten Beifall bekommen. Jürgen Möllemann 2 Minuten. Wolfgang Gerhardt setze der F.D.P. nach oben keine Grenzen. Jürgen Möllemann dagegen setze auf 18 %.

Das ist der neue Richtungsstreit der F.D.P. Diese Probleme hätte ich uns im letzten Herbst von Herzen gewünscht.

Wir haben uns zu oft selbst klein gemacht. Und manchmal auch kleingeredet. Kein junger Mensch tritt in die F.D.P. ein, um zum Unterstützungskommando einer anderen Partei zu werden. Fast 1000 junge Mitglieder sind in diesem Jahr bereits in die F.D.P. neu eingetreten. Übrigens auch, weil wir die beste **Jugendorganisation** aller Parteien haben. Die jungen Menschen, die heute in großer Zahl zu den Freien Demokraten strömen, wollen eine liberale Partei, die die Chancen der Moderne nutzt und nicht wie die anderen Parteien vor ihren Risiken jammernd erstarrt.

Die junge Generation ist keine No-Future-Generation, sondern eine **leistungsbereite, einsteigerfreudige, tolerante und weltoffene Generation**. Wir Freien Demokraten sind der natürliche Verbündete dieser jungen Generation. Wir Freien Demokraten freuen uns über jeden, der die F.D.P. unterstützt, gleich welchen Alters er ist. Aber dass sich wieder so viele junge zur F.D.P. bekennen, das erfüllt uns mit Freude und auch mit Stolz. Eine Partei, die die Jugend hat, hat auch eine gute Zukunft. Friedrich Naumann hat einst gesagt: „Eine wirklich große Partei versteht es, ihre alten und jungen Richtungen gleichzeitig zu tragen.“

Das **Duell zwischen Grünen und F.D.P.** wird sich vor allem bei der jungen Generation entscheiden.

Deswegen müssen wir zu den jungen Menschen gehen, und zwar dort, wo sie sind. Zum Beispiel ins Internet. 120.000 Bürger surfen monatlich auf den Webseiten der F.D.P. Unsere Strategie, das Internet zum wichtigsten Kommunikationsmittel der F.D.P. auszubauen, hat sich bewährt. Wir haben uns schon im Internet getummelt, da war für die Grünen die Maus ausschließlich noch ein Nagetier.

Grün wird grau. Das grüne Projekt, welches in den siebziger und achtziger Jahren seine Berechtigung hatte, hat sich überlebt. Die grüne Ein-Generationen-Partei wächst sich aus.

Die Grünen haben kein Ohr mehr für die junge Generation. Wenn im Deutschen Bundestag von der jungen Generation die Rede ist, dann schauen sicherer Rezzo Schlauch und Joschka Fischer an und denken, sie seien gemeint.

Der jüngste Abgeordnete der F.D.P. in Nordrhein-Westfalen ist 21 Jahre jung, der jüngste Abgeordnete der Grünen ist in meinem hohen Alter. Wenn das so weitergeht, steht den Grünen die feindliche Übernahme durch die Grauen Panther bevor.

Die junge Generation hat keine Lust auf diese schlecht gelaunten Volksbevormunder. Wann haben Sie das letzte Mal einen Grünen lachen sehen?

Die Grünen sind zu einer inhaltsentleerten Funktionspartei geworden.

In der **Umweltpolitik** will der grüne Umweltminister Jürgen Trittin den Ausstieg aus der **Kernenergie**, und gleichzeitig subventioniert die Bundesregierung mit deutschen Steuergeldern den Bau von neuen Kernkraftwerken in China.

Besonders stolz ist Herr Trittin auf die **Ökosteuer**. Diese Ökosteuer ist nicht öko, und sie ist auch nicht logisch. Sie ist das pure ideologisch begründete Abkassieren. Seit der Ökosteuer weiß man auch, warum das Ding Zapfpistole heißt. Ausgenommen von der Energiesteuer sind ausgerechnet die energieintensiven Betriebe. Wenn also ein mittelständischer Betrieb in Energiesparmaßnahmen investiert, schadet er sich, weil er anschließend Ökosteuer zahlen muss. Die Verbindung der Ökosteuer mit der Rentenkasse ist eine sozialpolitische und ökologische Dummheit. Wenn viel Benzin verbraucht wird, wird die Rente sicherer. Und wenn der Sinn der Ökosteuer erreicht würde, nämlich weniger Benzinverbrauch, würde die Rente unsicherer.

Die zweite Bundesministerin der Grünen heißt Frau Fischer. Sie ist ein Unglück für das deutsche **Gesundheitswesen**. Kaum eine Ministerin hat übrigens so viel Realitätsverlust wie Frau Fischer. Immer wenn

Frau Fischer ein Krankenhaus besucht und die grünen Kittel sieht, meint sie, dies sei eine Sympathiekundgebung.

Der Weg von Frau Fischer in die **staats- und planwirtschaftliche Gesundheitspolitik** geht zulasten der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Noch mehr aber geht er zulasten der Patientinnen und Patienten.

Wir Liberale wollen, dass der Arzt entscheidet, welche Medikamente zu verordnen sind, und nicht Beamte in irgendeinem Ministerium durch Positiv- oder Negativlisten.

Die **Budgetierung** führt zur Rationierung. Frau Fischers Weg der staats- und planwirtschaftlichen Gesundheitspolitik endet in menschenunwürdigen Zuständen, die wir aus anderen Ländern mit planwirtschaftlichen Gesundheitsstrukturen kennen. Dann wird dem mongoloiden Kind die Herztransplantation verweigert, weil man sagt, dieses lohne sich nicht. Dann wird der alte Mensch nach einem Punktesystem taxiert, und ab einem bestimmten Alter gibt es keine Bypass-Operation mehr. Dann haben alte Menschen vielleicht ein Leben lang eingezahlt, und jetzt, wo sie unser Gesundheitssystem brauchen, fallen sie der Budgetierung und der Rationierung zum Opfer. Das sind menschenunwürdige Zustände. In solch einer Gesellschaft wollen wir Liberale nicht leben. Deswegen, und nicht aus berufsständischen Gründen, bekämpfen wir die Gesundheitspolitik von Frau Fischer.

Liberale Gesundheitspolitik setzt auf Anreize. Ein Privatpatient bekommt, wenn er verantwortlich mit dem Gesundheitssystem umgeht, einmal im Jahr eine Beitragsrückerstattung. Er hat einen Anreiz und überlegt, maßvoll die Solidargemeinschaft in Anspruch zu nehmen. Warum gibt es diese Möglichkeit der Beitragsrückerstattungen und anderer Bonussysteme bei den gesetzlichen Krankenversicherten nicht? Ein **freiheitliches Gesundheitssystem**, das Anreize schafft für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Beitragsmitteln, ist jeder Staats- und Planwirtschaft haushoch überlegen.

Der dritte Minister der Grünen heißt Herr Fischer. Deutsche Außenpolitik unter den Außenministern Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel hatte stets zwei Säulen. Sie war **interessengeleitet und werteorientiert**. Zur Werteorientierung gehört die Menschenrechtsverpflichtung. Aber hier darf man nicht mit unterschiedlichen Maßstäben messen. Die Türkei, die seit Jahrzehnten die Menschenrechte verletzt, wie man bei Amnesty International jährlich nachlesen kann, wird von der Bundesregierung eingeladen, in die Europäische Union einzutreten. Unser Nachbarland Österreich dagegen wird mit Sanktionen überzogen, weil es eine Regierung hat, die mir auch nicht gefällt, aber die gegen kein einziges europäisches Gesetz verstoßen hat. Türkei rein und Österreich am liebsten raus ist keine deutsche Außenpolitik, sondern grüne Außenpolitik. Diese Isolation Österreichs ist nichts anderes als ein Wählerbeschaffungsprogramm für die FPÖ und Herrn Haider.

Wer außenpolitische Interessen dem eigenen parteitaktischen Kalkül unterordnet, wächst niemals in die Fußstapfen von Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel hinein.

Weltweit werden derzeit deutsche Entwicklungsprojekte eingestellt, und deutsche Leistungen zum Beispiel für das Kinderhilfswerk Unicef werden zusammengestrichen. Gleichzeitig findet die Entwicklungshilfeministerin plötzlich 20 Millionen DM für den stalinistischen Dinosaurier Fidel Castro. Ich finde, 20 Millionen DM sind ein ziemlich hoher Eintrittspreis, damit sich die rote Heidi ihren Jugendtraum erfüllen kann, einmal zwei Stunden mit dem Revolutionsführer auf dem Sofa zu sitzen. Österreich wird isoliert, und gleichzeitig wird der Menschenrechtsverletzer Castro hofiert. Wir Freien Demokraten stehen in Opposition zu dieser Menschenrechtsbeliebigkeit.

Die Grünen sind im Westen der Hauptgegner der F.D.P. Die PDS ist im Osten der Hauptgegner der Freien Demokraten. Beide Parteien, Grüne und PDS, vertreten trotz höchst unterschiedlicher Parteigeschichte gleichwohl denselben politischen Ansatz. Beide Parteien wollen an die Stelle einer freiheitlichen, verantwortungsbewussten Gesellschaft die **staatliche Bevormundung** setzen. Für die Grünen

und für die PDS sind die **Bürger das Betreuungsobjekt der Politik.**
Dagegen ist für die F.D.P. die Politik der Partner der Bürger.

Beide Parteien, Grüne und PDS, sperren sich am heftigsten gegen eine neue Aufgabenverteilung zwischen Staat und Bürger.

Die PDS ist längst zur stillen Machtreserve von Rot-Grün geworden. Der zur PDS gehörende stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Holter, bezeichnet seine Partei als Systemoppositionelle, das ist entlarvend. Wir wissen, dass wir unser System stets verbessern müssen. Aber Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft bleiben das beste System, dass es jemals auf deutschem Boden gegeben hat. Die PDS löst eben keine Probleme, sie braucht Probleme, um politisch überleben zu können. Dieses Überleben ist nach dem Weggang von Bisky und Gysi unwahrscheinlich geworden. Wenn Gysi in den Talkshows keine Kulissen mehr bauen kann, sieht man dahinter die wahre, traurige PDS. Die PDS ist keine Partei, die die Interessen Ostdeutschlands wahrnimmt, sondern eine Partei, die die beiden Teile unseres Vaterlandes permanent gegeneinander ausspielt. Es war übrigens die PDS, die mit ihren Stimmen dafür gesorgt hat, dass das Abitur in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern nach 13 Jahren eingeführt wird, anstatt dass das Abitur endlich nach zwölf Jahren in ganz Deutschland angeboten werden kann.

Deutschland entwickelt sich wieder zu einem Drei-Parteien-System. Und die gute Nachricht ist: Die F.D.P. ist dabei. Die ergrauten Grünen wachsen sich aus. Und ohne den mediengewandten Gysi wird die PDS zum Echo von vorgestern. Die F.D.P. wird in den folgenden Monaten eine neue Initiative zur Stärkung der Freien Demokraten in Ostdeutschland starten. Der Boden ist in Ostdeutschland ausgesprochen fruchtbar. 3500 kommunale Mandatsträger und 300 Bürgermeister sind der Beweis für unsere Erfolgchancen. Wenn es vor 14 Tagen Peter Röhlinger mit 52,8 % geschafft hat, in einer der größten Städte Ostdeutschlands, nämlich in Jena, wieder zum Oberbürgermeister gewählt zu werden, soll niemand sagen, Ostdeutschland sei eine liberale Wüste.

Die nächste **Landtagswahl** in Ostdeutschland findet in Sachsen-Anhalt statt. Dort hatten wir bei der letzten Landtagswahl 6 % der Erststimmen und 4,2 % der Zweitstimmen. Wenn es uns in Nordrhein-Westfalen gelang, von 4 auf 10 % zuzulegen, dann wird ein ähnlicher Erfolg auch in Sachsen-Anhalt gelingen. Die Bürger in Sachsen-Anhalt haben genug von einer Politik, eingeklemmt zwischen DVU und PDS. Die ganze F.D.P., ob im Westen, im Norden oder im Süden wird für den Erfolg von Conny Pieper und unserer F.D.P. in Sachsen-Anhalt kämpfen. Wir waren die erste gesamtdeutsche Partei. Wir werden die Rückkehr in die Landtage in ganz Deutschland schaffen.

Die F.D.P. nutzt auf diesem Bundesparteitag die Chance, ein Zerrbild, das über uns in der öffentlichen Meinung entstanden ist, gerade zu rücken. Unsere liberale Idee wurde zu oft als ein Weg in die kalte Ellenbogengesellschaft diffamiert.

Liberale Sozialpolitik ist modern und herzlich zugleich.

Liberalismus ist keine Einkommensklasse, sondern eine Geisteshaltung. Die liberale Idee ist nicht nur für die Menschen auf der Sonnenseite der Gesellschaft, sondern genauso für diejenigen, die bedürftig sind und im Leben keine fairen Chancen hatten. Wir verfechten das Konzept der sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards.

Die soziale Marktwirtschaft bringt Wohlstand für alle, wie er sein Buch genannt hat, und nicht nur Wohlstand für wenige.

Wir wenden uns an die **Leistungsbereiten** in Deutschland. Leistungsbereit ist für uns der Vorstandsvorsitzende, der es geschafft hat, genauso wie der Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz sucht. Dieser junge Mensch will einsteigen. Genau für den machen wir unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung.

Herzensbildung und Nächstenliebe sind liberale Kategorien. Wir werden nicht zulassen, dass die Sozialdemokraten die Chancengleichheit und die Christdemokraten die Nächstenliebe für sich monopolisieren.

Natürlich muss in Zeiten der **Globalisierung** zunächst gefragt werden, wie halten wir dem internationalen Wettbewerb stand. Gegen den Wind der Globalisierung wollen die anderen Parteien Mauern aufstellen, wir wollen Windmühlen bauen. Ohne ein **stabiles ökologisches Fundament** wird der Sozialstaat brüchig. Das Leistungsprinzip in einer sozialen Marktwirtschaft ist deshalb der Staatswirtschaft überlegen, weil es die Interessen des Einzelnen mit den Interessen der Allgemeinheit verbindet. Nur wenn sich Leistung für diejenigen lohnt, die Leistung erbringen können, kann das erwirtschaftet werden, was diejenigen brauchen, die im Leben kein Glück hatten. Für uns ist das **Leistungsprinzip** nicht Turbokapitalismus, sondern die ökonomische Voraussetzung für soziale Sicherheit.

Wir sind nicht für **Steuersenkungen**, damit einige wenige Superreiche noch reicher werden. Wir sind für Steuersenkungen, weil sonst die Arbeitsplätze im Ausland entstehen und nicht in Deutschland. Nur wo die politischen Rahmenbedingungen stimmen, wird investiert, und nur dort entstehen Arbeitsplätze.

Es ist für uns Liberale eine Selbstverständlichkeit, dass der Staat Rahmenbedingungen auch in der globalisierten Welt setzen muss. Aber er muss andere setzen, als er dies bislang getan hat. Nicht nur die Wirtschaft darf global denken, auch die Politik muss dies tun. Frei und fair sind die Maßstäbe für den internationalen Wettbewerb. Frei, damit die Kreativität sich zum Wohle aller entfalten kann. Fair, damit nicht durch Monopolbildung oder Kartelle der Wettbewerb zulasten der Gesellschaft ausgeschlossen wird.

Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf die **Mittelstandspolitik**, weil der Mittelstand über 80 % der Ausbildungsplätze schafft und über 60 % der Arbeitsplätze. Er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dass die Eichelsche Steuerreform im Ausland von manchem Börsianer Beifall bekommt, ist nicht verwunderlich. Dem Börsianer in London oder New York mag es egal sein, ob durch Eichels Steuerreform der Mittelstand weiter belastet wird. Uns darf es nicht egal sein, weil kaum ein Land auf der Welt so sehr vom Mittelstand lebt, wie es die Deutschen tun. Mittelstandspolitik ist Arbeitnehmerpolitik. Wenn

jedoch andere Parteien sich liberalem Gedankengut, rhetorisch, annähern, ist uns das herzlich willkommen. Es zeigt nur, dass die F.D.P. mit ihrer Politik Recht hatte. Die Gladiatoren der anderen Parteien sind die besten Kronzeugen gegen die Stigmatisierung unserer liberalen Politik.

Wir Liberale sind längst einen Schritt weiter. Es geht nicht mehr nur darum, **wie wir den internationalen Wettbewerb bestehen**. Es geht nicht mehr nur darum, welche Rahmenbedingungen die Politik und der Staat setzen müssen. Längst geht es um die nächste Qualität der Fragestellungen: Wie kann verhindert werden, dass in der Globalisierung die Staaten der Dritten Welt weiter zurückbleiben oder sogar abstürzen? Wie können die sozialen Sicherungssysteme auch in der globalisierten Welt ihre Handlungsfähigkeit behalten? Wie kann sichergestellt werden, dass Recht und Werte nicht durch moderne Technologien grenzüberschreitend ausgefüllt werden? Welche ethischen Regeln müssen weltweit beachtet werden, damit die Gentechnik zum Nutzen der Menschheit da ist, ihr aber nicht die Menschlichkeit nimmt? Und vor allen Dingen: **Was hält die globalisierten Gesellschaft zusammen?** Was also sind die Ligaturen in der globalen Informationsgesellschaft?

Die anderen Parteien antworten: Die moderne Gesellschaft wird durch den Staat zusammengehalten. Ich widerspreche: Die moderne Gesellschaft wird durch den Menschen zusammengehalten. Das jedem Menschen innewohnende tiefe Verantwortungsgefühl darf nicht verkümmern, indem sich der Staat oder andere Kollektive zu Entmündigungsinstanzen aufschwingen.

Wir wollen dazu beitragen, dass aus dem Wertewandel kein Werteverlust wird. Wir wollen sicherstellen, dass in Zeiten der Entideologisierung der Politik Politik gleichwohl wertvoll, nämlich voller Werte, bleibt. Wir wollen, dass das ehrenamtliche Engagement von gesellschaftlicher Anerkennung getragen wird.

Wenden wir uns dem wichtigsten und kraftvollsten Kitt unserer Gesellschaft zu. Es sind die **Verantwortungsgemeinschaften**. Für Liberale ist

jede Form des Zusammenlebens wertvoll, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Ehe und Familie sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Und gerade für Familien mit Kindern oder gar Alleinerziehende wird es immer schwieriger, in unserer Gesellschaft zurechtzukommen. Die F.D.P. muss und wird sich in Zukunft diesen **Anliegen der Familien mit Kindern** stärker zuwenden. Familien mit Kindern zu helfen ist eine Frage der Steuerpolitik, genauso wie eine Frage der Bildungspolitik. Dies ist eine Frage der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und übrigens auch rentenpolitischen Anerkennung von Kindererziehung. Dies ist eine Frage der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade für viele Frauen**. Wir brauchen einen **neuen Einsatz für eine moderne, liberale Frauenpolitik**. Frauenpolitik ist kein Randthema und auch nicht ausschließlich Sache der Frauen. Es ist eine Herausforderung für die ganze F.D.P., übrigens auch wenn es darum geht, mehr Frauen in der F.D.P. und für die F.D.P. politische Verantwortung zu übertragen.

Neben Ehe und Familie sind **neue Formen des Zusammenlebens** getreten und bestimmen heute längst nicht mehr nur in den großen Städten die gesellschaftliche Realität. **Moderne Bürgerrechtspolitik** muss sich den tagtäglichen Diskriminierungen neuer Formen des Zusammenlebens entgegenstellen. Hier ist die aktive Toleranz gefordert. Toleranz nicht im Sinne von Gleichgültigkeit. **Aktive Toleranz** heißt, das andere Leben und das Anderssein seines Nächsten nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung für sich selbst empfinden. Das unterscheidet den Liberalen vom spießigen Konservativen. Und noch ein weiteres will ich ansprechen. Wir als F.D.P. wollen **die junge Generation gewinnen**. Aber wir dürfen die **ältere Generation nicht verlieren**. Mehr als 20 % der deutschen Bevölkerung sind heute schon älter als 60 Jahre. So wenig wie der Liberalismus eine Einkommensklasse ist, so wenig ist er die ausschließliche Geisteshaltung einer bestimmten Altersgruppe. Was gibt uns eigentlich das Recht, Menschen, die gerade noch mitten im Berufsleben ihre Frau und ihren Mann gestanden haben, so mir nichts dir nichts ab morgen in eine andere, die Altenschublade einzusortieren? Bindungen einer Gesellschaft entstehen durch die Menschen, durch das Mit- und Füreinander, und zwar ausdrücklich nicht nur innerhalb einer Generation, sondern

auch zwischen den Generationen. Hier liegt ein weites Feld für die Liberalen. Dazu gehört nicht nur die Bereitschaft der Jungen, sich auf diesen Dialog einzulassen. Wir brauchen auch bekannte liberale Köpfe der etwas älteren Generation, die sich einbringen und der liberalen Seniorenpolitik ein öffentliches liberales Gesicht geben.

Natürlich gibt es nicht nur die aktiven, die sogenannten „neuen Alten“. Es geht auch um **Mitmenschlichkeit und Zuwendung**, um das Mitgefühl mit denen, die im Alter oft von schwerer Krankheit gezeichnet am Ende ihres Lebens stehen. Ihnen müssen die Leistungen unseres Sozialsystems zugutekommen, weil es oft diejenigen sind, die aus falscher Scham heraus den Weg zu den Ämtern scheuen, um die ihnen zustehenden Leistungen einzufordern.

Aber wie kann sichergestellt werden, dass der Staat nicht immer teurer wird, aber seine Leistungen immer schlechter? Pro Kopf in der Bevölkerung werden derzeit pro Jahr etwa 14.000 DM in den Sozialstaat eingezahlt. Aber immer weniger kommt bei den wirklich Bedürftigen an. Das hat mit der Sozialstaatsbürokratie zu tun. 152 verschiedene Hilfeleistungen bei 37 verschiedenen Anlaufstellen lassen zu viel Steuergeld in einem anonymen System versickern.

Wir müssen die **Treffericherheit unseres Sozialstaats gerade für die wirklich Bedürftigen wiederherstellen**. Der Sozialstaat, wie wir ihn verstehen, ist für die Bedürftigen da, nicht für die Findigen. Das Prinzip, keine Leistung ohne die Bereitschaft zur Gegenleistung, ist nicht Kälte, sondern soziale Verantwortung. Die wirklich Bedürftigen leiden unter den Streuverlusten des Sozialstaates am meisten. Den Bedürftigen, den Kranken, den Gebrechlichen, den Behinderten dient unsere Politik. Die Schwachen haben unser Herz, nicht die Raffinierten.

Die **Schwarzarbeit** ist nach jüngsten Untersuchungen 1999 erneut stärker gewachsen als die offizielle Wirtschaft. Danach wurden 1999 in Deutschland nach einem Jahr Rot-Grün rund 602 Milliarden DM schwarz erwirtschaftet, das sind 42 Milliarden DM oder 7,5 % mehr als 1998.

Wir Liberalen wollen die Schwarzarbeit bekämpfen, indem wir die Ursachen dieser Entwicklung angehen. Vom Brutto bleibt den Menschen zu wenig netto übrig. Wenn ein Handwerker fünf Stunden arbeiten muss, um sich eine Stunde eines anderen Handwerkers leisten zu können, ist das Problem offenkundig. Wenn von jeder verdienten Mark 51 Pfennig übrigbleiben, ist die Suche nach der persönlichen Steueroase naheliegend. Ändert sich die Differenz zwischen brutto und netto, geht die Schwarzarbeit zurück, werden auch die Staatseinnahmen wieder steigen.

Zu Recht wird in Deutschland die Frage gestellt, wie können wir **in Zeiten knapper öffentlicher Kassen die soziale Gerechtigkeit sicherstellen**? Nicht weniger wichtig ist die Frage nach der **Leistungsgerechtigkeit**. Fleiß und Leistung, Anstrengungen und Bemühungen müssen nach unserem liberalen Gesellschaftsverständnis belohnt und nicht von einem Steuerbürokratie- und Abgabenstaat bestraft werden. Wer arbeitet, muss mehr haben, als derjenige, der nicht arbeitet. Wenn zwischen acht Stunden arbeiten fünf Tage in der Woche und 24 Stunden nicht arbeiten sieben Tage in der Woche häufig kaum noch ein finanzieller Unterschied liegt, ist der Anreiz zu gering, angebotene Arbeit anzunehmen. Dies ist ein Auftrag an die Politik, durch Steuer- und Abgabensenkungen am besten mit einem Eingangssteuersatz von 15 % die Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich zu bekämpfen.

Für die anderen Parteien ist soziale Gerechtigkeit gleichbedeutend mit der numerischen Summe der Umverteilung. Es muss auch eine Partei geben, die **Nächstenliebe nicht als staatliche Dienstleistung** ansieht, sondern zunächst einmal als Hinwendung des Menschen zum Menschen. Der stärkere Staat ist jener, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Die soziale Gesellschaft ist diejenige, die **Mitmenschlichkeit nicht an den Staat delegiert**.

Das Denken der deutschen Politik darf sich nicht darauf beschränken, wie kann wer noch in welches Kollektiv hineingezogen werden. Gute Regierung lässt den Menschen mehr als sie ihnen abnimmt. Die Pläne der Bundesregierung, die **Erbchaftssteuer** weiter zu erhöhen, sind eine Bestrafung für die Fleißigen, die durch harte Arbeit für ihr

eigenes Alter vorgesorgt haben oder für ihre Kinder später einmal bessere Chancen schaffen wollen. Das ist Lenin und Lafontaine, aber nicht Blair und die neue Mitte. Alles, was man vererben möchte, wurde im Leben schon x-mal versteuert.

Deutschland ist im internationalen Vergleich beim **privaten Wohnungseigentum** ein Schlusslicht. Gleichzeitig sind wir mit beinahe 3,5 Millionen Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Hand ganz an der internationalen Spitze. Liberale wollen diese Verhältnisse ins genaue Gegenteil umkehren. Wir Liberale wollen kein Volkseigentum, sondern ein **Volk von Eigentümern**. In Deutschland gibt es heute mehr Aktionäre als Gewerkschaftsmitglieder. Deswegen funktioniert der Klassenkampf nicht mehr. Je mehr Menschen persönliches Interesse am Erfolg der Wirtschaft und des eigenen Betriebes haben, umso besser für den Erfolg des Betriebes und den Erfolg der Wirtschaft.

Natürlich muss die Aufgabe der deutschen Politik sein, die **Gemeinwohlwidmungen beispielsweise von Erbschaften im Auge zu behalten**. Der Staat wird dabei eher als Fass ohne Boden wahrgenommen. Wir Liberale wollen die **Stiftungskultur in Deutschland beleben**. Stipendien, Stiftungen, Kultur- und Bildungs-Sponsoring müssen selbstverständlich werden.

Aber wenn wir Liberale das **Bildungs-Sponsoring** auf die Tagesordnung setzen, kommt regelmäßig der Vorwurf, dies öffne nur dem Diktat des Kapitals auf die Freiheit der Wissenschaft Tür und Tor. So hat man gestern diskutiert, so darf man aber nicht mehr heute, und erst recht nicht morgen diskutieren.

Uns Liberalen ist ein moderner, exzellent ausgestatteter Daimler-Chrysler-Hörsaal allemal lieber als eine allmählich vergammelnde Johann-Wolfgang-von-Goethe-Aula.

Die 200 Beamten der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze sollten mit Bildungs-Sponsoring, mit dem Suchen nach Stiftungen und dem Aufspüren von Stipendien beauftragt werden, anstatt mit dieser Studentenlandverschickung.

Die bildungspolitische Kompetenz wird nicht nur bei den bevorstehenden Landtagswahlen, sondern auch bei der Bundestagswahl entscheidend sein. Und deshalb war es richtig, dass Wolfgang Gerhardt die Bildungspolitik zum entscheidenden strategischen Thema der F.D.P. gemacht hat. Nicht nur die junge Generation klagt über die Zustände an Schulen, Hochschulen und berufsbildenden Einrichtungen. Eltern und Großeltern sehen die drohende Bildungsmisere. Von 13 Schuljahren in Nordrhein-Westfalen ist ein Jahr Unterrichtsausfall. Gerade die Älteren und Lebenserfahrenen spüren und wissen, dass die Bildung und Ausbildung der jungen Generation eine Schicksalsfrage unserer Nation ist.

Die **Bildungspolitik** stimmt an beiden Enden nicht mehr. Die Begabten und Hochbegabten klagen über ein sich verschlechternde allgemeines Niveau. Die Eliten werden immer noch als elitär beschimpft. Keine Gesellschaft kann ohne Eliten auskommen. Aber es müssen Leistungseliten sein, nicht Herkunfts-, Standes- oder Geldeliten.

Wenn ein Sportler mit einem internationalen Titel nach Hause kommt, dann wird er im Rathaus empfangen, trägt sich in das Goldene Buch ein, und Hunderte von Menschen jubeln ihm auf dem Marktplatz zu. Jeder freut sich mit ihm. Ich möchte einen solchen großen Bahnhof endlich einmal erleben, wenn jemand erfolgreich vom Wettbewerb „Jugend forscht“ nach Hause kommt.

Andererseits wird Bildung zunehmend zur Frage des Geldbeutels der Eltern. Längst wird wieder Schulgeld bezahlt. Nämlich in Form von Nachhilfeunterricht gegen Unterrichtsausfall. Die Lernmittelfreiheit ist gefährdet, wenn die Kinder aus kinderreichen Familien ohne PC, Notebook und die neuen Technologien lernen müssen. Wer heute ohne neue Technologien an den Schulen lernt, der wird leicht zum Analphabeten der Informationsgesellschaft.

Der Vorstandsvorsitzende muss sich für seine Kinder keine Sorgen im Hinblick auf zu lange deutsche Ausbildungszeiten machen. Er schickt sie ganz einfach nach England, Frankreich oder in die USA. Die anderen müssen sich mit der rot-grünen Misere zufriedengeben.

Wir Liberale sind gegen Ergebnisgleichheit am Ziel. Was jemand aus seinem Talent und seiner Begabung macht, das bleibt auch seiner Tüchtigkeit überlassen. Wir Liberale sind aber für **Chancengleichheit am Start**. Weil für uns Bildung ein Bürgerrecht ist. Weil nur dann die Talente eines Volkes genutzt werden können zum Wohle der ganzen Gesellschaft, wenn auch alle Talente aus diesem Volke Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen haben.

Bildung ist die neue soziale Frage.

Liberaler Politik muss bei den Bürgern sein. Wir sind eine Bürgerpartei. Wir sind eine Partei für das Volk. Und gerade deshalb wollen wir dem zunehmenden Entfremdungsprozess zwischen der Politik den Bürgern in Deutschland entgegenwirken.

Es geht um die **Teilhabe der Bürger am demokratischen Prozess**. Nur wer eine Gesellschaft mitgestaltet, der fühlt ihr gegenüber Verantwortung. Nur wer Entscheidungen mitbeeinflusst, trägt ihre Ergebnisse solidarisch mit. Dies ist die eigentliche Botschaft unseres Antrages „Mehr Demokratie wagen“.

Die Affären der letzten Monate haben den Entfremdungsprozess zwischen Bürgern und Politik verstärkt. Keine Partei wird von diesen Affären profitieren. Das Ansehen der Politik und der demokratischen Institutionen insgesamt ist in großer Gefahr.

Natürlich war das Fehlverhalten Einzelner Auslöser der Diskussion. Doch es wäre ein Fehler, zu glauben, dass durch den Austausch einiger Personen der Reformbedarf gedeckt sei und alle Parteien zur Tagesordnung übergehen könnten. Die Fehlentwicklungen sind Anzeichen für einen **Korrekturbedarf im demokratischen System insgesamt**. Sie sind Ausdruck für die **Notwendigkeit einer Generalinventur unseres politischen Systems**.

Die F.D.P. hat in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen auch deshalb so große Erfolge erzielt, weil wir viele bisherige **Nichtwähler** gewinnen konnten.

Wir sollten nicht um den letzten verbohrtten Konservativen oder Sozialdemokraten kämpfen. Wir müssen um die kämpfen, die sich von der Politik abwenden. Bei manchen Wahlen ist die Partei der Nichtwähler inzwischen größer als SPD oder CDU

Hier steckt ein Riesenpotenzial, wenn wir beweisen, dass wir es mit der Mitbestimmung der Bürger ernst meinen.

Wir wollen **der Verkastung der Politik entgegensteuern**. Einige Maßnahmen dazu werden wir heute diskutieren. Bürger sollen stärker als bisher auf die Auswahl der Mandatsträger Einfluss nehmen können. Durch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens auf allen Ebenen können Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen bündeln und damit die bisher von den Parteien vorgegebene Reihenfolge der Kandidatenlisten verändern. Ein Verfahren, das sich seit Jahrzehnten bei Kommunalwahlen bewährt hat. Die Parlamente werden so wieder repräsentativer. Dies stärkt ihr Ansehen in der Gesellschaft.

Die F.D.P. bekennt sich zur **repräsentativen Demokratie**. Es geht um ihre Bereicherung. Es ist deshalb kein Schaden für die repräsentative Demokratie, wenn wir durch Volksinitiativen, Volksbegehren oder Volksentscheide die Möglichkeit schaffen, dass Schlüsselentscheidungen für das deutsche Volk auf allen Ebenen von ihm selbst unmittelbar getroffen werden können.

Und noch ein heikles Thema muss angesprochen werden. Die Bürger wissen um die Notwendigkeit einer **angemessenen Bezahlung von Politikern**. Zu Recht aber ist ihnen die Überversorgung von Politikern nach dem Ausscheiden aus dem Amt ein Dorn im Auge. Ich beglückwünsche die F.D.P.-Bundestagsfraktion zu ihrem Gesetzentwurf zur Einsetzung einer unabhängigen Sachverständigenkommission zur Festsetzung der Abgeordnetenentschädigung. Wer wie die Politik von den Bürgerinnen und Bürgern ein Mehr an Eigenvorsorge für das Alter erwartet, der muss dieses auch von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages verlangen. Die **Normalisierung der Politiker-versorgung nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt** ist eine der wichtigsten vertrauensbildenden Maßnahmen für eine Bürgergesellschaft.

Wer eine Generalinventur des demokratischen Systems fordert, der darf bei sich selbst nicht Halt machen. Auch wir Liberale müssen uns der Gesellschaft wieder stärker öffnen.

Die Tradition von **Quereinsteigern** ist in Deutschland – anders als in anderen Ländern – ausgesprochen unterentwickelt. Deshalb ist es vorbildlich, dass der Hamburger Landesverband mit Rudolf Lange einen Quereinsteiger zum Spitzenkandidaten bei der Bürgerschaftswahl im nächsten Jahr nominiert hat. Rudolf Lange hat als Leiter der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg wertvolle Erfahrungen gesammelt, die er in die Politik einbringen wird. Er gehört der F.D.P. seit Anfang diesen Jahres an und ist ein hervorragendes Beispiel für die Offenheit unserer Partei.

In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Hamburg, genauso wie bei der nächsten Bundestagswahl gilt:

Wir wollen als Bürgerpartei auf die Menschen zugehen. Wir wenden uns an alle Menschen, die in Deutschland ein **selbstbestimmtes Leben der staatlichen Entmündigung vorziehen**. Wir wenden uns an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in einer **leistungsbereiten, weltoffenen und toleranten Gesellschaft** leben möchten. Unser Streben nach mehr Freiheit für mehr Menschen dient nicht einigen wenigen. Unser Streben dient dem Glück und den Chancen aller Menschen in unserer Gesellschaft. Die Zeit ist reif. Und die Zeit ist jetzt. Für eine vorwärtsdenkende F.D.P. Für den Liberalismus. Jede Zeit hat ihre Partei. Der Liberalismus ist die Antwort auf die neue Zeit. Und der organisierte Liberalismus – das sind wir.

REDE

Für Toleranz und Menschlichkeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in Deutschland

Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zunächst Ihnen, Herr Bundestagspräsident und Kollege Thierse, im Namen meiner Fraktion sehr herzlich zur Verleihung des Ignatz-Bubis-Preises gratulieren. Ich möchte diesen Dank ausdrücklich mit einer Wertschätzung und Anerkennung Ihrer vorzüglichen Ausführungen verbinden, die Sie heute Morgen gemacht haben.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Der Deutsche Bundestag hat sich zuletzt am 8. Juni dieses Jahres mit dem Thema Rechtsextremismus befasst. Meine Fraktion hatte einen Antrag zur Beratung eingebracht. Auch die PDS und die Koalitionsfraktionen hatten anschließend entsprechende Anträge auf die Tagesordnung gesetzt. Dieser Tagesordnungspunkt wurde aber erst zu nachtschlafender Zeit aufgerufen. Der Stenographische Bericht vermerkt an dieser Stelle, dass alle Reden hier zu Protokoll gegeben worden sind und dass damit eine Aussprache nicht stattgefunden hat. Ich glaube, wir müssen uns selber die Frage stellen, ob wir diesem dramatischen Thema immer die **nötige Aufmerksamkeit** geschenkt haben.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie
bei Abgeordneten
der PDS

Betrüblicherweise stimmt die Einschätzung, dass immer erst etwas passieren muss, bevor ein solches Thema in diesem Hause zur Kernzeit diskutiert wird. Ich muss an dieser Stelle noch bemerken – selbstverständlich spreche ich damit nicht die beiden Kollegen an, die auf der Bundesratsbank sitzen –: Es muss kritisiert werden, dass bei einer solchen Debatte – bis auf die erwähnte Ausnahme – gähnende Leere auf der Bundesratsbank herrscht, obwohl die Innenminister der Länder für die Bekämpfung des Rechtsextremismus federführend sind.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU und
der PDS

Dreieinhalb Monate später findet aufgrund dieser schrecklichen Vorkommnisse eine bemerkenswerte Debatte zur Kernzeit im Deutschen Bundestag statt. Dazwischen lag die parlamentarische Sommerpause. In dieser Zeit passierten betrübliche Vorfälle, mit denen wir über alle Parteigrenzen hinweg konfrontiert worden sind. Diese Vorfälle haben uns betroffen gemacht, nicht nur, weil wir oft von jungen Menschen angesprochen werden, sondern weil sich jeder weit über unsere politischen Funktionen hinaus als Staatsbürger geniert, vielleicht sogar manchmal schämt, wenn er derartige Berichte in den Zeitungen lesen muss.

Beifall bei
Abgeordneten
der F.D.P.)

Das ist ein Grundgefühl, das wir als diejenigen, die in diesem Lande politische Verantwortung tragen, mit den allermeisten in Deutschland teilen. Der aktuelle [Verfassungsschutzbericht 1999](#) lag schon im Juni dieses Jahres allen vor und hätte genügend Stoff für die Diskussion geboten, die wir jetzt sinnvollerweise hier führen. Ich glaube, wir beschäftigen uns in diesem Hause oftmals mit ausführlichster Redezeit mit einer Vielzahl von geradezu „bedeutenden“ Themen, dass ich mich manchmal frage: Wie kann man eigentlich so lange zu diesem Thema hier sprechen?

Beifall bei
Abgeordneten
der SPD

Wenn ein Thema aber wirklich einmal wichtig ist, dann findet die Debatte darüber zu einem Zeitpunkt statt, an dem die deutsche Öffentlichkeit naturgemäß kaum noch teilnehmen kann, weil die Medien berechtigterweise um Mitternacht oder kurz vor Mitternacht kaum noch Interesse haben, so etwas zu übertragen. Ich möchte

nicht die Zahlen wiederholen, die von Ihnen, Herr Thierse, und auch von anderen, zum Beispiel von dem Kollegen Bosbach, angeführt worden sind. Ich glaube auch, dass uns ein Streit über die Statistiken hier nicht weiterhilft. Die einen berufen sich auf die Statistik, die in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlicht wird. Andere nennen andere Statistiken und sagen: Es waren gar nicht fast 100, sondern weit weniger Opfer. Darauf kommt es nicht an. Jeder dieser Fälle ist so dramatisch für unser Ansehen und unser gesellschaftliches Zusammenleben, dass er diese Debatte wahrlich rechtfertigt.

Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der PDS

Ich möchte an einen Punkt anknüpfen, den Sie, Herr Kollege Thierse, hier angesprochen haben, weil ich finde, dass er wichtig ist. Sie haben sehr ausgewogen und sensibel auf die Diskussion in Ostdeutschland, in den so genannten neuen Bundesländern, hingewiesen. Wir alle wissen, dass der politische Extremismus auch in Ostdeutschland in großer Zahl Teilnehmer, Mitläufer und aggressive Täter findet. Aber das Problem des politischen Extremismus auf Ostdeutschland zu reduzieren wäre ein Desaster für die politische Diskussion. Die Strippenzieher sitzen nämlich im Westen.

Beifall bei der F.D.P. und der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Diejenigen, die die rechtsextreme DVU mit widerlichen Kampagnen in den Landtag in Sachsen-Anhalt katapultiert haben, sitzen als Geldgeber, Strippenzieher oder Schreibtischtäter im Westen. Das ist etwas, was nicht unterbewertet werden darf. Es ist eine **gesamtdeutsche Herausforderung**, den politischen Extremismus zu bekämpfen. Es ist nicht nur eine Herausforderung für Ostdeutschland.

Beifall bei der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS

Da von den Bundesländern die Rede gewesen ist, ist es im Grunde genommen geradezu müßig, dennoch notwendig, dies an dieser Stelle anzuführen: Es gibt die rechtsextreme DVU in Sachsen-Anhalt. Wir wissen, welche miserable Politik sie gemacht hat, seitdem sie dort im Landtag sitzt. Aber seit zwei Legislaturperioden gibt es auch in Baden-Württemberg eine rechtsextreme Partei: die Republikaner. Beide muss man bekämpfen, nicht nur die Partei in Ostdeutschland.

Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der PDS

Man bekämpft diesen politischen Extremismus nach Auffassung der Freien Demokraten nicht, wenn man das Thema für die eigenen

parteipolitischen Ziele instrumentalisieren möchte. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen der PDS, komme ich um diese kritische Bemerkung nicht herum, weil Sie diese Aussage in dieser Woche gemacht haben: Wenn die PDS dem Bundesinnenminister vorwirft, „Stichwortgeber der Neonazis“ zu sein – das ist ein wörtliches Zitat –, weil er sich für eine offene Diskussion über die Zuwanderung nach Deutschland ausspricht und vor einer ungesteuerten Zuwanderung warnt, dann ist das in meinen Augen nicht nur eine grobe politische Entgleisung, sondern auch eine fatale Verharmlosung des politischen Extremismus in Deutschland.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU und
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN

Frau Kollegin Müller, Ihnen muss ich sagen: Es ist nicht in Ordnung, wenn Sie hier einerseits – an Mitglieder dieses Hauses, in diesem Falle an die Mitglieder der konservativen Opposition adressiert – sagen, sie würden hier den Nährboden für bestimmte extremistische Entwicklungen bereiten, und gleichzeitig in einem Nebensatz hinzufügen: Aber natürlich will ich nicht sagen, dass sie die Ursache dafür sind. In dem Augenblick, in dem Sie ein Wort wie „Nährboden“ in die Diskussion einbringen und an Mitglieder dieses Hauses adressieren, begehen Sie meiner Meinung nach einen großen Fehler. Sie sollten jetzt nicht alles, was den Grünen lieb und teuer ist, politisch damit begründen, dass der Extremismus bekämpft werden muss. Sie können Anträge zur Flughafenregelung in diesem Haus einbringen und vermutlich hätten Sie dafür die Zustimmung der Freien Demokraten. Ich glaube aber, es ist ein Fehler, wenn in diese Extremismusdebatte alles eingeführt wird, was einem persönlich politisch wichtig ist. Die Neonazi-Keule – das muss ich an die PDS gerichtet sagen – dürfen Sie nicht schwingen. Ich befürchte nämlich wirklich, dass Sie damit denjenigen einen Gefallen tun, die wir gemeinsam politisch bekämpfen sollten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeord-
neten der SPD und
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN

Man muss sich auch überlegen, wo man etwas sagt. Es gibt mehrere Mitglieder dieses Hauses, die dem vom Verfassungsschutz beobachteten Zeitungsorgan „Junge Freiheit“ Interviews gegeben haben. Ich bedauere das.

Beifall bei
Abgeordneten
der PDS

Diese Zeitung ist im Verfassungsschutzbericht genannt worden und es wäre spätestens jetzt weiß Gott nicht mehr notwendig gewesen, diesem Blatt eine solche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Ich muss der Bundesregierung, Herrn Minister Schily und den anderen Mitgliedern des Kabinetts, sagen: Es ist nicht in Ordnung, dass ein Staatsminister dieser Bundesregierung der „Jungen Freiheit“ in der vorvergangenen Woche ein Interview gegeben hat und damit diesem Blatt sogar noch das regierungsamtliche Siegel verleiht und der Eindruck entsteht, man könne sich mit einer solchen Zeitung normal unterhalten.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Es geht nicht darum, was er gesagt hat. Es geht darum, dass er ein solches Blatt aufwertet. Das sollten Sie zurücknehmen, davon sollten Sie sich distanzieren. Das Interview war nicht nur ein Akt politischer Ungeschicklichkeit, sondern ich glaube, es war eine politische Aufwertung, die nicht sinnvoll ist.

Meine Damen und Herren, ich will noch zwei Themen ansprechen, die mir wichtig sind und die in die Debatte über den politischen Extremismus eingeführt worden sind. Das erste Thema ist das **Partei-verbot**. Ich kann nur an das anknüpfen, was Frau Kollegin Müller hier zum angestrebten Verbotsverfahren gegen die NPD gesagt hat. Ich habe bereits in der letzten innenpolitischen Debatte, als wir über den Haushalt diskutiert haben, gesagt: Es wäre ein Fehler, wenn ein solcher Verbotsantrag aus politischer Opportunität heraus gestellt wird. Wenn ein Verbotsantrag gestellt wird, dann darf es nicht nur hinreichende Chancen für den Erfolg geben, dann muss man sich so sicher sein, wie man sich vor Gericht nur sicher sein kann, dass dieses Verbotsverfahren zum Erfolg führt. Denn anderenfalls bekommt diese Partei quasi noch eine TÜV-Plakette vom Bundesverfassungsgericht und das wäre meiner Meinung nach ein Fehler.

Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU

Sie, Herr Innenminister, haben vor drei Wochen bezüglich des Vereins „Blood & Honour“ das Vereinsverbotsverfahren gewählt. Ich glaube, dass Sie den richtigen Weg gegangen sind.

Beifall bei der F.D.P.)

Das ist ein vernünftiger Weg, weil es sich um einen Verein und nicht um eine Partei handelt. Für Parteien gilt das besondere Privileg der Verfassung. Mit dem Vereinsverbotsverfahren können Sie leichter und übrigens effizient gegen den politischen Extremismus vorgehen. Meine Damen und Herren, das Letzte, was ich in Anbetracht der Redezeit sagen möchte, ist das Folgende: Ich glaube, dass wir in Deutschland weit mehr Toleranz, Mitmenschlichkeit und aktiv gelebte Demokratie haben, als es braune Hemden, Springerstiefel und Bomberjacken gibt. Deswegen gilt, dass wir immer wieder – bei aller Notwendigkeit dieser Debatte – gerade auch im Ausland darauf hinweisen sollten, dass unser Land ein tolerantes Land ist. Es ist ein Rechtsstaat, es ist eine wunderbare Demokratie. Wir sollten nicht zulassen – an welcher Stelle auch immer –, dass das Ansehen Deutschlands in der Welt, nicht nur bei uns selbst, durch Bilder zerstört wird. Das ist unser gemeinsamer Auftrag, denn diese Debatte verpflichtet zur Gemeinsamkeit und sollte nicht zur Konfrontation führen.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD und
der CDU/CSU sowie
bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN
und der PDS

REDE

Jüdisches Leben in Deutschland unterstützen

Anschläge auf Synagogen in Deutschland ächten

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unsere Kultur, die Art, wie wir leben möchten, ist in unserem **Grundgesetz** festgeschrieben. Das ist die Geschäftsgrundlage, auf die wir uns alle verständigen sollten. Dort heißt es in Art. 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Da steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, nicht: Die Würde der Deutschen ist unantastbar, oder: Die Würde der Christen ist unantastbar. Alle Menschen haben das Recht darauf, dass die staatliche Gewalt ihre Würde schützt, wenn sie in Deutschland sind.

Beifall im
ganzen Hause

Deswegen beschämt es uns alle – deswegen findet diese Debatte auch statt –, dass es drei Monate, nachdem der Zentralrat der Juden in Deutschland sein 50-jähriges Bestehen feiern konnte, einen Anlass für eine solche Debatte gibt. Diese Debatte muss zweierlei leisten: Sie muss klarmachen, dass wir uns solidarisch fühlen und auch solidarisch sind mit den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern

Beifall bei
der F.D.P. und der
CDU/CSU sowie
bei Abgeordneten
der SPD, des
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
und der PDS

in Deutschland und mit denen, die von Gewalttaten betroffen waren und die durch sie geschädigt wurden. Aber das Ziel dieser Debatte, glaube ich, wäre verfehlt, wenn wir der Öffentlichkeit nicht gleichzeitig auch eine Antwort auf die Frage geben, was wir in Zukunft besser machen werden, um solche Ausschreitungen zu bekämpfen.

Wir haben zuallererst Symbole und Signale der **Solidarität** zu geben. Das ist weit mehr als Betroffenheitskultur. Das ist das Kennlichmachen von Solidarität. Ich habe manche seltsame Reaktion erlebt, als unter Führung des Bundestagspräsidenten Angehörige aller Parteien dieses Hauses einen jüdischen Gottesdienst an einem Abend besucht haben, obwohl zum Beispiel ich nicht jüdischen Glaubens, sondern christlichen Glaubens bin. Es wurde gefragt, warum man so etwas mache. Ich antworte: Das muss man deshalb machen, weil nur dann, wenn klar wird, dass eine große Solidarität in der Gesellschaft über die Parteigrenzen hinweg besteht, auch klar wird, dass die Steinewerfer nicht einmal mit einer schweigenden Billigung irgendwelcher Gruppen des Volkes rechnen können. Sie, die Steinewerfer, sind die Isolierten und nicht die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland!

Beifall im
ganzen Hause

Wenn eine Scheibe in einer Synagoge zerbrochen wird, dann geht es nicht um 80 DM Sachschaden. Es geht auch nicht darum, dass irgendeine Schmiererei überpinselt werden muss; vielmehr geht es darum, dass dann, wenn eine Scheibe in einer Synagoge zerbrochen wird, auch ein Stück unserer Verfassungskultur zerbrochen wird. Jeder Stein, der auf eine Synagoge geworfen wird, ist ein Stein mitten in das Gesicht jedes aufrechten Demokraten in Deutschland.

Beifall im
ganzen Hause

Es heißt im Grundgesetz: Sie – die Würde des Menschen – zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das ist nach meiner Meinung eine Frage der **Prävention** und der Repression. Zur Prävention. Ich habe nicht verstanden – das will ich hier nicht verschweigen –, warum die Synagoge in Düsseldorf nicht rund um die Uhr geschützt wurde, obwohl aus den Reihen der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf mehrfach darum gebeten worden ist. Wir gehen selbstverständlich alle davon aus, dass es einen entsprechen-

den **Schutz von Einrichtungen** gibt, nicht nur um unserer Wirkung im Ausland willen, sondern weil wir selber merken, dass hier die Menschenwürde angegriffen wird. Ich möchte wissen, warum es bislang einen entsprechenden Schutz nicht gegeben hat. Das, was bisher dazu geäußert worden ist, finde ich nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, bei der Prävention geht es zum Beispiel auch darum, wie wir in Zukunft **politische Bildungsarbeit** in Deutschland verstehen. Ich will das nicht nutzen und will auch nicht so verstanden werden, als sei das ein Angriff auf die Bundesregierung, quasi parteipolitische Münze. Aber die Tatsache, dass die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie die Mittel für die politische Bildungsarbeit der Stiftungen seit 1998 deutlich zurückgeschraubt worden sind, ist nicht vernünftig. Das müssen wir korrigieren.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung sind von 39 Millionen DM auf 29 Millionen DM zurückgeschraubt worden. Die Mittel für die politische Bildungsarbeit der Stiftungen sind von 187 Millionen DM auf 167 Millionen DM zurückgeschraubt worden. Eigentlich müssten wir in solchen Zeiten genau die gegenteilige Tendenz in unseren Haushalten lesen können, dass nämlich für politische Bildung mehr ausgegeben wird

Beifall bei
der F.D.P. und
der CDU/CSU sowie
bei Abgeordneten
der SPD und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

und dass mehr getan wird, damit junge Menschen an die Demokratie herangeführt werden, gerade wenn sie verführbar und in einem verführbaren Alter sind. Zur Prävention zählt meines Erachtens aber auch, dass wir uns in diesem Hause darüber im Klaren sind, dass mit bestimmten Stimmungen und Themen keine **Wahlkämpfe** geführt werden. Das sage ich mit großer Klarheit.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD sowie
bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN
und der PDS

Mir ist es völlig gleichgültig, wer sich darüber ärgert. Das Thema Migration gehört nicht in die Wahlkämpfe.

Beifall bei
der F.D.P., der SPD,
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
und der PDS

Wir halten es am besten aus den Wahlkämpfen heraus, indem wir vor der Bundestagswahl eine klare Antwort des Parlaments durch ein neues Gesetz geben.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Schließlich möchte ich zum Thema **Repression** eine Sache klarstellen. Über die Parteigrenzen hinweg diskutieren wir sehr kontrovers über das Verbotverfahren gegen die NDP. Es gibt in allen Parteien Befürworter und Skeptiker. Ich möchte für meine Fraktion hier sagen: Aus Sicht der heutigen Lage, der Materialien, die wir kennen, ist es meine Befürchtung, dass ein **NDP-Verbotverfahren** am Schluss eher eine Stärkung der rechtsradikalen Szene bewirkt als eine Schwächung. Meine Befürchtung ist, meine Damen und Herren, dass die NDP vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit einem Verbotverfahren überzogen wird. Den Erfolg wird man für offen halten können. Wenn das Verfahren scheitert, bekäme die NDP den TÜV aus Karlsruhe. Das wäre ein Desaster für die Demokratie.

Beifall bei der F.D.P.

Aber, meine Damen und Herren, es besteht eine noch viel größere Gefahr, auf die uns zum Beispiel Ute Vogt, die Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, hingewiesen hat. Es wird dann aufgeteilt in diejenigen, die quasi als verfassungsfeindliche Rechtsradikale verfolgt werden, und in diejenigen, die damit das Gütesiegel der Verfassungsmäßigkeit inzidenter erhalten, nämlich die DVU und die Republikaner. Ich sage Ihnen: Das möchte ich auf gar keinen Fall. Der Rechtsradikalismus, gleich in welcher Partei er sich organisiert, muss bekämpft werden. Ich möchte nicht, dass die Attacke gegen die NDP, die sinnvoll ist und politisch geführt werden muss, zum Schluss lediglich zu einer Adellung von DVU und Republikanern in der täglichen Auseinandersetzung führt. Bitte denken Sie das zu Ende. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus verbindet uns alle in diesem Hause.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeordneten der SPD, des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN
und der PDS

Vielen Dank.

REDE

Haushaltsdebatte 2001

Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Bundeskanzler, Sie haben eine Stunde gesprochen. Es war eine Stunde Defensive.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Sie haben eine Stunde lang erzählt, warum alles nicht so schlimm ist. Sie haben berichtet, welche Schwierigkeiten es gibt. Sie haben die Opposition kritisiert. Aber Sie haben keinen Ton dazu gesagt, was Sie im nächsten Jahr mit dem Haushalt machen wollen, den wir hier beschließen, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu senken.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Sie haben auf die Zwischenrufe reagiert, mit zum Teil, wie ich finde, bemerkenswerten Formulierungen für einen deutschen Bundeskanzler. Einem Zwischenrufer werfen Sie vor, er habe ein Brett vor dem Kopf. Das alles zeigt in Wahrheit nur: Bei Ihnen liegen die Nerven blank.

Beifall bei der FDP
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU;
Widerspruch
bei der SPD

Jetzt nämlich passiert Folgendes: Sie werden an dem gemessen, was Sie 1998 gesagt haben. Sie haben am 21. September 1998, eine Woche vor der Bundestagswahl, in einem „Spiegel“-Interview wörtlich erklärt: Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant

zu senken, dann haben wir es weder verdient, wieder gewählt zu werden, noch werden wir wieder gewählt. Sie könnten Recht behalten, Herr Bundeskanzler.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Sie haben am 10. November 1998 in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Die Bundesregierung ist sich völlig im Klaren darüber, dass sie ihre Wahl wesentlich der Erwartung verdankt, die Arbeitslosigkeit wirksam zurückdrängen zu können. Wieder wörtlich Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner ersten Regierungserklärung hier im Hause: Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Herr Bundeskanzler, werfen Sie der Opposition nicht vor, dass wir Sie an Ihren Worten hier und heute tatsächlich messen werden.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Die Zahlen sprechen nun einmal eine eindeutige Sprache. Die Bundesregierung hat gestern – Herr Finanzminister Eichel hat es zum ersten Mal getan – davon gesprochen, dass demnächst möglicherweise 4,3 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sind. Die Wirtschaftsentwicklung in Europa ist ein einziges Desaster, vor allen Dingen weil die **Wirtschaftsentwicklung** in Deutschland so schlecht ist und Deutschland nicht mehr die Lokomotive der europäischen Volkswirtschaft ist.

Joachim Poß [SPD]:
„Wir waren es nie!“

Wir haben eben eine Delegation von Parlamentariern aus Spanien begrüßt. Dort liegt das Wirtschaftswachstum bei 2,4 Prozent. In Irland liegt das Wirtschaftswachstum sogar bei 7 Prozent, in Griechenland bei 3,6 Prozent, in Großbritannien bei 2,3 Prozent, in Frankreich bei 2,0 Prozent, in Österreich bei 1,3 Prozent und in Deutschland bei 0,8 Prozent.

Joachim Poß [SPD]:
„In welcher Welt
leben Sie denn
eigentlich? Was ist
mit Liechtenstein
und Andorra? Sagen
Sie dazu etwas!“

Es gab zwar auch früher Zeiten schlechten nationalen Wirtschaftswachstums. Aber Sie haben es geschafft, dass Deutschland, das früher wenigstens an der Spitze lag, wenn es international schlecht lief, mittlerweile beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz in Europa abgerutscht ist.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Ein Bundeskanzler, der sich in dieser Debatte mit der Rezession auseinander setzen muss, muss uns sagen, was er machen will, und nicht, was er machen könnte, wollte und gerne hätte. Herr Bundeskanzler, Sie sind zum Handeln gewählt, nicht zum Analysieren. Das ist Ihre Aufgabe.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Gelegentlich verweisen Sie auf die wirtschaftliche Lage in anderen Ländern. Das haben Sie auch heute wieder getan. Wir haben uns gemerkt, was Sie dazu gesagt haben. Sie haben gesagt, dass in Deutschland nicht das Gelingen könne, was andere Länder geschafft haben, weil die Wachstumsperspektiven wegen des Niveaus der dortigen Volkswirtschaften anders seien. An anderer Stelle haben Sie das Wort von der „gesättigten Volkswirtschaft“ gewählt. Das sagt ausgerechnet der Mann, der im Sommer dieses Jahres eine Reise durch Ostdeutschland gemacht hat und dabei Regionen durchquert hat, in denen die Arbeitslosenquoten bei 20, 30 oder sogar 40 Prozent liegen. Wir sind keine gesättigte Volkswirtschaft, wie Ihnen ein einziger Blick auf das Desaster bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland zeigen müsste, Herr Bundeskanzler.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU;
Peter Dreßen [SPD]:

„Das ist doch
nur Polemik!“

Des Weiteren haben Sie genauso wie Ihr Wirtschaftsminister wieder einmal wortreich erklärt, dass mit dem Wirtschaftswachstum sei gar nicht so schlimm, wenn es nicht diese böse **Bauwirtschaft** gebe. Das ist auch eine interessante Analyse. Den Arbeitslosen ist es eigentlich relativ egal, welcher Grund in einem volkswirtschaftlichen Seminar dafür angeführt wird, dass sie arbeitslos sind. Sie suchen einfach Arbeit. Ihre Erklärung, dass mit dem Wirtschaftswachstum in Deutschland sei gar nicht so schlimm, wenn es nicht diese böse Bauwirtschaft gebe, erinnert mich an den Satz: Wenn wir keine Arbeitslosenzahlen hätten, dann gäbe es eigentlich Vollbeschäftigung.

Heiterkeit
bei der FDP

Sie drücken die Realität weg. Das, was Sie heute als „ruhige Hand“ bezeichnen, nannte man früher – bei allem Respekt, Herr Bundeskanzler – aussitzen. Dass das bei Ihnen schon nach drei Jahren losgeht, ist bemerkenswert, Herr Bundeskanzler.

Beifall bei der FDP

Sie haben uns erklärt, dass es für die wirtschaftliche Lage in Deutschland internationale Gründe gebe. Das kann ja augenscheinlich nicht stimmen; denn im Zuge der Globalisierung in der Weltwirtschaft sind alle Länder in Europa gleichermaßen betroffen. Die Globalisierung und die schrecklichen Terroranschläge vom 11. September können nicht als Begründung für eine verfehlte nationale Wirtschaftspolitik herhalten. Herr Bundeskanzler, wenn alle Länder in Europa beim Wirtschaftswachstum besser dastehen als Deutschland, dann ist das nicht das Ergebnis irgendeiner internationalen Entwicklung. Das zeigt vielmehr, dass Sie, Ihre Bundesregierung und Ihre Koalition mit den Herausforderungen der Weltwirtschaft schlechter zurechtkommen, als wir damit zurechtkommen müssten. Wir reden also über Ihre verfehlte nationale Politik.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Herr Bundeskanzler, Sie tun so, als ob es nicht wichtig, nicht erheblich sei, wenn Frankreich ein Wachstum von 2,0 Prozent und Österreich ein Wachstum von 1,3 Prozent – um nur zwei Nachbarländer zu nennen – vorzuweisen haben, als ob es sich dabei um Entwicklungs- oder Schwellenländer handele, die im Gegensatz zu Deutschland natürlich noch Wachstumsdynamik hätten. Nein, Sie haben einfach einen völlig falschen Ansatz in Ihrer Wirtschaftspolitik gewählt. Das hängt übrigens damit zusammen, dass es in Ihrer Koalition eine interessante Bündelung von Kräften gibt. In Ihrer Koalition kommt nämlich Folgendes zusammen: Die SPD-Linke, die auf Staatswirtschaft setzt, wird gewissermaßen noch durch die Grünen verstärkt, die ebenfalls auf Staatswirtschaft setzen. Das ist der entscheidende Punkt Ihrer Politik.

Lachen beim
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

– Ach, ihr Grünen, entschuldigt bitte, aber ich muss euch sagen: Eure Grundsätze passen wirklich in einen Fingerhut. Ihr solltet heute brav sein und schweigen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Auch Sie, Herr Bundeskanzler, der Sie sich in dieser Koalition so wohl fühlen, sollten – bei allem Respekt – besser schweigen. Ich habe in der letzten Woche ja auch genau gehört, dass Herr Kollege Struck lieber mit Frau Müller und Herrn Schlauch frühstücken möchte.

Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU ;
Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Sie sind doch ständig auf der Schleimspur unterwegs!“

Hat mich eigentlich jemand gefragt, ob ich schon morgens mit Ihnen frühstücken möchte? Da kann ich mir Schöneres vorstellen.

Beifall bei der FDP und der CDU/CSU;
Peter Dreßen [SPD]: „Sie sind die Kröte! Lieber Frosch als Kröte!“

Nachdem der Bundeskanzler die Grünen eine Woche lang hier im Deutschen Bundestag gepiesackt hatte, hat er sie eine Woche lang auf dem Parteitag der SPD gestreichelt. Herr Bundeskanzler, Sie können diesen grünen Frosch küssen oder ihn weiter gegen die Wand werfen, es wird nie ein Prinz daraus. Haken Sie diese Vorstellung ab, das wird nie passieren.

Nein, es ist der falsche Ansatz in der Wirtschaftspolitik, der übrigens in Ihren Ausführungen in bemerkenswerter Weise zum Ausdruck kommt. Sie haben die Opposition aufgefordert – allein diese Frage zeugt von beträchtlicher Hilflosigkeit –, sie solle einmal sagen, was sie anders machen würde. Wir sagen es Ihnen gern: Wir möchten, dass die **Steuerpolitik** bereits zum 1. Januar nächsten Jahres korrigiert wird, damit es endlich einen **Konjunkturimpuls** gibt. Die Steuern müssen gesenkt und dürfen nicht wie bei der Ökosteuer, der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer durchweg weiter erhöht werden. Die Behauptung, Steuersenkungspolitik reiße Haushaltslöcher, wird in allen unseren Nachbarländern widerlegt. Wer Steuern gesenkt hat, hat heute Haushaltsüberschüsse.

Beifall bei der FDP und der CDU/CSU

Unsere Nachbarn streiten sich darüber, wie die Überschüsse verteilt werden sollen, während Sie den Mangel verwalten.

Peter Dreßen [SPD]: „Wie finanzieren sie es denn?“

Dazu gibt es übrigens auch bemerkenswerte Vorgänge in der deutschen Geschichte.

Hans Eichel, Bundesminister: „Keine Ahnung und davon viel“

– Dass Sie, Herr Minister Eichel, von der Regierungsbank aus dem Redner zwischenrufen – das ist übrigens auch ein bemerkenswerter Vorgang –, zeigt, wie blank Ihre Nerven sind.

Peter Dreßen [SPD]: „Ihre Nerven liegen blank!“

Wir erleben hier einen „Blanke-Nerven-Hans“. Wenn ein Finanzminister sogar noch von der Regierungsbank Zwischenrufe an die Adresse des Redners richten muss, dann ist das ein interessanter Vorgang. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Werner Schulz
[Leipzig] [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:
„Der Zweite wegen
Steuerhinter-
ziehung, nicht?“

an diesem Wochenende ist leider der frühere Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg verstorben. Er wird nach meiner Einschätzung zusammen mit Graf Lambsdorff in die Finanzgeschichte unseres Landes eingehen,

weil er wirklich einmal eine Steuersenkungsreform durchgesetzt hat. Ich lese Ihnen einmal vor, was tatsächlich gemacht wurde, um die Behauptung zu widerlegen, so etwas rechne sich nicht. Von Otto Graf Lambsdorff und Gerhard Stoltenberg sind in den Jahren 1986, 1988 und 1990 die Steuern in einem Volumen gesenkt worden, in dessen Nähe Sie heute gar nicht kommen: um 10,9 Milliarden DM, 13,7 Milliarden DM und 39 Milliarden DM. Gehen wir nun ganz kurz die Haushaltsentwicklung durch, die widerlegt, dass Steuersenkungen den Staat Geld kosteten: Die Gesamteinnahmen aus Steuern betragen 1986 452 Milliarden DM, 1987 468 Milliarden DM, 1988 488 Milliarden DM, 1989 535 Milliarden DM, 1990 567 Milliarden DM. In jedem Jahr sind die Steuereinnahmen des Staates durch die Steuersenkungspolitik gesteigert worden. Dies hat einen einfachen Grund: Sie müssen den Menschen wieder Lust auf Leistung machen, indem sie von dem, was sie sich hart erarbeitet haben, mehr übrig behalten. Dann hat der Staat auch wieder gesunde Finanzen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU;
Friedrich Merz
[CDU/CSU]: „Den
Zusammenhang
verstehen die nie!“

Das aber wollen Sie nicht wahrhaben. Sie haben hier regelmäßig auf die Sachverständigen Bezug genommen. Die Sachverständigen haben Ihnen nun weiß Gott andere Noten gegeben, als Sie uns hier glauben machen wollen. Sie haben Ihnen nämlich vorgetragen, dass Sie gerade auf dem **Arbeitsmarkt** die Strukturreformen nicht vorgenommen haben

Dr. Peter Struck
[SPD]: „Wo ist
Ihr Zettel, Herr
Westerwelle?“

und dass sie von Ihnen erwarten, dass Sie auf dem Arbeitsmarkt strukturelle Maßnahmen ergreifen.

Dr. Peter Struck
[SPD]: „Jetzt ist der
Zettel weg! Das ist
aber schlecht!“

Das haben Sie nicht getan. Deshalb möchte ich noch einmal wörtlich zitieren, was Ihnen der Sachverständigenrat aufgeschrieben hat: Ohne weitergehende Reformen der Arbeitsmarktsordnung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht nachhaltig bessern, gemessen am Flexibilisierungsbedarf des Arbeitsmarktes ist vonseiten der Politik

auch in diesem Jahr zu wenig geschehen. Das sagt Ihnen der Sachverständigenrat, den Sie die ganze Zeit über in diese Debatte eingeführt haben. Wenn man diesen Bericht gelesen hat, so sind die Noten für Sie desaströs und nicht gut, wie Sie uns hier glauben machen wollen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Sie haben sich bei der Arbeitslosigkeit verschätzt, Sie haben sich bei der Konjunktur verschätzt, Sie haben sich bei der Steuerschätzung vertan. Herr Bundeskanzler, die Prognosen Ihrer Regierung sind unzutreffend. Deshalb ist es notwendig, dass man sich kurz vor Augen führt, wie die anderen Volkswirtschaften und Gesellschaften auf die Herausforderungen nach dem **11. September** reagiert haben. Damit meine ich nicht den Bereich der inneren Sicherheit und im Übrigen auch nicht die Reaktionen in der Außenpolitik – dazu werde ich noch etwas sagen –, sondern die ökonomischen Maßnahmen, die aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang angeführt werden müssen. Die Amerikaner haben unmittelbar nach dem 11. September genau registriert, dass die weltwirtschaftliche Situation sehr fragil ist. Obwohl sie ohnehin bei der Steuer- und Abgabenquote deutlich niedriger liegen, als wir es in Deutschland kennen, haben die Amerikaner die Steuern weiter gesenkt, und zwar gleich in der ersten Woche, indem der amerikanische Präsident zum Kongress ging und sich sofort zunächst einmal 40 Milliarden Dollar genehmigen ließ. Das war die Antwort der Amerikaner. Sie haben also nach dem 11. September zur Stabilisierung ihrer Konjunktur und des Mittelstandes zuallererst die Steuern gesenkt.

Was war die erste Antwort der deutschen Bundesregierung? – Sie erhöhte die Tabaksteuer und die Versicherungssteuer. Sie wollten uns erzählen, dass mit der Ökosteuer die Rente gesichert werden solle. Ich halte diese Erkenntnis für bemerkenswert, zumal Sie gerade darangehen, sogar noch in die Schwankungsreserve bei den Renten einzugreifen. Ich stelle mir einmal vor, die alte Regierung wäre an die Schwankungsreserve so herangegangen, wie Sie das jetzt tun. Das hätte zu einem Aufstand auf der linken Seite dieses Hauses geführt, aber davon wollen Sie auch nichts mehr wissen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Die von Ihnen eingeführte Ökosteuer sollte die Rente sichern.

„Rasen für die Rente“ – das haben wir oft genug gesagt. Dann kam als zweite Antwort „Rauchen für die Sicherheit“. Herr Bundesfinanzminister, in Anbetracht der Unterfinanzierung der Bundeswehr warte ich stündlich auf Ihren Vorschlag „Trinken für die Truppe“.

Michael Glos
[CDU/CSU]:
„Sehr gut!
Rotweinsteuer!“

Das kommt nämlich auch noch. Sie werden uns auch noch erzählen, warum wir diese Steuern erhöhen sollten. Sie werden damit in die Lage versetzt werden wollen, die Bundeswehr anständig auszustatten. Um es Ihnen klar zu sagen: Wenn man in einem Haushalt von 500 Milliarden DM nicht einmal mehr in der Lage ist, 3 Milliarden DM für innere Sicherheit durch Umschichtung zu erwirtschaften, dann gibt man seine Bankrotterklärung im Hinblick auf die Finanzpolitik zu Protokoll.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU:
Hans Georg Wagner

[SPD]: „Konkreten
Vorschlag!“

Nein, Sie haben in der Wirtschaftspolitik eine falsche Richtung eingeschlagen.

Dr. Peter Struck
[SPD]: „Dann
sagen Sie einmal
die Richtige!“

Das ist im Übrigen auch der Punkt, warum Sie meiner Einschätzung nach am Anfang kommenden Jahres Ihr Programm beschließen werden. Alles das, was die Opposition von Ihnen verlangt – das werden Sie ja sehen –, werden Sie am Anfang des Jahres realisieren. Schon im Hinblick auf die Wahl und Ihren Wunsch, wiedergewählt zu werden, werden Sie den innenpolitischen Druck gar nicht aushalten.

Zuruf von der
CDU/CSU:
„Genau so ist das!“

Sie werden bei den Steuern das tun, was Ihnen die Opposition vorschlägt, wenn auch vielleicht nicht ganz so weitgehend.

Susanne
Kastner [SPD]:
„Bestimmt warten
wir noch darauf!“

Sie werden Maßnahmen zum Abbau der Bürokratie vorschlagen, die die FDP und die bürgerliche Opposition

Widerspruch
bei der SPD

in diesem Hause immer wieder vorgeschlagen haben. Sie werden dem Bundestag auch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt flexiblere Instrumente vorschlagen. Selbst wenn Sie all das umsetzen werden, wird das Problem sein, dass Sie es dann zu spät in Angriff nehmen werden. Sie werden es machen, weil Sie von dem Verlangen, wiedergewählt zu werden, getrieben werden, nicht aber aus innerer Überzeugung und mit dem Ziel, dass es diesem Land wieder besser geht.

Deutschland hat eine bessere Regierung als die von Rot-Grün gestellte verdient. Das zeigt die Arbeitsmarktstatistik mehr als deutlich.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Die Stichworte sind oft genug genannt worden. Es geht um die Abschaffung der 630-Mark-Arbeitsverhältnisse und die Ausweitung der betrieblichen funktionärischen Mitbestimmung auch noch auf die kleinen und kleinsten Betriebe. Das von Ihnen beschlossene Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit war doch nur ein Gesetz gegen Existenzgründung. Sie haben alle diese Maßnahmen beschlossen.

Widerspruch
bei der SPD

– Dass Ihnen das nicht gefällt, wundert mich nicht.

Zuruf von der SPD:
„Sie gefallen uns
nicht!“ – Heiterkeit
bei der SPD

13 Prozent der Deutschen sind Mitglied einer Gewerkschaft. 85 Prozent der SPD-Bundestagsfraktion sind Mitglied einer Gewerkschaft. Daraus folgt meines Erachtens eine zu sehr ferngesteuerte **Funktio-närspolitik** und keine Politik zum Wohle unseres ganzen Landes.

Beifall bei
der FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU; Lachen
bei der SPD

Übrigens haben Sie immer noch nicht verstanden, dass die Interessen von Arbeitnehmern und die Interessen von bestimmten Gewerkschaftsfunktionären nicht übereinstimmen, wie, nebenbei bemerkt, auch die Interessen von vielen mittelständischen Betrieben beileibe nicht immer mit den Interessen von Arbeitgeberfunktionären übereinstimmen. Sie müssen sich weniger an den Verbänden orientieren, Sie müssen sich mehr an den Menschen orientieren. Lassen Sie den Menschen von dem, was sie sich hart erarbeitet haben, mehr und dann haben Sie auch bessere Staatsfinanzen. Es kann nämlich nur der Steuern zahlen, der Arbeit hat. Nichts kommt den Staat so teuer wie die Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Sie machen im Augenblick nichts anderes als die Verwaltung von Arbeitslosigkeit.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU,
Hans Georg Wagner
[SPD]: „So ein
Quatsch!“

Was die **Bildungspolitik** angeht, so stellt sich der Regierungschef hier hin und sagt – das ist schon ein atemberaubender Kunstgriff gewesen; denn er hat früher gesagt, man wolle die Bildungsausgaben verdoppeln –: Das läuft alles gar nicht so schlecht.

Zuruf von der SPD:
„Das hat er
nicht gesagt!“

Das ist übrigens nicht nur eine Frage der Finanzen, das ist vor allem, Herr Bundeskanzler, eine Frage der Strukturen. Wir haben zu viel

Staatwirtschaft gerade im Bildungssektor. Heute lesen wir in den Zeitungen, dass die Landesregierung aus CDU und FDP in Baden-Württemberg beschlossen hat, Initiativen zu ergreifen, damit die zentrale Vergabestelle für Studienplätze abgeschafft wird.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Es ist die Aufgabe des Staates – das sollten Sie als SPD-Vorsitzender auch einmal den Landesregierungen, die von Ihnen geführt werden, vortragen –, dafür zu sorgen, dass ein junger Mensch einen Studienplatz bekommen kann. Für Chancengleichheit am Start zu sorgen ist die Aufgabe des Staates. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, für Ergebnistgleichheit am Ziel zu sorgen. Wo jemand studiert, sollte nicht durch Studentenlandverschickung via ZVS entschieden werden.

Jörg Tauss [SPD]:
„Ländersache!“

Die Studenten sollten sich die Hochschule aussuchen dürfen und die Hochschulen sollten sich ihre Studenten aussuchen dürfen. Das brächte in der verkrusteten Bildungslandschaft den Wettbewerb, den wir brauchen.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Sie sagen immer, das sei Ländersache.

Hans Georg Wagner
[SPD]: „Natürlich ist
es Ländersache!“

So einfach darf man es sich nicht machen. Hier sitzen keine politischen Eunuchen, sondern hier sitzen Parteivorsitzende, die in ihrer eigenen Partei auch einmal einen Diskussionsprozess voranbringen müssen. Eine Bildungsministerin,

Zuruf von der
CDU/CSU: „Wie
heißt die denn?“

die es in Wahrheit bis heute nicht geschafft hat, in der Bildungspolitik geistige Meinungsführerschaft zu übernehmen, eine Bildungsministerin, die zulässt, dass die Kultusminister zehn Jahre lang über die Rechtschreibreform diskutieren und sich auch jetzt noch erhebend damit beschäftigen,

Lachen bei
der SPD

eine solche Bildungsministerin hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Wir brauchen weniger Kultusministerkonferenz. Das hätte Ihre Initialzündung sein müssen. Wir brauchen mehr Wettbewerb zwischen den Ländern. Wir brauchen eine neue Autonomie der Schulen, der Hochschulen und der berufsbildenden Einrichtungen. Das ist die Strukturantwort auf die wichtigsten Zukunftsfragen der Deutschen,

nämlich Bildung, Wissenschaft, Ausbildung der jungen Generation.
Wer daran spart, spart an der Zukunft, Herr Bundeskanzler.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Bei der **Gesundheitsreform** gab es wirklich die absolute Krönung. Da gab es eine Strukturreform im Gesundheitswesen, zu der man diese oder jene Meinung haben kann. Aber dass Sie sich als Bundesregierung dann in Gesprächen mit den Verbänden Ihre Strukturreform mit einem Scheck von 400 Millionen DM abkaufen lassen, ist wirklich ein Armutszeugnis für jemanden, der als Demokrat eigentlich sagen sollte: Das Primat der Politik gilt in diesem Hause und auch draußen bei den Verbänden. Das überzeugt nicht.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU;
Friedrich Merz
[CDU/CSU]:
„Bakschisch
Republik!“

Die Bilanz, die Sie vorgetragen haben, war aus meiner Sicht wirklich von großer Nervosität geprägt.

Lachen bei der SPD;
Dr. Peter Struck
[SPD]: „Wo waren
Sie denn?“

Außen hui und innen pfui war das, was Sie als Bilanz rechtfertigen konnten. Gerade im Hinblick auf die Afghanistan-Konferenz – à la bonne heure! – gibt es nichts zu kritisieren. Wir Freie Demokraten sagen ausdrücklich: Dass Sie diese Afghanistan-Konferenz nach Deutschland geholt haben, verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Zuruf von der SPD:
„Der erste richtige
Satz, den Sie sagen!“

Außenpolitisch haben Sie doch in Wahrheit gar kein Problem mit der Opposition. Außenpolitisch haben Sie ein Problem mit Ihrer eigenen Koalition. Das ist das eigentliche Thema in diesem Hause, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesaußenminister.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Wir werden in den Bereichen zusammenarbeiten, in denen es geht. Wir werden uns selbstverständlich der konstruktiven Zusammenarbeit nicht verschließen, aber wir werden nicht vergessen, das anzumahnen, was Sie bei Regierungsantritt versprochen haben. Sie haben versprochen, dass Sie die Arbeitslosigkeit senken wollen. Dieses Ziel haben Sie nun wirklich absolut nicht erreicht. Arbeitslose hoch, Pleiten hoch,

Hans Georg Wagner
[SPD]: „FDP runter!“

Dr. Peter Struck
[SPD]: „Das
machen wir nicht!
Das machen Sie!
Damit haben wir
nichts zu tun!
Bussi, Bussi machen
Sie! Das ist ja
nun peinlich!“

Wachstumsprognosen nach unten korrigiert, mehr Sozialhilfeemp-
fänger, mehr Bürokratie – das ist die innenpolitische Bilanz dieser
rot-grünen Regierungskoalition. Sie mögen sich jetzt noch auf Par-
teitagen Bussi, Bussi geben und sich wieder die Ehe versprechen,

ich sage Ihnen: Diese Koalition wird im nächsten Jahr abgewählt.
Da können Sie ganz sicher sein, meine sehr geehrten Damen und
Herren.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

REDE

FDP oder Stillstand

Anrede,

als wir vor eineinhalb Jahren in Düsseldorf unsere Strategie 18 beschlossen haben, konnte niemand die [Erfolgsgstory unserer FDP](#) voraussehen. In den vergangenen 20 Monaten haben wir 12.000 Menschen als Mitglieder neu für die FDP gewonnen. Wir sind in die Landtage in Hamburg, Berlin und Sachsen-Anhalt mit zum Teil triumphalen Ergebnissen zurückgekehrt. Das werden wir am zweiten 20. September übrigens auch in Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Und wir sind neben SPD und CDU die einzige eigenständige politische Kraft für ganz Deutschland.

Geschlossen und entschlossen wie nie geht die FDP, gehen wir gemeinsam in die letzte Phase des Wahlkampfes. Es ist ein Wahlkampf, der Freude macht. Wir gehen auf die Marktplätze, und die Menschen kommen zu uns, gleich zu welcher Tageszeit. Wir laden zu unseren Großveranstaltungen ein, und das erste Mal stimmt die Bezeichnung. Wir haben richtig große Säle und stellen fest: Sie sind zu klein.

Die Menschen wollen mit uns ins Gespräch kommen, sie wollen unser Programm und unsere Positionen kennenlernen und sie wollen Antworten auf Ihre Fragen. Das kommt nicht nur davon, dass alle unsere Kandidaten so attraktiv sind. Die Menschen kommen zu uns, weil wir als eigenständige, selbstbewusste Partei auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Bewerbern in diesen Wahlkampf gegangen sind.

Kein Wunder, dass sich unsere politischen Wettbewerber über die Erfolgsstory der FDP ärgern. Kein Wunder, dass ihre Helfershelfer in einigen Zeitung- und Zeitschriftenredaktionen alles tun, um die gute Stimmung für die FDP kaputt zu schreiben. Indem sie uns als **Spaßpartei** bezeichnen. Spaßparteien sind doch die anderen, weil sie den Bürgern den Ernst der Lage verschweigen.

Immer wieder gewinne ich den Eindruck, dass es manche Journalisten nervös bis aggressiv macht, wenn viele Menschen ihre Meinung nicht mehr nach ihnen richten. Und ich merke, dass solche Journalisten ihren Ärger auf die Politiker richten, denen sie irgendwie die Schuld daran geben.

Kein Wunder auch, dass die SPD jetzt das letzte Aufgebot mobilisiert. Unser neuer Verteidigungsminister Struck hat eine Initiative „Soldaten für Schröder“ ins Leben gerufen.

Wer eine Parlamentsarmee als Regierungsparteienarmee missbraucht, der ist für das Amt des Bundesverteidigungsministers nicht mehr tragbar. Vor wenigen Wochen erst hat Bundestagspräsident Thierse die Generalsekretäre der Parteien angeschrieben mit der nachdrücklichen Bitte, ab sechs Wochen vor dem Wahltermin keine Veranstaltungen in Kasernen, vor Soldaten der Bundeswehr und beim Bundesgrenzschutz mehr durchzuführen. Herr Thierse ist aufgefordert, diese wichtige Ansicht auch gegenüber seinem Parteifreund Struck durchzusetzen.

Für Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel war es übrigens immer unvorstellbar, die deutsche **Außenpolitik** in den Dienst des Wahlkampfs zu stellen, wie wir es jetzt bei Rot-Grün in der Endphase erleben. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer behandeln derzeit das deutsch-amerikanische Verhältnis leichtfertig. Mittlerweile muss sich die Bundesregierung bereits öffentlich von der irakischen Regierung loben lassen. Unabhängig davon gilt für die FDP: Ein amerikanischer Kampfeinsatz gegen den Irak würde gegen die Interessen Europas verstoßen, den Nahen Osten destabilisieren und nicht mit dem Völkerrecht in Übereinstimmung zu bringen sein.

Diese Position hätte die Bundesregierung den Amerikanern hinter verschlossenen Türen deutlich machen müssen. Stattdessen hat Herr Schröder seiner Haltung den Amerikanern per Wahlkampfauftritt in Hannover übermittelt. Das ist nicht nur politisch unklug. Das lässt wenige Tage vor dem 11. September auch einen erschreckenden Mangel an politischem Einfühlungsvermögen erkennen.

Vertreter von CDU/CSU und SPD wollen immer wieder den Eindruck erwecken, der Kurs der FDP sei unklar. Das Gegenteil ist richtig. Keine Partei sagt in diesem Wahlkampf so deutlich wie die FDP, was die Wählerinnen und Wähler bekommen, wenn sie FDP wählen. Wir haben heute in unserem Wahlauftritt die **Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung der FDP festgelegt.**

Wer uns am 22. September unterstützt, wer am 22. September mit seiner Stimme dafür sorgt, dass die FDP so stark wird, dass sie mit den beiden derzeit größeren Parteien verhandeln kann, der erwirbt einen Anspruch. Einen **Anspruch darauf, dass die FDP die in diesem Wahlauftritt festgehaltenen Bedingungen in Koalitionsgesprächen durchsetzt.**

Mit mir gibt es keinen Blankoscheck für CDU/CSU oder SPD, denn nichts Anderes ist eine Koalitionsfestlegung vor der Wahl. Wir sind nicht in erster Linie Koalitionspartner von jemandem. Die FDP ist eine eigenständige Kraft mit einem eigenen Programm, um dessentwillen wir gewählt werden wollen. Nicht damit der eine oder der andere Kanzler wird.

Gewöhnen Sie sich doch endlich daran, liebe Freunde von der Konkurrenz. Ich kann ja den Frust ein bisschen verstehen. Herr Stoiber drängt. Herr Schröder ist verärgert. Es waren ja auch schöne Zeiten für die Großen: Die FDP schön handzahn und vor allem handlich. Domestiziert als Machtbeschaffer. Die Zeiten sind endgültig vorbei. Zum Glück.

1998 lagen wir zwei Wochen vor der Wahl in allen Umfragen zwischen 5 und 6 % - mit Koalitionsaussage.

Heute liegen wir in allen Umfragen zwischen 8 und 12 % - ohne Koalitionsaussage.

Es kommen 12.000 Mitglieder neu zur FDP. Weil sie unseren Unabhängigkeitskurs wichtig finden. Weil sie nach einer Alternative zu dem wirtschaftlich erfolglosen Gerhard Schröder und dem grundkonservativen Edmund Stoiber suchen.

Unsere **Strategie 18 bleibt richtig**. Ein eigener Kanzlerkandidat zeigt den Menschen, die FDP kämpft für ihr eigenes Programm. Und nicht, damit Schröder Kanzler bleiben oder Stoiber Kanzler werden kann. Die beiden führen doch einen Ähnlichkeitswettbewerb vor. Edmund Stoiber führt eine CDU/CSU, die sich sozialdemokratischer gibt als die SPD. Gerhard Schröder eine SPD, die nationaler daherkommt als die Union. Beide werden schmerzhaft erleben, wie sehr sie irren, wenn sie meinen, Menschen täuschen zu können.

Unser längerfristiges Ziel ist ein **Drei-Parteien-System, in dem CDU, FDP und SPD ähnlich groß sind**. Dieses Ziel können wir Freien Demokraten nur erreichen, wenn wir unsere Strategie 18 konsequent verwirklichen: Das schließt jede Festlegung vor der Wahl aus, mit welcher der beiden anderen Parteien wir nach der Wahl eine Regierung bilden wollen. Erst muss der Wähler sprechen, dann muss das bestmögliche Regierungsprogramm ausgehandelt werden.

Es ist ganz klar: Wer CDU, CSU, SPD, Grüne, PDS wählt oder zu Hause bleibt, stimmt für den weiteren Stillstand in der deutschen Politik.

Nur Stimmen für die FDP bringen die dringend notwendige Bewegung in die deutsche Politik.

Deshalb geht von diesem Parteitag die Botschaft aus: **FDP oder Stillstand**.

Sie tragen die Verantwortung für Bewegung oder Stillstand. Das sagen wir den Menschen bis zur Wahl, höflich und entschieden. Welche Politik wir machen werden, können alle in unserem Wahl-

programm lesen, das konkreter ist als das aller anderen Parteien. Heute haben wir dieses Programm zu den Forderungen zugespitzt, ohne die ich keinen Koalitionsvertrag für die FDP unterschreiben werde. Denn für uns Freidemokraten ist Regieren kein Selbstzweck. Wir haben diese Koalitionsbedingungen nicht formuliert, damit es unsere potentiellen Partner besser haben. Wir haben sie formuliert, damit es die Menschen in Deutschland besser haben.

Wir sorgen für Bewegung. Wir sorgen für neuen Schwung statt Rot-Grün. Wir sorgen dafür, dass die **Politik in Deutschland wieder zur Mitte ausgerichtet wird.**

Ob Rot-Gelb oder Schwarz-Gelb, beides ist besser für Deutschland als Rot-Grün mit der PDS. Denn beides mal sorgen wir dafür, dass unser Land wieder nach vorne kommt.

Heute treffen sich ja wieder die beiden anderen Kanzlerkandidaten zum sogenannten Duell. Jeder, der schon einmal einen Western gesehen hat, weiß, dass das TV Duell mit Spannung und Showdown wenig zu tun hat. Unser Parteifreund Walter Döring hat nach dem ersten TV Duell gesagt: „Das war keine Sendung zum Reinklagen, sondern eine zum Rausklagen.“

Richtig Walter. Aber richtig bleibt auch, dass es unfair und ungerecht ist, dass nicht alle Parteien in gleichem Maße die Chance erhalten, ihre Positionen den Wählerinnen und Wählern vorzustellen. Wir akzeptieren die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Das Bundesverfassungsgericht hat etwas juristisch zugelassen, politisch bleibt es unfair. Aber ganz nebenbei: ein bisschen Frische täte den beiden Herren ganz gut.

„Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Vieles muss sich verändern. Als erstes die Politik. Das rot-grüne Experiment ist gescheitert. Die Politik der „ruhigen Hand“ setzte die Politik des „Aussitzen“ fort. Die Probleme blieben. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch. Beim Wirtschaftswachstum ist Deutschland auf den letzten Platz in der Eurozone zurückgefallen. In der Bildung sind

wir im internationalen Vergleich nur noch Mittelmaß. Deutschland braucht den **Politikwechsel**. Erstklassige Bildung für alle und mehr Arbeitsplätze durch Steuersenkung. **Mehr Netto, mehr Bildung, mehr Arbeit** – das sind die Kernziele unserer Politik.“

Die **Erneuerung Deutschlands** ist notwendiger denn je. Die Bundesregierung hat alles getan, um die Situation in Deutschland schlechter werden zu lassen. Bereits 1998 lag vieles im Argen. Die Politik des Aussitzens unter Helmut Kohl hatte einen **Mehltau des Stillstands** über Deutschland gelegt. Aber die rot-grüne Bundesregierung und Bundeskanzler Gerhard Schröder haben mit der Politik der ruhigen Hand diesen Stillstand weiter verlängert. Nur einige Fakten in Kürze:

Staatsquote: mit 48,5 % in Europa mit an der Spitze. Eine traurige Spitze.

Wirtschaftswachstum: mit 0,5 % prognostiziert für 2002 in Euroland der letzte Platz. Übrigens wie schon 2001.

Oder der **DAX**. Gerhard Schröder Anfang 2000 wörtlich: „Allein seit dem Regierungswechsel im September 1998 hat der DAX bis heute um mehr als 50 % zugelegt. Wer von Ihnen hätte das unmittelbar nach der Wahl 1998 gedacht? Ursache dafür ist natürlich nicht nur – aber eben auch – die Regierungspolitik. Ich finde, dass ich selbstbewusst sagen darf, dass die Bundesregierung ihren Anteil zur guten Börsenstimmung beigetragen hat.“

Zu Ihrer Information, Herr Bundeskanzler: Der DAX stand am 6. September bei 3485 Punkten. Ganze 1100 Punkte niedriger als beim Regierungswechsel 1998.

Bei der **Verschuldung:** Der Verstoß gegen das Maastricht-Kriterium droht. Der blaue Brief kommt nach der Wahl. Wer ihn in der Schule einmal bekommen hat, weiß, dass es dann Zeit ist, sich anzustrengen. Beispiel Subventionen für die Steinkohle. In diesem Jahr fließen 2,9 Milliarden € in die Subventionierung der Steinkohle. Eine Industrie, die in Deutschland wettbewerbsfähig nicht mehr zu betreiben ist.

Der Anteil der **Bildungsausgaben** in Deutschland aber ist viel zu niedrig. Während im Durchschnitt aller OECD-Länder 5,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben werden, sind es in Deutschland nur 5,5 %. Und an privaten Mitteln wird international fast neunmal so viel für Bildung aufgewendet wie in Deutschland.

In Deutschland gibt es 3,3 Millionen Kinder in Grundschulen, die mit veralteten Lernmaterialien ausgebildet werden. Die in heruntergekommenen Klassenräumen Unterricht erhalten. Die Nutzung neuer Technologien nur lernen, wenn ihre Eltern entsprechend investieren. Würden wir die **Subventionen für die Steinkohle auf die Köpfe unserer Kinder in den Grundschulen umverteilen**, so stünden für jedes Grundschulkind in Deutschland fast 900 € pro Jahr zusätzlich zur Verfügung. Oder für jeden Kindergartenplatz knapp 1000 €. Das ist Umverteilungspolitik für die Zukunft. Das ist Umverteilungspolitik zugunsten der wirklich Schwachen in dieser Gesellschaft. Zugunsten der Kinder.

Wenn im ersten TV-Duell zwei Kanzlerkandidaten das Thema Bildung nicht einmal erwähnen, dann sind das zwei Kanzlerkandidaten von gestern, und wir sind von morgen. Wir wollen, dass Deutschland nicht nur im Sport Spitze ist. Wir wissen, dass Bildung Vorsprung bedeutet. Bei uns hat Bildung wieder finanziell und politisch Priorität. Immer wieder hören wir, die wirtschaftliche Lage sei schuld, dass Deutschland so weit zurückgefallen ist. Schuld ist nicht die weltwirtschaftliche Lage, Schuld ist vor allem die Bundesregierung. Gerne zitiere ich hier den amtierenden Bundeskanzler zur Massenarbeitslosigkeit in Deutschland: „Die Ursachen dafür sind nur zu einem Teil, höchstens zu einem Viertel, konjunkturell, sie sind überwiegend, also mindestens zu drei Vierteln strukturell. Einige Indikatoren lassen sich nennen:

- zu hohe Arbeitskosten, mangelnde Flexibilität bei den Arbeitszeiten und in den Erwerbsbiografien überhaupt
- eine unzureichend entwickelte Dienstleistungs-Industrie
- zu hohe Regulierungsdichte durch den Staat und die Bürokratie
- ein Steuerrecht, dem es an Transparenz fehlt und dass Unternehmen und Haushalte über Gebühr belastet.“

Gesagt 1999 anlässlich des World Economic Forums in Davos. Herr Bundeskanzler, hätten sie sich nur an ihre eigenen Worte gehalten. Dann stünde Rot-Grün heute nicht vor der Abwahl.

Die Zahl der Insolvenzen steigt: +14 % allein im letzten Jahr. Und in diesem Jahr 40.000 weitere kleine und große Unternehmen. Die Subventionspolitik nach dem Motto, der Scheck heiligt die Mittel, ist am Ende.

Ursache Nummer 1 dafür ist die **Steuerbelastung in Deutschland**. Doch diese Regierung wirft weiter jedem neuen Problem eine neue Steuererhöhung hinterher, weil sie nicht die Kraft zu Einschnitten in Subventionen hat.

Die **Flutkatastrophe** in den neuen Ländern ist eine nationale Herausforderung.

Ich bin tief beeindruckt von der tätigen Hilfe der Menschen für ihre vom Hochwasser schwer getroffenen Mitbürger. Es zeigt sich einmal mehr: Gelebte Solidarität ist echte Solidarität. Das war eine Sternstunde der Bürgergesellschaft

Ich habe mich bewusst nicht an dem Wahlkampf auf gebrochenen Deichen beteiligt. Naturkatastrophen sind Aufgaben für die Politiker, die Regierungsämter innehaben. Dass der Bundesverteidigungsminister, der Bundesinnenminister oder der Bundeskanzler in solchen Fällen vor Ort sind, ist richtig. Dass der bayerische Ministerpräsident, soweit Bayern betroffen war, vor Ort war, war richtig. Aber bei vielen ging mir der Wechsel vom Halbschuh zum Gummistiefel doch zu schnell. Und viele würden am liebsten die Gummistiefel gar nicht wieder ausziehen, weil sie sonst wieder über die anderen Probleme in diesem Land sprechen müssten.

Denn jetzt kommt es darauf an, der nationalen Katastrophe Hochwasser keine nationale Katastrophe höherer Arbeitslosigkeit durch höhere Steuern folgen zu lassen. Die Bundesregierung hat entschieden, die zweite Stufe der Steuerreform um ein Jahr

zu verschieben. Dies klingt solidarisch. Doch es ist unsolidarisch mit den vielen Millionen **Arbeitslosen** in Deutschland, und es ist auch unsolidarisch mit den Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern oder Brandenburg. Denn das wichtigste ist, allen Menschen Arbeitsplatzchancen einzuräumen.

Die hervorragend renovierte Fachwerkstraße, der wunderbar gepflasterte Marktplatz nutzen dem Arbeitslosen nichts, wenn er sich dort seinen Lebensunterhalt nicht verdienen kann.

Die neueste Arbeitslosenstatistik ist eine Katastrophe. Für das Land und für jeden einzelnen Betroffenen. Die Bundesregierung redet sich die Zahlen schön. Der Bundeskanzler sieht einen Silberstreif am Horizont. Der Bundesarbeitsminister spricht gar von einer Trendwende. Gerhard Schröder hatte 1998 versprochen, die Arbeitslosenzahlen drastisch zu senken. Jedes Versprechen ist eine Schuld. Herr Bundeskanzler, Sie stehen bei über 4 Millionen Menschen in diesem Land tief in der Schuld. 4 Millionen Erwerbslose, das sind 4 Millionen ganz individuelle, persönliche Schicksale. Hinter dieser Zahl stehen 4 Millionen Menschen und ihre Familien. Das sollte niemand vergessen.

Wir brauchen den **Politikwechsel**, um diesen Millionen wieder eine Perspektive zu geben. Es darf **kein „Weiter so“** mit immer neuen Ausreden geben. Weitere vier Jahre Millionen und aber Millionen Arbeitslose. Die Konsequenzen einer solchen Entwicklung wären verheerend. Sie legen die Axt an die Wurzeln unseres demokratischen Systems. Die Jungen werden, wenn sie es sich leisten können, ins Ausland abwandern. Diejenigen, die es sich nicht leisten können, werden zu den Rändern nach links und rechts abdriften. Arbeitsplätze, Perspektiven und Einstiegsmöglichkeiten für die Jungen, Sicherheit und Verlässlichkeit für die Älteren zu schaffen, das ist der wirkungsvollste Beitrag für die Sicherung der demokratischen Stabilität unseres Landes.

Deshalb haben wir im Bundestag die **Steuererhöhung abgelehnt**. Sie kosten, wie der Präsident des Zentralverbands des Deutschen

Handwerks klargemacht hat, weitere 200.000 Arbeitsplätze allein im Handwerk. Sie wird die Zahl der Betriebsinsolvenzen weiter ansteigen lassen.

Es muss in einem Haushalt von 250 Milliarden €, es muss in einem Subventionsbestand von 55 Milliarden € möglich sein, sieben bis acht Milliarden € einzusparen.

„Diesen Politikwechsel wollen wir durchsetzen. Das geht nur durch die Ablösung von Rot-Grün. Eine Regierung unter Beteiligung der Grünen oder direkter oder indirekter Beteiligung der PDS muss verhindert werden. Deshalb schließt die FDP die Beteiligung an einer sogenannten Ampelkoalition aus. Wir stellen weder der Union noch der SPD vor der Bundestagswahl einen Blankoscheck aus, weil wir nur als eigenständige Kraft diesen Politikwechsel im Interesse der Menschen in unserem Land durchsetzen können. Regierungsbeteiligungen sind für die FDP kein Selbstzweck. Sie dienen einer besseren Politik für Deutschland. Nur eine Koalition der FDP mit einer der beiden größeren Parteien schafft klare und stabile Verhältnisse. Nur eine starke FDP mit 18 % sorgt für Bewegung.“

Anrede,

heute mache ich eine **Koalitionsaussage:**

Unsere Koalitionsaussage heißt niedrigere Steuern, ein flexibler Arbeitsmarkt, damit der Mittelstand wieder einstellen kann, mehr Geld für Bildung und weniger Bürokratie. Unsere Koalitionsaussage heißt mehr Investitionen in die Infrastruktur, mehr Qualität im Gesundheitswesen und eine verlässliche internationale Politik. Und unser Koalitionspartner ist: Jeder Mensch in Deutschland, der den Stillstand überwinden will. Wer wieder wählt wie früher, kriegt wieder die Politik wie früher. Wer eine andere Politik will, muss anders wählen. Wer einen Politikwechsel will, muss die Partei wählen, die den Politikwechsel garantiert: die FDP.

Recht herzlichen Dank.

REDE

Freiheit und Verantwortung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland ist auf die schiefe Bahn geraten. Manche sagen, die Stimmung ist schlechter als die Lage. Die Wahrheit ist, die Lage ist schlechter als die Stimmung. Im ersten Quartal 2003 hatten wir in Deutschland **Rezession**. Die höchste Arbeitslosigkeit in einem Frühling in Deutschland seit der Wiedervereinigung ist der rot-grüne **Offenbarungseid am Arbeitsmarkt**.

Fast 40.000 Unternehmensinsolvenzen, 4,6 Mio. Arbeitslose und ein Bundeshaushalt, der mit mehr als 30 Mrd. € Netto-Neuverschuldung in diesem Jahr völlig aus dem Ruder läuft. Der Abwärtstrend beschleunigt sich immer weiter. Am Arbeitsmarkt. Bei den Steuereinnahmen. Im Bundeshaushalt. Deutschland hat keine Konjunkturkrise, Deutschland hat eine **Strukturkrise**.

Von Zeit zu Zeit muss sich jedes Land verändern. Das größere Risiko besteht heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun.

Die Fragen, die heute gestellt werden, hat die FDP bereits 1997 in ihren Wiesbadener Grundsätzen beantwortet. Die Trennung von Freiheit und Verantwortung – also möglichst viele Rechte und Freiheiten beim Bürger und möglichst viele Pflichten und Verantwortung beim Staat – führt zur **Unfinanzierbarkeit unseres Gemeinwesens** und zum **Verlust von Freiheit unserer Gesellschaft**. Die Antwort der FDP im Grundsatzprogramm 1997 war richtig, und sie ist heute richtig: Deutschland muss lernen, sich mit **weniger Staat** zu organisieren. Für diese Politik wurden wir bekämpft. Als Turbo-kapitalisten diffamiert. Auf diese Politik müssen heute die anderen Parteien einschwenken. Es macht mich stolz, dass unsere mutige Partei gegen alle Diffamierungen Kurs gehalten hat.

Dass die liberale Überzeugung, der Lösungsansatz der FDP, für fast alle Parteien in Deutschland zur Richtschnur werden müssen, ist kein Grund zur Klage, sondern ein Grund zur Freude. Und dass eine solche grundsätzliche Neuausrichtung der deutschen Politik mit Geburtswehen verbunden ist, ist nicht überraschend.

Viele der Probleme, die zu beantworten sind, sind nicht erst fünf Jahre alt. Es sind Jahrzehnte alte Entwicklungen, die zur **Überlastung der Steuer- und Sozialsysteme in Deutschland** geführt haben. Aber in den letzten fünf Jahren unter Rot-Grün hat sich die Entwicklung dramatisch verstärkt. Und anders als in anderen Ländern wurden in den letzten fünf Jahren keine Gegenmaßnahmen eingeleitet. Fünf Jahre Rot-Grün, das waren fünf verlorene Jahre für Deutschland.

Alle die Probleme, die heute diskutiert werden, haben wir schon vor Jahren diskutiert und zuletzt auch gegen den Widerstand von CDU/CSU erste Reformmaßnahmen auf den Weg gebracht. Rot-Grün hat alles zurückgedreht und muss nun eingestehen, dass das ein Fehler war.

Wir haben in der **Rentenversicherung** den demographischen Faktor gegen die Union durchgesetzt. Rot-Grün hat ihn gekippt. Jetzt ist er von der Rürup-Kommission als Nachhaltigkeitsfaktor erneut vorgeschlagen worden.

Wir haben in der **Krankenversicherung** durch Neuregelungen der Zuzahlungen und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mehr Eigenbeteiligung erreicht und die Beitragsentwicklung stabilisiert. Rot-Grün hat dies rückgängig gemacht und stattdessen durch Reglementierung und Budgetierung die medizinische Versorgung der Bevölkerung verschlechtert. Heute diskutiert Rot-Grün wieder über neue Zuzahlungsregelungen und will das Krankengeld nicht mehr paritätisch finanzieren.

Ohne die Blockade der SPD im Bundesrat wären die **Steuern** schon zum 1.1.1999 gesunken, und zwar deutlicher, als durch die rot-grüne Steuerreform zum 1.1.2005.

Ohne die rot-grünen Jahre wäre Deutschland heute besser auf die Herausforderungen durch die **demographische Entwicklung** und die **Globalisierung** eingestellt. Ohne die Jahre unter Rot-Grün würde Deutschland heute besser dastehen. Denn Rot-Grün hat die notwendigen Strukturreformen verschleppt und dadurch die Situation weiter verschärft.

Trotz der **Ökosteuer**, die angeblich dazu dienen sollte, die Lohnzusatzkosten zu senken, werden die Rentenbeiträge auf 19,8 % angehoben. Die Sozialversicherungsbeiträge werden auf das Rekordniveau von 43 % steigen.

Daher ist auch eine weitere, dramatische Verschlechterung auf dem **Arbeitsmarkt** zu befürchten. Wirtschaftsexperten rechnen damit, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr im Durchschnitt über 4,5 Mio. liegen wird.

Deswegen wird sich auch die **Lage der öffentlichen Haushalte** weiter verschlechtern. Wir haben in der Koalition mit der Union das Haushaltsdefizit 1998 auf 1,7 % des Bruttoinlandsprodukts gesenkt - trotz der Finanzierung der deutschen Einheit. 2003 wird die 3 % Marke der Maastricht-Kriterien zum zweiten Mal überschritten.

Wir hatten zuletzt die Grundlagen für ein **Wirtschaftswachstum** von 2,0 % in 1998 gelegt. Heute befindet sich die deutsche Wirtschaft, so die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, bestenfalls in einer Phase langanhaltender Stagnation. Und schlimmer noch: selbst die von der Erholung der Weltwirtschaft ausgehenden Impulse werden zu keiner spürbaren Erholung führen.

Deshalb muss jetzt entschlossen gehandelt werden.

Die Menschen sind viel weiter als die Politik. Das Land hat sich längst **für Veränderungen** entschieden, nur die Politik zögert noch. Die FDP hat das klarste Gegenmodell zu allen anderen Parteien. Wir vertrauen zuerst auf die Bürger und dann auf den Staat. Die anderen Parteien vertrauen zuerst auf den Staat und erst dann auf den Bürger. Es ist dieser Unterschied im Denken, den der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering in einem Tagesspiegel-Interview zur Jahreswende deutlich gemacht hat: „Weniger für den privaten Konsum – und dem Staat Geld geben, damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgabe erfüllen können.“ In diesem einen Satz kommt der fundamentale Unterschied in unserem Politikverständnis zum Ausdruck. Je kleiner der Mut zu Reformen, desto größer die Steuererhöhung. Die wollen mehr Staat und wir mehr Bürgergesellschaft. Die wollen mehr Bevormundung und wir mehr Freiheit. Die wollen Volkseigentum und wir ein Volk von Eigentümern.

Immer wieder hat uns die Regierung glauben machen wollen, die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland seien auf die Lage der Weltwirtschaft zurückzuführen – erst die schleppende Konjunktur in den USA, dann die Bedrohung durch den Terror, zuletzt der Irak-Krieg. Das sind alles Schwierigkeiten, die wir meistern müssen, aber es sind hausgemachte Probleme, die die Wirtschaft in Deutschland in erster Linie belasten. Wir haben keine Konjunkturkrise, wir haben eine **Krise der Strukturen**. Die Antwort auf die Probleme der Gegenwart ist nicht mehr Staat und höhere Steuern, sondern eine **Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft**.

Es geht nicht um ein Prozent weniger Steuern da oder dort. Es geht um den **grundsätzlichen Abschied von der bürokratischen Staatswirtschaft**. Eine Staatsquote von fast 50 %, das ist nicht soziale Marktwirtschaft, das ist die ungeplante Planwirtschaft.

Tabaksteuer, Versicherungssteuer, Stromsteuer, Erdgassteuer, Öko-steuer, Dosenpfand, Halbierung des Sparerfreibetrages, Änderung der Afa-Tabellen – dazu Verschiebung des Steuersenkungsreformschritts wegen des Hochwassers. Diese Regierung besteuert wie bescheuert. Aber alle Steuererhöhungen der letzten fünf Jahre unter Rot-Grün haben eines nicht bewirkt: höhere Steuereinnahmen. Höhere Steuersätze führen eben nicht zu höheren Steuereinnahmen. Niedrigere Steuersätze sorgen für mehr Beschäftigung, für Wirtschaftsaufschwung und dann langfristig für höhere Steuereinnahmen. Die FDP hat in den achtziger Jahren in einer dreistufigen Steuerreform die Bürgerinnen und Bürger um 54 Mrd. DM entlastet. Und trotzdem lagen die Staatseinnahmen am Ende der Steuerreform um 115 Mrd. DM höher als zu Beginn und die Arbeitslosigkeit um 1,1 Prozentpunkte niedriger.

Doch wir verlassen uns nicht nur auf die **Selbstfinanzierungseffekte von Steuersenkungen**. Wir sind auch zu **Einsparungen** bereit. Wir haben vor fast einem Jahr, deutlich vor der Bundestagswahl, der Bundesregierung ein Konzept vorgelegt, wie im bestehenden Haushalt über 30 Mrd. € eingespart werden können. Durch die Kürzung von Subventionen. Durch Einsparungen. Durch Entbürokratisierung. Durch Privatisierung.

Doch das setzt Mut voraus. An diesem Mut haben es beide große Parteien in den letzten Jahren fehlen lassen. Bei Schröder geht es immer mehr um Umfragen als um Kernfragen. Rot-Grün und Union haben als Stimmungsparteien zu oft zuerst gefragt „Wie wirken wir auf die Menschen?“ und nicht „Was bewirken wir für die Menschen?“. Das zähle ich zur geistig-moralischen Wende, dass wir aus der Gefälligkeitpolitik eine Verantwortungspolitik machen, in der die Politiker nicht fragen, was kommt an, sondern was bringt unser Land voran.

Notwendig ist die **Rückkehr zur Politik der Verantwortung**. Entscheidungen müssen im Parlament getroffen werden, nicht in irgendwelchen Kommissionen. Und die Zuständigkeiten müssen klar und eindeutig geregelt sein. Denn die Bürger müssen wissen, wer für welche politische Entscheidung verantwortlich ist. Nur dann können Sie Ihre Wahlentscheidung treffen, nur dann haben sie wirklich eine Wahl. Dafür brauchen wir eine Reform des Föderalismus in Deutschland. Die FDP will wettbewerblichen Föderalismus mit transparenter Entscheidungsfindung und klarer Kompetenzverteilung. Vor allem muss klar sein, wer Steuern erhebt und für welche Aufgaben sie benötigt werden. Es muss Schluss sein mit der Mischfinanzierung. So machen wir politische Verantwortlichkeiten klar und Entscheidungsprozesse transparenter.

So konkret wie wir ist in der **Steuerpolitik** keine Partei. Das gilt für das Reformkonzept bei der Gemeindefinanzierung, das Andreas Pinkwart und Hermann Otto Solms erarbeitet haben. Das gilt für die Gegenfinanzierung unserer Steuerreform. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Pauschale Kürzung von Subventionen um 10 %. Und Privatisierung.

Noch immer besitzt der Bund laut Beteiligungsbericht 2002 Anteile an 426 Unternehmen. Reinigungsfirmen. Marketingagenturen. Eine Versicherungsgesellschaft. Und das Schlimmste: Die Zahl sinkt nicht, sie ist gegenüber 2001 um 45 % gestiegen. Eine entschlossene Privatisierung bringt nicht nur Geld in die Kasse, sondern auch eine niedrigere Staatsquote.

Alles Maßnahmen, um eine rasche und durchgreifende Absenkung der Steuertarife für alle Bürger mit zu finanzieren.

Wir brauchen **Steuersenkungen**, um die Nachfrage nach Arbeit wieder anzukurbeln. Und wir wollen Reformen, damit die Menschen, die Arbeit suchen, endlich wieder Arbeit finden.

Das **Kündigungsschutzgesetz** darf erst für Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern und erst nach einer zweijährigen Betriebszugehörigkeit

des Arbeitnehmers angewandt werden. Dann werden Nachfragespitzen nicht mehr durch Überstunden ausgeglichen, sondern rasch neue Mitarbeiter eingestellt. Es ist besser, wir haben zusätzliche Arbeitsplätze bei etwas weniger Kündigungsschutz als Massenarbeitslosigkeit bei hohem Kündigungsschutz.

An die Stelle der starren Flächentarifverträge müssen **maßgeschneiderte Lösungen für die Betriebe** treten. Wenn sich 75 % der Beschäftigten in einem Betrieb in geheimer Abstimmung mit ihrer Unternehmensführung auf eine Vereinbarung verständigen können, dann muss diese Vereinbarung gelten, ohne dass ein Gewerkschaftsfunktionär sein Veto einlegen kann. Die Ausweitung der Funktionärsmitbestimmung in den Betrieben hat gerade in den kleinen und mittelständischen Unternehmen das bisherige betriebliche Miteinander zerstört. Deshalb brauchen wir eine Novellierung der betrieblichen Mitbestimmung.

Wir sind für starke Tarifparteien. Aber wir sind gegen die Übermacht der Gewerkschaftsfunktionäre, die sich in ihren Ledersesseln bequem eingerichtet haben. Die helfen keinem einzigen Arbeitssuchenden. Der Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften - übrigens gilt das auch zum Teil für die Arbeitgeberorganisationen - ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen eine Tarifpolitik, die oft genug zulasten der Arbeitsplätze gegangen ist. Liberale sind natürlich für Mitbestimmung. Aber **Mitbestimmung gehört zuerst in die Betriebe.**

Viele Gewerkschaftsfunktionäre vertreten nicht mehr die Interessen ihrer Mitglieder. Sie vertreten ihre eigenen Funktionärsinteressen zulasten der Arbeitsplätze in Deutschland. Jetzt streikt die IG Metall im Osten für die 35-Stunden-Woche. Das ist ein Programm zum Abbau Ost. Wir brauchen in Ostdeutschland nicht weniger Arbeitszeit, sondern mehr Arbeitsplätze.

All das wäre ja nicht so schlimm, wenn die Gewerkschaft nicht auf unerträgliche Weise mit der SPD-Bundestagsfraktion verflochten wären. 75 % der SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind gleichzeitig Mitglieder der Gewerkschaften. Hier findet eine unerträgliche

Unterwanderung von Verfassungsorganen durch eine Interessenorganisation statt. Das ist die Fesselung der deutschen Sozialdemokratie durch die Verflechtung mit dem DGB. Das hat nichts mehr mit Konsens mit den Gewerkschaften zu tun. Über den Deutschen Bundestag steht schließlich „Dem deutschen Volke“ und nicht „Den deutschen Gewerkschaften“.

Die Bundesregierung steht unter massivem Druck der Gewerkschaftsfunktionäre und der linken Flügel in den Regierungsparteien. Deshalb wiederhole ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit mein Angebot an die Bundesregierung. Auch wenn die Agenda 2010 nur erste Schritte in die richtige Richtung sind, sind wir im Interesse des Landes und unter Zurückstellung eigener parteipolitischer Interessen bereit, als Scharnier der Vernunft an der Beschlussfassung über vernünftige Reformvorschläge mitzuwirken. Und dieses Angebot machen wir, damit der Bundeskanzler sich nicht noch einmal bei der Umsetzung der Hartz-Vorschläge von Linken in den eigenen Reihen und Gewerkschaftsfunktionären den Schneid abkaufen lassen muss.

Wir können es dem 16-jährigen, der einen Ausbildungsplatz sucht, oder dem 56-jährigen, der von seiner Firma in den Vorruhestand gedrängt werden soll, nicht zumuten, vier Jahre zu warten - mit der Begründung, dann bekommst du eine bessere Regierung. Wir sind bereit, diese Regierung bei der Durchsetzung der notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen zu unterstützen, weil wir auch als Opposition unsere Verantwortung kennen und wahrnehmen. Die SPD will nicht wirklich Reformen. Sie muss sie wollen, weil Schröder sonst zurücktritt. Für uns sind die Reformvorschläge der Agenda 2010 nicht das Ende, sondern der Anfang von Reformen.

Aber wir sind nicht das Reserverad für eine Bundesregierung. Wir stellen ihr auch keinen Blankoscheck aus. Wir bleiben in Opposition zu dieser Bundesregierung. Das beste Beschäftigungsprogramm für Deutschland wären **Neuwahlen**.

Denn diese Reformen sind dringend notwendig. Der interventionistische Wohlfahrtsstaat ist in die Krise geraten. Seine Schwächen

sind von der Globalisierung schonungslos aufgedeckt. Die größte Schwäche des Wohlfahrtsstaates ist die **mangelnde Treffsicherheit der sozialen Leistungen**. Der Wohlfahrtsstaat verteilt an alle etwas, statt die Hilfe auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren. Deutschland muss aufhören, über seine Verhältnisse zu leben. Auch das verstehe ich unter geistig-moralischer Wende.

Es ist unmoralisch, dass man mit Sozialhilfe und etwas Schwarzarbeit mehr verdienen kann, als mit ehrlichem Schuften auf dem Bau. Es ist unmoralisch, dass in Behinderteneinrichtungen der Mangel verwaltet wird, während Trittbrettfahrer immer neue Lücken zur Erschleichung staatlicher Leistungen nutzen. Und es ist unmoralisch, wenn die Politik von anderen Opfer verlangt, aber die beiden Volksparteien in Schleswig-Holstein bei dem Diätenskandal hemmungslos zugreifen. Die Reformpolitik in Deutschland erhält ihren moralischen Unterbau erst dadurch, dass sich die **Politiker nicht selbst von notwendigen Reformen ausnehmen**.

Ich fordere die anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, endlich den FDP-Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes in Art. 48 zu unterstützen. Wir haben im April dieses Jahres einen Gesetzesentwurf eingebracht, in dem die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages einer unabhängigen, vom Bundespräsidenten einzusetzenden Sachverständigenkommission übertragen werden soll. Wer Schluss machen will mit dem Vorwurf der Selbstbedienung, der muss diesen Antrag der FDP unterstützen. Dazu gehört auch, dass wir dafür sorgen, dass **Abgeordnete, wie andere Berufsgruppen auch, eigenständig für ihre Altersversorgung vorsorgen können**.

Reformen in der Sozialversicherung, die heute auf den umlagefinanzierten Systemen beruht, sind erforderlich. Mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung ist dabei unser Ziel. So machen wir die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest.

Unser **Gesundheitswesen** muss auch zukünftig eine gute und bezahlbare medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Nicht die Bundesgesundheitsministerin darf über

den Umfang des Versicherungsschutzes bestimmen, die Menschen müssen Gestaltungsmöglichkeiten für den Umfang ihres Versicherungsschutzes bekommen.

Wir wollen eine **flexiblere Tarifgestaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung**. Wir wollen die Zwangsbeiträge wieder auf Kernleistungen beschränken und Wahlmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume für individuelles Handeln eröffnen. Versicherte müssen die Möglichkeit haben, Tarife mit unterschiedlichen Optionen abzuschließen. Nur wer Selbstbehalte und Selbstbeteiligung zulässt, sorgt für kostenbewusstes Verhalten. Der Kassenpatient ist genauso mündig wie der Privatpatient.

Statt den Bürgern aber Gestaltungsfreiheit für ihren Versicherungsschutz zu übertragen, wollen die Vertreter von Rot-Grün die Planwirtschaft in der Gesundheitspolitik fortsetzen. Die Bundesgesundheitsministerin setzt die Erhöhung der Tabaksteuer durch, während gleichzeitig die Europäische Union den Anbau und Vertrieb von Tabak mit fast 1 Milliarde € fördert. Der neue Aufdruck auf Zigarettenschachteln: „Die Bundesgesundheitsministerin warnt: Wer mit dem Rauchen aufhört, schadet der Gesundheit.“

Und die nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn fordert am gleichen Wochenende eine Steuererhöhung auf Alkohol. Das wiederum, während gleichzeitig die Bundesregierung 120 Mio. € Subventionen pro Jahr für nicht getrunkenen Alkohol ausgibt. Als ich im vergangenen Bundestagswahlkampf auf den Unsinn „Rasen für die Rente“ hingewiesen habe, hätte ich nie gedacht, dass wir dem Vorschlag „Trinken für die Truppe“ so schnell nahekommen. Rauchen und saufen für die Gesundheit sind kein Reformkonzept, sondern der absurde Endpunkt einer unfähigen Bundesregierung.

Das Konzept „Rasen für die Rente“ ist gescheitert. Trotz fünf Stufen Ökosteuer und damit verbundener Einnahmen bis heute von 63 Mrd. € ist die Bundesregierung nicht in der Lage, die Beiträge zur Rentenversicherung zu stabilisieren. Eine Anhebung auf 19,5 % zu Jahresbeginn war die Folge, und bereits heute werden weitere Anhebungen

auf 19,8 % diskutiert. Wenn man der Jahrhundert-Rentenreform Riesters glaubt, dann bricht wohl dieses Jahr wieder ein neues Jahrhundert an. Sie ist als bürokratisches Monstrum gescheitert.

Wenn jetzt in den beiden Volksparteien Anhebungen des gesetzlichen Rentenzugangsalters auf 67 oder 70 Jahre diskutiert werden, ist dies eine Phantomdebatte. Das tatsächliche **Rentenzugangsalter** liegt derzeit knapp unter 60 Jahren. Nur 37 % der Menschen zwischen 50 und 64 Jahren sind in Deutschland noch berufstätig. Deshalb müssen wir das **reale Renteneintrittsalter an das gesetzliche Renteneintrittsalter annähern**. Und wir brauchen für eine längere Lebensarbeitszeit vor allem einen **früheren Berufseintritt**. Das Durchschnittsalter der Hochschulabsolventen liegt derzeit bei 29 Jahren. Ein Jahr mehr Lebensarbeitszeit bedeutet eine Entlastung der Rentenkassen um einen Prozentpunkt. Deshalb müssen die Menschen früher ins Berufsleben einsteigen. Durch zwölf Jahre bis zum Abitur, durch die Aussetzung der Wehrpflicht. Durch flexiblere Einschulungen an den Grundschulen, durch Reformen an unseren Schulen und Hochschulen. Solange in Deutschland 7,5 % des Bruttoinlandsproduktes für Subventionen ausgegeben werden, aber nur 5,6 % für Bildung, haben wir eine Schiefelage in der Zukunftsfinanzierung.

Angesichts der zurückgehenden Geburtenraten mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und für die Zukunft der Arbeitswelt ist eine **stärkere Förderung von Kindern und Familien** ein Gebot der Stunde. Von der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen wird sowohl die Entscheidung zur Erwerbstätigkeit wie auch der Kinderwunsch entscheidend beeinflusst. Deutschland ist wegen mangelnder Rahmenbedingungen mehr als andere westliche Industrienationen vom Geburtenrückgang und damit vom demographischen Wandel betroffen. Defizite in der öffentlichen Kinderbetreuung, ungünstige Rahmenbedingungen für private Betreuungsangebote sowie der Unterrichtsausfall an den Schulen erschweren dabei die Erwerbstätigkeit von Müttern. Frauen, die nach wie vor den Hauptanteil an der Erziehung haben, müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder in der Schule versorgt

sind. Wir schreiben Frauen keine Rollenbilder vor. Wir wollen, dass Frauen sich selbst entscheiden können. Aber dafür muss es auch Wahlmöglichkeiten geben.

Der **Ausbau der Kinderbetreuung** ist aber auch eine bildungspolitische Aufgabe ersten Ranges. Die Pisa-Studie hat deutlich gemacht, dass bei der frühkindlichen Bildung – wie in der Bildungspolitik insgesamt – in Deutschland erhebliche Defizite bestehen.

Bildung ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur Bürgerrecht. Bildung ist die zentrale soziale Frage für Deutschland. Bildung ist der einzige Rohstoff, den wir zu vernünftigen Bedingungen fördern können. Bildung bestimmt über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Deshalb ist es eine Katastrophe, dass junge Menschen in Deutschland zunehmend häufiger das Gefühl bekommen, es gebe für sie keine Perspektive. 140.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind ein Offenbarungseid, für den auch die Wirtschaft, vor allem aber die Bundesregierung mit ihrer miserablen Konjunktur aufgrund falscher politischer Rahmenbedingungen die Verantwortung übernehmen muss.

Deshalb ist auch die immer wieder diskutierte Ausbildungsplatzabgabe keine Lösung der Lehrstellenproblematik. Auch wenn es einige Gewerkschaftsfunktionäre nicht begreifen wollen. Sie schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Sie schafft nur mehr Bürokratie.

Ein miserabler Platz im unteren Mittelfeld bei der Pisa-Studie, flankiert von Ländern wie Mexiko, ist Symptom unserer gescheiterten Bildungspolitik. In Deutschland muss Bildung politisch und finanziell wieder Priorität bekommen.

Dazu gehört die **Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken wie Schreiben, Lesen und Rechnen**. Wir haben unsere Schulen auch zu häufig vom Kernziel des Unterrichts entfernt. Keinem Kind nutzt es, wenn es die ökologische Bedeutung der Biotonne lernt, aber nicht mehr weiß, wie man Müllabfuhr schreibt.

Zu einer **Neuorientierung an den Schulen** gehört aber auch die Vermittlung von Sekundärtugenden: Leistungsbereitschaft, Disziplin, Fleiß, Respekt und Herzensbildung. All dies sind Tugenden, Werte im besten Sinn des Wortes. Sie haben das Wirtschaftswunderland Deutschland möglich gemacht. Sie müssen wieder zur Geltung kommen, wenn Deutschland aus der derzeitigen Krise herausfinden will. Zu einer bildungspolitischen Wende gehört auch, dass wir das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem so gestalten, dass es international wieder wettbewerbsfähig wird. Unsere Bildungslandschaft ist zu langsam, zu bürokratisch und zu staatsorientiert. Deswegen treten wir ein für ein Abitur nach zwölf Jahren. Deshalb wollen wir flexiblere Einschulungsmöglichkeiten an Grundschulen. Deshalb schlagen wir die Abschaffung der zentralen Vergabestelle für Studienplätze vor. Und deshalb wollen wir mehr Autonomie an unseren Schulen und Hochschulen.

Die **qualitativen Defizite unseres Bildungssystems** werden an einem anderen Beispiel deutlich. Vor Jahren noch sprachen wir in Deutschland vom Risiko des Brain-Drains. Also des Abwanderns intelligenter, gut ausgebildeter Köpfe aus Deutschland. Heute stellt sich uns mehr denn je die Frage des Brain-Shoppings, also des Einkaufens intelligenter Köpfe aus aller Welt. Aber das keine Lösung. Zuwanderungspolitik ersetzt keine Bildungspolitik.

Die Zeiten haben sich in der globalen Wettbewerbsgesellschaft geändert. Ist Qualifikation zu gering oder zu teuer, dann gehen Unternehmen dorthin, wo ist die notwendige Qualifikation zu angemessenen Preisen gibt. Das ist leider immer häufiger außerhalb Deutschlands.

Ein Musterbeispiel für gescheiterte Bildungspolitik finden wir hier in Bremen. Die große Koalition gibt von allen Bundesländern das zweitmeiste Geld für Bildung aus und erzielt die schlechtesten Ergebnisse. Beim Lesen, beim Rechnen, überall liegt Bremen ganz hinten. 36 % der 15-jährigen Bremer gehören laut dieser Studie zu der Gruppe, die mit Sicherheit Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben wird. Die leistungsstarken Schüler werden nicht hinreichend gefordert,

die Schwachen werden nicht hinreichend gefördert. Wer in der Bildungspolitik so versagt, der hat es verdient, wenn die Bürgerinnen und Bürger diese rot-schwarze Landesregierung aus der Verantwortung ablösen. Für diesen Wechsel steht in Bremen die FDP.

Anrede,

wir reden in Deutschland über die **demographische Entwicklung** nur unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Doch wer redet über die demographische Entwicklung in der Welt. Über Länder wie China, Brasilien oder Südafrika. Über Gesellschaften, in denen 30-50 % der Menschen jünger als 20 Jahre sind. Hier werden unkonventionelle Ideen ausprobiert. Hier wachsen Menschen auf, die bereit sind, Risiken einzugehen, um den persönlichen Lebensraum zu verwirklichen. Manche werden scheitern. Andere werden Erfolg haben.

Wir haben die Neigung in Deutschland, die **Globalisierung** als Bedrohung zu betrachten. Wir betrachten sie auch viel zu sehr ökonomisch. Dabei hat die Globalisierung auch eine soziale Dimension. Globalisierung heißt eben auch Globalisierung der Werte der Gesellschaften.

Globalisierung heißt Verbreitung demokratischer Regeln und Werte.

Gerade wir Liberale wollen den internationalen Rechtsstaat. Wir wollen die Globalisierung der Menschenrechte. Wir wollen doch eine Internationalisierung des Umweltschutzes.

Wir erleben die **Globalisierung der Lebensstile**. Und wir wollen auch die Globalisierung der Werte. Es ist doch keine Verengung, sondern eine Bereicherung unserer Gesellschaften. Es ist das alte humanistische Ideal, von der weltweiten Gültigkeit unserer Werte, dass die Globalisierung befördert.

Wenn sich heute junge Globalisierungsgegner rund um die Treffen von Staatsoberhäuptern zum Protest versammeln, dann meinen sie mit ihrer Gegnerschaft zuerst internationale Großkonzerne und „das

Establishment“. Aber es ist doch gerade die Chance unserer jungen Generation, dass die Globalisierung Ihnen neue Möglichkeiten eröffnet. Die Globalisierung der Werte baut Grenzen ab und verbindet Menschen. Und ich bin so optimistisch zu sagen, dass die Globalisierung auch zu einer Globalisierung der Demokratie führen kann.

Das geht aber nicht von selbst. **Menschenrechte** werden weltweit immer noch verletzt: Es gibt politische Verfolgung, Folter, es gibt die Unterdrückung der Frauen in vielen Kulturkreisen. In weiten Teilen der Welt regiert die Unfreiheit. Alle können etwas dagegen tun. Das ist auch eine Aufgabe für Liberale.

Deutschlands demographische Entwicklung bringt die Gefahr einer verkrusteten Gesellschaft. Jüngere Gesellschaften, in denen die Generationenmischung stimmt, sind eher bereit, etwas zu riskieren als überalterte Gesellschaften, in denen nichts Junges mehr nachwächst. Wann wurde denn in Deutschland das letzte Mal ein Innovationsprojekt von der Patentierung bis zur Realisierung auf die Beine gestellt. Es ist der eigentliche historische Irrtum der Grünen, dass sie bei jeder neuen Entwicklung sich an die Spitze der Gegenbewegung gesetzt haben. Bei der Informationstechnik, beim Transrapid, bei der Biotechnologie.

Jedes Mal steht die grüne Partei an der Spitze der Bedenkenräger. Die Grünen sind das Partei gewordene Moratorium der deutschen Gesellschaft.

Rund 2 Mrd. € haben wir seit Beginn in die Entwicklung des Transrapid investiert. Und 200 Mio. € deutsche Steuergelder dafür, dass diese Technologie inzwischen in China auf die Schwebeläge gesetzt wurde. Nur Arbeitsplätze in Deutschland sind kaum entstanden. Hunderte von Patenten in der Biotechnologie wurden in Deutschland entwickelt und in anderen Ländern umgesetzt. Überall sehen die Grünen und die Risiken und die Gefahren. Sie sind Inbild der deutschen Krankheit. Unsere Aufgabe ist es, auf Chancen durch Neues zu setzen. Das ist der mentale Unterschied zwischen unseren Parteien.

Es ist ja nicht so, dass es heute unter den Nobelpreisträgern keine deutschen Namen mehr gibt: Horst Störmer, Günther Blobel, Herbert Krömer und Wolfgang Ketterle stehen für herausragende Leistungen in der Physik oder der Medizin. Sie haben in Deutschland studiert und promoviert. Aber als sie den Nobelpreis bekamen, waren sie in Cambridge, Santa Barbara oder New York zu Hause.

Während bei uns in Deutschland darauf gewartet wird, dass Projekte, die seit Jahren im Genehmigungsverfahren sind, endlich realisiert werden können, haben ausländische Forscher bereits erste Ergebnisse präsentiert. So werden wir nur Mittelmaß bleiben. So hemmt Deutschland den technischen Fortschritt, der die wesentliche Triebfeder für Wachstum und Wohlstand einer Gesellschaft ist. **Pioniergewinne gehen bei uns durch zu lange Widerstände verloren.** Gute Forschungsergebnisse sind wie reifes Obst: Sie können nicht gelagert werden.

Anrede,

im nächsten Jahr haben wir die **Europawahl**. Meine Freunde, ich freue mich auf die Europawahl. Es gibt doch klare europapolitische Alternativen. Als ich im vergangenen Jahr den polnischen Staatspräsidenten besucht habe, konnte ich feststellen, mit welchem Argwohn Achsenbildungen wahrgenommen werden.

Die erste Generation der Politiker nach dem Krieg - Theodor Heuss, Reinhold Maier, Konrad Adenauer - wusste, dass die Aussöhnung zum Westen hin Voraussetzung für die Rückkehr in die Völkergemeinschaft war. Die zweite Generation - Walter Scheel, Wolfgang Mischnick, Willy Brandt - hat die neue Ostpolitik vorbereitet und durchgesetzt. Ich bin stolz darauf, dass schon 1970 der Brief zur deutschen Einheit die Unterschrift des liberalen Außenministers Walter Scheel trug. Die dritte Generation Hans - Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Klaus Kinkel - hat die deutsche Einheit ermöglicht. Was könnte besser die liberalen Erfolge bei der Aussöhnung Europas deutlich machen als die in der letzten Woche erfolgte

Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Leipzig an den Architekten der deutschen Einheit Hans-Dietrich Genscher durch den früheren sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow.

Die Aufgabe unserer Generation ist es jetzt, die **Aussöhnung nach Osten** zu vollziehen. Die Spaltung Europas war nicht nur ein fundamentaler Fehler der bundesdeutschen Außenpolitik. Sie wird auch noch nach dem Irakkrieg fortgesetzt. Der sogenannte Vierergipfel mit Frankreich, Belgien und Luxemburg ist doch kein Signal zurück zu einem gemeinsamen Europa. Das populistische Spiel mit anti-amerikanischen Gefühlen ist unerträglich und unhistorisch. In der deutschen Debatte über den Irak-Konflikt gibt es zu viel Innenpolitik in der Außenpolitik. Der unermessliche Schaden, den das Politikversagen auf beiden Seiten des Atlantik auch und gerade für den Prozess der europäischen Integration verursacht hat, muss möglichst schnell repariert werden. Die Bemühungen des EU-Verfassungskonvents um mehr europäische Handlungsfähigkeit gerade auch in der Außen- und Sicherheitspolitik und um mehr demokratische Legitimation in einem föderalen Europa dürfen nicht hintertrieben werden durch Achsenbildungen in der EU als Folge der tiefen Gräben, die dieser Krieg quer durch die Europäische Union gerissen hat. Wer Europa einigen will, indem er das transatlantische Band zerschneidet, der wird es nicht einigen, sondern nur spalten. Wer Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik kurzfristigen, wahltaktischen Überlegungen opfert, der ist bei der Europawahl im kommenden Jahr nicht glaubwürdig.

Wir stehen bei der **Vereinigung Europas** vor einem großen Projekt. Dem Beitritt unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn. Es ist im deutschen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interesse, dass die Europäische Union nach Osten erweitert wird. Nur die EU selbst ist darauf noch nicht richtig vorbereitet. Die europäischen Institutionen und die europäischen Politiken sind nicht aufnahmefähig.

Deshalb kommt dem **europäischen Verfassungskonvent** eine so hohe Bedeutung zu. Wir wollen eine **europäische Verfassung**, die die Freiheitsrechte der Bürger stärkt. Wir wollen eine europäische Verfassung, die nicht noch mehr bürokratische Staatswirtschaft bringt.

Wir wollen kein Europa der Räte, wir wollen ein **Europa der Bürger**.
Und deshalb wollen wir auch in Deutschland die **Menschen über die
europäische Verfassung abstimmen lassen**.

Viele haben nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes geglaubt, das Ende der Blöcke wäre auch ein Ende der Geschichte. Die Welt ist durch das Ende der Sowjetunion nicht weniger gefährlich geworden. Wir erleben heute eine Globalisierung regionaler Konflikte. Die Antwort auf die Globalisierung regionaler Konflikte kann nur die internationale Völkergemeinschaft geben. Wir brauchen weder einen Weltpolizisten, noch nationalen Pazifismus. Wir brauchen eine neue Struktur der Vereinten Nationen. Und deshalb fordern wir im Weltsicherheitsrat einen ständigen Sitz für die Europäische Union.

Aber ich bin für die Europawahl auch optimistisch, weil wir gegenüber 1999 so viele neue Mitstreiter gewonnen haben. In den Jahren 2001 und 2002 sind 14.300 Menschen neu in die FDP eingetreten. Und seit Anfang dieses Jahres schon wieder fast 2500. Insgesamt sind also seit Anfang 2001 fast 17.000 Mitglieder neu in die FDP eingetreten, und davon sind 46 % jünger als 35 Jahre. Alle diese Mitglieder begrüßen wir auf diesen Bundesparteitag als unsere neuen liberalen Botschafter.

Natürlich hat es auch Austritte gegeben, die meisten wie üblich bei Karteibereinigungen, die wenigsten politisch bedingt. Im Mai 2001 zählte die FDP 62.561 Mitglieder. Heute sind wir 65.558. Unter dem Strich hat die FDP einen Zuwachs von 3000 Mitgliedern.

Anrede,

es ist viel passiert in dem einen Jahr, seitdem wir uns in Mannheim zuletzt auf einem ordentlichen Parteitag gesehen haben. Ja, es wurden Fehler gemacht. Darunter auch solche, die ich ganz persönlich zu verantworten habe. In einem Wahlkampf mit Eifer gibt es Fehler und auch Überdrehungen.

Wir haben unser **ehrgeiziges Wahlziel verfehlt**. Wir haben den Wechsel der Bundesregierung – wenn auch haarscharf – verpasst. Als Parteivorsitzender habe ich das vor allem anderen zu verantworten.

Auch das gehört zur Bilanz. Wir haben unser Erststimmenergebnis gegenüber 1998 verdoppelt und liegen vor den Grünen. Wir sind in allen ostdeutschen Ländern deutlich über der Fünf-Prozent-Hürde und hatten dort die größten Zuwächse. Wir sind wieder gesamtdeutsche Partei. Wir haben mehr Zweitstimmen als 1994 und 1998. Wir haben zehn Wahlen in Folge hinzugewinnen können, zuletzt bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein.

In Hamburg waren wir acht Jahre nicht dabei. Kaum einer hat uns eine Chance gegeben. Jetzt sitzen mit Rudolf Lange an der Spitze starke Liberale in der Bürgerschaft und in der Regierung. In Berlin hat angesichts der Übermacht von Rot-Grün-Rot niemand mit uns gerechnet. Doch wir haben mit Günter Rexrodt mit 9,9 % das beste Ergebnis seit 1954 erzielt.

In Sachsen-Anhalt haben die Kommentatoren keinen Pfifferling auf uns gegeben. Unter Führung von Cornelia Pieper haben wir mit 13,3 % das beste Wahlergebnis erreicht. In Niedersachsen waren die Freien Demokraten neun Jahre nicht im Landtag. Jetzt sind wir mit Walter Hirche an der Spitze mit dem besten Wahlergebnis seit 40 Jahren in den Landtag und die Regierung zurückgekehrt. In Hessen konnten wir mit Ruth Wagner unseren Stimmenanteil kräftig ausbauen.

Erinnern wir uns: 1999 saß diese FDP noch in vier von 16 Landtagen. Dann kam der Erfolg in Schleswig-Holstein und der Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen. Heute sind wir wieder in neun Landtagen vertreten. Die Zahl der Abgeordneten auf Landesebene konnten wir durch Hamburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Hessen auf 110 verdoppeln. Unsere Bundestagsfraktion wurde größer, obwohl der Bundestag kleiner wurde. Und unsere Bundestagsfraktion mit Wolfgang Gerhardt an der Spitze betreibt eine inhaltlich fundierte und engagierte Oppositionsarbeit. Die Zahl der Regierungsbeteili-

gungen der FDP in den Ländern ist auf fünf gestiegen. Unser Gewicht im Bundesrat ist damit auf 23 Stimmen gewachsen.

Und dort wird konsequent liberale Politik gemacht. Ich danke unseren Landesministern und stellvertretend Walter Döring, der als Koordinator der Bundesratsarbeit der FDP dafür gesorgt hat, dass alle von der FDP mitregierten Länder die Steuererhöhungen der rot-schwarz-grün-dunkelroten Koalition im April dieses Jahres abgelehnt haben.

Und wir haben unser Gewicht in den Kommunen verstärkt. Bei den Kommunalwahlen konnten wir die Zahl der liberalen Mandatsträger auf ca. 5.000 erhöhen. Dieser Erfolg ist Ihnen vor Ort zu verdanken. Sie haben ihn sich erarbeitet. Dieser Erfolg zeigt aber auch, dass sich diese FDP insgesamt wieder Substanz erarbeitet hat.

1999 waren es 56 Stimmen, die von der FDP in der Bundesversammlung gestellt wurden. Heute sind es schon jetzt 79. Der FDP kommt in der Bundesversammlung eine Schlüsselrolle zu.

Wir werden diese **gewachsene Verantwortung in den Kommunen, in den Ländern und im Bund verantwortungsvoll wahrnehmen.**

Das alles zeigt: Die FDP hat eine erfolgreiche Strategie. Die Zahl 18 war nicht die Strategie. Sie war ein Wahlziel. Welches Wahlziel wir bei der nächsten Bundestagswahl haben, entscheiden wir dann, wenn die Entscheidung ansteht.

Unsere Strategie, wie sie von zwei Bundesparteitag beschlossen wurde, hat drei Säulen.

Erstens: Die FDP ist keine Parteien nur für Austern-Schlürfer und Champagner-Trinker, sondern eine **Partei, die sich an das ganze Volk wendet.** Zweitens: Die FDP ist zu allererst eine **eigenständige Partei** und erst in zweiter Linie Koalitionspartner für irgendwen. Drittens: Es geht der FDP darum, **Menschen wieder für die Politik zu gewinnen, die sich von unserem politischen System abgewendet haben.**

Ich möchte nicht zurückkehren zu einer FDP klein, aber fein. Wir werden **keine Partei für einzelne Berufsgruppen oder Einkommensklassen**. Die FDP wendet sich an eine Geisteshaltung. Wir bleiben eine Partei für das ganze Volk. Groß und famos war unser Ziel, und es bleibt unser Ziel für die FDP.

Wir bleiben **zuerst Programmpartei** und sind erst in zweiter Linie der Koalitionspartner einer anderen politischen Gruppierung. Ob wir eine Koalitionsaussage machen, und wenn ja für wen, werden wir von Wahl zu Wahl entscheiden. So wie es gute Tradition auch in den Bundesländern ist. In den letzten beiden Jahren sind wir dort mal mit, mal ohne Koalitionsaussage in die Wahl gezogen. Die **Unabhängigkeitsstrategie der FDP** beginnt im Kopf. Die Berliner Parteifreunde haben es vorgemacht. Nach einem triumphalen Wahlerfolg in Berlin verlangten SPD und Grüne von uns, die Steuern zu erhöhen. Darauf hat die FDP bewusst auf eine Regierungsbeteiligung verzichtet. Sie hat verzichtet, weil die Regierungsbeteiligung einen Verlust an Charakter für die FDP bedeutet hätte. Für diesen Beweis der Unabhängigkeit, den Du Günter Rexrodt als Landesvorsitzender gegeben hast und übrigens auch für den schweren Job, den Du als Bundesschatzmeister machst, vielen herzlichen Dank.

Ich nenne Ihnen ein zweites Beispiel: unsere Parteifreunde in Hessen. Hätten sie nach der Landtagswahl in Hessen eine Koalition mit der absoluten Mehrheit der CDU eingehen sollen, wie uns manche innerhalb der FDP und viele Kommentatoren empfohlen haben? Dieselben Kommentatoren hätten unseren hessischen Parteifreunden Machtgier vorgeworfen, wenn sie sich selbst nicht treu geblieben wären. Und bereits bei der Steuererhöhungsinitiative von Roland Koch und Peer Steinbrück im Bundesrat wäre deutlich geworden, dass man in einer Koalition mit einer Partei mit absoluter Mehrheit nichts verhindern kann. Ruth Wagner, dass du diese Form der Regierungsbeteiligung abgelehnt hast, das ist der eigentliche Beweis für die Eigenständigkeit der FDP. Für uns kommt zuerst das politische Programm im Interesse unseres Landes, und erst in zweiter Linie sind wir Koalitionspartner von irgendjemandem.

Und wir werden uns auch weiterhin an diejenigen Menschen wenden, die von der heutigen Politik nicht erreicht werden. Dazu gehören auch in Zukunft unkonventionelle Methoden. Wir haben zum Beispiel zum ersten Mal in diesem Jahr den 1. Mai nicht den Gewerkschaften überlassen, sondern wir haben mit einem eigenen Kongress mit unseren Neumitgliedern für eine wirklich arbeitnehmerfreundliche Politik geworben.

Mit dieser Strategie kämpfen wir auch bei den nächsten Wahlen in den Ländern nicht um Positionen für uns, sondern um Politik für die Menschen.

Nach 56 Jahren Rot gibt es in Bremen erstmals eine realistische Chance auf einen Wechsel. Aber diesen Wechsel gibt es nur mit einer starken FDP. Unser Freund Claus Jäger führt einen engagierten Wahlkampf. Wir wollen einen politischen Tapetenwechsel durchsetzen.

Nur die FDP setzt in Bremen auf Wechsel. Alle anderen Parteien wollen, dass die SPD, wie in den letzten 56 Jahren, weiter regiert. Die CDU, die Grünen und natürlich die SPD. Den Neuanfang gibt es nur mit der FDP. Wenn Christian Wulff in Niedersachsen so hasenfüßig wie die Bremer CDU in die Wahl gezogen wäre, würde heute in Hannover Rot-Grün regieren. Nur wer mit der FDP auf wirklichen Wechsel setzt, der bekommt auch neue Politik.

Und nach Bremen gehen wir gemeinsam den Wahlkampf in Bayern an. Wenn es eine Lehre aus den letzten zehn Wahlen gibt, dann die, dass man niemals eine Wahl aufgeben darf. Wir packen es gemeinsam mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auch in Bayern. Die Staatswirtschaft der CSU braucht dringend ordnungspolitische Alternativen. Dem Gesellschaftsmodell der Konservativen fehlt es an innerer Liberalität. Und das bevormunden Frauenbild von Kindern, Küche und Kirche, das die CSU in Bayern strikt verteidigt, ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Die Liberalen sorgen für eine gesellschaftspolitische Modernisierung. Durch mehr Ganztagschulen, bessere Kinderbetreuungsangebote, durch mehr Toleranz für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Und weil wir die Realität auch bei der **Zuwanderung** anerkennen. Die Verweigerung der CSU führt dazu, dass Zuwanderung weiterhin unkontrolliert nach Deutschland stattfindet, statt sich endlich an den wohlverstandenen nationalen Interessen unseres Landes auszurichten. Denn erst wenn wir eine geregelte Zuwanderung haben, können wir die notwendige Integration erfolgreich vorantreiben. Das verstehen wir unter Freiheit und Verantwortung. Für die FDP bleibt klar: Wer nach Deutschland kommen will, muss bereit sein, Deutsch zu lernen.

Und im Jahr 2004 packen wir die **Landtagswahlen in den neuen Ländern** an. Wenn Sie mich heute wieder zum Parteivorsitzenden wählen, werde ich Ihnen Cornelia Pieper zur Wiederwahl als Generalsekretärin vorschlagen. Mit ihr haben wir zum ersten Mal eine Generalsekretärin, die als Identifikationsfigur in den neuen Ländern wahrgenommen wird. Und wir haben in den letzten beiden Jahren starke Erfolge im Osten erzielt. Bei der Bundestagswahl lagen wir in jedem ostdeutschen Land über 5 %. Und die höchsten Zuwächse in ganz Deutschland hatten wir in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Cornelia Pieper ist unsere Garantin dafür, dass die FDP wieder als gesamtdeutsche Partei erkennbar geworden ist. Und dann wollen wir 2004 die Serie der Landtagswahlen im Saarland gemeinsam mit Christoph Hartmann abschließen. Wir kehren in das Landesparlament im Saarland zurück.

Bei all diesen Landtagswahlen kann man erkennen, dass die FDP mit einer guten Mischung der Generationen antritt. Die FDP setzt auf Erfahrung, Erneuerung, und sie setzt auf das Drängen der Jungen. Dass wir mit den Julis die erfolgreichste Jugendorganisation in Deutschland haben, verdient mehr als eine Erwähnung auf diesem Parteitag. Und es ist nur konsequent, dass wir uns auf diesem Parteitag mit der Verankerung der Liberalen Senioren in der Satzung auch dieser Generation ausdrücklich zuwenden.

Wir haben als Partei in den letzten Monaten schwere Zeiten überstanden, aber wir haben uns wieder neu aufgestellt. Unsere Partei hat schon andere Krisen gemeistert, und unser Land auch. Wenn sich Walter Scheel am Wahlabend der Bundestagswahl 1969 mit 5,8 % hätte den Schneid abkaufen lassen, hätte es die neue Ostpolitik nicht gegeben. Hätte sich Hans-Dietrich Genscher von dem Widerstand 1982 von der Wende abhalten lassen, hätte es keinen Neuanfang gegeben. Und hätte Otto Graf Lambsdorff sein Wendepapier den Gewerkschaftsfunktionären und den Linken geopfert, dann hätte es die marktwirtschaftliche Erneuerung der Achtziger nicht gegeben. Daran knüpfen wir an.

Was uns 2002 beim ersten Mal nicht gelungen ist, nehmen wir uns ein zweites Mal vor. Dass wir den Wechsel nicht erreicht haben, war bitter für uns, doch es war viel schlimmer für unser Land. Das dürfen wir nicht vergessen. Die rot-grüne Bundesregierung ist verbraucht. Es ist unser Auftrag, die FDP jetzt so aufzustellen, dass wir jederzeit die Alternative bei Neuwahlen sind. Neuwahlen sind das beste Programm für Deutschland. Denn je schneller Neuwahlen kommen, desto besser für Deutschland.

REDE

Zum Antrag des Bundeskanzlers Schröder auf Neuwahlen gemäß Artikel 68 GG

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Kolleginnen und Kollegen!

Herr Bundeskanzler, um es vorab zu sagen: Die Freien Demokraten unterstützen **Neuwahlen**. Wir wollen Neuwahlen und wir äußern hier ausdrücklich unseren Respekt vor Ihrer Entscheidung, mit der Vertrauensfrage den Weg für Neuwahlen freizumachen. In Deutschland ist eine politische Lage eingetreten, in der dieses Parlament die Macht an den Souverän, an das Volk, zurückgeben muss. Das Volk muss neu entscheiden. Deutschland braucht einen neuen Anfang und den gibt es nur mit einer neuen Regierung.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Herr Kollege Müntefering, Sie haben sehr ausführlich zu erklären versucht, warum Sie heute misstrauen, aber trotzdem vertrauen. Das ist verfassungsrechtlich an dem vorbeigeredet, was der Herr Bundeskanzler hier gesagt hat.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Der Bundeskanzler hat sich – das ist sein gutes Recht – kritisch an die Opposition gewandt. Er setzt sich natürlich auch mit dem auseinander, was aus seiner Sicht an den Oppositionsparteien nicht überzeugt. Das ist, wie gesagt, sein gutes Recht. Aber im Kern hat der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland heute gesagt, er – Schröder – sei nicht an der Opposition und auch nicht am Bundesrat gescheitert, gescheitert sei er am mangelnden Vertrauen und am mangelnden Mut der Eigenen. Das ist heute das Entscheidende.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Deswegen ist es verfassungsrechtlich eben nicht ausreichend, darauf hinzuweisen, welche Gesetze Sie erlassen haben. Es ist mindestens genauso notwendig, darauf hinzuweisen, was Sie alles nicht tun konnten, weil Ihnen die Eigenen von der Fahne gegangen sind. Ich wiederhole: Das ist das Entscheidende.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Politisch ist die Vertrauensfrage der Bürgerinnen und Bürger an die scheidende Regierung längst beantwortet. Die Bürger haben sich – auch darauf haben Sie hingewiesen – bei all den Landtagswahlen entschieden. Es ist deshalb richtig, dass die Deutschen durch Neuwahlen die demokratische Vertrauensfrage neu beantworten können. Diese Neuwahlen sind kein Coup. Sie sind auch keine Flucht nach vorne. Sie als Regierung stehen mit dem Rücken zur Wand, weil Sie die Mehrheit der Menschen nicht mehr hinter sich haben und weil Ihnen jetzt auch noch die eigenen Leute davonlaufen.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Sie sind auch nicht an der Agenda 2010 gescheitert. Sie sind nicht am Bundesrat gescheitert. Sie sind nicht am Vermittlungsausschuss oder an der Opposition gescheitert. Gescheitert sind Sie an Ihrer eigenen Mutlosigkeit, Wankelmütigkeit und Ihrer mangelnden Kraft, mit einer mutigen Politik mehr zustande zu bringen als eine Schmalspuragenda.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Die Neuwahlen sind aus unserer Sicht verfassungskonform. Sie sind politisch richtig und sie sind die einzige Chance, den gordischen Knoten, der Deutschland fesselt, zu durchschlagen. Unser Land kann sich diese Agonie nicht länger leisten.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Einige meinen, das mangelnde Vertrauen, das Abgeordnete der Koalition heute hier zum Ausdruck bringen, sei vorgetäuscht. Es ist genau umgekehrt: Das **Vertrauen**, das einige Abgeordnete der Koalition heute unbedingt demonstrieren wollen, ist in Wahrheit fragwürdig.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Dass diejenigen, die schon bei der Schmalspuragenda 2010 nicht mehr mitmachen wollten, heute nicht schuld sein möchten am Ende von Rot-Grün, ist keine ausreichende Basis für eine Regierung, die Deutschland regieren möchte.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Adressiert an die, die es betrifft – Herrn Kollege Ströbele und die anderen Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten, die Sie heute Treueschwüre geradezu demonstrativ im Deutschen Bundestag zum Ausdruck bringen wollen –: Wenn einige Fundamentalisten und Linke der Grünen und der SPD dem Bundeskanzler heute das Vertrauen aussprechen, obwohl sie seine Politik jahrelang bekämpft haben, so ist das die eigentliche Heuchelei des Tages.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Der Bundeskanzler wird in der „Zeit“ so zitiert, das eigentliche Problem hätte darin bestanden, dass die Kombination Rot-Grün zu dieser gesellschaftlichen Situation, die wir haben, nicht wirklich passte.

Beifall bei
Abgeordneten der
FDP sowie des
Abg. Michael Glos
(CDU/CSU)

Weiter wird der Bundeskanzler in der „Zeit“ zitiert: Wohl aber kostete es in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Kraft, das zusammenzuhalten, was quer stand zu den Bedürfnissen der Republik.

Beifall bei
Abgeordneten der
FDP sowie des
Abg. Michael Glos
(CDU/CSU)

Wir werden nicht herausfinden, ob das, was die „Zeit“ zitiert, auch tatsächlich so gesagt worden ist. Aber nach Ihrer Erklärung hier kann man jedenfalls feststellen: Die politischen Tatsachen in diesem Hause sind so richtig beschrieben.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Das stetige Vertrauen hat diese Regierung vor allem deshalb verloren, weil ihre Politik nie stetig war. Sie haben keine Politik aus Überzeugung gemacht. Sie sind von den Verhältnissen getrieben worden. Das hat Ihre Politik manchmal pragmatisch, aber immer öfter prinzipienlos gemacht. Rot-Grün hat vor wenigen Wochen noch die Senkung der Körperschaftsteuer für Großunternehmen verkündet

und letzte Woche wieder zurückgeholt. Zum Jahresanfang wurde der Spitzensteuersatz gesenkt; jetzt beschließen Sie eine Neidsteuer für Großverdiener. So ging das auch mit der Ausbildungsplatzabgabe – ein einziges Hin und Her. So ist das mit den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gegangen – mal ja, mal nein. So war es mit der Rentenversicherung: Erst ist der demographische Faktor aufgehoben worden und später ist im Hohen Hause eingestanden worden, dass das Ihr großer Fehler war. Es folgte auf ein Ja ein Nein, auf die neue Mitte,

Dr. Wolfgang
Gerhardt [FDP]:
„Die alte Linke!“

mit der Sie 1998 an die Macht gekommen sind, folgte die alte Linke. Auf die Agenda 2010 folgte der programmatische Klassenkampf mit Heuschrecken und Neidsteuer. Das ist nicht die Zukunft Deutschlands!

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Die neue Regierung wird ein schweres Erbe antreten. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, von guten Jahren unter Rot-Grün gesprochen haben, ist das aus meiner Sicht ein erschreckendes Maß an Realitätsverlust.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Die Ihrer Meinung nach guten Jahre von Rot-Grün haben Deutschland die höchste **Arbeitslosigkeit** seit Gründung der Republik gebracht.

Jörg Tauss [SPD]:
„Falsch!“

Noch niemals sind jedes Jahr so viele **Schulden** neu aufgenommen worden. Die Zahl der jährlichen **Pleiten**, vor allem im Mittelstand, ist auf Rekordhöhe. Die **sozialen Sicherungssysteme** wurden nicht fester, sondern brüchiger und unser **Bildungswesen** bekommt international schlechte Noten. Das, was Sie für sich reklamieren, ist doch auch mehr als fragwürdig: Von den Bürgerrechten bis hin zu den Menschenrechten – die **Beliebigkeit** war Ihr Markenzeichen. Ich denke jetzt nur an die Aufhebung des Bankgeheimnisses oder die Waffenexporte nach China.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Deshalb wird eine neue Regierung den großen Wurf wagen müssen und wird sich nicht mit einer Politik der Trippelschritte zufrieden geben. Klein-Klein, hin und her, ein Schritt nach vorn und zwei zurück – das hatten wir sieben Jahre. Diese Zeit muss im Herbst vorbei sein.

Nur mit einem **neuen Anfang** und einer beherzten Politik werden die Bürgerinnen und Bürger wieder Mut zur Zukunft fassen. Deswegen ist unser Ziel nicht zuerst der Regierungswechsel. Unser Ziel ist der **Politikwechsel** für unser Land; der Regierungswechsel ist Mittel zum Zweck.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Wir wollen einen Politikwechsel, in dem Freiheit zur Verantwortung wieder Maßstab jeder politischen Entscheidung wird. Wir wollen einen Politikwechsel, damit das Erwirtschaften wieder vor das Verteilen gesetzt wird.

Wilhelm Schmidt
[Salzgitter] [SPD]:
„Sagen Sie das doch
mal konkret!“

Wir wollen einen Politikwechsel, damit die Chancengleichheit am Start nicht länger mit Gleichmacherei am Ziel verwechselt wird.

Wilhelm Schmidt
[Salzgitter] [SPD]:
„Alles Sprüche!“

Ja, und wir wollen einen Politikwechsel, damit sich Leistung wieder lohnt und derjenige, der arbeitet, mehr hat als derjenige, der nicht arbeitet. Wenn Sie die wirtschaftliche Vernunft immer wieder gegen die soziale Gerechtigkeit ausspielen, dann werden Sie beiden nicht gerecht werden. Soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz oder auch kulturelle Vielfalt – all das hängt davon ab, dass Deutschland der Arbeit wieder Vorfahrt gibt. Wir brauchen eine wachstumsorientierte Politik, eine wirtschaftsfreundliche Politik, weil jede soziale Gerechtigkeit erst einmal erwirtschaftet werden muss. Das ist der neue Anfang. Unsere Politik ist wirtschaftlich überzeugender und sie ist sozialer als all das, was Sie in sieben Jahren zustande gebracht haben.

Anhaltender Beifall
bei der FDP; Beifall
bei der CDU/CSU;
Abgeordnete der
FDP erheben sich
von ihren Plätzen;
Wilhelm Schmidt
[Salzgitter] [SPD]:
„Alles nur Sprüche!“

REDE

Zur Regierungs- erklärung von Bundes- kanzlerin Merkel 2005

Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte für die liberale Opposition in diesem Hause zunächst etwas über die beiden schrecklichen Entführungen im Irak sagen. Frau Bundeskanzlerin, ich möchte hier klar erklären, dass wir uns Ihren Äußerungen zu dieser Entführung in vollem Umfange anschließen. Hier stehen wir alle beieinander und zueinander und die Regierung hat das volle Vertrauen auch der Opposition, dass sie hier richtig handelt.

Beifall bei
der FDP sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU
und der SPD

Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und den Damen und Herren Ministern gratulieren wir zur Wahl bzw. zur Ernennung. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand und, weil es um unser Land insgesamt geht, auch viel Erfolg.

Wir Freidemokraten werden hier im Deutschen Bundestag eine **Opposition** sein, die hart in der Sache ist, verbindlich im Umgang und bei den Ergebnissen konstruktiv. Wir kennen unsere Verantwortung; das haben Sie in den jüngsten Gesprächen zur Föderalismusreform gemerkt. Wir Freidemokraten sind hier im Deutschen Bundestag in der Opposition, sind aber in fünf Landesregierungen

vertreten. Damit haben die Liberalen im Bundesrat übrigens Einfluss auf genauso viele Stimmen wie der Juniorpartner in dieser Bundesregierung, die Sozialdemokraten.

Beifall bei der FDP;
Lachen des Abg.
Hartmut Koschyk
[CDU/CSU]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Eine Opposition ist in ihren Qualitäten nicht dann staatserschütternd, wenn sie eine wohlwollende Beurteilung durch die Bundesregierung oder durch ihre Parteien findet. ... Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft.“

Das waren die Worte des Oppositionsführers Kurt Schumacher am 21. September 1949 im Deutschen Bundestag.

Beifall bei
der FDP

Was damals galt, bei einer Stimme Mehrheit, das gilt umso mehr bei der Begrenzung der Regierungsmacht einer so genannten großen Koalition. Gerade in Zeiten einer großen Koalition kommt auch auf die Opposition eine besondere Verantwortung zu. Diese werden wir wahrnehmen.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der LINKEN

Die Macht einer Regierung leitet sich nicht von der Zahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag ab. Macht ist in der Demokratie eine Frage des Vertrauens und der Anerkennung durch die Bürgerinnen und Bürger. In punkto Vertrauen und Anerkennung muss sich die so genannte große Koalition ihren Namen erst noch verdienen.

Beifall bei
der FDP

Ich glaube auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird nicht aufgehen, wenn die Bundeskanzlerin aus der Not eine Tugend machen will, nach dem Motto: Zu großen Schritten ist die große Koalition nicht fähig, deswegen sind kleine Schritte in Wahrheit die klügste Lösung. – Das, was Sie machen, bleibt eine Politik der Tripelschritte,

Dr. Peter Ramsauer
[CDU/CSU]:
„Abwarten!“

auch wenn Sie das rhetorisch verbrämen. Das ist in Zeiten der Globalisierung für Deutschland zu wenig.

Beifall bei
der FDP

Manche Regierungsmitglieder haben darum gebeten, dass der neuen Bundesregierung eine faire Chance zu geben sei. So soll es auch sein. Aber auch eine Schonfrist für die ersten 100 Tage bedeutet nicht, dass sich die Opposition einer Bewertung der Entscheidungen in diesem Zeitraum enthält. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben mit dieser Regierung eine Chance, wenn Sie Ihren inneren Überzeugungen folgen. Wenn Sie über diese Koalitionsvereinbarung des kleinsten gemeinsamen Nenners nicht hinausgehen, dann wird diese Bundesregierung vor der Geschichte genauso scheitern, wie Rot-Grün gescheitert ist.

Beifall der FDP;
Widerspruch
bei der SPD

Es reicht nicht aus, hier zu sagen: „Mehr Freiheit wagen!“ Es müssen auch die Taten folgen,

Beifall bei
Abgeordneten
der FDP

bei der Gesundheitspolitik, bei der Forschung, bei der Steuerpolitik. Steuern zu erhöhen heißt nicht, mehr Freiheit zu wagen. Steuererhöhungen sind ein Stück mehr Unfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Beifall bei
der FDP

Was jetzt nötig ist, das schreibt der **Sachverständigenrat** in seinem Herbstgutachten von vor wenigen Wochen:

Erstens. Die Eingriffe des Staates sollen zugunsten von mehr marktwirtschaftlichen Elementen und von mehr Eigenverantwortung zurückgeführt werden. – Diese Regierung hingegen vertraut auf den teuren und wohlwollenden Staat.

Zweitens. Der Staat muss sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. – Diese Regierung hingegen verwechselt den schlanken noch immer mit dem schwachen Staat.

Drittens. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen sollte alleine über die Ausgabenseite erfolgen, indem konsumtive Ausgaben gekürzt werden. – Sie hingegen beschließen in diesem Koalitionsvertrag das größte Steuererhöhungsprogramm in der Geschichte unserer Republik.

Beifall bei
der FDP

Viertens. Die Abgabenlast von Haushalten und Unternehmen darf nicht steigen, sondern sie muss mittelfristig zurückgeführt werden. – Sie hingegen stopfen mit dem Abbau von Steuervergünstigungen die Haushaltslöcher, anstatt die Steuersätze damit zu senken.

Fünftens. Die Arbeitsanreize müssen stärker werden. Dies erfordert Änderungen in der Steuer- und Sozialpolitik. – Ihre Regierung hingegen klammert, angefangen bei den betrieblichen Bündnissen bis hin zur Gesundheitsreform, das Entscheidende unverändert aus.

Lothar Mark [SPD]:
„Das haben wir alles
schon gelesen!“

Auch der ehrliche Hinweis, man sei sich da und dort nicht einig, ändert nichts an Ihrer Verantwortung. Das Eingeständnis einer Regierung, dass sie hier und dort nicht weiterkommt, weil man sich nicht einig ist, ist für die Betroffenen in keiner Weise tröstlich, wenn die Krankenkassen- und Rentenbeiträge weiter steigen, wodurch die Lohnzusatzkosten nach oben gehen, wenn die Steuerlast entsprechend angehoben wird und wenn es keine betrieblichen Bündnisse gibt. Sie sagen, Sie seien sich in der Energiepolitik einig, mit Ausnahme der Kernenergie. Ja, wenn man sich bei der Kernenergie nicht einig ist, dann kann man weiß Gott nicht von Einigkeit im Grundsatz bei der Energiepolitik sprechen.

Beifall bei
der FDP

Der Bundespräsident hat in seiner ersten Rede in diesem Jahr das Motto „Arbeit hat Vorfahrt“ ausgegeben. Die Koalitionsvereinbarung gibt vielem Vorfahrt – manch Sinnigem und manch Unsinnigem –, nur der Arbeit eben nicht. Durch **Steuererhöhungen** sowie durch Einmalerglöse wollen Sie von 2006 bis 2009 – an dem, was gedruckt wurde, muss man sie messen – 150 Milliarden Euro mehr einnehmen. Die echten Minderausgaben sollen in diesem Zeitraum aber nur 15 Milliarden Euro betragen. Hier geht es nur noch um die Finanzierung des „Weiter so!“. Wie man bei einer Einnahmeverbesserung von 150 Milliarden Euro und gleichzeitiger Ausgabenkürzung von 15 Milliarden Euro, also bei einem Verhältnis von 10 : 1, von einer sparsamen Regierung reden kann, bleibt das Geheimnis manchen Kommentators.

Beifall bei
der FDP

Das komplizierte Steuersystem wird nicht vereinfacht. Die Sozialversicherungssysteme werden weder mutig noch grundsätzlich reformiert, stattdessen wird mehr Geld hineingegeben.

Die letzte Regierung ist doch nicht an dem gescheitert, was sie getan hat, die letzte Regierung ist zuerst an dem gescheitert, was sie nicht getan hat, an dem Hin und Her und an der eigenen Zögerlichkeit. Das darf sich nicht wiederholen. Deswegen ist es übrigens auch beunruhigend, dass Sie gleich in der ersten Regierungserklärung um Verständnis für das Prinzip Nachbessern und die Trippelschritte bitten.

Diese große Koalition ist eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners. Der **kleinste gemeinsame Nenner** regiert Deutschland. Mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner lassen sich in Deutschland aber weder Aufbruchstimmung noch ein Neuanfang bewirken.

Beifall bei
der FDP

Das, was ich Ihnen hier sage und vortrage, ist ja nicht die Einzelmeinung einer böswilligen Opposition oder von schlecht gelaunten Journalisten. Ich möchte ein paar Zitate in diese Debatte einführen.

Erstes Zitat: „Mit der großen Koalition kann sich nichts Tiefgreifendes ändern ... Das ist völlig ausgeschlossen.“ Das sagt nicht etwa Herr Kollege Gysi, das sagt Roland Koch.

Nächstes Zitat: „Deutschland bekommt eine große Koalition, die zur Lösung der jetzigen Aufgaben eigentlich nicht geeignet ist.“ Das sagt nicht etwa Frau Künast, sondern das sagt Günther Oettinger.

Zitat: „Es bleibt der Eindruck, dass die Union wenige Tage nach der Wahl das Gegenteil zu allem sagt, was sie früher für richtig gehalten hat ... Für die Steuerpolitik können Sie sagen: So viel SPD war nie.“ Das sagt nicht etwa Hermann Otto Solms, das sagt Friedrich Merz. Den wird man in diesem Hause ja noch zitieren dürfen.

Beifall bei
der FDP

Sie haben darum gebeten, dass die Regierung eine faire Chance bekommt. Aber auch die Opposition bittet um eine faire Chance, näm-

lich darum, dass die große Koalition als Regierung nicht gleich auch noch die Aufgaben der Opposition mit erledigen will. Das würde uns nämlich nicht voranbringen.

Beifall bei
der FDP

Das Wahlergebnis hat zwei zusammengebracht, die nicht zusammenkommen wollten. Aber das allein kann nicht alles rechtfertigen.

Jörg Tauss [SPD]:
„Nur kein Neid!“

Was vor der Wahl grundfalsch war, kann nach der Wahl nicht grundrichtig sein. Ich zitiere hier den Herrn Kollegen und Vizekanzler Müntefering, der noch im August dieses Jahres wörtlich gesagt hat: So, wie die Wirtschaftslage bei uns ist, ist es ein völlig falscher Weg, den Binnenmarkt durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu belasten.

Beifall bei der FDP
sowie des Abg.
Oskar Lafontaine
[DIE LINKE]

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, im Wahlkampf haben Sie in jeder Stadt Deutschlands ein Plakat aufgehängt, auf dem es hieß: „2 % Merkelsteuer auf alles“. Jetzt kommen nicht nur 2 Prozent Merkelsteuer, sondern obendrauf noch 1 Prozent Münte-Steuer. Das ist die Lage in diesem Lande.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der LINKEN

Es ist nicht einmal politik- oder kompromisstheoretisch nachvollziehbar, wie Sie zu diesem Ergebnis gekommen sind. Wenn man Verträge schließt, ist es normalerweise so, dass man sich dann, wenn der eine die eine Meinung und der andere eine andere Meinung vertritt, in der Mitte trifft. – Nicht so bei der großen Koalition! Die Union sagt: „2 Prozent Mehrwertsteuererhöhung!“, die SPD sagt „Keine Mehrwertsteuererhöhung!“ und dann trifft man sich mutig bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent. Das ist wirklich nur noch peinlich.

Beifall bei
der FDP sowie bei
Abgeordneten
der LINKEN;
Lachen bei der SPD

Weil Sie, meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, an dieser Stelle mit Fröhlichkeit über Ihre Verlegenheit hinwegtäuschen wollen, möchte ich Ihnen eines sagen: Wenn wir aus Koalitionsverhandlungen nicht mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent, sondern um gleich 3 Prozent herausgekommen wären, kann ich nur erahnen, welchen Tanz Sie in diesem Haus aufgeführt hätten. Dagegen sind wir richtig zurückhaltend.

Beifall bei der FDP;
Hartmut Koschyk
[CDU/CSU]:
„Aber sie wäre
auch gekommen,
Herr Westerwelle!“

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Union, weil Sie jetzt ebenfalls Ihre Fröhlichkeit entdeckt haben, möchte ich auf Folgendes aufmerksam machen: In der Kabinettsitzung gestern hat man sich auf die Streichung der Eigenheimzulage verständigt. Ich erinnere mich an Debatten in diesem Hause, bei denen wir von der rechten Seite dieses Hauses alle gemeinsam gesagt haben: Ja, die steuerlichen Ausnahmetatbestände müssen gestrichen werden, aber sie dürfen nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden, sondern sie müssen in die Senkung der Steuersätze investiert werden, sonst ist das für die Bürgerinnen und Bürger unterm Strich eine fette Steuererhöhung. – Genau das tun Sie jetzt. Nicht Freiheit und Vorfahrt für Arbeit diktieren Ihre Politik, sondern es wird eine Politik nach Kassen- und Haushaltslage gemacht. Weil Sie sich an echte **Strukturveränderungen** nicht heranwagen und Sie sich nicht einig sind, müssen diese Verträge bei Ihnen zulasten Dritter geschlossen werden, nämlich zulasten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Beifall bei
der FDP sowie bei
Abgeordneten
der LINKEN;

Übrigens: Ein Musterbeispiel für das, was in Zeiten einer großen Koalition einem Kampf von David gegen Goliath gleicht, war die erste Pressekonferenz nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen. Da stellen sich Bundeskanzlerin und Vizekanzler auf der Bundespressekonferenz hin und erzählen vor einigen Hundert Journalisten, wie stolz sie seien, dass sie sich einig geworden sind. Im selben Atemzug verkünden sie, sie hätten nicht einmal mehr die Absicht, den nächsten **Haushalt verfassungskonform** aufzustellen, sich also ans Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu halten. – Dieses Vorhaben ist – Sie müssen schon selber nicken, weil Sie wissen, dass ich Recht habe – Gott sei Dank von vielen Kräften und auch von der Opposition verhindert worden. Jetzt müssen Sie den Weg des Grundgesetzes gehen. Darüber freuen wir uns. Das zeigt auch, dass David im Kampf gegen Goliath nicht machtlos ist.

Beifall bei
der FDP

Sie sagen, man müsse von den Bürgern viel verlangen. Das ist zwar richtig, aber wenn man Menschen für einen Weg gewinnen will, dann muss die Politik auch mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn man Zivildienst- und Wehrdienstleistenden das Weihnachtsgeld in Höhe von 172 Euro streichen will,

Beifall bei der FDP;
Hartmut Koschyk
[CDU/CSU]:
„Wer will das?“

dann passt das nicht mit der Erhöhung der Zahl der Minister und Staatssekretäre zusammen.

Beifall bei
der FDP

Wenn eine Bundesregierung von allen Deutschen **Sparsamkeit** verlangt, dann ist eine Regierung mit 70 Mitgliedern überdimensioniert. Ein Ministerium, zwei Bundesminister und drei Parlamentarische Staatssekretäre mehr – wer so handelt und redet, der trinkt selber Wein und predigt der Bevölkerung Wasser. Auch das passt nicht zur Glaubwürdigkeit einer neuen Zeit, die Sie angemahnt haben.

Beifall bei
der FDP

Wir brauchen eine Politik, die konsequent auf Wachstum und Reformen statt auf ein „Weiter so“ setzt. Wir haben heute in einem Antrag zum wiederholten Male in diesem Hause darauf hingewiesen, dass Steuersenkung und Steuervereinfachung zusammengehören und dass die Finanzierung entsprechender Maßnahmen auch möglich ist.

Es war übrigens eben eine drollige Begegnung, als sich die Bundeskanzlerin dankbar an die Herren Ministerpräsidenten gewandt und bemerkt hat, wie schön es doch sei, dass sie auf ihren Anteil an der Mehrwertsteuer verzichtet hätten. Aber der deutschen Öffentlichkeit sei dann auch die komplette Wahrheit genannt: Bei 1 Prozent der Einnahmen verzichten die Länder – piffig und auch raffiniert, wie sie sind – auf ihren Anteil; bei den 2 Prozent langten sie natürlich genauso zu. Nicht, dass sich in der deutschen Öffentlichkeit ein falscher Eindruck durchsetzt: Dort auf der Länderbank sitzt nicht Mutter Teresa; die Ministerpräsidenten haben vielmehr ihre Interessen – auch die finanzpolitischen – eiskalt ausverhandelt. Das will ich an dieser Stelle festhalten.

Beifall bei der FDP;
Lachen des
Ministerpräsidenten
Matthias Platzeck
[Brandenburg]

– An dieser Stelle auch Sie nicht, Herr Platzeck. Die Konjunktur zieht nur dann an, wenn auf dem **Arbeitsmarkt** positive Signale gesetzt werden. Was Sie für die Probezeit vereinbart haben, ist zu wenig. Wir haben gemeinsam regelmäßig über die betrieblichen Bündnisse und die Notwendigkeit des Aufbruchs der Tarifkartelle gesprochen. Leider haben Sie selber heute eingestanden: Können wir nicht, schaffen wir nicht!

Die Reform der **sozialen Sicherungssysteme** ist nicht nur nötig, sondern auch möglich. Das haben wir gerade heute gesehen, da die Rente zum ersten Mal überhaupt nur noch unter Inanspruchnahme eines Überbrückungsgelds ausbezahlt werden kann. In Wahrheit haben wir bei der Rente noch eine Schwankungsreserve – die eiserne Reserve – von zwei Tagen.

Was das **Gesundheitswesen** angeht, wissen wir, dass die Kassen zum 1. Januar die Beiträge erhöhen wollen. Sie aber sagen uns hier: Wir werden uns im nächsten Jahr mal wegen der Gesundheitspolitik zusammensetzen; das konnten wir gemeinsam leider nicht schaffen. – Das ist für Deutschland zu wenig!

Sie haben ausgeführt, dass wir eine Qualifizierungs- und Technologieoffensive brauchen. Darin unterstützen wir Sie, insbesondere, wenn Sie bei der Biotechnologie Fortschritte erzielen. Auch bei der Grünen Gentechnik werden Sie uns an Ihrer Seite haben.

Ich betone auch ausdrücklich: Es ist richtig, dass Sie sich eine neue Allianz der **Familien- und Bildungspolitik** zum Ziel gesetzt haben. Auch wir sind der Überzeugung, dass die Globalisierung in erster Linie im Wettbewerb der Bildungssysteme entschieden wird.

Sie sagten aber auch, wir bräuchten ein anderes Klima in Deutschland, keine Neidgesellschaft; Spitzenleistungen müssten anerkannt werden. Sie haben aber gerade das glatte Gegenteil beschlossen: Nachdem zum 1. Januar der **Spitzensteuersatz** gesenkt worden ist, wird er jetzt, wenige Monate später, zum Jahresende gleich wieder erhöht. Das Ganze nennen Sie „Erhöhung des Spitzensteuersatzes“.

In Wahrheit ist es nichts anderes als die Reichensteuer, wie sie Herr Müntefering mit seiner Heuschreckendebatte in die Diskussion eingeführt hat. Wer eine solche Heuschreckendebatte führt und dann mit einer Reichensteuer darauf antwortet, der sorgt dafür, dass Arbeitsplätze entstehen – in Österreich und anderen Nachbarländern, aber nicht bei uns in Deutschland. Anerkennungskultur heißt auch, Leistungen anzuerkennen, statt sie mit Strafzetteln zu verfolgen.

Beifall bei
der FDP

211

Wenn Sie beim Bürokratieabbau vorankommen, werden wir Sie dabei begleiten und unterstützen. Wenn aus dem positiven Ansatz des Elterngeldes nicht neue Schulden, sondern neue Chancen für die Kinder entstehen, werden wir diesen Vorschlag unterstützen.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode mit 400 Anträgen im Deutschen Bundestag gezeigt, dass wir in der Lage sind, konkrete Einsparungen vorzuschlagen und zu vertreten. Wir haben als Liberale eine besondere Verantwortung bei den Themen Bürgerrechte und Rechtsstaat. Diese dürfen in einer großen Koalition nicht unter die Räder kommen. Wir werden dafür sorgen, dass es einen vernünftigen Ausgleich zwischen Bürgerfreiheit und Bürgersicherheit geben wird.

Beifall bei
der FDP

Zum Schluss, meine sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Anwesende, Frau Bundeskanzlerin: Wir, CDU/ CSU und FDP, haben am 1. September dieses Jahres, kurz vor der Wahl, beim so genannten Oppositionsgipfel ein gemeinsames Programm vorgelegt. Dieses hatte die Überschrift „Deutschland braucht den Wechsel“ und trägt die Unterschriften von Angela Merkel, Edmund Stoiber und meiner Person. Wir haben damals nicht einen Personalwechsel gemeint, sondern einen Politikwechsel gewollt.

Beifall bei
der FDP

An einem Politikwechsel werden wir weiter arbeiten. Das heißt, dass Privat vor dem Staat kommt und dass die Freiheit unseren Wohlstand besser sichert als jede ideologische Gleichmacherei. Unsere Alternative in diesem Hause ist, auf die Kraft der Freiheit zu setzen. Frau Merkel, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung zu allem ein bisschen und zu jedem etwas gesagt. Aber das ist für Deutschland nicht genug.

Anhaltender Beifall
bei der FDP

REDE

50. Jahrestag der Römischen Verträge

Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal: Wir feiern am Wochenende einen 50. Geburtstag, nämlich den 50. Geburtstag Europas. Ich meine, das darf der Deutsche Bundestag durchaus mit **Freude** zum Ausdruck bringen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeordneten der SPD

Das ist eine wunderbare Angelegenheit. Man darf sagen – das finde ich jedenfalls –: Wenn es Europa nicht gäbe, dann müssten wir es dringend erfinden. Auch dann, wenn Europa nicht mehr als 50 Jahre Frieden bei uns gebracht hätte, hätte es sich schon gelohnt.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeordneten der SPD

Frau Kollegin, ich möchte an das anknüpfen, was Sie zu Recht gesagt haben. Sie haben Egon Bahr erwähnt. Ich denke an Egon Bahr und an viele andere, zum Beispiel an Hans-Dietrich Genscher. Außerdem denke ich an die Generation, die noch erlebt hat, warum Europa einmal aufgebaut und gebaut worden ist. Es ist nämlich keine Selbstverständlichkeit, dass wir auf unserem Kontinent eine so **lange Friedensepoche** haben. Manche reden über Europa, als wäre es lediglich eine Angelegenheit von Bürokraten. Es ist zunächst einmal eine Angelegenheit der Menschen.

Beifall bei der FDP
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU
und der SPD

Dass die Menschen sich hier, auf unserem Kontinent, nicht mehr umbringen, das ist auch ein Ergebnis europäischer Friedenspolitik. Es ist übrigens nicht nur eine Angelegenheit derer, die Europa einmal gegründet haben, also der Generation, die den Krieg noch erlebt hat, sondern auch derjenigen, die der Generation danach angehören, oder auch derjenigen, die heute jung sind. Sie erleben Europa, und sie erleben auch die Freude, die Europa bereitet. Manchen ist gar nicht mehr bewusst, dass es zum Beispiel etwas Besonderes ist, dass man von einem Land in ein anderes reisen kann und nicht stundenlang mit Grenzkontrollen aufgehalten wird, dass man ohne Vorurteile durch Europa reisen kann und dass man in anderen europäischen Ländern auch von Gleichaltrigen – das sage ich den jüngeren Menschen – mit Freude empfangen wird. Das ist alles keine Selbstverständlichkeit.

Diejenigen, die in meinem Alter sind, die also in den 60er-Jahren Kind waren und die in den 70er-Jahren zur Schule gegangen sind, haben zum Beispiel noch erlebt, wie man von der älteren Generation in Frankreich behandelt worden ist, und zwar verständlicherweise. Als ich als Schüler mit dem Zelt in der Bretagne unterwegs gewesen bin, habe ich erlebt, wie eine ältere Dame, deren Mann durch den Krieg und auch uns Deutsche umgebracht worden ist, sich geweigert hat, einen jungen Deutschen zu bedienen; sie brach in Tränen aus. Ich kann nur sagen: Europa ist erfunden worden, damit so etwas nie wieder passiert. Dass die Menschen friedlich zusammenleben, ist in Wahrheit die riesige Errungenschaft unserer Zeit.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
der SPD sowie bei
Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN und
der LINKEN

Das sind keine Selbstverständlichkeiten. Meiner Meinung nach muss man sich vielmehr vor Augen führen, dass man gegenüber denen, die Europa einmal aufgebaut haben, **Dankbarkeit** zum Ausdruck bringen sollte. Ich wiederhole: Das ist alles keine Selbstverständlichkeit. Dass es Schwierigkeiten gibt, das ist doch gar keine Frage. Die Frage ist nur: Ist Europa dafür verantwortlich, dass es mehr Schwierigkeiten gibt, oder ist Europa eher ein Beitrag, auch diese Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen? Wir neigen definitiv zur zweiten Ansicht. Nehmen wir doch einmal das, was Sie, Frau Kollegin,

zu Recht erwähnt haben, nämlich die weltweiten Veränderungen durch die **Globalisierung**. Wenn es etwas gibt, was eine Antwort auf die mit der Globalisierung verbundenen Fragen ist, dann ist es doch gerade die Europäische Union. Wir haben jetzt einen europäischen Binnenmarkt mit fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Das ist die Reaktion auf die verstärkte Konkurrenz durch die Globalisierung. Das ist eine ökonomische und soziale Chance. Die Wohlstandsfrage, auch für uns Deutsche, ist in Wahrheit: Sind wir bereit, uns mit anderen Ländern zusammenzufinden und einen großen Binnenmarkt zu schaffen?

Beifall bei der FDP
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Das wird keiner allein können. Mancher hat den Eindruck, die große Konkurrenz sei jetzt der polnische Fliesenleger oder der tschechische Handwerker. Das, was damit verbunden ist, sind in Wahrheit vielmehr **Chancen**. Ich sage ausdrücklich: Auch die Osterweiterung Europas ist in Wahrheit eine viel größere Chance. Wer meint, dass Deutschland schon durch die Konkurrenz durch osteuropäische Handwerker Schwierigkeiten bekomme, dem ist möglicherweise nicht klar, was durch die Globalisierung etwa aus China oder aus anderen asiatischen Ländern noch auf uns zukommt. Das sind unsere Bewährungsproben; das sind unsere Chancen. Es ist in Wahrheit unsere ökonomische Lebensversicherung, auf die wir als Reaktion auf die Veränderungen in der Welt angewiesen sind. Es ist eben nicht so, dass Deutschland zuerst Zahlmeister ist – das ist ein gern gepflegtes Vorurteil –; Deutschland ist – bei allem, was auch auszusetzen ist – zuallererst der größte Gewinner der europäischen Einigung einschließlich der Erweiterung der Europäischen Union.

Beifall bei der FDP
sowie bei Abge-
ordneten der CDU/
CSU, der SPD und
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN
und des Abg.
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE)

Schließlich müssen wir uns natürlich auch darüber unterhalten – das kann man an einem solchen Tag nur cursorisch tun –, was verändert werden muss, was auch bewegt werden kann, beispielsweise durch die **Berliner Erklärung**. Ich fände es sehr gut, Herr Bundesaußenminister – ich spreche Sie an, weil Sie heute Vormittag noch das Wort ergreifen werden –, wenn Sie den Deutschen Bundestag an den Überlegungen zur Berliner Erklärung teilhaben ließen. Wenige Stunden vor Verabschiedung der Berliner Erklärung wäre es angemessen, dass Sie

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU,
der SPD und dem
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

uns als Parlament über den Stand der Überlegungen informieren. Es ist eben nicht ein Europa der Regierungschefs, was wir wollen; es ist ein **Europa der Völker**, und die Volksvertreter sitzen hier.

Ich halte es gleichzeitig für notwendig, dass wir von Ihnen etwas über den europäischen Verfassungsprozess erfahren. Ich habe gar keinen Zweifel daran, dass Sie den wollen, das Beste hier tun und sich entschieden dafür einsetzen. Auch dazu wollen wir mehr wissen, als dass Sie beabsichtigen, einen Fahrplan festzulegen. Wir müssen doch hier darüber reden: Wollen wir diese Verfassung? Ich vermute, eine riesige Mehrheit im Deutschen Bundestag will eine gemeinsame **europäische Verfassung**. Wenn wir eine gemeinsame europäische Verfassung wollen, müssen wir uns vor dem Hintergrund der bislang gescheiterten Referenden allmählich auch in diesem Hause darüber unterhalten: Wie soll denn die zu verabschiedende Verfassung aussehen? Soll der alte Vertrag Gegenstand sein? Soll ein neuer Vertrag kommen? Wird der Vertrag abgespeckt? Wird er erweitert? Auch über den Stand dieser Überlegungen sollten Sie mit dem Deutschen Bundestag ins Gespräch kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren der Bundesregierung.

Beifall bei
der FDP

Ich möchte die europäische Verfassung natürlich auch deswegen erwähnen, weil wir damit eine hervorragende Chance haben, Defizite, die es gibt, die doch auch jeder sieht, anzugehen. Es hat eine Debatte dazu gegeben, angestoßen nicht nur von dem von mir hochgeschätzten früheren Bundespräsidenten Roman Herzog. Ich teile nicht alles, was er gesagt hat, aber er hat doch ein, wie ich finde, ganz wichtiges Ausrufezeichen gesetzt. Die Frage ist doch: Was ist in einem erweiterten, größeren Europa die demokratische Legitimation der europäischen Entscheidungen? Dafür brauchen wir einen Verfassungsprozess. Das ist notwendig. Zur Demokratie gehört auch **demokratische Kontrolle** durch das Volk und durch die Volksvertreter. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: Bei mancher europäischen Entscheidung ist diese demokratische Kontrolle so weit verflüchtigt, dass durchaus von einer gewissen Abgehobenheit die Rede sein darf.

Beifall des Abg.
Markus Löning [FDP]

Die demokratischen Institutionen in Europa gemeinsam zu verbessern, muss meiner Meinung nach auch im Interesse der Funktionsfähigkeit Europas ein Schwerpunkt unserer Verhandlungen und unserer Überlegungen zum Verfassungsvertrag sein.

Beifall bei
der FDP

Schließlich möchte ich auf eine Sache eingehen, die aus meiner Sicht von großer Bedeutung ist, gewissermaßen zurück zu den Anfängen, zurück zu dem, warum wir alle ja vermutlich begeisterte Europäer sind. Bei allem, was man auch kritisch sehen muss: Es ist letzten Endes ein riesiger Gewinn für uns. Schon dann, wenn man sich wenige Stunden von Europa wegbewegt, weiß man, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist. Wir leben in einem friedlichen, in einem freien Europa. Wir leben alles in allem in einem Europa, das für Rechtsstaatlichkeit vorbildlich in der Welt ist. Wir leben in einem Europa, in dem wir uns wirklich darüber freuen dürfen, dass die Mütter und Väter vor uns dies geschaffen haben.

Aber, meine Damen und Herren, wir stehen natürlich auch vor neuen Herausforderungen. Eine Herausforderung, gerade im Zeichen weltweit neuer Unsicherheiten, ist zum Beispiel die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ich will hier als Vertreter der liberalen Oppositionsfraktion Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, ausdrücklich sagen: Zu den Worten, die Sie zur **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** bei Ihrer wirklich höchst schwierigen Reise in Polen gefunden haben, gratulieren wir. Sie finden dafür ausdrücklich auch unsere Unterstützung. Wir wollen eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen keine Renationalisierung, von wem auch immer. Wir müssen eine Spaltung Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik verhindern. Deswegen ist die Raketenstationierung, die dort geplant wird, außerordentlich kritisch zu betrachten.

Beifall bei der FDP
sowie bei Abgeordneten der SPD,
der LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Spätestens nach dem, was Präsident Putin in München vorgetragen hat – der Kollege Schockenhoff und andere waren dabei und haben das gehört –, weiß man, dass die Gefahr, dass eine neue Rüstungsspirale entsteht, groß ist. Wenn wir eine neue Rüstungsspirale verhindern wollen, muss man die Ausführungen von Präsident Putin

ernst nehmen, aber nicht alles annehmen und auch nicht alles übernehmen. Aber ernst nehmen muss man die Dinge, die passieren, weil die meisten Rüstungsspiralen zunächst aus großem Misstrauen entstanden sind. Man denke daran, was in den 80er-Jahren die Rüstungsspirale ausgelöst hat. Die Irrtümer, die damals bei den – mit Verlaub gesagt – Reaganomics eine Rolle gespielt haben, muss man ja in unserer Zeit nicht wiederholen. Das sollten wir an dieser Stelle auch einmal festhalten. Niemals ist etwas eins zu eins vergleichbar, aber gewisse Erinnerungen ruft das schon wach. Wenn es so ist, dass wir im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft für ein gemeinsames starkes Auftreten Europas in der Welt sorgen wollen, dann ist es schon notwendig – das sage ich mit allem Respekt –, dass die Regierung und die Regierungskoalition selbst bei so einer fundamentalen Friedensfrage einig sind. Es ist schwierig für eine Regierung, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu verlangen, wenn die Einigkeit schon in der eigenen Regierungskoalition gewisse Grenzen findet. Das habe ich in Anbetracht des schönen Tages diplomatisch formuliert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben uns aus unserer Sicht über Europa nicht zu beklagen, ganz im Gegenteil. Dieses Geburtstagsfest sollten wir mit den Bürgerinnen und Bürgern feiern. Für die Bürger in Deutschland war Europa nämlich mit Sicherheit eines der besten Dinge, die passieren konnten.

Beifall bei der FDP
sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU
und der SPD

Herzlichen Dank.

REDE

Die Kraft der Freiheit

Anrede,

noch nie waren die Chancen für **echte Reformen in unserem Land** größer als im Jahr 2007. Es ist gut, wenn die Wirtschaft wieder stärker wächst. Es ist schön, dass wir erste Lichtblicke am Arbeitsmarkt haben. Es ist erfreulich, dass es Steuermehreinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden gibt. Das alles macht Reformen nicht überflüssig oder weniger dringlich. Im Gegenteil, die bessere Lage 2007 ist die Chance für bessere Reformen. Das Jahr 2007 ist das Jahr der großen Chancen.

Anrede,

manche meinen, man müsse jetzt erst mal auf die Reformbremse treten. Eine Pause wird empfohlen. Unsere Wettbewerber in der Welt nutzen jeden Tag und jede Stunde. In der Globalisierung gilt: Stillstand ist Rückschritt. Wer jetzt Deutschland eine Verschlauf-pause empfiehlt, setzt auf eine Kamikaze-Strategie. Kein Land, kein Wettbewerber wartet auf Deutschland. Deutschland kann mit Zeitlupen-Politik nicht bestehen. Wer Wohlstand für alle will, kann niemandem Anstrengungen ersparen.

Anrede,

mit einem Wirtschaftswachstum von vielleicht 1,7 % in diesem Jahr holen wir längst nicht auf, was wir in den letzten Jahren verloren haben. Wir sind immer noch unter dem Durchschnitt. Wir fallen weiter zurück, nur etwas langsamer als früher. Die Tatsache, dass wir nun eine konjunkturelle Aufhellung erleben, darf die deutsche Politik nicht dazu bringen, die strukturellen Reformen aufzugeben. Die akute Konjunkturkrise ist hoffentlich vorüber. Aber Deutschland steckt noch mitten in einer Strukturkrise. Wenn wir diese Strukturen nicht angehen, wird die nächste Konjunkturkrise doppelt hart. Ich kann nur alle Reformbremsen sein: Bloß weil es dem Esel wieder etwas besser geht, sollte er nicht gleich wieder aufs Eis wollen.

Anrede,

einer Regierung, der der innere Kompass fehlt, der fehlt auch die Richtung. Eine Politik, die nicht mehr weiß, wohin sie will, wird immer auf der Stelle treten. Ein Parlament, das einfach nur eine Liste von 100 neuen Gesetzen beschließt, gestaltet noch lange keine Zukunft. Was wir wieder in Deutschland brauchen, ist die **Debatte darüber, was die Grundlagen unserer Gesellschaft und damit auch unserer Politik sein sollen.** Der liberale Denker Lord Dahrendorf fragte bereits vor knapp 25 Jahren:

„Das Ideal des ausgehenden sozialdemokratischen Jahrhunderts ist der wohlwollende Staat. Was aber“, so fragte Dahrendorf, „wenn dieser wohlwollende Staat von den Bürgern nicht mehr als wohlwollend, sondern zunehmend als teurer Versager empfunden wird?“ An dieser Stelle sind wir heute angekommen. Das Unwohlsein unserer Zeit heißt: ich zahle immer mehr für den Staat, aber dafür wird der Staat dort immer schlechter, wo ich ihn brauche: bei der inneren Sicherheit, bei der äußeren Sicherheit, bei der sozialen Treffsicherheit, bei der Infrastruktur, bei der Bildung und bei der Kultur. Manche sehen in uns neoliberale Staatsgegner. Wir Liberale wollen einen **starken Staat.** Aber stark ist der Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Schwach ist der Staat, der sich verzettelt.

Anrede,

im Mai 2007 ist es zehn Jahre her, dass die FDP ihr neues Grundsatzzprogramm, die Wiesbadener Grundsätze, beim Bundesparteitag beschlossen hat. Unser Grundsatzzprogramm bleibt unser Wertekompass.

Zitat: „Die Neigung der Politik, jedes Problem mit staatlichen Programmen lösen zu wollen, korrespondiert mit der Neigung vieler Bürger, immer mehr Ansprüche an den Staat zu stellen. Die Trennung zwischen Freiheit und Verantwortung – möglichst viele Rechte und Freiheiten beim Bürger und möglichst viele Pflichten und Verantwortung beim Staat – führt nicht nur zur Unfinanzierbarkeit unseres Gemeinwesens, sondern zum Verlust von Freiheitlichkeit und Engagement in unserer Gesellschaft.“

Freiheit ist wie ein Muskel. Wenn er nicht trainiert, verkümmert er. Wie konnte es eigentlich in Deutschland passieren, dass wenn ein Politiker das Wort „sozial“ ausspricht, die meisten an staatliches Geldausgeben denken? Das Wort „sozial“ hieß einmal im Wortsinne „gesellschaftlich“. Also eben nicht staatlich. Das ist nach unserer liberalen Auffassung die Wurzel allen Übels: dass Freiheit und Verantwortung getrennt wurden. Möglichst viel Verantwortung beim Staat, möglichst viel Freiheit bei den einzelnen. So kann ein bürgerliches Gemeinwesen nicht funktionieren. Wir brauchen nicht die Freiheit von etwas, wir brauchen die **Freiheit für etwas**. Wir brauchen die **Freiheit zur Verantwortung**.

Anrede,

unsere Gesellschaft wird getragen von denen, die jeden Morgen aufstehen, ihre Kinder versorgen, zur Arbeit gehen, Überstunden machen, die sparsam sind und sich einschränken, damit sie ihren Kredit für Ihr Haus abbezahlen können. Auch von denen, die Arbeit suchen, die einsteigen, nicht aussteigen wollen. Die ihr persönliches Glück in die eigenen Hände nehmen. Das ist gelebte Freiheit zur Verantwortung.

Es ist die **breite Mitte**, die die Hauptlast der Abgaben und Steuern trägt. Aber das ist auch die **vergessene Mitte**. Die Politik redet über die oberen und die unteren Ränder, über die rechten und die linken Extreme. Die Bundesregierung debattiert über „Heuschrecken“ und über „Unterschichten“. Wenn wir schon in Schichten diskutieren, dann diskutieren die Freien Demokraten über die Mittelschicht. Für diese vergessene Mitte wollen wir sprechen.

Nicht diejenigen, die ihren Wohnsitz mal eben in die Schweiz oder nach Monaco verlegen können, brauchen unsere Unterstützung. Und diejenigen, die sich auf Kosten anderer ausruhen wollen, bekommen unsere Unterstützung nicht. Die FDP steht für diejenigen, die im Leben stehen, die etwas erreichen wollen für sich und ihre Familien. Es muss noch eine Partei in Deutschland geben, die **Anwalt der Mitte** ist.

Wenn der Bundesfinanzminister den Steuerzahlern immer tiefer in die Tasche greift und dann im Interview erklärt, die Bürger könnten ja auf einen Urlaub verzichten, dann ist dieser Politik der Bezug zum normalen Leben verloren gegangen.

Wenn ein Arbeitsloser von Herrn Beck Arbeit angeboten bekommt und erscheint nicht zum Gespräch, weil er dringlichere Termine hat, dann kann er das tun. Nur soll er dann auch keinen Euro von dem Steuergeld bekommen, das andere mit ihrem Fleiß erarbeitet haben. Wer für sich selbst keine Verantwortung übernehmen will, obwohl er es könnte, für den sollen auch nicht andere die Verantwortung übernehmen müssen.

Anrede,

es müssen in unserer Gesellschaft wieder die **Tugenden eines Wirtschaftswunders** gelten: Leistung muss sich lohnen. Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Alles, was verteilt wird, muss vorher erwirtschaftet werden.

Diese Tugenden sind keine Wirtschaftstheorie. Sie sind eine liberale Geisteshaltung.

Zur Verantwortung gehört es, dass sich jeder zunächst selbst um sein persönliches Schicksal kümmert und die Gemeinschaft dort einspringt, wo der Einzelne nicht weiter kommt.

Auch die Wirtschaft trägt Verantwortung für den inneren Zusammenhalt unseres Landes. Diese Verantwortung habe ich bei mehreren Entscheidungen des letzten Jahres nicht erkennen können. Ich bin nicht verdächtig, ein Freund des Klassenkampfes zu sein. Ich weiß auch, dass es unternehmerische Gründe geben kann, Stellen abzubauen. Aber es ist nicht hinnehmbar, dass in einer Bilanz-Präsekonferenz bekannt gegeben wird, dass die Vorstandsgehälter um 30 % erhöht werden, und gleichzeitig die Entlassung von tausenden von Mitarbeitern angekündigt wird. Das ist nicht soziale Marktwirtschaft. Das ist die Verleumdung von sozialer Marktwirtschaft.

Der FDP wird manchmal vorgeworfen, sie mache Klientelpolitik für den Mittelstand. Richtig ist, dass wir uns dem Mittelstand besonders verpflichtet fühlen. Wir wollen **keine Wirtschaft, die nur aus Großkonzernen und Ich-AGs besteht.** Deshalb unterscheiden wir sehr genau zwischen Unternehmern, die sich mit Herz und Hand ihrem Geschäft verschreiben, und manchen Managern, die Belegschaft und Gesellschaft aus dem Auge verloren haben. **Mittelstandspolitik ist keine Klientelpolitik, sondern eine gesellschaftliche Werterhaltung.** Die Verantwortung für das Risiko liegt beim Inhaber, beim Handwerker, dem Selbständigen. Verantwortung für die Mitarbeiter wird ernst genommen. Darum schafft der Mittelstand 80 % der Arbeitsplätze und 60 % der Ausbildungsplätze.

Wir Liberale wollen die **Teilhabe-Gesellschaft.** Dazu gehört die demokratische, aber auch die ökonomische Teilhabe. Natürlich müssen auch die Arbeitnehmer vom Erfolg vom Unternehmen etwas haben. Arbeit muss sich lohnen. Wenn Mitarbeiter zu Mitinhabern werden, trifft das den Kern der liberalen Idee. Wir wollen kein Volkseigentum, sondern ein Volk von Eigentümern.

Gelegentlich hört man den Vorwurf, die FDP habe kein Herz für die Schwachen.

Wir Liberale schützen die Bedürftigen nicht nur mit unserem Herz, sondern auch mit unserem Verstand. Was passiert, wenn der Verstand ausgeschaltet wird, sahen wir einst bei Norbert Blüm und der Rente und sehen wir heute bei Ulla Schmidt und der Gesundheit. **Diese Sozialpolitik der Illusionen geht zuerst auf Kosten der Schwächsten.**

Diese gescheiterte Sozialpolitik ist die organisierte Verantwortungslosigkeit, weil die Menschen durch den Staat regelrecht gehindert werden, Verantwortung für sich zu übernehmen. Verantwortung muss in allen politischen Bereichen wieder zugeordnet werden, weil es Freiheit ohne Verantwortung nicht geben kann. Verantwortung ist zunächst höchstpersönlich.

Anrede,

wenn ein 15-jähriger Straftäter eine Frau niederschlägt und ihre Handtasche klaut, dann wird das regelmäßig mit einer schweren Kindheit entschuldigt.

Über die gewalttätigen Ausschreitungen, die jedes Jahr zum 1. Mai in Berlin stattfinden, wird inzwischen berichtet, als handele es sich um Karneval. Mit psychotherapeutischen Erklärungsversuchen wird über den Zorn in bestimmten Milieus geschrieben. Wer Autos anzündet, gehört nicht therapiert, sondern inhaftiert. Graffiti an Hauswänden soll künstlerische Freiheit sein. Es ist nichts Anderes als Sachbeschädigung. Wenn Ladendiebstahl, Schwarzfahren und Gewalt in unseren Schulen als jugendliche Unausgeglichenheit verharmlost werden, geht der Respekt vor unseren Regeln verloren. Freiheit ist nicht grenzenlos.

Jeder soll die Freiheit haben, nach seiner Fassung glücklich zu werden. Aber jeder muss auch Verantwortung für das übernehmen, was er tut. Das gilt für Menschen, die hier leben und auch für die, die zu uns kommen.

Ich selbst bin kein Anhänger jeder einzelnen Frage in den Einbürgerungstests. Aber warum genießen wir uns, selbstverständliche Anforderungen an diejenigen zu stellen, die in unserem Land leben wollen. Wir dürfen verlangen, dass derjenige, der sich in Deutschland eine Zukunft aufbauen will, auch die deutsche Sprache spricht. Das Angebot für Sprachkurse muss vom Staat kommen, aber es liegt in der persönlichen Verantwortung jedes einzelnen, dieses Angebot auch anzunehmen.

Wir dürfen auch verlangen, dass diejenigen, die bei uns leben wollen, sich **an die Regeln halten, die sich unsere Gemeinschaft gegeben hat**. Wer seine Tochter aus der Schule nimmt, weil er meint, dass Frauen keine Ausbildung brauchen, der verstößt gegen unsere Grundwerte und der trifft auf den Widerstand der Liberalen. Liberal heißt nicht beliebig. **Liberalität ist das Gegenteil von Beliebigkeit**. Dieselben, denen das Antidiskriminierungsgesetz nicht weit genug gehen kann, drücken bei moslemisch begründeter Diskriminierung von Frauen regelmäßig ihr multikulturelles Auge zu. Religion ist keine Entschuldigung für die Missachtung unserer Verfassungswerte.

Wer die Toleranz in Deutschland schützen will, muss sich der Beliebigkeit entgegenstellen. **Wer die tolerante Gesellschaft will, darf Intoleranz nicht tolerieren**.

Anrede,

wir müssen bei den Werten früh beginnen. **Bildung** ist mehr als reine Wissensaufnahme. Bildung bedeutet auch Erziehung. Und bei aller Notwendigkeit von vorschulischer Betreuung, von Ganztagschulen, von weniger Unterrichtsausfall soll nicht verschwiegen werden: Erziehung findet zuerst in der Familie statt. Dass wir Liberale mit unserer **Steuerpolitik** insbesondere Familien entlasten wollen, ist nicht nur ein Gebot der ökonomischen Vernunft, sondern zuerst Ausdruck unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung.

Zur Bildung zählt übrigens auch die musische und kulturelle Bildung. **Kultur** ist mehr als der Zuckerguss auf wirtschaftlichem Erfolg. Kultur

ist Vielfalt. Nur in der **vielfältigen Gesellschaft** entsteht die Kreativität, die man für Erfindungen und wirtschaftlichen Erfolg braucht. Ausgaben für Kultur werden fahrlässiger Weise gern als Subventionen bezeichnet. In Wahrheit sind sie Investitionen in Geist, Bildung und Fortschritt.

Mehr noch als der Wettbewerb um das beste Steuersystem entscheidet der Wettbewerb um das beste Bildungssystem über den Aufstieg und den Fall von Nationen.

Anrede,

vor einigen Tagen erhielt ich eine Tageszeitung, die genau an meinem Geburtstag erschienen ist, als Geschenk. Das war im Jahr 1961. In der Ausgabe wird berichtet, dass die Lufthansa in dem Jahr 150.000 Passagiere befördert hat. Das war der höchste Wert seit Bestehen der Fluglinie und ist gerade mal 45 Jahre her.

Heute reisen rund 55 Millionen Passagiere im Jahr mit der Lufthansa.

Anrede,

ich selbst kann mich noch gut daran erinnern, wie Ende der siebziger Jahre die ersten japanischen Autos in Deutschland auf den Markt kamen. Die Konkurrenz aus Fernost wurde müde belächelt. 1977 hat Mitsubishi gerade mal 5.500 Autos in Deutschland verkauft.

Mehr als 700.000 Autos aus dem Hause Mitsubishi fahren heute auf bundesdeutschen Straßen.

Anrede,

in den nächsten Monaten wird China die ersten Mittelklasse-Limousinen nach Deutschland exportieren. Und wieder beobachten wir den gleichen Reflex: Viele reden die Konkurrenz aus China klein. Sie trauen den Autos „Made in China“ nicht viel zu.

Haben wir nichts gelernt? Wie werden wir wohl in zehn oder 20 Jahren über Autos aus China denken?

Die Jungen Liberalen hier mögen verständlicherweise 20 oder 30 Jahre für einen unglaublich langen Zeitraum halten. Wir anderen wissen: Gemessen an den Umbrüchen ist eine solche Zeitspanne wenig. In einer globalisierten Welt entscheiden 20 Jahre über den Wohlstand einer Nation.

Es geht nicht darum, Ängste zu schüren. Aber es ist kein Naturgesetz, dass Deutschland in der 1. Liga der Wirtschaftsnationen spielt.

Die drei großen Menschheitsfragen, die nach Krieg und Frieden über das Schicksal von Nationen entscheiden werden, sind Bildung und Forschung, Energie sowie Demographie.

Es ist doch jedem klar, dass deutsche Löhne nicht mit chinesischen konkurrieren können. Das wollen wir auch gar nicht. Aber wir müssen um so viel besser sein, wie andere billiger sind. Besser sind wir nur mit neuen, innovativen Produkten. Besser werden wir nur mit mehr Bildung und mehr Forschung.

Die Bundesregierung steht bei **modernen Technologien** weiter auf der Bremse: Gegen den Widerstand Deutschlands hat die EU im letzten Jahr beschlossen, die Stammzellenforschung zu fördern. Was von der EU finanziell unterstützt wird, wird in Deutschland kriminalisiert.

Während neue Technologien in Deutschland keine ausreichende Chance bekommen, erhöht die Bundesregierung die Steinkohle-subsventionen im vergangenen Jahr um weitere 260 Millionen € auf fast 2 Milliarden €.

Das ist die falsche Finanzverteilung zwischen Verlängerung der Vergangenheit und der Eroberung der Zukunft.

Anrede

eine weitere große Frage ist die der **Energie**. Die Kosten für Energie werden der Brotpreis des 21. Jahrhunderts sein. Aber wir Deutschen schalten unsere Atomkraftwerke aus ideologischen Gründen ab. In der Gruppe der G8 sind wir mit dieser Haltung allein. Alle anderen Nationen haben erklärt, sie wollen bei der Kernenergie bleiben oder sogar ausbauen. Weltweit befinden sich derzeit 30 neue Kernkraftanlagen im Bau, weitere 39 sind genehmigt und insgesamt 160 sind geplant.

Es geht hier nicht nur um Laufzeiten. Es geht darum, was international aus deutscher Kerntechnik wird. Wollen wir eine Ausstiegsideologie oder wollen wir mit deutscher Spitzentechnologie dabei sein, wenn weltweit eine neue Generation von Kraftwerken entsteht?

Anrede,

für Liberale ist gute **Ökologie** zugleich langfristige Ökonomie. Für uns gibt es **keinen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt**. Nachhaltiger Umweltschutz braucht Wachstum und moderne Technologie. Die Liberalen setzen der ökologischen Staatswirtschaft der guten Absichten die **ökologische Marktwirtschaft der guten Ergebnisse** entgegen.

Thilo Bode, ehemaliger Chef von Greenpeace: „Die Umweltbewegung sollte deshalb aufhören, Beruhigungstabletten zu verteilen, indem sie suggeriert, Windräder könnten den Klimakollaps vermeiden.“

Wir wollen nicht die eine Energieform gegen die andere ausspielen. Solche ideologischen Diskussionen haben Energie teuer und die Umwelt nicht besser gemacht. Die Freien Demokraten stehen für eine ideologiefreie Energiepolitik. Wir wollen einen **vernünftigen Energiemix** aus fossilen Energieträgern, aus Kernenergie und erneuerbaren Energien.

Anrede,

in Deutschland reden wir über **Demographie** vor allem im Zusammenhang mit der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Die demographische Entwicklung ist vor allem aber international eine Herausforderung.

Vor einiger Zeit saß im Flugzeug von Frankfurt nach Berlin neben mir ein etwa gleichaltriger Mann. Wir sind miteinander ins Gespräch gekommen und er erzählte, dass er für eine deutsche Firma in Indien arbeitet. Knapp neun Monate war er vor Ort gewesen und war nun froh, wieder in seiner Heimat zu sein. „Schön, wenn man mit Anfang 40 in Deutschland noch zu den Jüngeren zählt. In Indien zählen sie mit 40 schon zu den älteren Herrschaften“, so berichtete er.

In Indien leben über 1 Milliarde Menschen, gut 400 Millionen sind jünger als 15 Jahre.

In Brasilien leben knapp 190 Millionen Menschen. Davon sind 54 Millionen jünger als 15 Jahre, knapp 30 %.

Am Ende dieses Jahrhunderts werden rund 96 % der Weltbevölkerung außerhalb Europas leben.

Das sind junge, aufstrebende Gesellschaften, die ihre eigene Situation in der Welt verbessern wollen. Hier werden unkonventionelle Ideen ausprobiert. Hier wachsen Menschen auf, die bereit sind, Risiken einzugehen, um den persönlichen Lebensraum zu verwirklichen. Manche werden scheitern. Andere werden Erfolg haben.

Wir haben die Neigung in Deutschland, die Globalisierung als Bedrohung zu betrachten. Dabei müssen wir sie als Chance für uns begreifen. Wir betrachten sie auch viel zu sehr ökonomisch. Dabei hat die Globalisierung auch eine soziale Dimension. Globalisierung heißt eben auch **Globalisierung der Werte der Gesellschaften.**

Südamerika beispielsweise ist ein Kontinent, der unserer europäischen Kultur nicht fern ist. Warum nutzen wir das nicht und bauen die Beziehungen dahin aus?

Andere Staaten gehen da zielgerichteter vor als wir. Vor gut zwei Monaten, Anfang November 2006, fand in Peking der China-Afrika-Gipfel statt. 48 afrikanische Regierungschefs waren nach Peking gereist. Allein in einer Gipfelwoche wurden Verträge in einem Gesamtvolumen von fast 2 Milliarden € geschlossen (1,9 Milliarden €). Darüber hinaus gewährte die chinesische Regierung den Afrikanern Kredite in Höhe von 5 Milliarden €, verdoppelte seine Entwicklungshilfe und kündigte die Streichung der Schulden für die ärmsten Nationen an.

Auf chinesischer Seite galt das Interesse vor allem den afrikanischen Rohstoffen. Schon heute wird ein Drittel des chinesischen Bedarfs an Öl aus Afrika gedeckt. Aber die in anhaltend zweistelligen Raten wachsende Wirtschaft Chinas braucht auch afrikanisches Eisenerz, Kupfer, Nickel, Zink und andere Rohstoffe. Deutschland hat China seit 2003 über 300 Millionen € Entwicklungshilfe überwiesen.

Nur zur Erinnerung: China ist das Land, das den Transrapid nachgebaut hat. Das Land, das eine eigene Luftfahrtindustrie anstrebt und den Weltraum erobern will.

Anrede,

in der **Außenpolitik** bedeutet Verantwortung zu übernehmen auch, die eigenen Interessen zu definieren.

Was sind eigentlich die deutschen Interessen in Afrika? Was sind denn unsere nationalen Prioritäten in der deutschen Außenpolitik? Deutschlands Stärke in der Welt ist unsere wirtschaftliche Bedeutung, die diplomatische Klugheit und unsere Hilfsbereitschaft. Das müssen auch die Stärken unserer Außenpolitik sein. **Militärische Einsätze stehen für Liberale erst am Schluss und nicht am Anfang von Problemlösungen.**

Was ist unsere **außenpolitische Strategie für die Globalisierung**? Die zentrale Antwort auf diese Fragen liegt für mich im gemeinsamen Europa. Das gemeinsame Europa ist eine erfolgreiche Geschichte des Friedens. Man hat es das niemals in unserer Geschichte gegeben, dass wir Deutschen gewissermaßen von Freunden umzingelt waren?

Und **Europa** kann eine erfolgreiche Geschichte des Wohlstands werden. Ich weiß, wie skeptisch einige die Erweiterung der EU sehen. Seit einer Woche hat die EU 27 Mitgliedstaaten. Die Schaffung eines großen europäischen Binnenmarktes und eine koordinierte europäische Außen- und Wirtschaftspolitik sind die beste Antwort auf die Globalisierung. Europa ist keine weitere Bedrohung für Deutschland, sondern unsere Antwort auf den weltweiten Wettbewerb. Es ist kein Risiko, sondern eine Chance für unser Land.

Warum überlassen wir es zum Beispiel Österreich, eine Investitionsbrücke nach Osteuropa zu bauen?

Ich begrüße es, dass die Außenpolitik der Bundesregierung wieder die kleineren Länder ausdrücklich mit einbindet. Die Einbindung der kleineren Staaten ist gute Tradition liberaler Außenpolitik von Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel. Wir wollen keine Politik der Achsenbildung Paris-Berlin-Moskau. Im deutschen Interesse liegt die europäische Einigung, die auch die kleineren Länder einbezieht und Brücken baut.

Europas Weg ist nicht Gegnerschaft, sondern Partnerschaft, ausdrücklich auch mit unseren Verbündeten jenseits des Atlantiks.

Und ich begrüße ebenfalls das Ende dieser ideologischen Außenpolitik von Rot-Grün, dass angeblich in Russland lupenreine Demokraten herrschen und in den USA unsere Gegner. Ich halte es für strategisch richtig, eine Energiepartnerschaft mit Russland aufzubauen. Aber nicht für den Preis des Stillschweigens bei Menschenrechtsverletzungen.

Als wir im letzten Jahr den Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen zur Entführung deutscher Staatsangehöriger beschlossen haben, hielten uns einige für vaterlandslose Gesellen. Ein Vorwurf war allen Ernstes, wir würden damit die Fußball-WM gefährden.

Heute bestreitet niemand mehr die Notwendigkeit. Wir sind unserem Anspruch als Rechtsstaatspartei gerecht geworden. Die FDP hat von Anfang an gegen alle anderen Parteien das **Luftsicherheitsgesetz** abgelehnt und hat vom Bundesverfassungsgericht Recht bekommen. Wenn der Bundesinnenminister nun die Verfassung umgehen will, dann wird der auf den Widerstand der Verfassungspartei FDP treffen.

Anrede,

wir Liberale kämpfen weiterhin für den **Politikwechsel**. Wir lassen uns nicht von den programmatischen und strategischen Schwankungen anderer Parteien beeindrucken. Wir Liberale gehen unseren eigenen Weg. Wir wollen **einfachere, niedrigere und gerechtere Steuern**. Wir wollen **weniger Bürokratie, besonders auch auf dem Arbeitsmarkt**, und eine **Reform der sozialen Sicherung**.

Wir haben im letzten Jahr bei den Wahlen Erfolg gehabt, weil wir Kurs gehalten haben. In Rheinland-Pfalz, in Berlin und das beste Ergebnis mit 11 % hier in Baden-Württemberg. Aber ich darf auch hier in Stuttgart mit besonderem Stolz auf das Ergebnis der Liberalen in Mecklenburg-Vorpommern von fast 10 % hinweisen. Die FDP ist eine von drei gesamtdeutschen Parteien.

Wir wollen **mehr Freiheit in Deutschland wagen**. Wir wissen, dass das mehr Verantwortung für sich selbst und seine Nächsten bedeutet. Aber wir vertrauen auf die **Kraft der Freiheit zur Verantwortung**. Mit einer neuen Politik hat Deutschland alle Chancen. Ich bin für unser Land optimistisch, weil immer mehr Menschen wissen: Das größere Risiko besteht heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun. Stärken Sie die Kraft der Freiheit.

REDE

Haushaltsdebatte 2007

Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

So wie Herr Kollege Kauder Bilanz gezogen hat über die ersten zwei Jahre dieser Regierung – wir werden sehen, wie viele denen noch folgen werden; jedenfalls ist klar, dass mindestens die Hälfte der größten anzunehmenden Amtszeit dieser Koalition herum ist –, so wollen auch wir Bilanz ziehen. Ich möchte mit dem beginnen, was uns in diesem Hause verbindet. Frau Bundeskanzlerin, Herr Außenminister, Sie haben in diesen ersten zwei Jahren wirklich große **außenpolitische Herausforderungen** meistern müssen. Das waren in diesem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft und die G-8-Präsidentschaft. Wir möchten ausdrücklich anerkennen, dass die Regierung Merkel/Steinmeier in der Außen- und Europapolitik klug und überzeugend gearbeitet hat. Wir sind froh darüber, dass diese Regierung auch Irrtümer der früheren rot-grünen Regierung korrigiert hat. Wir begrüßen, dass sie das transatlantische Verhältnis wieder ins Lot gebracht hat. Wir finden es richtig, dass diese Regierung, anders als die Regierung Schröder/Fischer, beim Thema Menschenrechte, übrigens auch in Moskau, wieder den aufrechten Gang pflegt. Wir erkennen das an.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns darüber einig sein, dass damit die außenpolitischen Aufgaben dieser Regierung und, sofern es um Sicherheitsfragen geht, des Deutschen Bundestages nicht abschließend behandelt sind. Wir haben noch außenpolitische Aufgaben vor uns. Ich will zwei Bemerkungen machen und dann etwas Grundsätzlicheres sagen. Wir wissen, dass in Deutschland immer noch, gewissermaßen als Überbleibsel des Kalten Krieges, amerikanische **atomare Waffen** stationiert sind. Wir fordern auch von dieser Stelle aus die Regierung auf, in Gesprächen mit unseren Verbündeten auf den vollständigen Abzug dieser atomaren Waffen hinzuwirken.

Beifall bei der FDP
und der LINKEN
sowie bei
Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Diese Atomwaffen könnten von ihrer Reichweite her nur unsere unmittelbaren Nachbarn, die mit uns in einer Europäischen Union verbunden sind, treffen. Es ist höchste Zeit, dass diese Waffen abgezogen werden.

Beifall bei der FDP
und der LINKEN
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Schließlich ist es aus unserer Sicht nach wie vor erforderlich, dass Sie fortsetzen, was Sie begonnen haben: Die Raketenstationierungspläne im Rahmen der sogenannten **Raketenabwehr** in Tschechien und Polen dürfen nicht nur als Angelegenheit der NATO, insbesondere nicht nur als Angelegenheit von Prag, Warschau und Washington, behandelt werden, sondern müssen als gesamteuropäisches Anliegen angegangen werden. Wir Europäer haben kein Interesse daran, dass auf dem europäischen Kontinent, gewissermaßen vor der Haustür Deutschlands, ein neuer Rüstungswettlauf beginnt.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der LINKEN

Ich möchte an dieser Stelle auch etwas zu dem **Afghanistan-Einsatz** sagen. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sehr klare Worte gefunden. Man hat spüren können, dass diese Worte in Wahrheit nicht an die Opposition gerichtet waren; bei dieser Frage gibt es, jedenfalls in weiten Teilen, eine große Übereinstimmung in diesem Hause. Sie haben Ihr klares Bekenntnis zur Fortsetzung des militärischen Engagements in Afghanistan in Wahrheit vor allen Dingen an die eigenen Reihen gerichtet, an die Damen und Herren der Unions- und der SPD-Fraktion, insbesondere der SPD-Fraktion. Wir hatten ursprüng-

lich vor, in der Frage der Afghanistan-Politik im Oktober im Rahmen einer großen Debatte hier über alle drei Mandate zu entscheiden. Es ist ein trauriges Ergebnis, dass, weil die SPD sich selbst nicht einig ist, bei einer so fundamentalen Frage unserer nationalen Sicherheit jetzt ein zerstrittener SPD-Parteitag abgewartet werden muss, bevor dieses Hohe Haus entscheiden kann. Führungskunst sieht anders aus.

Beifall bei der FDP;
Zuruf von der SPD:
„Das ist Demokratie!“

– Sie rufen, das sei Demokratie. Aber dieser Deutsche Bundestag hat kein imperatives Mandat. In Fragen unseres Friedens und unserer Sicherheit, in Fragen des Afghanistan-Einsatzes erfüllen Sie bitte nicht, quasi als ausführendes Organ, das, was Parteitage beschließen! Sie sind Ihrem Gewissen verpflichtet, wenn es in diesem Hohen Hause um Krieg und Frieden geht, und nichts anderes steht hier zur Abstimmung.

Beifall bei
der FDP

Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass wir als FDP-Fraktion nahezu geschlossen – es wird immer abweichende Meinungen geben; das wirft ja auch niemand irgendjemandem vor

Lachen bei
Abgeordneten
der SPD

– natürlich nicht; aber es ist notwendig, dass wir zu einer Entscheidung kommen – unterstützen, dass das Engagement, auch Deutschlands, in Afghanistan fortgesetzt wird. Man liest gelegentlich, nichts sei gewonnen, nichts sei gelungen, alles sei verloren. Herr Kollege Kauder, Ihr Vergleich mit Vietnam, den Sie soeben gezogen haben, ist in meinen Augen sehr unzutreffend. Denn im Falle Vietnams ging es um eine Konfrontation von Blöcken. Hier geht es darum, dass eine friedliche Völkergemeinschaft gemeinsam den Terrorismus besiegen will. Das ist ein fundamentaler Unterschied; der historische Vergleich passt in keiner Weise.

Beifall bei
der FDP

Umgekehrt muss denjenigen, die schreiben, es sei nichts gewonnen, von dieser Stelle aus noch einmal gesagt werden: In Afghanistan werden keine Menschen mehr aufgehängt, weil sie Fußball spielen. Frauen werden nicht mehr unterdrückt. Frauen, die vergewaltigt worden sind, werden nicht mehr gesteinigt, nach dem Motto: selber schuld. Die Menschen werden nicht mehr an Kränen hochgezogen,

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie
bei Abgeordneten
der SPD

möglichst langsam, damit der Weg zum Tod besonders qualvoll ist. Das sind in Wahrheit die Bilder und die Dinge, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Wer heute behauptet, in Afghanistan sei nichts gewonnen, alles sei verloren, der vergisst, wie viele menschliche Schicksale unter den Taliban grausam zu Ende gekommen sind.

Deswegen bleiben wir dabei: Das ist ein humanitärer Auftrag der Menschlichkeit, der hier notwendig ist; er muss militärisch geschützt werden. Kein Entwicklungshelfer könnte in Afghanistan wirken und arbeiten, wenn es nicht den Schutz der Soldaten gäbe. Sie alle wären längst umgebracht worden; das gilt gerade für die westlichen Entwicklungshelfer. In diesem Zusammenhang sage ich aber eines ganz klar – Herr Verteidigungsminister, ich halte es für notwendig, dass Sie das in Ihren Gesprächen ausdrücklich zum Thema machen –: Wir bitten uns die wiederholten öffentlichen Belehrungen des NATO-Generalsekretärs. Der Deutsche Bundestag ist nicht ausführendes Organ des Generalsekretärs der NATO. Es ist ja wohl noch so, dass er ein Angestellter der NATO ist und wir nicht seine Befehlsempfänger sind.

Beifall bei der FDP
sowie bei Abgeordneten der CDU/
CSU, der SPD und
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN

Das muss klar zum Ausdruck gebracht werden. Frau Bundeskanzlerin, so wie die Regierung in der Außen- und Europapolitik eine überwiegend erfolgreiche Bilanz vorweisen kann, so ist es erstaunlich, dass Sie sich in der Innenpolitik von dem, was Sie einmal in Ihrer ersten Regierungserklärung als Motto Ihrer Regierungsarbeit ausgegeben haben, vollständig verabschiedet haben. Die erste Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Hohen Hause hatte die Überschrift: Mehr Freiheit wagen. Zwei Jahre später stehen Sie zur Bilanz an diesem Pult, und das Motto „Mehr Freiheit wagen“ kommt nicht einmal mehr als rhetorische Floskel bei Ihnen vor, geschweige denn, es würde mit Inhalt gefüllt.

Beifall bei
der FDP

Das ist aus unserer Sicht ein Kardinalfehler dieser Regierung. Beide Koalitionsfraktionen haben sich in Wahrheit von dem verabschiedet, was ihnen mittlerweile peinlich ist. Die SPD verabschiedet sich unter Schmerzen und lautem Getöse von der Agenda 2010. Die Union verabschiedet sich von den Beschlüssen ihres Leipziger Reformparteitages, leise, aber leider auch konsequent. Beides sind historische

Fehler. Man kann noch verstehen, dass Sie sagen, der Aufschwung in Deutschland komme von Ihrer Politik; wenn Sie das ernsthaft glauben, dann hat Deutschland wirklich ein Problem.

Heiterkeit bei
Abgeordneten
der FDP

Ihre ganzen guten Zahlen sind das Ergebnis einer fabelhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung. Statt sich mit fremden Federn zu schmücken, müsste sich Deutschland die Frage stellen: Wie kann es eigentlich sein, dass die Weltwirtschaft seit vier Jahren wächst und der Aufschwung erst jetzt in Deutschland ankommt?

Beifall bei
der FDP

Die Zeitverzögerung zeigt uns doch, dass wir strukturell immer noch nicht richtig aufgestellt sind. Sie haben hier die Erfolgsbilanz vorgebracht. Sie haben in Ihrer Rede ausdrücklich gesagt: Erst einmal war es die Regierung, dann waren es die arbeitenden Menschen. Das ist eine interessante Reihenfolge. Die Art, wie Sie das hier vortragen, zeugt von einem interessanten Selbstverständnis. Der entscheidende Punkt ist: Sie sagen, das sei Ihr Aufschwung.

Steffen Kampeter
[CDU/CSU]:
„Das hat keiner
gesagt, Herr Kollege
Westerwelle! Sie
widerlegen eine
nicht gemachte
Behauptung!“

Ich persönlich habe da ein Déjà-vu: Bundeskanzler Schröder 1999/2000. Das war genau dasselbe. Heute streiten Sie sich darüber, ob es ein Schröder-Aufschwung oder ein Merkel-Aufschwung ist. Damals war Herr Schröder frisch im Amt, und schon war es sein Aufschwung. Das ist besonders gefährlich, gerade in einer heiklen weltwirtschaftlichen Situation; wenn das nämlich Ihr Aufschwung ist, Frau Merkel, dann ist der nächste Abschwung auch Ihr Abschwung. Der nächste Abschwung kommt bestimmt. Es wäre besser, wir würden jetzt strukturelle Reformen durchsetzen, damit uns der nächste Abschwung nicht doppelt hart trifft.

Beifall bei
der FDP

Wir sind immer noch nicht gut aufgestellt. Wir sind aus der konjunkturellen Krise heraus; aus der strukturellen Krise sind wir es noch lange nicht. Sie haben nicht mehr Freiheit gewagt. Vielmehr haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, mit Ihrer Bundesregierung in Wahrheit mehr Unfreiheit über die Menschen gebracht, und zwar schon allein, was das persönliche Verfügen der Bürgerinnen und Bürger über ihr Einkommen angeht. Sie verantworten die größte Steuererhöhung

in der Geschichte dieser Republik. Noch keine Regierung vorher hat eine so hohe Steuererhöhung beschlossen: Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag, Eigenheimzulage und vieles mehr. Durch Ihre Politik steigen die Rentenbeiträge, die Beiträge zur Krankenversicherung und die Beiträge zur Pflegeversicherung. Mit anderen Worten: Eine vierköpfige Familie in Deutschland wird in diesem Jahr im Durchschnitt um 1 400 Euro mehr belastet als im Jahr zuvor.

Dirk Niebel [FDP]:
„Pfuui!“

Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Mehrheit der Deutschen das Gefühl hat, der Aufschwung gehe an ihnen vorbei. Sie müssen endlich einmal diejenigen entlasten, die dieses Land tragen, die den Karren ziehen. Sie reden über Heuschrecken und über Unterschichten. Aber denken Sie doch einmal an die Mitte dieses Landes, die als Leistungsträger überhaupt erst dafür sorgt, dass dieser ganze Wohlstand einschließlich der sozialen Gerechtigkeit erwirtschaftet werden kann. Auch diese Menschen müssen einmal etwas vom Aufschwung haben.

Beifall bei
der FDP

Herr Kollege Lafontaine, intellektuell hat Ihre Rede – das muss Ihnen jetzt nicht peinlich sein – mit den Reden der Damen und Herren der Regierungsfractionen eines gemeinsam: Sie alle setzen soziale Gerechtigkeit mit staatlicher Umverteilung gleich. Für Sie wächst die soziale Gerechtigkeit eines Landes, wenn die Umverteilung durch den Staat wächst.

Oskar Lafontaine
[DIE LINKE]: „Nein!“

Deswegen sieht der Haushalt auch so aus. Noch niemals in der Geschichte hat es einen Haushalt mit derart hohen Steuereinnahmen gegeben. Übrigens wird immer mehr in den Sozialstaat hineingezahlt, obgleich die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Trotzdem kommt bei den tatsächlich Bedürftigen weniger an. Dass die Kinderarmut wächst, obwohl die Ausgaben für den Sozialstaat steigen, zeigt doch eines: Soziale Gerechtigkeit hängt vor allen Dingen von der Treffsicherheit der Maßnahmen und nicht von dem Umverteilungsquotienten in dieser Republik ab.

Beifall bei
der FDP

Herr Kollege Lafontaine, ich kann verstehen, dass Sie dem nicht zustimmen wollen. Es würde mich andererseits auch einigermaßen schockieren. Wenn Sie die Frage stellen: „Wer ist Deutschland?“, so rufe ich Ihnen zu: Auch Sie, Herr Lafontaine, sind Deutschland.

Zuruf von der
CDU/CSU: „Kubal!“

Das ist manchmal schwierig, aber auch Sie sind Deutschland. – Übrigens nicht Kuba, Herr Lafontaine. Kuba ist es nicht.

Heiterkeit und
Beifall bei der FDP
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Meine Damen und Herren, Sie haben eben nicht mehr Freiheit gewagt, wenn es um die Lebenslage unserer Bürgerinnen und Bürger geht. Sie haben die Steuern erhöht, die Beiträge steigen, und das nennen Sie Reform. Da ist es kein Wunder, dass das Wort Reform allmählich zu einem Angstbegriff in der Bevölkerung wird. Mehr Freiheit wagen bedeutet aber zu Beginn dieser mutmaßlich zweiten Hälfte der Legislaturperiode leider auch eine erhebliche Diskussion über den **Abbau von Bürgerrechten** in Deutschland. Onlinedurchsuchungen von privaten Computern, bis hin zu der Tatsache, dass der Bundesinnenminister öffentlich über die Unschuldsvermutung diskutiert, das öffentliche Erörtern des Tötens auf Verdacht, all das hat in diesen Monaten stattgefunden. Von einem Verfassungsminister erwarten wir etwas anderes. Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen – denn auch Sie haben den Protest in Ihren eigenen Reihen gehört –, es gebe keine Denkverbote, so ist das in meinen Augen ein seltsames Amtsverständnis. Sie tun so, als ob der Innenminister ein Philosoph wäre, der ein paar Steine ins Wasser werfen könnte, und anschließend darf er sich an den Wellen ergötzen. Von einem Innenminister erwarten wir, dass er Freiheit und Sicherheit sieht. Man kann die Freiheit der Bürger nicht schützen, indem man sie aufgibt, meine Damen und Herren. Das ist ein kardinales Missverständnis, das bei Ihnen vorherrscht.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Wir haben einen dramatischen Abbau von Bürgerrechten zu verzeichnen. Mich wundert, dass das in dieser Debatte überhaupt kein Thema mehr ist. Stichwort gläserner Bankkunde: Das Bankgeheimnis ist faktisch aufgehoben; man muss es so sagen. Wir erleben, dass der gläserne Patient vorbereitet wird. Die Datenschützer haben sich eindeutig geäußert. Jetzt gibt es auch noch den gläsernen Steuer-

bürger. Früher hieß es: Von der Wiege bis zur Bahre Formulare, Formulare. Wenn das, was Sie beschlossen haben, Realität wird, dass nämlich die Daten des Steuerzahlers auch noch 20 Jahre nach dem Tod gespeichert werden sollen, dann heißt es: Von der Wiege bis zur Bahre plus 20 Jahre Formulare, Formulare. Das ist es, worüber wir reden. All das ist nicht „mehr Freiheit wagen“. Das ist in Wahrheit mehr Unfreiheit. Unter Freiheit verstehen wir nicht die Freiheit von Politikern, hier ihren Lieblingsprojekten nachgehen zu können. Unter Freiheit verstehen wir die real existierende Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, und zwar einschließlich der sozialen Freiheit vor Not. Aus unserer Sicht ist das völlig klar.

Beifall bei
der FDP

Mehr Freiheit wagen müsste heute bedeuten, **Forschung und neue Technologien** zu unterstützen. Darauf gehen Sie aber gar nicht mehr ein. Das ist für eine Naturwissenschaftlerin erstaunlich. Ich weiß ja, dass Sie das anders sehen. Aber so, wie Sie beim Thema Afghanistan mit Ihrer Meinung nicht hinter dem Berg halten, könnten Sie doch auch einmal beim Thema neue Technologien die Meinungsführerschaft übernehmen. Gerade als Naturwissenschaftlerin könnten Sie etwas mehr den Verstand einschalten.

Beifall bei
der FDP

Die Bio- und Gentechnologie werden weiter abgewickelt. Das Gentechnikgesetz könnte genauso gut von Frau Künast geschrieben worden sein. Es steht jetzt nur Seehofer darunter.

Dirk Niebel [FDP]:
„Die sehen sich auch
immer ähnlicher!“

Es hat sich substantiell nichts geändert.

Fritz Kuhn
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
„Jetzt wird es
ungenau!“

Das wollte ich zu den neuen Technologien sagen. Ich kann diesen Bereich leider nur streifen. Auch Sie kennen das Problem mit der kurzen Redezeit. Wir bedauern, dass bei der Kernkraft in Wahrheit Stellvertreterdiskussionen stattfinden. Ich möchte einmal zitieren, was der alte Bundeswirtschaftsminister – so alt ist er noch gar nicht; jedenfalls ist er sehr jung im Kopf –, Wolfgang Clement, in diesem Monat geschrieben hat: Dessen ungeachtet betreibt die Bundesregierung, namentlich der Umweltminister, einen in Europa einmaligen Kreuzzug gegen die heimischen Energieunternehmen und eine beispiellose Verteufelungskampagne gegen die Nutzung der

Kernenergie. Er fügte übrigens hinzu: Die gelernte Physikerin im Kanzleramt jedenfalls lässt die Dinge ... treiben. Präsident Putin hat in Australien Uranverträge abgeschlossen und kündigt an, er baut zu Hause 30 neue **Kernkraftwerke**. China will bis zum Jahre 2020 jedes Jahr ein Kernkraftwerk bauen. Frankreich fordert uns auf, endlich von unserem Ausstiegskurs Abschied zu nehmen, weil es dem Klimaschutz dient. Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen führt, dann ist es schlichtweg Geisterfahrrerei, dass Sie nur noch eines in der Energiepolitik im Schilde führen, nämlich diese Erfolgstechnologie in Deutschland abzuwickeln. Wir brauchen beides: regenerative Energien – ja, dafür sind wir – und die friedliche Nutzung der Kernenergie, auf die wir im Interesse des Umweltschutzes und der Wirtschaft nicht verzichten können.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Schließlich geht es um die Frage, ob wir in Deutschland denn wirklich die Kurve gekriegt haben oder ob wir sie noch kriegen müssen. Sie sprechen von der Transparenz der **Finanzmärkte**; es ist vernünftig, dass Sie dieses Thema ansprechen. Sie sollten aber nicht so tun, als sei es damit getan, ein paar Regeln vorzuschlagen, und das Thema sei damit auf internationaler Ebene erledigt. Das ist unsachlich. Wenn Sie zu Recht anmahnen, dass die internationalen Finanzmärkte im Sinne von größerer Transparenz kontrolliert werden müssen – es wird Sie wundern, aber Sie hätten uns auf Ihrer Seite –, dann sage ich Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie dort anfangen müssen, wo Ihre eigene Regierung etwas zu sagen hat, nämlich bei den Staatsbanken, die im Augenblick auf den Finanzmärkten ein heilloses Durcheinander zulasten des deutschen Mittelstandes anrichten.

Beifall bei
der FDP

KfW, IKB und Sachsen LB sind die Stichworte, die Sie alle kennen. Wer über Finanztransparenz spricht, sollte also erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Da, wo Sie Macht haben, müssen Sie sie einsetzen. Das tut der Finanzminister bedauerlicherweise nicht.

Beifall bei
der FDP

Man kann festhalten, dass Sie in diesem Bundeshaushalt im Grunde genommen eine weitere Umverteilungspolitik beschließen. Sie steigern die Einnahmen über höhere Steuern und machen trotzdem noch Schulden. Das widerlegt übrigens auch Ihre These, es

sei eine solide Finanzpolitik. Die junge Generation kann sich nur grausen, wenn sie sieht, dass die Steuern steigen und trotzdem noch mehr Schulden gemacht werden. Der Finanzminister sagt, er gibt uns einen aus, wenn es schon im Jahr 2010 einen **ausgeglichenen Haushalt** gibt. Er sagt das nur, weil er weiß, dass er dann nicht mehr Finanzminister ist.

Heiterkeit und
Beifall bei der FDP

Wir wollen es umgekehrt machen: Herr Steinbrück, wir geben Ihnen einen aus, wenn Sie es in dieser Legislaturperiode noch angehen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Mit etwas mehr Ehrgeiz könnten Sie es schaffen.

Beifall bei Abge-
ordneten der FDP

Sie schaffen es aber nicht, weil die Devise dieser Regierung lautet: Bekommt ein schwarzer Minister mehr Geld, muss auch ein roter Minister mehr Geld bekommen. Das genau ist der Grund, warum es in Deutschland falsch läuft. Die Zeche zahlen die Bürger, weil die Steuern steigen. Der Staat hat nicht zu wenig Geld, er hat genug Geld. Er verplempert es aber in Bereichen, aus denen er sich besser raushalten sollte. Das ist das eigentliche Problem in diesem Lande.

Beifall bei
der FDP

Das haben wir alles schon einmal gehabt: Hans im Glück! Peer im Glück! Wir wissen, wie es kam: Die UMTS-Lizenzen wurden versteigert, und 100 Milliarden Mark kamen rein. Die Strukturen wurden aber nicht verändert, und ein Jahr später hatten wir 5 Millionen Arbeitslose und die Staatsfinanzen waren völlig kaputt. Man müsste jetzt die gute Chance nutzen, jetzt die gute Konjunktur nutzen, um die für Deutschland wichtigen Hausaufgaben zu erledigen, damit wir, wenn es schlechter läuft, vorgesorgt haben, damit auch dann noch die Staatsfinanzen stimmen, damit auch dann noch Arbeitsplätze geschaffen werden, damit auch dann noch investiert wird. Deswegen ist Ihr Beitrag zur Diskussion über die **Erbschaftsteuer** nur als rückwärtsgewandt zu bezeichnen. Österreich, Frankreich, alle zeigen uns, wie es geht. Sie schaffen die Erbschaftsteuer faktisch ab, und wir haben nicht einmal den Mut, die Verantwortung für die Erbschaftsteuer denen zu übertragen, die die Steuereinnahmen erhalten, nämlich den Ländern. Wo ist eigentlich Ihr föderales Bewusstsein, Männer und Frauen des Deutschen Bundestages?

Beifall bei
der FDP

Sie sagen: 2011 ausgeglichener Haushalt. Es gibt eine einfache Regel: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! Denn wer weiß, wie die Konjunktur im Jahr 2011 aussehen wird? Das ist zwar alles wohlfeil, aus unserer Sicht ist die Richtung aber falsch. Es ist schon verrückt, wofür diese Regierung Geld hat. Wir geben China und Indien Entwicklungshilfe, nennen es nur nicht mehr so. Syrien – ausgerechnet Syrien – werden auf der Reise der Entwicklungshilfeministerin mal eben 44 Millionen Euro zugesagt. Die Steinkohlesubventionen steigen, werden nicht etwa abgebaut. Die Subventionen insgesamt steigen. Denken Sie an die Wirtschaftszuwendungen! Auch sie werden nicht abgebaut. Der allergrößte Hammer ist, dass Sie sogar bei den Investitionen Ihren Aufgaben nicht nachkommen. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass eine schwarz-rote Regierung für Investitionen in den Straßenbau weniger ausgibt als eine rot-grüne zum Schluss ihrer Amtszeit.

Beifall bei
der FDP

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Westerwelle, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Sofort.

Dagegen geben Sie viel Geld für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus. Das ist wohl wahr. Da steigern Sie die Ausgaben. Allein im Auswärtigen Amt steigt die Zahl der Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von 45 auf 113. Und da rätselt die Presse noch, wer Kanzlerkandidat wird. Sie brauchen sich doch nur den Haushalt anzusehen. Sie müssen nur schauen, wo Pressesprecher eingestellt werden, dann wissen Sie schon Bescheid. Fragen Sie mich doch! Ich sage es Ihnen doch.

Heiterkeit und
Beifall bei der FDP

Auch der Kollege Struck hat gesagt, dass es darum geht, ab 2009 einen sozialdemokratischen Kanzler zu haben.

Dr. Peter Struck
[SPD]:
„Ich bitte darum!“

Ab sofort wartet Deutschland nur noch gespannt auf die Antwort auf die Frage: Wer soll es denn werden?

Dr. Peter Struck
[SPD]: „Kann ich
Ihnen sagen, Herr
Westerwelle!“

Wir würden es an dieser Stelle gerne einmal hören. Dann können wir weiterreden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Westerwelle!

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Ein letzter Satz, bitte, Herr Präsident.

Es ist, wie es immer ist.

(Dr. Peter Struck
[SPD]: „Schau’n
wir mal!“

Das Erstaunliche aber ist, dass es bei Ihnen schon nach zwei Jahren so ist. Die Große Koalition ist zwar eine Zwangsehe, aber schon nach zwei Jahren geht es SPD und Union in dieser Regierung wie einem alten Ehepaar: Sie werden sich immer ähnlicher. Es ist ihnen Gott sei Dank noch peinlich.

Vielen Dank.

Anhaltender Beifall
bei der FDP

REDE

Frieden in Freiheit

Lieber Herr Dr. Oetker, lieber Herr von Nordenskjöld,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit, in diesem renommierten Hause
heute zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Meine Damen und Herren,

Deutsche Außenpolitik gehört zu dem wertvollsten Inventar unserer
Republik.

Immer wieder ist hierzulande zu hören von einer **Abkehr der
Menschen von der Politik.**

Wenn in anderen Ländern charismatische Politiker wie der neue
amerikanische Präsident an die Macht kommen, dann wird die
Frage nach einem deutschen Äquivalent immer schnell gestellt. So
schlecht können deutsche Politiker in den letzten 60 Jahren nicht
gewesen sein, die geholfen haben, uns die längste Friedensperiode
in der Geschichte unseres Landes zu sichern.

Deutsche Außenpolitik zeichnet sich aus durch viel Kontinuität und wenig Hakenschlänge. Kontinuität nicht etwa verstanden als Ideenlosigkeit, sondern als **Fortsetzung einer großen Erfolgsgeschichte**. Alle demokratischen Parteien hatten in der Geschichte unserer Republik hieran ihren Anteil. Liberale Persönlichkeiten wie Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Klaus Kinkel haben hierzu wesentliche Beiträge geleistet.

Deutsche Außenpolitik ist im Kern die **Selbstverpflichtung auf Kooperation**. Das Kooperationsmodell war Voraussetzung für die Ausöhnung nach Westen, für den Entspannungsprozess nach Osten und für die deutsche Einheit. Seine Fortsetzung fand dieser Ansatz nach dem Ende des Kalten Krieges durch das konsequente Vorantreiben der europäischen Integration zur Überwindung der Teilung unseres Kontinents. Wir können darauf stolz sein, dass deutsche Außenpolitik hieran großen Anteil hatte. Das Kooperationsmodell ist längst zum europäischen Modell geworden.

Meine Damen und Herren,

nach der Wiedervereinigung fand Deutschland seine erste große außenpolitische Aufgabe in Europa. Nach dem Kalten Krieg benötigte unser Kontinent einen **neuen Ordnungsrahmen, der ihm schließlich durch die EU gegeben wurde**. Im globalen Maßstab aber war damals die Frage nach einer neuen Ordnung noch längst nicht beantwortet. Das Sinnstiftende, das jenseits des bedrohlichen Jahrzehntelang dem Kalten Krieg innegewohnt hatte, hatte sich aufgelöst. Aber aus dem Ende der alten Ordnung folgte nicht zwangsläufig eine neue. Ein Blick auf die damals in den USA geführten Debatten zeigt, dass auch noch weit in die 90er Jahre die Frage nach der zukünftigen Rolle der letzten verbliebenen Supermacht nicht geklärt war. Einzig unstrittig war, dass die USA den Weg würden vorgeben können. Isolationismus, „Weltpolizist“, Kooperationsmodell oder unilateraler Ansatz – alle Modelle lagen auf dem Tisch.

Dann kam der 11. September 2001 und die Frage war schnell entschieden. Fast acht Jahre lang war dieses Datum die entscheidende

Bezugsgröße für die internationale Agenda. Heute sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir uns vom 11. September 2001 als entscheidenden Dreh- und Angelpunkt der internationalen Politik emanzipieren müssen.

Es geht nicht darum, den 11. September vergessen zu machen. Auch Deutschland hat daraus zu Recht außenpolitische Konsequenzen gezogen. Der Anti-Terror-Kampf wird eine wichtige Aufgabe bleiben. In Afghanistan brauchen wir aus wohlverstandem Eigeninteresse den Erfolg, damit dieses Land nicht wieder zur Heimstätte international agierender Terroristen werden kann. Dazu muss Deutschland insbesondere bei der Polizeiausbildung seine übernommenen Verpflichtungen endlich erfüllen.

Aber die letzten Jahre haben eben auch gezeigt, dass die Fokussierung auf den sogenannten „Krieg gegen den Terror“ den Blick auf vieles verstellt hat: auf Themen jenseits der Terrorfrage, die für die Zukunft unseres Zusammenlebens von entscheidender Bedeutung sein werden. Auf **notwendige Grundsätze und Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit**. Und selbst auf die **ethischen Grundlagen des eigenen inneren Zusammenhalts**.

Meine Damen und Herren,

wenn Freunde durch falsche Entscheidungen ihren Kompass verlieren und auf Abwege geraten, dann ist das kein Grund für Schadenfreude. Im Gegenteil. Man hilft Ihnen zurück und sucht gemeinsam den richtigen Weg. Die USA haben im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ und im unilateralen Politikansatz ihren Kompass mehr als einmal verloren. Guantanamo und Abu Ghraib stehen in der Außenpolitik der USA symbolhaft für ein vorübergehendes Verlassen der uns verbindenden gemeinsamen Wertebasis, die uns, „den Westen“, auch heute noch definiert: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist universell und unteilbar.

Die neokonservative Administration von Präsident Bush hat die Erfahrung machen müssen, dass wirtschaftliche und militärische

Stärke im Zeitalter der Globalisierung nicht automatisch mehr Macht gewähren, sondern vor allen Dingen größere Verantwortung auferlegen. Hans-Dietrich Genscher beschrieb den Grundirrtum des neo-konservativen Politikansatzes zu Recht als „die gefährliche Illusion, ein Land könne Kraft seiner militärischen Stärke die globalen Regeln nach eigenem Ermessen bestimmen, ohne ihnen selbst unterworfen zu sein, und es könne die Regelverstöße nach eigenem Ermessen sanktionieren“.

Die Präsidenten George Bush sen. und Bill Clinton haben während ihrer Amtszeiten gemahnt, die USA sollten ihre Position nutzen, um eine **neue Weltordnung** zu schaffen, in der Amerika sich auch dann noch wohlfühlen könne, wenn es nicht mehr das stärkste Land der Welt sei. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 entschied sich die Administration unter Präsident Bush jun. für einen anderen Weg, den des Unilateralismus. Das Prinzip war: Amerika geht voran und die Willigen sollten folgen. Statt auf die Stärke des Rechts setzten die USA auf das vermeintliche Recht des Stärkeren. Institutionell gesprochen: statt auf die Vereinten Nationen auf Koalitionen der Willigen und die Perspektive, die NATO zu einer Art „Ersatz-UNO“ der Demokratie in dieser Welt umzubauen.

Ohne Zweifel bleibt die **NATO** auch in Zukunft für unsere Sicherheit unentbehrlich. Aber sie muss wieder zum zentralen Ort der politisch-strategischen Diskussionen zwischen Europa und Nordamerika werden. Ich hoffe sehr, dass mit dem Amtsantritt des neuen NATO Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen die Chance zu einem Neuanfang genutzt wird. Gerade sein Eintreten für die Pressefreiheit qualifiziert ihn, an der Spitze der NATO zu stehen.

Meine Damen und Herren,

es spricht für die Selbstheilungskräfte der amerikanischen Demokratie, dass das amerikanische Volk die Fehler der Vergangenheit erkannt hat und sich mit Barack Obama für einen klaren Politikwechsel entschieden hat.

Wenn er in den vergangenen Wochen auf den Iran zugegangen ist, wenn er Russland für den Neustart in den bilateralen Beziehungen neue Abrüstungsinitiativen vorschlägt, und wenn er von dem Fernziel einer Welt ohne Atomwaffen spricht, dann wäre es vollkommen verfehlt, ihm Naivität vorzuwerfen. Letztendlich folgt er dem aus dem Entspannungsprozess bekannten Muster: Berechenbarkeit schafft Vertrauen, Vertrauen gibt Sicherheit und Sicherheit eröffnet politische Spielräume für Kompromisse und Reformen. Dieses Muster hat auch heute nichts an Aktualität verloren. Die Fähigkeit zu deeskalieren gehört zum unbedingt notwendigen Handwerkszeug jeder erfolgversprechenden Außenpolitik.

Am Ende jener Phase, die durch den 11. September 2001 definiert wurde, bekommen wir eine zweite Chance. Es geht um nicht weniger, als das **politische Vermächtnis der Entspannungspolitik**, also die Verpflichtung auf eine auf Kooperation angelegte Weltordnung, in das Zeitalter der Globalisierung zu übersetzen.

In einer Welt, in der **Multipolarität** längst Realität geworden ist, ist der kooperative Ansatz der beste Weg, um Sicherheit und Stabilität im globalen Maßstab zu erreichen.

Voraussetzung dafür, dass unsere Interessen und Werte auch zukünftig gewahrt bleiben, wird sein, dass der Westen als Gemeinschaft der aufgeklärten rechtsstaatlichen Demokratie in dieser Welt wieder zu Geschlossenheit zurückfindet und damit an Handlungsfähigkeit gewinnt. Wir brauchen den Westen gerade im Zeitalter der Globalisierung. Wir brauchen den Westen nicht als Burg, sondern als Leuchtturm. Als Orientierungspunkt für alle, die nach Freiheit streben, nach der Herrschaft des Rechts und nach Toleranz. Und wir brauchen den Westen zur **Selbstbehauptung im globalen Wettbewerb**.

Meine Damen und Herren,

die **Weltwirtschaftskrise** führt uns dramatisch vor Augen, dass an verstärkter globaler Kooperation im Zeitalter der Globalisierung kein Weg vorbeiführt.

Daraus ergibt sich nicht zuletzt die **Notwendigkeit zur Anpassung multilateraler Organisationen**. Die Stärkung der G-20 als Antwort auf die Wirtschaftskrise ist ein Beispiel für die Entwicklung multilateraler Wege in der Globalisierung. Szenen wie beim G-8-Gipfel in Heiligendamm, wo einige Staats- und Regierungschefs gerade einmal beim Abendessen teilnehmen durften, passen nicht mehr in unsere Zeit. Das Londoner G-20-Format ist angesichts der Herausforderungen unserer Zeit der richtige Weg.

Länder wie Indien, China, Brasilien und Südafrika müssen stärker in die Wahrnehmung regionaler und globaler Verantwortung eingebunden werden. Auch in der Sicherheitspolitik, auch in der globalen Umweltpolitik, bei Gesundheitsfragen und der Armutsbekämpfung muss dieser Weg gegangen werden.

Die aktuelle Krise erinnert uns daran, woraus sich Freiheit, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke unseres Landes zu einem erheblichen Teil erklären: nämlich aus unserer **internationalen Vernetzung**. Es liegt in unserem nationalen Interesse, protektionistischen Tendenzen in jeder Form, wirtschaftlich, politisch und auch kulturell eine klare Absage zu erteilen. Und wenn ich zum Beispiel nach Südamerika blicke, dann zeigt sich, dass wir durchaus Potenzial haben, unsere Vernetzung in mancher Weltregion noch deutlich auszubauen. Südamerika ist hierzulande ein immer noch unterschätzter Kontinent.

Wir leben vom Frieden in Europa. Wir profitieren vom Frieden in möglichst vielen Regionen der Welt. Wir benötigen zur Wahrung unseres Wohlstandes den freien Welthandel, die möglichst sichere und möglichst breit verteilte Zufuhr von Energie und Rohstoffen und sichere Handelswege. Wir leben von einer arbeitsteiligen Welt. Und wir haben ein großes Interesse daran, von ungeplanter und unkontrollierbarer Migration als Folge von Kriegen und Katastrophen verschont zu bleiben, aber zugleich eine offene Gesellschaft zu sein. Unser Interesse an einer globalisierten Welt verbindet sich für mich als Liberalen mit einer klaren **Werteorientierung, deren Inhalte zurückgehen auf die Errungenschaften der Aufklärung**. Zu diesem

Wertespektrum gehört als unfairen äußerlicher und universell gültiger Kern unser Bekenntnis zu den **Menschenrechten**, das keinem Relativismus unterliegen darf. Westliche Toleranz und aufgeklärter Liberalismus funktionieren nur, wenn sie der Intoleranz mit klarer Ablehnung begegnen. Regime, die Bürger steinigen oder ihren Mädchen Bildung verweigern, die Gefangene foltern oder unliebsame Nachbarn erpressen, die Glaubens- und Gewissensfreiheit mit Füßen treten oder Terror exportieren, müssen unseren Druck spüren. Die universell anerkannten Werte - wie der Respekt vor der Würde des Menschen - sind jene Grenze, ab der aus dem Prinzip der Nichteinmischung gemeinsame Verantwortung wird. Wer hier ehrlich auftritt, gewinnt mehr Glaubwürdigkeit als jener, der leise tritt und Deutschland ins Ausland nur als oberster Handelsvertreter repräsentiert. Heinrich Böll hat uns ins Stammbuch geschrieben: Es gibt eine Pflicht zur Einmischung in die innere Angelegenheit der Menschenrechte.

Meine Damen und Herren,

Deutschland hat ein vitales Interesse daran, auf globale Trends nicht nur zu reagieren, sondern die **Globalisierung selbst mit zu gestalten**. Das gilt nicht nur für die ökonomische Dimension der Globalisierung. Wenn fernab von Deutschland Krankheiten wie die Vogelgrippe in Asien oder die Schweinegrippe in Mexiko ausbrechen, dann sind wir herausgefordert, dem zu begegnen. Wenn Länder wie das Afghanistan der 90er Jahre zur Heimstätte international agierender Terroristen werden, dann ergeben sich hieraus Risiken für unsere Sicherheit. Afghanistan ist nicht zuerst ein altruistischer Einsatz. Die Bundeswehr in Afghanistan schützt auch nationale Interessen und Werte. Wenn Handelswege nicht mehr sicher sind, dann hat das spürbare Auswirkungen auf unsere Exportwirtschaft. Und wenn regional massive Eingriffe in das Ökosystem erfolgen, dann haben möglicherweise noch Generationen nach uns mit heute noch nicht absehbaren Folgen zu kämpfen.

Für alle diese Fragen gilt, dass kein Land der Welt sie alleine lösen kann. Wir müssen den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam

begegnen. Die Geschichte des europäischen Integrationsprojektes ist das beste Beispiel dafür, dass dies gelingen kann.

Die Idee des gemeinsamen Europas hat uns 60 Jahre Frieden in Freiheit und Wohlstand gebracht.

Auf unserem Kontinent begann nach einer unfassbaren Katastrophe so etwas wie eine „Globalisierung im Kleinen“. Die Ausgangssituation für ein erfolgreiches Zusammenwachsen der Völker, Staaten und Kulturen auf unserem Kontinent war denkbar schlecht. Bevor der Weg des gemeinsamen Europa begann, gehörten übersteigerter Nationalismus, politische Systemgegensätze, Menschenrechtsverbrechen und Protektionismus mehr zur Regel als zur Ausnahme. Anders als wir es heute meist empfinden, waren Demokratie und Freiheit für die Menschen alles andere als selbstverständliche Realität. Weniger als die Hälfte der Staaten der heutigen EU waren 1945 souverän und demokratisch verfasst. Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie mussten sich auch in Europa erst Bahn brechen.

Meine Eltern sind Jahrgang 1930. Ihnen sollte in jungen Jahren beigebracht werden, dass Frankreich nichts Anderes sei als Deutschlands natürlicher Erzfeind. Es wurde der Versuch gemacht, eine ganze Generation mit derartigen Weltbildern zu beeinflussen.

Ich selbst entstammte einer Generation, die noch gespürt hat, welche tiefen Wunden die katastrophalen Veränderungen der deutschen Geschichte im kollektiven Gedächtnis unserer Nachbarn hinterlassen haben.

Aufgabe der Generationen vor uns war es, die Aussöhnung mit unseren Nachbarn und die Integration Deutschlands in den Westen voranzubringen. Die Aufgabe meiner Generation ist es, die **Aussöhnung und Überwindung der Teilung Europas auch Richtung Osten zu vollenden.**

Es ist eine unübersehbare Tatsache, dass das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn der weiteren Vertiefung dringend bedarf. Ich will an dieser Stelle nicht die Debatte über das „Zentrum gegen Vertreibungen“ wieder eröffnen. Aber wir müssen feststellen, wie

unterschiedlich diese Debatte in der Bevölkerung und den seriösen Medien in Deutschland und Polen geführt worden ist.

Das Projekt, das Walter Scheel und Willy Brandt mit ihrer Ostpolitik 1969 begonnen haben, bedarf noch genauso der Vollendung, wie dies mit der seit 1949 von Konrad Adenauer und Theodor Heuss verfolgten Politik in Richtung Westen gelungen ist, und auch hier ist Kontinuität gefragt.

In diesen Tagen werden wir des Öfteren daran erinnert, dass wir die **Erfolgsgeschichte Europa nicht für selbstverständlich halten** dürfen. Wir müssen sie immer wieder neu schreiben. Die EU hat sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise bisher als Glücksfall erwiesen. Wenn es sie nicht schon gegeben hätte, hätte man sie spätestens jetzt erfinden müssen. Kein EU-Land wäre in der Lage gewesen, der Krise im Alleingang zu begegnen. Ohne den Euro hätte die Finanzkrise schnell zur Währungskrise werden können – mit fatalen Folgen für unsere Exportwirtschaft. Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank und ihre Orientierung an der Geldwertstabilität haben ihren Wert bewiesen. Und es hat sich auch gezeigt, wie wichtig der gemeinsame Markt für Wohlstand und Stabilität in Europa ist.

Klar ist aber auch: Der Test ist noch nicht bestanden. Die EU muss gerade in der Krise weiter geschlossen und entschlossen handeln. Sie muss gerade in der Krise an ihren Grundsätzen festhalten. Es ist eine der Lehren der großen Depression der Dreißigerjahre, dass Protektionismus und Abschottungspolitik fatale Folgen haben können. Diese Lehren müssen wir in der Europäischen Union zuallererst selbst beherzigen. Wer zwischen den Staaten der Europäischen Union wieder Handelsschranken errichten will, wer die Freizügigkeit beschränken will, wer den Startschuss für Subventionswettläufe gibt, wer Investitionen aus dem Ausland unter Genehmigungsvorbehalts stellt, der legt die Axt an die Wurzel des Einigungswerks. Alle in Europa wären gemeinsam die Verlierer.

Beunruhigend ist auch, dass in der EU ganz offenkundig die Bereitschaft der großen Staaten wächst, ohne Einbindung der kleineren

Partner Fakten zu schaffen. Wer über die Köpfe der anderen hinweg Entscheidungen trifft, gefährdet auf lange Sicht die Idee des gemeinsamen Europas. Wir wollen in der Europäischen Union keine Achsenbildung.

Für den Erfolg der europäischen Einigung war das Verständnis, dass die EU Staaten unabhängig von ihrer Größe gleichberechtigt und ebenbürtig sind, von entscheidender Bedeutung. In diesem Punkt bin ich Schüler nicht nur von Hans-Dietrich Genscher, sondern auch von Helmut Kohl.

In der Europapolitik ist Luxemburg so groß wie Frankreich. Es ist eine liberale Grundüberzeugung, dass Größe in Europa nicht vor allem mehr Macht bedeutet, sondern mehr Verantwortung. Und es war über Jahrzehnte ein Grundpfeiler deutscher und liberaler Europapolitik, immer auch die Interessen der kleineren Mitgliedsstaaten im Blick zu behalten.

Dennoch gehöre ich nicht zu denen, die davor zurückschrecken, in der Kategorie nationaler Interessen zu denken und solche auch zu formulieren. Es ist nicht lange her, da wurde noch regelrecht davor gewarnt, das nationale Interesse zum Maßstab deutscher Europapolitik zu machen. Dies scheint mir an der Sache vorbeizugehen. Was sollten wir denn sonst zum Maßstab machen? Unsere Partner in der EU definieren ihre Interessen ganz selbstverständlich. Als demokratische Regierungen sind sie ihren Bürgern dazu verpflichtet. Und ganz selbstverständlich erwarten sie gleiches auch von uns. Deutsche Außenpolitik muss wertorientiert und interessengeleitet sein.

In der Welt des 21. Jahrhunderts ist die Europäische Union vor allem eines: Sie ist der **organisierte Ausdruck des Willens der Europäerinnen und Europäer zur Selbstbehauptung im weltweiten Wettbewerb um Werte und Einfluss.** Nur sie gibt uns die Chance, in der Globalisierung erfolgreich zu sein. Deshalb wollen wir Liberalen eine starke, einige und selbstbewusste EU. Wir wollen eine EU, die eine aktive Rolle in der Welt spielt und ihrer Verantwortung für die großen Zukunftsfragen gerecht wird.

Diesem Anspruch ist die EU in den vergangenen Monaten nicht immer gerecht geworden. Insbesondere hat sie versäumt, frühzeitig mit neuen Ideen für gemeinsame Projekte auf die Administration von Präsident Obama zuzugehen. Die USA haben darauf geradezu gewartet und uns Angebote gemacht. Doch leider fehlte es in der EU zu oft an der erforderlichen Führung. Die Geschichte der Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA bleibt eine Geschichte verpasster Gelegenheiten und ungenutzter Potenziale.

Wenn wir uns nun fragen, wie es um die Europäische Union heute steht, fällt die Antwort nicht eindeutig aus. Ich habe den Eindruck, dass in der Krise bei vielen das Bewusstsein dafür gewachsen ist, welchen Wert es hat, Teil einer größeren Gemeinschaft zu sein. Andererseits gibt es oft Unmut über das, was in Brüssel entschieden wird. Die Bürger ärgern sich über Unsinn aus Brüssel genauso wie über Unsinn aus Berlin.

Bei manchem, was aus Brüssel an Bürokratie zu uns kommt, hält sich übrigens auch bei mir die Begeisterung in Grenzen.

Nur zu gerne wird bei unpopulären Entscheidungen mit dem Finger auf Brüssel gezeigt, auch wenn man diese Entscheidungen selbst zu verantworten hat. Auf der anderen Seite sollte manche europapolitische Frage besser dann beantwortet werden, wenn sie sich stellt und nicht, wenn sie im Wahlkampf nützt.

Blickt man einige Jahre zurück, stellt man fest, dass sich die EU in ein Dilemma hineinmanövriert hat. Vor zehn Jahren stand die Gemeinschaft vor zwei großen Herausforderungen. Es galt, die Spaltung des Kontinents zu überwinden und die EU nach Mittel- und Osteuropa zu erweitern. Und es galt, die Handlungsfähigkeit der so erweiterten Union zu erhalten. Die bestehenden Institutionen, die für sechs Staaten geschaffen worden waren, waren für 15 Staaten vielleicht gerade noch geeignet. Doch es war klar, dass sie für eine Union der 27 nicht mehr angemessen sein würden.

Jetzt stellen wir fest, dass die erste Herausforderung mit Bravour bewältigt wurde. Die **Osterweiterung** war ein Erfolg. Die bei einigen vorhandenen Befürchtungen haben sich nicht realisiert. Bei der zweiten Herausforderung sind wir hingegen kaum einen Schritt weiter gekommen. Der Vertrag von Nizza hat uns nicht entscheidend vorangebracht. Mit den Fragen, die damals nicht gelöst werden konnten, sind wir nun seit acht Jahren beschäftigt.

Wenn die EU dem Anspruch, Problemlöser zu sein, gerecht werden will, braucht sie eine **Erneuerung ihrer vertraglichen Grundlagen**. Die EU muss verständlicher, demokratischer und handlungsfähiger werden. Darum brauchen wir den Vertrag von Lissabon.

Es wäre zu wünschen, dass wir in der Reformfrage endlich zu einem Durchbruch gelangen. Die EG und die EU haben in den vergangenen sechs Jahrzehnten schon so manch schwierige Phase durchlebt und überstanden. Es gab Krisen und Fehlschläge. Für mich ist entscheidend, dass der Wille der Mitgliedstaaten zur Fortführung des Einigungsprozesses ungebrochen ist. Solange dies so bleibt, besteht für mich kein Anlass zum Pessimismus.

Ich hoffe sehr, dass der Lissabonner Vertrag bald in Kraft tritt. Aber ob dies nun gelingt oder nicht: wir werden in jedem Fall darüber nachdenken müssen, wie wir die Europäische Union in den kommenden Jahren weiter voranbringen können. Für mich ist klar, dass in einer Union mit 27 Mitgliedstaaten auch Modelle zulässig sein müssen, bei denen Gruppen von EU-Staaten mit Projekten vorausgehen. Es ist immer besser, wenn notwendige Reformen der EU von allen Mitgliedstaaten gemeinsam erreicht werden. Aber wenn dies in der konkreten Situation nicht möglich ist, darf dies nicht zum Stillstand führen. Schon Hans-Dietrich Genscher hat in seiner Zeit als Außenminister erkannt: Kein Mitgliedstaat kann gezwungen werden, weiter zu gehen, als er es wünscht. Aber kein Mitgliedstaat darf zugleich die Möglichkeit haben, andere, die weitergehen wollen, daran zu hindern.

Dabei kommt es darauf an, dass diese Formen engerer Zusammenarbeit von Staatengruppen offenbleiben für jene, die zu einem späteren Zeitpunkt folgen wollen. Und es muss gewährleistet sein, dass das langfristige Ziel einer engeren Zusammenarbeit immer die vertiefte Integration der gesamten Union ist. Der Begriff der **europä-politischen Avantgarde** erscheint mir insofern durchaus angemessen. Die gemeinsamen politischen Institutionen und Projekte sind jedoch nur das eine. Mindestens ebenso wichtig ist die gegenseitige Verständigung. Damit meine ich nicht die Verständigung zwischen den Eliten, sondern die zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Die politisch vollzogene Erweiterung muss durch ein Zusammenwachsen der Gesellschaften dauerhaft verankert werden.

Zwischen Deutschland und Frankreich ist dies in herausragender Weise gelungen. Der Frieden zwischen unseren beiden Staaten hat seine Grundlage auch in unzähligen privaten Freundschaften. Die Arbeit des deutsch-französischen Jugendwerks hat für den Frieden in Europa vermutlich mehr bewirkt als so mancher Staatsgipfel mit Brückenbegehung.

Unsere Aufgabe ist es, dass die gleiche Qualität in den Beziehungen endlich auch zwischen östlichen und westlichen EU Mitgliedern erreicht wird. Ein besseres Verständnis der Deutschen und Polen für einander ist genauso Voraussetzung für den Erfolg der EU, wie das gute Verständnis zwischen Deutschen und Franzosen.

Meine Damen und Herren,

der Blick auf den **europäischen Integrationsprozess** zeigt, dass Europa in den Globalisierungsprozess einen unvergleichbaren Erfahrungsschatz einzubringen vermag. Auch global gilt es, tiefe politische und kulturelle Gräben zu überwinden und Mechanismen der Zusammenarbeit zu schaffen, mit denen Chancen und Risiken gerecht verteilt werden. Dabei sind wir Liberalen davon überzeugt, dass sich unsere Prinzipien von Rechtsstaat und Demokratie, einer sozialen Marktwirtschaft und dem Bekenntnis zu den Menschenrechten lang-

fristig auch global als die besten Garanten für Stabilität und Verlässlichkeit erweisen und deshalb auch durchsetzen werden.

Meine Damen und Herren,

der Kooperationsansatz wird auf globaler Ebene nur dann funktionieren, wenn verloren gegangenes Vertrauen wiederhergestellt werden kann.

Einer der Ansatzpunkte einer solchen Politik liegt in einer konsequent betriebenen **Politik für Abrüstung und Rüstungskontrolle**. Nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle, die den Kalten Krieg überwinden half, ist heute massiv geschwächt. Die Konsequenzen sind ein tief gehender Vertrauensverlust, neue Gefahren für die weltweite Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und damit ein wachsendes Risiko für die globale Sicherheit und Stabilität.

Es ist Zeit für eine **Renaissance der Abrüstungspolitik**. Anfang 2007 haben vier große amerikanische Staatsmänner, Henry Kissinger, George Schultz, William Perry und Sam Nunn, die Forderung nach dem vollständigen Verzicht auf Nuklearwaffen erhoben. Anfang 2009 haben in Deutschland Hans-Dietrich Genscher, Richard von Weizsäcker, Egon Bahr und Helmut Schmidt diese Initiative aufgenommen. Präsident Obama hat sich dieses Thema gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft auf die Fahnen geschrieben und Russlands scheint diesen Weg mitgehen zu wollen. Dabei ist klar: Wer die nukleare Abrüstung will, muss auch die konventionelle Abrüstung wollen.

Ich habe bei meinen gerade zurückliegenden Gesprächen in Moskau das klare Interesse von russischer Seite an weitreichenden Abrüstungsschritten signalisiert bekommen. Es ist nicht von primärer Bedeutung, ob es die Kassenlage ist, die Russland hierzu bewegt, oder ob andere Gründe dahinterstehen. Auch das Konzept der Perestroika hatte ohne Zweifel auch ökonomische Hintergründe. Was am Ende zählt, ist das Ergebnis. Wenn sich jetzt die Möglichkeit ergibt zu neuen umfassenden Abrüstungsvereinbarungen, dann muss diese Chance ergriffen werden.

Der Abzug der verbliebenen taktischen US-Nuklearwaffen aus Deutschland wäre eine angemessene Reaktion auf diese Dynamik. Kaum ein anderes Land auf dieser Welt kann so glaubhaft wie Deutschland für den Verzicht auf Nuklearwaffen werben. Unser Land ist ein Beispiel dafür, dass Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und politischer Einfluss auch ohne die nukleare Option realisierbar sind. Deshalb muss sich Deutschland wieder an die Spitze jener Staaten stellen, die der nuklearen Nichtverbreitung ihre ganze Aufmerksamkeit widmen.

Meine Damen und Herren,

Russland wird auch jenseits der Abrüstungsfragen in der deutschen Außenpolitik immer einen herausgehobenen Platz einnehmen. Wir Liberalen übersehen nicht die besorgniserregenden Tendenzen. Bei aller berechtigten Kritik gilt: Deutschland braucht und will die Partnerschaft mit Russland. Wir wollen sie außenpolitisch und auch wirtschaftlich. Genauso klar sage ich: wer glaubt, Stabilität auf Kosten des Rechtsstaats generieren zu können, wird irgendwann feststellen, dass er Instabilität gesät hat.

Diese Brücke aus Kritik und Kooperation zu schlagen, ist nicht immer einfach, aber sie gehört unbedingt zu einer Außenpolitik, die zugleich Interessen verfolgt und sich zu Werten bekennt.

Meine Damen und Herren,

hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfährt Außenpolitik immer dann, wenn sie zur Krisenpolitik wird – wenn die Bundeswehr eingesetzt werden muss, wie in Afghanistan, wenn Konflikte aufbrechen, wie im Nahen Osten, wenn Rohstofflieferungen gestört werden, wenn es gilt, die Folgen von Naturkatastrophen abzumildern, oder wenn schwerste Menschenrechtsverbrechen begangen werden. Die Tagesaktualität ist die eine, gerade für die Medien reizvolle Seite der Außenpolitik. Die großen Herausforderungen der Zukunft kommen weniger dramatisch daher, aber sie haben das Potenzial, unser Leben mindestens ebenso langfristig zu beeinflussen. Bildung, Energie,

der Zugang zu Rohstoffen und Wasser, Nahrungssicherheit, der Klimawandel, die demographische Entwicklung und Gesundheitsfragen sind die eigentlich entscheidenden Faktoren der Zukunft.

Auf lange Sicht ist **Bildung** die vielleicht wichtigste dieser Ressourcen. Bildung schützt vor Diskriminierung und Unterdrückung, sie ist Katalysator der Freiheit. Bildung sichert den Frieden. Bildung mündet in Produkte. Bildung schafft Märkte. Bildung ermöglicht Wohlstand. Bildung bekämpft den Klimawandel. Bildung findet neue Energiequellen. Bildung ist die soziale Frage der Zukunft. Kreativität und Erfindungsreichtum sind prinzipiell überall vorhanden. Der Wettlauf um die beste Bildung ist der demokratische Kern der Globalisierung. Über den künftigen Wohlstand der Nationen wird der Wettbewerb um das beste Bildungssystem noch mehr entscheiden als der Wettbewerb um das beste Steuersystem.

Für uns in Deutschland heißt das, dass wir **international ausgerichtete und wettbewerbsfähige Bildungsangebote ausbauen** müssen. Regierungen kommen und gehen. Aber wer als junger Deutscher auch im Ausland gelernt hat, der bleibt ein Leben lang Weltbürger. Und wer als junger Ausländer in Deutschland gut und gastfreundlich gelernt hat, der bleibt ein Leben lang Anwalt Deutschlands. Auf diese internationale Verflechtung zu verzichten, wäre eine Verschwendung von Geist, gegenseitigem Verständnis und auch von Kapital. Bestehendes Kapital in diesen Bereichen müssen wir ausbauen. Investitionen in die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und in die Weltoffenheit unserer Gesellschaft sind Investitionen in die Zukunft. Es ist wohltuend, dass der auswärtigen Kulturpolitik inzwischen wieder mehr Gewicht beigemessen wird. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Kulturelle Verflechtung nach außen und Weltoffenheit nach innen gehen Hand in Hand. Eine weltoffene Gesellschaft ist die beste Grundlage für eine erfolgreiche Außenpolitik.

Genauso wie Außenpolitik muss **Entwicklungszusammenarbeit werteorientiert und interessengeleitet** sein. Wie jedes andere Politikfeld auch, muss auch die Entwicklungszusammenarbeit laufend auf ihre Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden. Die Erfahrung der

letzten Jahre zeigt, dass wir gerade in der Entwicklungszusammenarbeit mehr Transparenz brauchen, dass wir flexibler werden müssen, und dass wir mehr Hilfe zur Selbsthilfe leisten müssen.

Es ist nicht Aufgabe deutscher Entwicklungshilfe, dort Machthaber zu stabilisieren, wo Regierungen dauerhaft Menschenrechte verletzen. Deswegen müssen die Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe stärker an Kriterien der guten Regierungsführung gebunden werden. Und auch dies gilt es international abgestimmt zu tun, damit Geberländer nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das gilt auch für einen Bereich, auf den wir als FDP in der Entwicklungszusammenarbeit immer besonderen Wert gelegt haben, nämlich auf den [Kampf gegen HIV/Aids](#). In Gebieten, wo sich diese und andere Krankheiten massenhaft ausbreiten, drohen mittelfristig Risiken auf anderen Ebenen, die dann kaum mehr beherrschbar sind. Deshalb müssen wir hier einen Schwerpunkt setzen.

Meine Damen und Herren,

das europäische Kooperationsmodell, das deutsche Außenpolitik bis heute so erfolgreich gemacht hat, ist im Zeitalter der Globalisierung das erfolgversprechendste Konzept. Die Stärke Deutschlands in der Welt hängt eben nicht zuerst mit der Truppenstärke zusammen, sondern mit diplomatischer Klugheit, mit menschlicher Verantwortung und wirtschaftlicher Kraft. Das macht vor allem anderem unsere politische und moralische Autorität aus. Der Westen ist nach unserer Auffassung eben keine geographische Bezeichnung, sondern eine Wertegemeinschaft. Und nur wenn diese Werte in unserem Innersten zu jeder Stunde klar sind, können wir in der Völkergemeinschaft bewirken, was allen dient: Frieden in Freiheit.

Ich danke ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

REDE

Für die freie und faire Gesellschaft

Anrede,

jedes Jahr ist ein wichtiges Jahr. Jedes Wahljahr ist ein entscheidendes Jahr. **Dieses Jahr ist ein Schicksalsjahr.** Es geht um die Richtung Deutschlands. Es geht nicht zuerst um den Erfolg von Parteien. Es geht um Haltungen. Es geht darum, die Werte, die Deutschland groß gemacht haben, zu verteidigen. Der fehlende Kompass der sogenannten Großen Koalition hat die geistige Achse der Republik gefährlich ins Pendeln gebracht. Wir müssen dafür sorgen, dass die geistige Achse nicht weiter nach links verschoben wird.

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Das war mehr als das Wirtschaftswunder. Es war Frieden, die Einbindung in den Westen, die Aussöhnung mit dem Osten. Es war die Einbettung in Europa und in die friedliche Völkergemeinschaft. Es war die deutsche Einheit. Denn wir wollen nicht vergessen, dass unsere Republik schon ein Drittel ihrer Zeit wiedervereignet ist. Vor knapp 20 Jahren haben auch wir Liberale uns wiedervereignet und waren die erste gesamtdeutsche Partei. Das bleibt unsere Verpflichtung. Manche sehen in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit ihren sozialistischen Weizen schon wieder blühen. Sie stellen die soziale Marktwirtschaft infrage. Einige offen,

andere versteckt. Wir haben vor 20 Jahren nicht für die deutsche Einheit gekämpft, um jetzt zuzulassen, dass Sozialismus oder Kommunismus durch die Hintertür der Finanzkrise wieder etwas zu sagen haben.

Manche sagen, was schert mich die Politik. Manche sagen, was geht mich das an. Manche sagen sogar, es sei völlig egal, wer regiert. Das ist eine gefährliche Fehleinschätzung.

Es macht einen riesigen Unterschied, ob Leistung bestraft wird, oder ob die FDP mit ihrer fairen Steuerpolitik dafür sorgt, dass sich Arbeit wieder lohnt.

Es macht einen riesigen Unterschied, ob sich der schleichende Verfall der Bürgerrechte weiter fortsetzt, oder ob die FDP den Respekt vor den Bürgerrechten in der nächsten Bundesregierung wieder stärken kann.

Es macht einen riesigen Unterschied, ob die deutsche Politik unser größtes Kapital, nämlich die Klugheit unserer Jugend, verspielt, oder ob die Liberalen Bildung als Bürgerrecht wieder durchsetzen können.

Es macht einen riesigen Unterschied, ob sich in der Umweltpolitik die Dominanz des Irrationalen weiter verbreitet, oder ob die FDP mit neuen Technologien den Schutz der Umwelt wirklich verbessern kann.

Es macht einen riesigen Unterschied, ob in der Außenpolitik gewartet wird, bis andere handeln, oder ob Deutschland sich mit eigenen Abrüstungsinitiativen politisch wieder zu Wort meldet.

Es macht einen riesigen Unterschied für Deutschland, ob Oskar Lafontaine mit seiner Linkspartei etwas zu sagen hat oder wir, die Freien Demokraten als die Kraft der Freiheit.

Anrede,

was hält unsere Gesellschaft zusammen? Es sind Tugenden wie **Leistungsbereitschaft, Toleranz, Weltoffenheit, Respekt und Anstand.**

Es ist die Familie. Es sind die vielen anderen Lebensgemeinschaften, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Es ist das Ehrenamt vom Sportverein bis hin zu den Gemeinden der großen Kirchen und auch ausdrücklich der anderen Religionsgemeinschaften. Kurzum: Es ist die Bürgergesellschaft, die Deutschland zusammenhält.

Die **Bürgergesellschaft lebt die Toleranz**. Toleranz ist für uns nicht die Gleichgültigkeit gegenüber dem Andersdenkenden, den Anderslebenden. Es ist die aktive Toleranz, die im Anderssein und Andersdenken eine Bereicherung des eigenen Lebens und einer Erweiterung des eigenen Horizonts erkennt.

Die Gesellschaft wird zusammengehalten von **Freiheit und Fairness**. Wir wollen die freie und faire Gesellschaft. Es ist die Freiheit zur Verantwortung, nicht die Freiheit von Verantwortung, die wir meinen.

Die Gesellschaft wird zusammengehalten durch die **Mittelschicht**. Die Mittelschicht baut Brücken, sie ermöglicht Einstieg und Aufstieg. Die Mittelschicht steht der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich entgegen. Die Mehrheit der Deutschen ist nicht reich, und sie ist auch nicht arm. Die Mehrheit der Deutschen ist ganz normale Mittelschicht. Die Mittelschicht ist das Bindeglied unserer Gesellschaft. Und diese Mittelschicht schrumpft. Wenn die Mittelschicht schrumpft, wächst die Ungerechtigkeit in Deutschland.

Während vor zehn Jahren die Mittelschicht etwa zwei Drittel der Bevölkerung ausmachte, ist sie heute nur noch etwas mehr als die Hälfte. Das ist das Ergebnis von schlechter Politik.

Nur in zwei von 30 OECD-Staaten werden Durchschnittsverdiener stärker belastet als in Deutschland. Von einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen nimmt der Staat durch Steuern und Abgaben mehr als die Hälfte. Eine Regierung, die den Menschen mehr abnimmt als sie Ihnen lässt, ist keine faire, erst recht keine soziale Regierung.

Als ich geboren wurde, zahlte jemand den Spitzensteuersatz, wenn er das 14-fache des Durchschnittseinkommens verdiente. Heute zahlt man den Spitzensteuersatz, wenn man das 1,4-fache des Durchschnittseinkommens verdient. Das ist die kalte Progression: Der Arbeitnehmer bekommt eine Gehaltserhöhung, aber kann wegen der Steuern und Abgaben davon fast nichts zu seiner Familie nach Hause bringen

Steuerpolitik ist nicht zuerst Technik, auch nicht zuerst Wirtschaft. Steuerpolitik ist zuallererst eine Gerechtigkeits- und Freiheitsfrage. Gute Familienpolitik beginnt im Steuerrecht mit fairen Freibeträgen für Eltern und Kinder. Es ist unfair, dass dem Steuerstaat Kinder weniger wert sind als Erwachsene. Es ist unfair, wenn die neue Erbschaftssteuer Brüder und Schwestern, Nichten und Neffen wie Fremde behandelt. Die Regierung nennt das Kernfamilie. Ich nenne das familienfeindlich.

Die Hälfte aller Steuerzahler trägt etwa 94 % der gesamten Einkommensteuerlast. Wer redet denn darüber?

Wer die Mitte stärken will, der darf sie nicht länger drangsalieren und belasten. Wer aus der Wirtschaftskrise raus will, der muss der Mitte das Gepäck erleichtern. Wer Deutschland stark machen will, der muss die Mittelschicht wieder stark machen.

Anrede,

was die Mittelschicht in der Gesellschaft, das ist der **Mittelstand** in der Wirtschaft. Es ist die Stärke unseres Landes, dass wir mittelständisch geprägt sind. 30 Millionen Arbeitsplätze sind im Mittelstand. 80 % der Ausbildungsplätze sind im Mittelstand.

Wenn Opel in Schwierigkeiten ist, dann kommt der Vizekanzler, die Bundeskanzlerin und dann noch mal der Vizekanzler. Wenn einem Mittelständler, einem Handwerker, einem Freiberufler die Pleite

droht, kommt der Gerichtsvollzieher. Bei den Großen kommt der Bundesadler, bei den Kleinen kommt der Pleitegeier. Diese DAX-Hörigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik werden wir beenden. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

Arbeit muss sich wieder lohnen. Wer Arbeit sucht und Arbeit annimmt, den darf man doch nicht mit bürokratischen Zuverdienstgrenzen bestrafen. Deshalb haben wir das Bürgergeldkonzept vorgelegt.

Was nutzt übrigens ein Brutto-Mindestlohn auf dem Papier, wenn dieselbe Regierung den Bürgern netto immer weniger belässt? Mehr Netto vom Brutto ist nicht nur gut für Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist auch fair und gerecht.

Wer aufsteht und zur Arbeit geht, der muss auch mehr haben als derjenige, der liegen bleibt.

Ein junger Mensch, der einsteigen will, der muss auch spüren, dass er mehr davon hat, als ein Gleichaltriger, der aussteigt.

Und wer ein Leben lang gearbeitet hat, der hat ein Recht auf eine Rente. Denn die **Rente** ist kein Gnadenbrot und kein Almosen, sie ist die Gegenleistung für ein Leben harter Arbeit.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Das ist gut für die ganze Gesellschaft. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

ein **niedriges, einfaches und gerechtes Steuersystem** ist die Mutter aller Reformen. Faire Steuern sind die Voraussetzung für solide Staatsfinanzen: Bei einem fairen Steuersystem lohnt sich Leistung, und Anstrengung zahlt sich aus. Nur so entsteht die Dynamik, die Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze bringt.

Die Regierung hat sich gegen **Steuersenkungen** ausgesprochen, zunächst müsse die wirtschaftliche Talfahrt beendet sein. Als es wirtschaftlich bergauf ging, war keine Zeit für faire Steuern. Wenn es wirtschaftlich bergab geht, ist angeblich keine Zeit für faire Steuern. Nach dieser Logik ist niemals Zeit für ein neues faires Steuersystem. Elf Jahre lang wurde versucht, den Staatshaushalt über immer höhere Steuern zu sanieren. Die Schulden sind höher als je zuvor. Jetzt ist es an der Zeit, mit fairen Steuern für gesunde Staatsfinanzen zu sorgen. Faire Steuern ruinieren nicht die Staatsfinanzen. Faire Steuern sanieren die Staatsfinanzen, weil nur, wer Arbeit hat, kann auch Steuern zahlen. Wir wissen das. Deshalb wollen wir regieren.

Manche sagen, wir könnten uns keine Steuersenkungen leisten. Das sind die gleichen, die allein mit der Abwrackprämie 5 Mrd.€ Steuer-geld für alte Autos ausgeben. Die Abwrackprämie wird zum Denkmal der gescheiterten Politik dieser Regierung. Wer redet eigentlich über die unzählbaren kleinen Gebrauchtwagenhändler, die auf der Kippe stehen? Wer redet über die Zeit nach der Abwrackprämie und den Autoabsatz dann? Nebenbei bemerkt: 2.500 € für ein altes Auto, aber nur einmalig 100 € für ein junges Kind. Das ist auch eine bemerkens-werte Schiefelage. Eine Regierung, die Geld für eine Abwrackprämie hat, soll nie wieder erzählen, für Bildung sei kein Geld da.

Der Umfang der **Schwarzarbeit** wird bei uns auf etwa 350 Mrd.€ pro Jahr geschätzt. Gelänge es, durch ein faires Steuersystem nur ein Viertel davon in ordentliche Beschäftigung umzuwandeln, wir hätten sprudelnde Staatseinnahmen.

Anrede,

es ist besser, die Volkswirtschaft insgesamt zu entlasten, anstatt von Betrieb zu Betrieb, von Branche zu Branche zu gehen und Subven-tionsschecks der Steuerzahler auszustellen. 90 % aller Investitionen werden in Deutschland von Privaten getätigt. Die Regierung kann noch hundert Konjunkturpakete schnüren. Es wird nur helfen, wenn die privaten Investitionen, die Kaufkraft, die Binnennachfrage wieder wächst.

Anrede,

nehmen Sie die **Gesundheitspolitik**: Durch diesen Gesundheitsfonds ist alles teurer, aber nichts besser geworden. Zum 1. Januar dieses Jahres ist die Gesundheitsreform in Kraft getreten, und schon drei Wochen später mussten Steuermilliarden gesucht werden, um die explodierenden Beiträge zu stabilisieren. Das kommt von der Planwirtschaft, vom Kassensozialismus. Planwirtschaft hat noch nie funktioniert. Warum sollte sie im Gesundheitswesen funktionieren? Dieses bürokratische Monstrum gehört abgeschafft. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

Deutschland braucht ein **Strukturprogramm, das Bürokratie abbaut und ideologische Bremsen löst.**

Bei den Flughäfen könnten etwa 20 Mrd.€ privat investiert werden, wenn die Bundesregierung endlich ein Flughafenkonzept vorlegen würde.

Im Energiesektor könnten etwa 40 Mrd.€ private Mittel investiert werden, wenn die Energiepolitik nur endlich wieder weniger ideologisch gemacht würde.

Wir brauchen im Interesse von Wirtschaft und Umwelt einen **neuen Anfang in der Energiepolitik**. Bundespräsident Köhler hat das Wort von der ökologisch-industriellen Revolution geprägt. Das will ich mir ausdrücklich zu eigen machen. Dazu gehört ein intelligenter Energiemix, und wir werben nachdrücklich für den Ausbau der regenerativen Energien. Aber wir wissen auch, dass dies noch dauern wird. Deswegen brauchen wir saubere Kohlekraftwerke, ebenso wie die sichere Kernkraft als Überbrückungstechnologie. Der Ausstieg aus neuen Technologien schadet der Umwelt. Denn was hilft es der Umwelt, wenn wir in Deutschland die modernsten und sichersten Kraftwerke aus ideologischen Gründen abschalten, um am Tag danach den Strom aus sehr viel unsichereren Quellen aus dem Ausland

einkaufen zu müssen? Ideologie und Bürokratie schaden der Umwelt. Sie schaden der Wirtschaft, sie sind unsozial, weil Energie so immer teurer wird. Und ideologische und bürokratische Energiepolitik ist auch nicht gut für unsere außenpolitische Souveränität. Nur ein Energiemix mit vielen Pfeilern sorgt dafür, dass wir außenpolitisch nicht von einem Lieferanten abhängig und damit erpressbar werden.

Anrede,

knapp 40 Mrd.€ muss der Mittelstand jedes Jahr für **Bürokratie** aufbringen. Ja, wir brauchen ein Konjunkturpaket mit dem Namen: Bürokratieabbau. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

für manchen unter der Berliner Käseglocke sind das alles Kleinigkeiten. Für den Mittelstand ist das aber entscheidend.

Die Betriebe gehen für den Staat in Vorkasse, weil sie immer noch die **Mehrwertsteuer** abführen müssen, bevor die Rechnung überhaupt bei Ihnen bezahlt ist.

Gleiches gilt bei den **Sozialversicherungsbeiträgen**: Bevor die Betriebe ihren Mitarbeitern den Lohn überweisen, müssen Sie die Sozialversicherungsbeiträge an den Staat abführen. Das bedeutet nicht nur Mehrkosten, sondern auch zusätzliche Bürokratie. Im laufenden Monat müssen die Arbeitgeber eine Schätzung der voraussichtlichen Beiträge vornehmen und nach Monatsende dann diese Schätzwerte mit den tatsächlichen Werten abgleichen. Allein dieser bürokratische Aufwand kostet den Mittelstand etwa 4 Mrd.€ pro Jahr.

Oder nehmen Sie die **Unternehmenssteuern**: Durch eine rückwirkende Änderung der Körperschaftssteuer haben die deutschen Unternehmen über 14 Mrd.€ Guthaben bei den Finanzämtern. Sie bekommen ihr Geld aber nicht zurück. Der Staat behält sich eine Ratenzahlung vor, und zwar bis zum Jahr 2017. Betriebe, die in der Krise von den Banken ohnehin nur schwer Geld bekommen, werden

jetzt auch noch so gezwungen, dem Staat einen zinslosen Kredit bis 2017 zu gewähren. So vergrößert man die Wirtschaftskrise. So schadet man den Arbeitsplätzen. Die deutsche Wirtschaftspolitik muss wieder von Frauen und Männern gemacht werden, die wissen, was im Mittelstand los ist. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

noch nie konnten Banken sich für so niedrige Zinsen Geld leihen. Aber Mittelständler reiben sich die Augen, was die Banken dann von Ihnen für Zinssätze verlangen. Wir appellieren an die Banken, ihre günstigen Bedingungen auch an die Kunden weiterzugeben.

Anrede,

unsere Mitbewerber behaupten, die FDP stehe für einen schwachen Staat. Sie haben den Liberalismus nicht verstanden. Wir Liberale bejahen den Staat. Wir wollen sogar den starken Staat. Aber ein Staat, der jeden Rauchkringel in Kneipen gesetzgeberisch vermessen will und gleichzeitig trotz größter Behörde bei der Bankenaufsicht wegschaut, das ist kein starker Staat. Das ist der schwache Staat. **Stark ist der Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und der sich nicht bürokratisch in Bereiche einmischt, aus denen er sich gefälligst herauszuhalten hat.**

Wenn die Staatsaufsicht versagt, ist das kein Marktversagen, sondern Regierungsversagen.

Nun hören wir von Seiten der SPD, die Liberalen seien Schuld an der Finanzkrise. Zur Erinnerung: Die SPD ist seit elf Jahren in der Bundesregierung. Sie stellt seit elf Jahren den Bundesfinanzminister. Für jede Regelung, die gefehlt hat, trägt ja wohl immer noch die Regierung die Verantwortung und wohl kaum die Opposition.

Wir haben als FDP bereits zu Anfang dieses Jahrzehnts eine bessere **Bankenaufsicht** gefordert. Hätte man damals auf Hermann Otto Solms und auf unseren viel zu früh verstorbenen Freund Günter Rexrodt gehört. Es wäre uns viel erspart geblieben.

Der Staat ist nicht der bessere Banker. Das sieht man bei den Staats- und Landesbanken. Seit Jahren rufen wir dazu auf, die Landesbanken, die kein Geschäftsmodell mehr haben, zu veräußern. Als neoliberale Politik der Privatisierung wurde das verteuftelt. Hätte man auf uns gehört, wir hätten heute Milliarden in der Staatskasse und der Steuerzahler hätte nicht Milliarden Schulden am Hals. Was hätte man mit dem Geld alles machen können? Für Kinderheime, für Schulen, für Behinderte?

Töricht ist der, der in wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit einen Gegensatz sieht. Sozial ist der, der erkennt, dass alles, was man verteilen möchte, zunächst einmal erwirtschaftet werden muss. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

bei uns fällt keiner durch den Rost. Wer sich nicht selbst helfen kann, der kann sich auf unsere Hilfe verlassen. Für uns ist **Nächstenliebe** keine staatliche Dienstleistung, sondern die Hinwendung des Menschen zum Menschen.

Liberaler Sozialpolitik begnügt sich nicht mit der Forderung nach immer höheren Hartz IV-Sätzen. Liberale Sozialpolitik sorgt dafür, dass immer weniger Menschen auf Hartz IV angewiesen sind und baut Brücken ins Berufsleben. Es ist nicht sozial, wenn Familien in dritter Generation vom Sozialstaat leben und sich darin eingerichtet haben. Wo Kinder es gar nicht mehr kennen, dass ihre Eltern morgens aufstehen, Ihnen Frühstück machen und dann zur Arbeit gehen. Was soll denn daran sozial sein? Hartz IV darf nicht zum Lebensentwurf werden. Die anderen wollen sich mit Steuergeldern Ruhe erkaufen. Wir wollen mit guter Politik die Menschen zurück ins Berufsleben holen. Das ist fair und gerecht.

Anrede,

die beste Sozialpolitik ist eine erfolgreiche **Bildungspolitik**.

In keinem vergleichbaren Land entscheidet die soziale Herkunft stärker darüber, welche Bildungschancen ein junger Mensch hat als in Deutschland. Wir wollen ein Bildungssystem, das von Anfang an **Chancengerechtigkeit** garantiert, ohne Ergebnisgleichheit am Ziel herstellen zu wollen. Jeder soll es schaffen können. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems bestimmt über die Durchlässigkeit der Gesellschaft.

Um im Unterricht mitzukommen, müssen Schülerinnen und Schüler die deutsche Sprache können. Deutsch in den Schulen zu sprechen, ist doch viel wichtiger, als Deutsch ins Grundgesetz zu schreiben. Bildung und Ausbildung beinhalten die Vermittlung von Werten und Tugenden: Respekt vor dem Gegenüber, Toleranz gegenüber anderen Ansichten und die Fähigkeit, Konflikte friedlich miteinander auszutragen.

Der feste Glaube daran, seine Ziele verwirklichen zu können, macht junge Menschen stark. Selbstverwirklichung wird heutzutage schon als Egozentrik angesehen. Wer sich selbst verwirklichen will, bekommt gleich das Etikett „Generation Ich“ angeklebt. Wer seinen eigenen Weg gehen will, riskiert oft genug den Vorwurf, eigenwillig zu sein. Eigenwilligkeit gilt den Gleichförmigen als Makel. Für uns Liberale ist es ein schönes Kompliment. Wenn jemand eigenwillig ist, hat er seinen eigenen Willen.

Wir sollten Jugendliche zu einem **eigenen Willen** ermutigen. Ihre Talente und Kreativität müssen gefördert und nicht abgeschliffen werden. Das ist der gelebte Geist der Aufklärung. Der eigene Wille befähigt den Menschen, für sich selbst und seinen Nächsten Verantwortung zu übernehmen. Das persönliche Verantwortungsbewusstsein des Menschen für seine Mitmenschen wird die soziale Gerechtigkeit in unserem Land immer besser gewährleisten als jeder staatliche Umverteilung Bürokratie es je könnte.

Bildung ist mehr als Broterwerb. Der Ausfall von Musikunterricht in Grund- und Hauptschulen beträgt im Durchschnitt 63 %. Wir entfernen uns vom Humboldt'schen Bildungsideal. Wir Liberale haben Bildung als Bürgerrecht erfunden. Bildung als Bürgerrecht muss heute in Deutschland neu erfunden werden. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

es hat, wenn ich von der Zeit der Notstandsgesetzgebung in der ersten sogenannten Großen Koalition vielleicht absehe, in der Geschichte unserer Republik noch nie eine so dramatische Phase des **Abbaus von Bürgerrechten** gegeben. Die gemeinsame Bilanz von Schwarz-Rot und Rot-Grün lautet: der gläserne Bankkunde, der gläserne Telefon Nutzer, der gläserne Steuerzahler, der gläserne Patient, der gläserne Fluggast, der gläserne Computer. Demnächst vermutlich auch der gläserne Autofahrer.

Das eine ist, dass die Regierung zu wenig Respekt vor den Bürgerrechten hat. Das andere ist, dass die Gesellschaft das nicht still hinnehmen darf. Wenn wir Liberale gegen uferlose Online-Durchsuchung, Vorratsdatenspeicherung und andere Regierungsvorhaben zu Felde ziehen, hören wir manchmal: „Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“.

Sagen wir das auch den Verkäuferinnen, die an der Kasse und im Pausenraum per Video überwacht wurden?

„Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“?

Wer dieser gefährlichen Logik folgt, der macht aus Mitarbeitern Rechtlose. Der macht aus Staatsbürgern Untertanen. Wer so regiert, der macht sich zur Obrigkeit. Wir Liberale sagen: Gerade, weil ich nichts zu verbergen habe, verbitte ich es mir, vom Staat wie ein Krimineller unter permanenten Generalverdacht gestellt zu werden. Die nächste Bundesregierung muss wieder **Respekt vor den Bürgerrechten** haben. Deshalb wollen wir regieren.

Der **Schutz des Eigentums**, für den unser Grundgesetz steht, darf beim geistigen Eigentum nicht aufhören. Kunst, Kultur, geistiger Fortschritt werden in Deutschland veröden, wenn Künstlern, Kulturschaffenden und Autoren ihr geistiges Eigentum im Internet enteignet wird. Der Schutz von Eigentum ist weit mehr als ein unverzichtbarer Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Er ist ein Wesensmerkmal des Rechtsstaates.

Wie oft hören wir Liberale den Vorwurf: Wer für Bürgerrechte eintritt, der sei ein Sicherheitsrisiko. Sicherheitsrisiko sind diejenigen, die unsere Polizisten gegen Gewalt im Stich lassen. 5.000 Polizistinnen und Polizisten waren rund um den 1. Mai in Berlin im Einsatz. 479 wurden dabei verletzt. Ein Polizist berichtet nach dem Einsatz: „Als der Umzug bei uns auftauchte, wurden wir sofort gespuckt, beleidigt, beworfen, bedroht. Plötzlich flogen Steine auf uns (...). Doch wir durften nicht reagieren. Der Einsatzleiter gab den Befehl: Umzug passieren lassen! Keine Festnahmen! Wir waren entsetzt. Die Straftäter marschierten an uns vorbei und lachten uns aus. (...) Die Polizei hat an diesem Tag rechtsfreie Räume zugelassen. (...) Ich habe keine Lust mehr, für politische Idioten den Hampelmann zu spielen!“ Wenn der normale Bürger mit seinem Auto für fünf Minuten falsch parkt, hat er sofort ein Ticket. Aber wenn kriminelle Linksautonome ein paar Ecken weiter Autos anzünden, dann entscheidet sich der Berliner Innensenator der rot-roten Regierung für eine Höflichkeitsstrategie nach dem Motto: Man darf diese armen, erregten Männer nicht noch mehr reizen. Statt diese Kriminellen festzunehmen, werden Wasserwerfer abgezogen. Das legt die Axt an die Wurzel des Rechtsstaates.

Toleranz ist gut, aber niemals gegenüber der immer wiederkehrenden Gewalt der Intoleranz. Der demokratische Rechtsstaat darf sich niemals arrangieren mit der Intoleranz von Extremisten, nicht von rechts außen, aber auch nicht von links außen. Dafür stehen wir als Kraft der Mitte. Deshalb wollen wir regieren.

Anrede,

auch international gilt: Wir setzen nicht auf das Recht des Stärkeren, sondern auf die Stärke des Rechts. Der Respekt vor der Würde des Menschen – das ist die Grenze, ab der aus dem Prinzip der Nicht-einmischung gemeinsame Verantwortung wird. Wer hier ehrlich auftritt, gewinnt mehr Glaubwürdigkeit als jener, der leisetritt und Deutschland im Ausland nur als oberster Handelsvertreter repräsentiert. Heinrich Böll hat uns ins Stammbuch geschrieben: Es gibt eine Pflicht zur Einmischung in die innere Angelegenheit der Menschenrechte.

Westliche Toleranz und aufgeklärter Liberalismus funktionieren nur, wenn sie der Intoleranz mit klarer Ablehnung begegnen. Regime, die Frauen genital verstümmeln oder ihren Mädchen Bildung verweigern, die Terror exportieren, müssen den Druck der Völkergemeinschaft spüren.

Es ist nicht Aufgabe deutscher Entwicklungshilfe, dort Machthaber zu stabilisieren, wo Regierungen dauerhaft, systematisch und ohne Besserung Menschenrechte verletzen. Kluge Außenpolitik ist interessengeleitet und werteorientiert.

WIE ICH GUIDO WESTERWELLE ERLEBTE¹

Marcel Fürstenau

Es war mein erster Ausflug als junger DW-Korrespondent in die sogenannte große Politik. Der Chef des Berliner Hörfunk-Studios schickte mich im Dezember 1994 zum Sonderparteitag der Freien Demokraten nach Gera. In Erinnerung geblieben ist mir dabei vor allem der Auftritt des Jünglings Westerwelle. Der riss die FDP-Delegierten mit einer fulminanten Rede aus ihrer Depression, in die sie nach einer Reihe von Niederlagen bei Landtagswahlen geraten waren. Auch ich war beeindruckt von der Wortgewalt dieses Mannes. Welch ein Kontrast zum behäbigen Parteivorsitzenden Kinkel! Westerwelles Leitgedanke von der Leistungsbereitschaft war zwar nichts grundlegend Neues für die FDP. Aber so, wie er das Thema variierte, hatte es etwas Frisches und Provozierendes.

Für mich stand fest: Für dieses außergewöhnliche politische Talent würde der Job des Generalsekretärs nur eine Zwischenstation auf dem weiteren Weg nach oben sein. So kam es dann auch. Allerdings be-

obachtete ich Westerwelles Aufstieg nach meiner FDP-Premiere in Gera fast ein Jahrzehnt nur noch aus der Ferne. Erst im Mai 2003 in Bremen besuchte ich wieder einen Bundesparteitag. Der Vorsitzende hieß inzwischen Westerwelle. Mit seinen 41 Jahren wirkte er auf mich noch immer jugendlich. Es war die Zeit, in der die FDP auf Bundesebene schon lange nicht mehr an der Macht war und ihr Chef als substanzloser Spaßpolitiker verschrien war.

Ich nahm ihm aber seine selbstkritischen Worte ab. Da hat einer aus seinen Fehlern gelernt, war ich überzeugt. Das Gefühl, Westerwelle könne seinen Ehrgeiz nur schwer zügeln, blieb jedoch. Und dass er dabei auch mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit gegenüber Konkurrenten vorgehen würde, stand für mich außer Frage.

Als Westerwelle im Mai 2006 den Vorsitz der FDP-Bundesfraktion übernahm, begann meine intensivste journalistische Zeit mit diesem außergewöhnlich begabten,

aber auch umstrittenen Politiker. Die nun regelmäßigen Begegnungen in Hintergrundkreisen und bei anderen Gelegenheiten schärfen meinen Blick auf den Menschen. Westerwelle war im Umgang ein ausgesprochen höflicher, kultivierter Mann. Manche fanden ihn eher steif und gestelzt. Mir gefiel sein persönliches Auftreten meistens. Ich mag witzige und schlagfertige Menschen.

Europäer aus Leidenschaft, nicht aus Kalkül

Ich erlebte aber auch oft den nachdenklichen Westerwelle. Einen, der auf Parteitagen und im persönlichen Gespräch zum Beispiel über seine Teenager-Erfahrungen in Frankreich erzählte. Dort erlebte er bei Älteren Ressentiments gegenüber dem deutschen Urlauber. Ressentiments, die ihren Ursprung in der Nazi-Vergangenheit seines Heimatlandes hatten. Dafür hatte Westerwelle großes Verständnis. Er erzählte diese Geschichte oft. Nicht aus Kalkül, sondern aus Leidenschaft für Europa. So habe ich es jedenfalls wahrgenommen.

Westerwelles größten Triumph erlebte ich im September 2009 als Live-Reporter bei der Bundestagswahl. Die FDP erzielte mit ihm als Spitzenkandidat 14,6 Prozent – das mit Abstand beste Ergebnis überhaupt. Damit war klar, dass die Liberalen nach elf Jahren Opposition auf die Regierungsbank zurückkehren würden. Auf der nahm Westerwelle als Außenminister und Vizekanzler Platz. Für mich endete damit die

Zeit, in der ich ihm als Journalist relativ Nahe gekommen bin.

Meistens hat es Spaß gemacht

Da für Außenpolitik andere Kollegen zuständig sind, traf ich Westerwelle nur noch selten – auf Parteitagen oder beim Dreikönigstreffen in Stuttgart. Die letzten beruflichen Begegnungen mit ihm waren zugleich das Ende seiner steilen, aber auch kurvenreichen Karriere. Als die FDP im September 2013 erstmals aus dem Bundestag flog, war ich wieder als Reporter auf ihrer Wahlparty. Es war der traurigste Abend im politischen Leben Guido Westerwelles.

Ich musste an diesem historischen Tag an meine erste Begegnung mit ihm 1994 in Gera denken. Mit 51 geht so einer in die politische Rente? Irgendwie fand ich das schade. Ihn über viele Jahre mit der nötigen professionellen Distanz begleitet zu haben, hat mir meistens Spaß gemacht. Das kann ich längst nicht über jeden Politiker sagen.

Marcel Fürstenau ist ein deutscher Journalist und Redakteur beim Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland DEUTSCHE WELLE. Er verfasst zudem regelmäßig Beiträge für die Onlineplattform für Europapolitik EURACTIV.

Abschnitt

4

**FDP-BUNDES-
VORSITZENDER,
BUNDESAUSSEN-
MINISTER
(2009-2013)**

4

VERANTWORTUNG IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Die Bundestagswahl im September 2009 hatte der FDP einen überragenden Wahlerfolg gebracht, sodass die ursprünglich schon für 2005 angedachte schwarz-gelbe Regierungskoalition nun möglich wurde. Die Koalitionsverhandlungen mit der Union konnten schnell abgeschlossen werden, und am 28. Oktober 2009 wurde Guido Westerwelle als Bundesminister des Auswärtigen vereidigt.

In den, in diesem Band dokumentierten Reden im Deutschen Bundestag – zum einen zur Vorstellung des Regierungsprogramms der schwarz-gelben Koalition, zum anderen bei den Haushaltsberatungen 2010 – stellte der neue Bundesaußenminister seine Pläne ausführlich vor. Grundlegend war auch sein Redebeitrag bei der Münchner Sicherheitskonferenz, im Februar 2010, den wir hier ebenfalls abdrucken. Zwar war Westerwelle bereits in den Vorjahren als Gast

bei den Konferenzen im Bayerischen Hof gewesen; nun aber stellte er die offizielle Regierungspolitik dar. Hier verfolgte er als Bundesaußenminister die Linien weiter, die er schon in früheren Reden – wie auch hier in dieser Zusammenstellung nachzulesen – für die liberale internationale Politik definiert hatte: Dass die deutsche Außenpolitik wertegeleitet und interessenorientiert ist; dass sie auf Kooperation statt Konfrontation setzt; dass sie ausdrücklich Friedenspolitik ist; und nicht zuletzt: dass sie Abrüstungspolitik ist, also auch der Vorstellung einer Welt ohne Atomwaffen folgt.

In der bundesdeutschen Politik sah sich die FDP auf gutem Wege, den vor der Bundestagswahl angekündigten Politikwechsel in der Koalition mit der CDU/CSU durchzusetzen. Tatsächlich wurden die Auswirkungen der Eurokrise in 2010, vor allem im wirtschafts- und finanz-

politischen Bereich immer stärker spürbar: Die Kosten für die Bewältigung der Schuldenkrise wie veränderte Mehrheiten im Bundesrat machen die Pläne der FDP für die im Wahlkampf versprochenen Steuersenkungen zunichte. Die Stimmung im Land, aber auch in der FDP, begann, sich einzutrüben.

Als Bundesaußenminister widmete sich Westerwelle speziell den Themen Menschenrechte, Europa, Abrüstung oder Friedenspolitik, besonders aber auch den Umbrüchen und Freiheitsbestrebungen in der Arabischen Welt und in anderen Teilen Afrikas. Die hier abgedruckten Reden, vor allem auch die im Oktober 2010, erneut auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gehaltene Grundsatzrede, und die Rede im September 2011 vor der 66. Generalversammlung der UNO legen hiervon Zeugnis ab.

Im Inland wurde die Situation für die Liberalen zunehmend schwierig. Die schwarz-gelbe Bundesregierung blieb unter Druck, fand keine einheitliche Linie in der Steuerpolitik, dem Kernthema der FDP im Wahlkampf, und viele der für die Liberalen wichtigen Punkte wurden kassiert. Kritik an Westerwelle wurde lauter – sowohl am Außenminister, der ohnehin von Beginn an kritisch von der Presse begleitet worden war, als auch am Parteichef. Westerwelle entschied sich, beim

Parteitag 2011 nicht mehr zum Vorsitz zu kandidieren und zog in seiner, hier abgedruckten „Abschiedsrede“ gewohnt selbstbewusst, aber auch bewegt und „mit ein bisschen Sentimentalität und auch Melancholie“ Bilanz seiner 17 Jahre als Generalsekretär und Parteivorsitzender.

Zwei Jahre später verfehlte die FDP äußerst knapp den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag, und auch Guido Westerwelle schied aus dem Amt des Bundesaußenministers. Obwohl keine eigentliche „Rede“, haben wir seine, in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ gezogene Bilanz seiner Amtszeit in diese Zusammenstellung aufgenommen.

Bundesaußenminister Westerwelle zum Regierungsprogramm 2009

Frau Präsidentin!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zunächst einmal an das anknüpfen, was Herr Kollege Vaatz hier eben gesagt hat. Das ist eine außerordentlich kluge und vor allen Dingen bemerkenswerte Einschätzung gewesen. Denn die vielen Gäste, die wir gestern empfangen konnten, haben alle ausgedrückt, wie beeindruckt unsere befreundeten Partner in der Welt von dieser **friedlichen Revolution** gewesen sind. Jeder hier weiß, dass das auch viel Staatskunst verlangt hat. Jeder kennt die Rolle von Helmut Kohl, von Hans-Dietrich Genscher und – es wächst zusammen, was zusammen gehört – von Willy Brandt; er sei ausdrücklich genannt. Aber niemand darf dabei vergessen: Die wahren Helden waren diejenigen, die nicht wussten, ob auf sie geschossen wird, als sie auf die Straße gingen. Das waren die wahren Helden dieser Zeit.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeord-
neten der SPD,
der LINKEN und
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN

Meine Damen und Herren, das hat natürlich auch viel mit **außen-
politischer Tradition und Kontinuität** zu tun gehabt. In Wahrheit ist die Außenpolitik seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wirklich großes Inventar unserer Republik. Diese Kontinuität hat die Außenpolitik aller Regierungen vor uns – aller Regierungen – aus-
gezeichnet, und diese Kontinuität wird selbstverständlich auch jetzt

fortgesetzt werden. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik, sie ist interessengeleitet, aber sie ist ausdrücklich auch werteorientiert. Das ist der Kompass. Der galt früher, und der gilt auch in Zukunft.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Das hat die Angst vieler Völker der Welt vor uns Deutschen genommen, das hat uns in die friedliche Völkergemeinschaft zurückgeführt. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich gleich am Anfang sagen: Wir stehen mit dieser Bundesregierung für eine Einbindung unserer Politik in die europäische Politik und in die Politik der Völkergemeinschaft. Wir wollen keine Alleingänge, sondern wir wollen gemeinsames Handeln; auch dies ist wichtig. Ich möchte nachdrücklich sagen: Es soll jedem klar sein, dass Kontinuität nicht mit Ideenlosigkeit verwechselt werden darf. Jeder setzt seine eigenen Akzente. Ich möchte ausdrücklich hinzufügen: Das hat auch Bundesaußenminister Steinmeier getan. Da es das erste Mal ist, dass ich in diesem Hohen Hause in meinem neuen Amt sprechen darf, möchte ich mich bei ihm, gewissermaßen in Abwesenheit – ich hätte es ihm gerne persönlich gesagt –, für seine Amtsführung in den letzten Jahren sehr herzlich bedanken.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeordneten
der SPD und
des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN

Es ist immer so: Jeder denkt natürlich an die eigene Handschrift, an die eigenen Akzente, und es gibt Dinge, die aus meiner Sicht und aus Sicht der Bundesregierung vielleicht noch besser gemacht werden können. Ich möchte zunächst vor allen Dingen auf die **Europapolitik** Bezug nehmen. Ich habe sehr früh, lange vor der deutschen Einheit, von Hans-Dietrich Genscher ein Selbstverständnis gelernt, das mich sehr geprägt hat. Damals sagte er mir als jungem Studenten: Die Europäische Union heißt Europäische Union und nicht Westeuropäische Union. – Das ist kein selbstverständlicher, einfach so dahingesprochener Satz, sondern es ist in Wahrheit ein Auftrag an unsere Generation, zu vollenden, was andere vor uns begonnen haben – abermals seien zum Beispiel Willy Brandt und Walter Scheel genannt –, dass die tiefe Freundschaft, die wir mit unseren westlichen Nachbarn erreichen konnten – wir sprechen längst nicht mehr nur von Partnerschaft, sondern selbstverständlich von einer Freundschaft der Völker –, auch mit unseren östlichen Nachbarländern möglich wird, dass sie wächst und dass sie gedeiht. Deswegen habe

ich meine erste Antrittsreise nach **Polen** unternommen. Ausdrücklich habe ich als erstes Land, in das ich im Rahmen meiner Antrittsbesuche gereist bin, Polen und dort Warschau besucht. Das soll auch von mir ganz persönlich ein klares Bekenntnis sein: Wir wollen, dass die Freundschaft, die zum Beispiel im deutsch-französischen Verhältnis gewachsen ist, auch für das deutschpolnische Verhältnis selbstverständlich wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass die Ressentiments, die es selbstverständlich gibt – wie könnte es in Anbetracht unserer Geschichte auch anders sein? –, als Vergangenheit zurückbleiben.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeord-
neten der SPD und
der LINKEN und der
Abg. Claudia Roth
[Augsburg]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]

Wie jeder von Ihnen habe ich in meiner politischen Laufbahn viele Gespräche geführt und das eine oder andere fürs Leben mitgenommen. So ist es mir wichtig, dass ich in den 90er-Jahren – schon etwas näher an der Politik stehend: im Vorstand meiner Partei, später als Generalsekretär und dann als junger Abgeordneter – noch erlebt habe, wie Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher in der Europa-politik immer größten Wert darauf gelegt haben, dass Europa nicht nur ein Konzert der großen Staaten in Europa ist. In Europa gibt es keine kleinen Länder. Auch die geografisch kleinen Länder sind in Europa ganz groß, auf Augenhöhe. **Respekt vor allen Mitgliedstaaten** der Europäischen Union, das soll unsere, das wird auch meine Hand-schrift sein.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Deswegen ist es mir ein Anliegen gewesen – und ich werde das in dieser Woche fortsetzen –, gleich am Anfang selbstverständlich nicht nur Frankreich, unseren wunderbaren Freund und Nachbarn, zu besuchen, sondern auch die kleineren Nachbarländer, die Benelux-länder, wie sie oft genannt werden, aufzusuchen.

Zuruf vom
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:
„Es gibt doch
keine mehr!“

– Ich habe es doch gerade erklärt; vielleicht ertragen Sie es einfach mal. Ich glaube, dass Sie es verstehen können. Ich bitte wirklich darum. – Ich halte es deshalb für so wichtig, diese Länder zu be-suchen, weil ich es nicht gut finde, wenn Länder wie beispielsweise Luxemburg, wenn Länder wie die Niederlande oder wenn Länder wie Belgien das Gefühl bekommen, gewissermaßen eingedrängt oder nicht genügend beachtet zu werden. Ich war persönlich überrascht,

dass der letzte bilaterale Besuch eines deutschen Außenministers in Belgien – nicht in Brüssel/Europa, sondern in Belgien – neun Jahre zurücklag.

Jürgen Trittin
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
„Unser Joschka!“

Ich glaube, es ist wichtig, dass, gerade weil Deutschland ein so großes Land ist, wir als Deutsche Wert darauf legen: In Europa wollen wir uns mit Respekt begegnen. Deswegen haben wir unsere Sprache, selbst wenn es Kontroversen gibt, so zu wählen, dass sich niemand in unseren Nachbarländern, auch nicht in Luxemburg, beleidigt und gekränkt fühlen muss.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Schließlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist es wichtig und selbstverständlich Tradition, dass alle bisherigen deutschen Regierungen das [transatlantische Verhältnis](#) als eine ganz besondere Partnerschaft angesehen haben. Wir wollen Partnerschaft mit vielen Ländern in der Welt, wir wollen uns bemühen, mit vielen Ländern in der Welt – mit ärmeren wie reicheren, mit geografisch größeren wie kleineren – gute Beziehungen zu pflegen. Aber außerhalb von Europa sind die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur unser stärkster, sondern auch unser treuester Verbündeter. Wir stünden nicht hier mit freier Rede an diesem Platz, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika nicht dafür geradegestanden hätten, in ihrer gesamten gemeinsamen Geschichte mit uns.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Sie werden nicht erwarten, dass man in den ersten Tagen über alles Bilanz zieht und über alles schon eine abschließende Meinung hat. Ich habe jetzt viele Außenminister getroffen, hatte die Ehre, mit vielen Regierungschefs zu sprechen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit es Sie beruhigt: Alle hatten einmal ihren ersten Tag. Dementsprechend will ich nicht den Eindruck erwecken, als sei schon alles aufgeschrieben und abschließend benannt. Ich möchte Ihnen anbieten, dass wir in den großen Fragen, die vor uns liegen – ob es um das Konzept der selbsttragenden Sicherheit in Afghanistan geht; ob es um den Iran geht; ob es darum geht, die Rede, die Bundeskanzlerin Merkel in Washington gehalten hat, in der Völkergemeinschaft politisch mehr und mehr mit Leben zu erfüllen –, gemeinsam die Politik bespre-

chen. Es geht jetzt darum, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen. Ich möchte Sie herzlich um Ihre Zusammenarbeit bitten. Gleichzeitig biete ich Ihnen als den Abgeordneten hier in diesem Hohen Hause, und zwar allen Fraktionen, nachdrücklich eine faire und gute Zusammenarbeit an, weil ich glaube, dass Außenpolitik vor allen Dingen eine gemeinsame Politik unseres Landes ist. Ich danke deshalb auch sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Anhaltender Beifall
bei der FDP; Beifall
bei der CDU/CSU

REDE

Bundesaußenminister Westerwelle zur Haushaltsdebatte 2010

Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Deutsche Außenpolitik ist **Friedenspolitik**. Diese Kontinuität zu wahren, das gehört nach Auffassung der christlich-liberalen Bundesregierung zum Wertvollsten, was wir Deutsche an politischem Inventar zu bieten haben. Weil deutsche Außenpolitik Friedenspolitik ist, setzen wir auf **Abrüstung**. Ich möchte auf eine Begegnung aufmerksam machen, die in der Öffentlichkeit bisher vielleicht noch nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden hat. In zwei Wochen kommen hier in Berlin acht Persönlichkeiten zusammen: Henry Kissinger, Richard von Weizsäcker, Sam Nunn, Helmut Schmidt, William Perry, Egon Bahr, George Shultz und Hans-Dietrich Genscher. Diese acht Männer haben jahrzehntelang für den Frieden gearbeitet. Sie haben Vertrauen gestiftet. Sie haben Konflikte überwunden, und sie sind ganz gewiss keine naiven Persönlichkeiten. Heute eint diese acht erfahrenen Persönlichkeiten die gemeinsame Überzeugung, dass eine **nuklearwaffenfreie Welt** nötig und möglich ist. Auf diesem Wege wollen auch wir als christlich-liberale Bundesregierung gehen. Wir sind der Überzeugung: Nach dem Jahrzehnt der Aufrüstung brauchen wir jetzt ein Jahrzehnt der Abrüstung; Abrüstung ist das Gebot der Menschheit in diesen Jahren.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU
und der SPD

Wer die Chancen der Globalisierung sieht, erkennt natürlich auch die Gefahren. Ich will nicht, so wie ich das früher in Generaldebatten vormittags oft getan habe, über die innenpolitischen, wirtschaftspolitischen und bildungspolitischen Fragen der Globalisierung sprechen, sondern über die außenpolitischen. Die Globalisierung ist chancenreich; aber sie hat auch Schattenseiten, zum Beispiel die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Der internationale Terrorismus, auch der Sumpf von radikalen Ideologien in der Welt und nicht mehr nur in Regionen, das Vernetzen von Fundamentalismus, Radikalismus, Menschenverachtung und Unmenschlichkeit, all das ist natürlich eine Geißel unserer Zeit, ein Ergebnis des technologischen Fortschritts und der Globalisierung. Wer die Globalisierung mit realistischem Optimismus begrüßt, der muss zugleich auf Abrüstung setzen, um die globalisierte Welt sicherer zu machen.

Beifall des Abg.
Alexander Ulrich
[DIE LINKE]

Der amerikanische Präsident Barack Obama hat insofern ein Fenster der Gelegenheit, wie man es nennt, aufgestoßen. Ich meine damit nicht in erster Linie seine Rede in Kairo – die auch –,

Claudia Roth
[Augsburg]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
„Die in Prag!“

sondern vor allen Dingen, Frau Kollegin Roth, seine Rede in Prag, eine Rede, die meiner Meinung nach viel zu wenig beachtet worden ist. Hier sehen wir, dass ehrgeizige, visionäre Ziele formuliert werden können. Es ist richtig, dass wir den amerikanischen Präsidenten beim Wort nehmen. Damit wir uns auch hier nicht missverstehen: Wir wollen nukleare Abrüstung nicht, um leichter konventionelle Kriege führen zu können, sondern für uns als christlich-liberale Bundesregierung und, wie ich hoffe, auch für das ganze Haus gehen nukleare Abrüstung und konventionelle Abrüstung Hand in Hand. Das müssen wir allen waffenreichen Regionen in der Welt immer wieder ins Stammbuch schreiben.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU
und der SPD

Wir sprechen mit unseren Partnern und Verbündeten über **Ab-rüstung**. Das stand vielleicht bei den Berichten über eine Reihe von Antrittsbesuchen auf meinen ersten Auslandsreisen, die ich machen durfte, zum Teil ja auch in Begleitung von Kolleginnen und Kollegen, nicht sofort ganz vorne auf den Titelseiten, aber es ist gleichwohl ein Kernanliegen unserer Politik. Wir wollen nämlich, dass auslaufende

oder auch nie ratifizierte Verträge über Rüstungskontrolle wirksam bleiben bzw. wirksam werden. Wir sprechen also mit unseren Partnern und Verbündeten über Abrüstung; das habe ich gerade erst auch in Japan getan, wohin mich verschiedene Kollegen nahezu aller Fraktionen dieses Hauses begleitet haben. Wir wollen mit unseren Verbündeten auch darüber sprechen, dass die letzten in Deutschland stationierten Nuklearwaffen abgezogen werden.

Beifall der Abg.
Ulrike Flach (FDP)
und Wolfgang
Gehrcke
(DIE LINKE)

Wir setzen auf die Friedensdividende. 20 Jahre nach unserer Wiedervereinigung – dieses wunderbare Jubiläum feiern wir ja dieses Jahr – ist es an der Zeit, dass wir uns alle gemeinsam diese Friedensdividende politisch erarbeiten. Die Welt friedlicher zu machen, das ist auch eine Antwort auf die Globalisierung unserer Zeit.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei
Abgeordneten
der SPD

Aber wir sind nicht naiv. Deswegen vergessen und ignorieren wir nicht die Gefahren, die es gibt. Ich muss den kundigen und interessierten Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses, die jetzt bei dieser Debatte dabei sind, nicht viel über die großen Herausforderungen und Gefahren sagen. Wir hatten schon gestern Gelegenheit, darüber zu sprechen. Es gibt viele Sorgen. Denken wir an den Jemen oder an Afghanistan. Darüber wurde hier schon oft diskutiert. Wir alle wissen, was eine **atomare Bewaffnung des Iran** an Destabilisierung insbesondere für die Region, aber auch für die Welt bedeutet. Natürlich wissen wir auch, dass wir beim Nahostkonflikt neue Impulse brauchen, um Gesprächsfähigkeit wiederherzustellen. Deswegen drängen wir alle da, wo wir es können, darauf, dass die Friedensgespräche wieder aufgenommen werden. Ich will hier aber genauso klar sagen, meine Damen und Herren, weil das aus Sicht der Bundesregierung Teil der Staatsräson ist: Zur Sicherung des Friedens gehört ausdrücklich auch die Anerkennung des Existenzrechts Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen. Ich sage das vor dem Hintergrund der gerade eben stattgefundenen deutsch-israelischen Regierungskonsultationen, die angesichts unserer eigenen Geschichte ein bemerkenswertes Ereignis waren. Man sollte bedenken, dass dieses dunkelste und grausame Kapitel unserer Geschichte weniger als ein Menschenleben her ist. Es ist deswegen für die Bundesregierung völlig klar – das möchte ich hier auch ohne Wenn und Aber noch

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
der SPD sowie bei
Abgeordneten der
LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

einmal festhalten –: Israel hat das Recht auf eine sichere Existenz, auf Sicherheit der eigenen Bürgerinnen und Bürger in sicheren Grenzen. Wer das mit antisemitischen Reden bestreitet, wie es zum Beispiel die iranische Regierung tut, der muss wissen, dass wir alle, also alle Deutschen, dem stets entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen werden.

Dass wir für die Zweistaatenlösung werben, das muss ich, weil es auch Teil der Staatsräson ist und Politik der letzten Regierungen war, eigentlich gar nicht erwähnen. Es versteht sich von selbst. Natürlich gehört zur Zweistaatenlösung zugleich das Recht der Palästinenser auf einen eigenen lebensfähigen Staat. Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen all das deswegen in großer Klarheit gesagt, weil ich nach meinen vielen Gesprächen in den letzten Wochen und Monaten befürchte, dass die Zeit der Entscheidung kommen wird, und zwar in den nächsten Wochen. Wir müssen uns entscheiden, wie wir als Teil der Völkergemeinschaft auf die Gesprächsverweigerung des Iran reagieren. Deswegen sage ich hier für die deutsche Bundesregierung in großer Klarheit: Für uns ist eine atomare Bewaffnung des Iran in keiner Weise akzeptabel. Wenn der Iran nicht zu Gesprächsfähigkeit zurückfindet, wenn er nicht endlich wieder verhandelt, wenn er nicht seinen selbst übernommenen internationalen Verpflichtungen wieder entspricht, dann werden wir notfalls auch bereit sein, in der internationalen Gemeinschaft eine Ausweitung der Sanktionen zu beschließen. Wir werden jedenfalls einer atomaren Bewaffnung des Iran mit Sicherheit nicht zuschauen, ohne irgendetwas dagegenzusetzen. Niemand in diesem Hause könnte das verantworten.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie des Abg.
Dr. Rolf Mützenich
[SPD]

Wir werden in der nächsten Woche eine große Debatte über **Afghanistan** führen. Erlauben Sie mir, weil wir alle in Vorbereitung auf die Afghanistan-Konferenz auch in den jeweiligen Fraktionen beraten und diskutieren, was zu tun ist, einige Worte dazu zu sagen. Wir werden nächste Woche eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin hören. Das ist das selbstverständliche Recht des Parlaments. Zugleich ist es aber auch ausdrücklich die Absicht und der Wunsch der Regierung; denn wir haben ein Interesse an einer möglichst breiten Mehrheit in diesem Hause bezüglich der Afghanistan-Politik. Ich rechne nicht

mit jedem, aber ich setze auf alle und ihre Vernunft. Meine Damen und Herren, wir dürfen dem Terror in Afghanistan keinen neuen Rückzugsraum geben. Wir wollen bitte nicht vergessen: Millionen Frauen und Männer in Afghanistan setzen auf uns. Sie haben etwas Freiheit erringen können, zum Beispiel für Mädchen und Frauen. Das ist der wahre Grund, warum wir in Afghanistan sind: um unsere eigene Gesellschaft vor Terrorismus zu schützen, aber zugleich auch, um unserer mitmenschlichen Verpflichtung nachzukommen, damit Frauen nicht ermordet werden, nur weil sie so leben möchten, wie wir es bei uns als selbstverständlich ansehen, damit Brunnen gebohrt werden können, damit es eine Perspektive für dieses Land gibt. Die Völkergemeinschaft kann es sich nicht leisten, dass dieser Staat strauchelt oder sogar fällt. Das ist eine Herausforderung für die ganze Wertegemeinschaft und hat mit einer Militarisierung von Außenpolitik nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wer jetzt kopflos aus Afghanistan abziehen würde, ließe Millionen Menschen im Stich und schickte viele von ihnen in den sicheren Tod durch Taliban-Henker. Das muss einmal ausgesprochen werden.

Beifall bei
der FDP und
der CDU/CSU

Ich habe Anfang dieses Jahres dazu fünf Punkte vorgeschlagen, die die breite politische Agenda in London prägen sollen. Ich brauche das an dieser Stelle nicht noch einmal vorzutragen. Nur so viel: Für uns ist völlig klar – ich hoffe, dass wir im Deutschen Bundestag derselben Überzeugung sind –, dass wir zunächst einmal über unsere Ziele in Afghanistan reden müssen, darüber, was wir an Aufbau und Stabilisierung der guten Regierungsführung schaffen wollen, darüber, wie wir wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Menschen dort schaffen können und was wir tun können, um dem Terrorismus den Boden zu entziehen. All das gilt es zunächst einmal zu besprechen und zu diskutieren. Erst dann kann es um Weiteres gehen. Ich habe entgegen manchem Zeitungsbericht nie gesagt, dass eine Aufstockung zum Beispiel unserer Ausbildungskapazitäten bei der Bundeswehr auf keinen Fall infrage komme. Ich habe auch nie gesagt, dass wir das in jedem Fall machen. Ich habe nur auf die Reihenfolge Wert gelegt – dabei bleibe ich auch für die Bundesregierung; in genau dieser Reihenfolge wollen wir das beraten –: Zunächst einmal geht es um die Ziele, um die Perspektive für Afghanistan; dann kommt lange nichts, und dann

geht es um den militärischen Schutz. So ist die Reihenfolge: Strategie, dann Instrumente, und erst dann geht es um die Frage der Truppen und des militärischen Schutzes. Das ist die richtige Reihenfolge. Deswegen bleiben wir dabei. London muss einen breiten politischen Ansatz haben und darf keine Truppenstellerkonferenz sein. Das ist die Haltung der gesamten Bundesregierung.

Beifall bei
der FDP und
der CDU/CSU

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen dabei natürlich auch auf die Stärkung der zivilen Institutionen. Wir haben – das ist gar keine Frage – natürlich auch einen **Dank** auszusprechen; das möchte ich an dieser Stelle tun. Ich möchte mich – ich vermute, das gilt für das gesamte Hohe Haus – für die Arbeit der zivilen Helfer überall auf der Welt, aber auch ausdrücklich für die Arbeit der Frauen und Männer der Bundeswehr herzlich bedanken. Wenn wir hier über auswärtige Politik reden, dann ist dieser Dank des Hohen Hauses angebracht. Wir sind stolz auf die Arbeit, die geleistet wird, und wir sind dankbar dafür, dass Männer und Frauen international tätig sind – sei es in Afghanistan, auf dem Balkan oder an anderer Stelle. Herzlichen Dank dafür!

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU,
der SPD und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Meine Damen und Herren, natürlich ist das erfolgreichste Friedensprojekt die **Europäische Union**. Wir setzen deswegen darauf, dass das Kooperationsmodell fortentwickelt wird. Das ist die Lehre aus unserer Geschichte: nicht Konfrontation auf einem Kontinent der Kriege – das ist die europäische Geschichte –, sondern Kooperation als Friedensantwort auf wirklich furchtbare Jahre. Ich möchte all denen, die nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages fragen, wie es weitergeht – er ist ja eine wirkliche Verbesserung –, und auch denen, die wie wir alle bei Europa vieles kritisch sehen, sagen: Am Schluss sollte man sich immer wieder daran erinnern, warum wir das alles gemacht haben. Es ist nicht nur gemacht worden für Wohlstand – auch –, nicht nur für Reisefreiheit – auch –, zuallererst ist das alles gemacht worden für Frieden und Ausgleich. Wenn uns die Europäische Union nicht mehr gebracht hätte als jahrzehntelangen Frieden auf unserem Kontinent, schon das hätte sich für jeden Deutschen und auch für jeden anderen europäischen Bürger gelohnt.

Deutsche Außenpolitik ist **interessengeleitet** und **werteorientiert**. Deswegen sehen wir keinen Gegensatz darin, dass wir uns einerseits Märkte eröffnen wollen und andererseits auf die Einhaltung von Menschenrechten drängen. Für uns ist das kein Widerspruch, sondern für uns gehört dies zusammen. Interessengeleitet und werteorientiert: Ich habe bei meinen Reisen nach China und in die arabische Region gesehen, dass das sehr wohl miteinander vereinbar ist. Wir wollen unsere Wirtschaftsinteressen auch in anderen Ländern der Welt wahrnehmen. Wie können wir sonst Exportweltmeister sein und Wohlstand in unserem eigenen Lande schaffen? Aber wir werden deswegen zu keiner Zeit auf Werte, auf Menschenrechte, auf Bildung, auf Religionsfreiheit, auf Pluralität und auf Minderheitenschutz verzichten. Wir machen in der Sache der Menschenrechte keine Kompromisse. Denn wir wissen: Werteorientierung und Interessenleitung gehören beide zum Kompass einer guten deutschen Außenpolitik.

Meine Damen und Herren, für diese Politik ist es natürlich auch wichtig, dass wir die **auswärtige Kultur und Bildungspolitik** ausbauen. Darüber wird zwar kaum gesprochen. Aber etwa ein Viertel des Etats, den wir heute beraten, geht in die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Das ist übrigens etwas, das ich fortsetzen möchte. Denn da hat die Politik meines Amtsvorgängers aus unserer Sicht die Weichen richtig gestellt. Wir werden diese Politik fortführen. Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wird also ein wichtiger Bestandteil unserer Außenpolitik sein. Wir wollen einen engen **Dialog mit allen Ländern in der Welt**, insbesondere mit unseren unmittelbaren Nachbarn sowie mit Russland und mit China. Aber wir vergessen nicht die Balance, von der ich eben gesprochen habe.

Wir kennen unsere fundamentalen eigenen Interessen. Auch das darf nicht verschwiegen werden. Unsere Außenpolitik ist vor allen Dingen durch Werte geprägt, die in unserer Verfassung stehen. Die Würde des Menschen ist unantastbar: Das ist natürlich auch der Maßstab für unsere Außenpolitik. Wir Deutsche sind verlässliche Partner in der Welt. Ich sage dies nachdrücklich. Wir halten Wort. Ich habe das gerade erst in der Türkei wieder deutlich gemacht. Zur deutschen Außenpolitik zählt auch die transatlantische Freundschaft.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und uns verbindet eine enge Freundschaft und nicht nur eine transatlantische Partnerschaft. Das hindert uns aber nicht daran, auch andere Regionen stärker in den außenpolitischen Fokus zu nehmen, als dies vielleicht bisher der Fall gewesen ist. Wir werden in diesem Jahr beginnen, ein besonderes Augenmerk auf Lateinamerika zu legen. Wir glauben, da liegt ein in den außenpolitischen und innenpolitischen Debatten enorm unterschätztes Potenzial. Natürlich gilt unsere Hilfe und unsere Solidarität Afrika, nicht nur weil es unser Nachbarkontinent ist, sondern auch, weil es natürlich unsere mitmenschliche Verpflichtung ist.

Meine Damen und Herren, wir haben eine große Erfolgsgeschichte in der deutschen Außenpolitik seit Gründung der Republik, und zwar unabhängig davon, wer regiert hat. Kontinuität ist in Wahrheit keine Einfallslosigkeit, sondern ist etwas sehr Wertvolles, auch in der Außenpolitik. Dazu zählt, dass wir natürlich auch in Europa kooperativ handeln und arbeiten wollen. Dazu zählen auch **gute nachbarschaftliche Verhältnisse**. Ich sage das hier als jemand, der sich noch an Willy Brandt und Walter Scheel erinnert. Ich sage das als jemand, der vom Deutsch-Französischen Jugendwerk in Bad Honnef geprägt ist. Ich bin im Rheinland groß geworden. Ich sage das als jemand, der den Jugendaustausch als Schüler noch als Mittel der Völkere Freundschaften begriffen hat. So wie es uns gelungen ist, unsere tiefe Freundschaft zu unseren westlichen Nachbarländern zu verankern, so ist es die Aufgabe unserer Zeit, diese tiefe Freundschaft zu unseren östlichen Nachbarländern zu schaffen. Wir wollen daran arbeiten und das vollenden, was andere vor uns begonnen haben.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Meine Damen und Herren, ich schließe mit einem Dank – denn ich habe von Werteorientierung gesprochen – an die Mitmenschlichkeit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine furchtbare Katastrophe verfolgen können. Wir haben sie gesehen; aber wir sehen zugleich die enorme Solidarität unserer Bürgerinnen und Bürger, nicht nur gestern Abend bei einer herausragend erfolgreichen Spenden-gala im Zweiten Deutschen Fernsehen. Wir sehen sie auch bei vielen anderen Initiativen. Dafür wollen wir uns bedanken. Erlauben Sie mir,

darauf hinzuweisen – denn ich habe auch in Ihrem Namen sofort nach dem Erdbeben mit unseren deutschen Botschaftsangehörigen und unserem deutschen Botschafter in **Haiti** telefoniert –, was diese Menschen leisten. Sie sind mit dem Leben davongekommen und sind nicht abgereist, sondern sie bleiben dort und helfen jetzt. Das ist in meinen Augen so vorbildlich, dass man es auch einmal in diesem Hohen Hause sagen darf. Danke schön darf dieses Hohe Haus im Namen Deutschlands denjenigen sagen, die das jetzt alles innerhalb und außerhalb der Botschaft leisten.

Beifall im
ganzen Hause

Ein Dankeschön geht natürlich auch an unsere Bürgerinnen und Bürger für ihre Mitmenschlichkeit. Es ist großartig, was hier an Solidarität gezeigt wird. Das Elend ist furchtbar; wir wissen das alle. Ich habe soeben die Nachricht bekommen, dass es durch ein weiteres Nachbeben möglicherweise weitere Schwierigkeiten gibt. Mehr kann ich noch nicht sagen, weil ich noch nichts Genaueres weiß. Es ist natürlich eine unglaubliche Herausforderung, vor der wir stehen. Unsere Lehre aus der Geschichte ist, dass wir uns als Deutsche in der Völkergemeinschaft eingebettet fühlen, auch in schweren Stunden, wenn Länder so etwas ertragen müssen. Deshalb zeigt Deutschland in diesen Tagen, dass es ein Land der Nächstenliebe ist, ein Land, das hilft, das Solidarität kennt und auch durch jeden Einzelnen zu Hause praktiziert. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beifall bei
der FDP und der
CDU/CSU sowie
bei Abgeordneten
der SPD und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

REDE

Deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert

Lieber Herr Ischinger,
Exzellenzen, meine Damen und Herren,

Die Welt, in der wir Politik gestalten, ist geprägt von der **Globalisierung**. Die Globalisierung ist ein Faktum, keine Wahlmöglichkeit, der man sich verschließen könnte. Noch immer wird diese Globalisierung vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten diskutiert. Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Werte und Wissen globalisieren sich. Einsichten und Ansichten. Lebensstile globalisieren sich, ganz gewiss nicht immer zu unserer persönlichen Freude. Denn oft genug geht dieser Prozess auch mit kulturellen Verlusten einher.

Die **Gewichte der internationalen Politik verschieben sich**. Das war in der Geschichte immer wieder so. Aber doch noch nie mit solcher Geschwindigkeit wie heute.

Die **Globalisierung verändert damit auch den Rahmen für unsere nationale und die internationale Sicherheit**. Vielen Menschen hierzu-lande mag nicht gegenwärtig sein, wo genau Afghanistan oder Jemen

auf der Weltkugel liegen. Aber die Entwicklungen dort betreffen uns unmittelbar. Verantwortungsvolle Außenpolitik muss sich dieser Konflikte annehmen.

Wo Probleme globaler werden, da muss auch Verantwortung globaler organisiert werden. Nur so können wir vermeiden, dass aus dem Prozess der Vernetzung durch Globalisierung eine Bedrohung unserer Sicherheit erwächst. Deshalb müssen wir die Antworten auf die Risiken der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, auf radikale, fundamentalistische Ideologien, auf Terrorismus, Fanatismus und zerfallende Staaten, gemeinsam geben.

Die Globalisierung macht diese Probleme sichtbarer und undurchsichtiger zugleich. Nötiger denn je für vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik sind daher ein klarer Kompass und gemeinsam verabredete, verbindliche Regeln. Zum deutschen Kompass möchte ich drei Anmerkungen machen.

I. Deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert.

Das wird auch am institutionellen Fundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik deutlich. Die Europäische Union und das Nordatlantische Bündnis sind seit Jahrzehnten eine so verlässliche Grundlage deutscher Politik, weil sie eben mehr sind als Clubs ähnlich gelagerter Interessen. EU und NATO sind zuallererst Wertebündnisse.

Die transatlantische Freundschaft und Partnerschaft gehört zum festen Boden, auf dem wir stehen. Über den Atlantik hinweg bilden wir einen Raum gleicher Grundwerte. Wir teilen die besondere Wertschätzung für die Freiheit des Einzelnen.

Deutschlands Einsatz für die Universalität der Menschenrechte gehört dazu. Aber es ist keine Politik des erhobenen Zeigefingers. Mit dem unveräußerlichen Schutz der Menschenwürde zieht unser Grundgesetz die Lehren aus unserer eigenen Geschichte. Sie zu schützen ist Verpflichtung des Staates im Innern. Für sie beharrlich

zu werben und sich überall auf der Welt für sie einzusetzen ist und bleibt eine Verpflichtung deutscher Außenpolitik.

Von unserem **festen Wertefundament** aus neue Partnerschaften zu entwickeln ist für mich der Schlüssel zu einer erfolgreichen Außen- und Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung.

Ich habe mich gefreut, dass mit meinem Kollegen Yang gestern zum ersten Mal ein chinesischer Außenminister hierher nach München zur Konferenz gekommen ist. Und ich freue mich ebenso, heute meinen Kollegen Sergej Lawrow neben mir zu wissen. Die strategische Partnerschaft mit Russland ist nicht nur unverzichtbar für die europäische Sicherheit, sondern auch für die Lösung globaler Probleme. Wir wollen diese Partnerschaft und wir wollen sie dort, wo uns gemeinsame Interessen verbinden, auch weiter ausbauen. Dazu gehört auch eine substantielle Diskussion der Vorschläge von Präsident Medwedew zur europäischen Sicherheit.

Mit anderen aufstrebenden Mächten wie beispielsweise Brasilien, Indien oder Südafrika verbinden uns gemeinsame Interessen und Herausforderungen, aus denen wir stabile Partnerschaften schmieden müssen. Mit den Golfstaaten haben wir uns vergangene Woche in London auf gemeinsame Ansätze zur Stabilisierung des Jemen verständigt. Die Neuausrichtung des internationalen Afghanistan-Engagements haben wir im Kreis von über 70 Delegationen beschlossen.

An der Stabilisierung Afghanistans und an vielen anderen Friedensmissionen beteiligt sich Deutschland auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen. Die VN sind nur so stark, wie es ihre Mitgliedstaaten zulassen. Aber sie bilden für uns einen unverzichtbaren, überwölbenden Rahmen für die internationale Sicherheit. Deutschland bleibt den Idealen der Vereinten Nationen genauso verpflichtet wie der konkreten Unterstützung für die vom Generalsekretär benannten Herausforderungen.

II. Deutsche Außenpolitik setzt auf Kooperation statt auf Konfrontation.

Die europäische Einigung war die Lehre aus der Katastrophe des Nationalismus, aus der von Deutschland ausgehenden Selbstzerstörung unseres Kontinents. Das **europäische Kooperationsmodell** haben wir mitgeprägt, und es hat uns geprägt. Aber auch sein Erfolg ist nicht selbstverständlich. Beim Thema Europa reden viele darüber, was es kostet. Wir sollten mehr darüber reden, was es uns wert ist. Das geeinte Europa ist erst dann gesichert, wenn auch meine Generation, die Krieg, Leid und Hunger nie am eigenen Leib erfahren hat, fest zur europäischen Einigung steht. Dafür hat meine Generation die Chance, dieses Kooperationsmodell weit über Westeuropa hinaus auszubauen, vielleicht sogar auf den ganzen europäischen Kontinent.

Mit dem **Lissaboner Vertrag** haben wir ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die Europäische Union ist demokratischer und parlamentarischer geworden. Lissabon ist kein Endpunkt, sondern ein Anfang.

So zeichnet der Vertrag eine **gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik** vor. Die Bundesregierung will auf diesem Weg vorangehen. Das langfristige Ziel ist der Aufbau einer europäischen Armee unter voller parlamentarischer Kontrolle. Die Europäische Union muss ihrer politischen Rolle als globaler Akteur gerecht werden. Sie muss eigenständig Krisenmanagement betreiben können und sie muss rasch, flexibel und im gemeinsamen Verbund handeln können.

Dafür muss sie aber auch in Zeiten knapper werdender Ressourcen Kräfte bündeln, Prioritäten setzen und Verantwortungen verteilen können.

Das im Lissaboner Vertrag vorgesehene Instrument der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ gibt die Möglichkeit, mit einzelnen EU-Staaten voranzugehen, um die europäische Vision weiter zu entwickeln. Das europäische Projekt einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird ein Motor für das weitere Zusammenwachsen Europas sein.

Wir wollen ein **starkes europäisches Krisenmanagement**. Dies soll andere Sicherheitsstrukturen nicht ersetzen. Mehr Europa richtet sich gegen niemanden. Vor Europa muss sich niemand fürchten, aber auf Europa soll sich jeder verlassen können.

Die **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik** wird die europäische Antwort auf die Globalisierung sein. Sie ist der Beitrag für die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft.

Auch die **NATO** sucht nach neuen Antworten auf die Globalisierung. Wir unterstützen ihre Arbeit an einem neuen „Strategischen Konzept“, das Sicherheit in einem umfassenden politischen Zusammenhang sieht. Auch dies wird die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft stärken.

III. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.

Heute ist die unkontrollierte Weiterverbreitung von atomaren Waffen die wohl größte Bedrohung unserer Sicherheit. Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag aus den 60er Jahren war mehr als eine Festschreibung des Status quo. Er enthält bis heute ein gegenseitiges Versprechen. Der Selbstverpflichtung zur Nichtverbreitung steht die Selbstverpflichtung der Atomwaffenstaaten zur Abrüstung gegenüber. Einerseits wollen wir eine Weiterverbreitung der Atomwaffenfähigkeit verhindern, andererseits die Arsenale dieser Waffen verringern.

Deshalb ist die Kontroverse um das iranische Nuklearprogramm auch keine regionale Angelegenheit, sondern eine Frage mit globalen Auswirkungen.

Der Iran hat das vertraglich verbiefte Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Gruppe der E3+3 hat sogar weitreichende Unterstützung angeboten, um Iran dabei zu helfen, wenn dieser im Gegenzug den Nachweis des ausschließlich friedlichen Charakters seines Nuklearprogramms erbringt. Unsere Hand bleibt ausge-

streckt, aber bisher greift sie ins Leere. Und auch nach dem gestrigen Tag kann ich bedauerlicherweise zu keiner anderen Einschätzung kommen. Wenn es wirklich einen neuen Ansatz zur Zusammenarbeit geben sollte, dann müssen den Worten aus dem Iran konkrete Taten folgen. Eine Einigung mit der Wiener Atomenergiebehörde über den Teheraner Forschungsreaktor wäre ein vertrauensbildender Schritt. Er wäre aber kein Ersatz für Verhandlungen, um den zivilen Charakter des Iranischen Nuklearprogramms sicher zu stellen. Eine atomare Bewaffnung Irans ist für uns nicht akzeptabel. Sie würde zu einer Destabilisierung der ganzen Region und zu einer womöglich fatalen Schwächung des Nichtverbreitungsregimes führen.

Die andere Seite der Medaille ist die **Reduzierung der Atomwaffenarsenale**. Wir unterstützen daher die laufenden amerikanisch-russischen Verhandlungen über eine Reduzierung der strategischen Waffen. Ein Erfolg dort wird auch positive Auswirkungen auf die im Mai anstehende Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrages haben.

Abrüstung ist kein weltfremder Traum, sondern unter den Bedingungen der Globalisierung eine Notwendigkeit. Gerade erst haben wir in Berlin gemeinsam mit Hans-Dietrich Genscher, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker – leider ohne den erkrankten Egon Bahr – und ihren amerikanischen Gegenübern Henry Kissinger, Sam Nunn, William Perry und George Shultz darüber gesprochen, wie in einem nächsten Schritt nicht nur die Zahl, sondern auch die militärische Bedeutung von Atomwaffen reduziert werden kann. Auch damit wollen wir das Fenster der Gelegenheit weiter aufstoßen.

Eingebettet in eine solche Strategie wollen wir uns auch eine deutsche Friedensdividende politisch erarbeiten. Die letzten Nuklearwaffen in Deutschland sind ein Relikt des Kalten Krieges. Sie haben keinen militärischen Sinn mehr. Deshalb setzt sich die Bundesregierung in Gesprächen mit unseren Partnern und Verbündeten dafür ein, die **Bedingungen für einen Abzug zu schaffen**. Dabei wollen wir auch mit Russland über vertrauensbildende Maßnahmen und eine Reduzierung seiner Waffen sprechen.

Nukleare Abrüstung darf aber nicht dazu führen, dass konventionelle Kriege wieder führbar werden. Wer eine atomwaffenfreie Welt, wer „Global Zero“ ernst meint, muss auch die **konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung mit einbeziehen**. Wir wollen einer Erosion des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) aktiv entgegenwirken. Nukleare Abrüstung und konventionelle Abrüstung müssen Hand in Hand gehen.

IV. Headline

Die Vorstellung einer Welt ohne Atomwaffen erscheint vielen als naiv. Aber nicht Abrüstung ist unverantwortlich, sondern ein Beharren auf dem status quo, das die neuen Risiken übersieht. Natürlich braucht Abrüstung einen langen Atem, aber warum soll sie nicht möglich sein?

Mein Jahrgang ist 1961. Damals wurde quer durch Berlin und Deutschland die Mauer gebaut. Manche hatten auch die Wiedervereinigung längst aufgegeben. Ich war noch keine 30, als der Freiheitswille von Millionen die Mauer zum Einsturz brachte. Visionen sind noch keine Politik, aber ohne Visionen kann Politik nicht gestalten.

Wir stehen am Anfang eines neuen Jahrzehnts. Die Bundesregierung wird nach Kräften ihren Beitrag dazu leisten, dass es zu einem Jahrzehnt der Abrüstung wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

REDE

Bundesaußenminister Westerwelle zu „Religionsfreiheit weltweit schützen“

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Kolleginnen und Kollegen!

Eine aktive Menschenrechtspolitik ist Markenzeichen deutscher Außenpolitik. Der Einsatz für Religionsfreiheit ist Teil unserer aktiven Menschenrechtspolitik. Ich habe um das Wort gebeten, weil ich nachdrücklich unterstreichen möchte, dass das Engagement der Antragsteller und, wie ich denke, des gesamten Hohen Hauses für Religionsfreiheit, für Pluralität und gegen Verfolgung und Unterdrückung aus religiösen Gründen nicht nur das Anliegen des Parlamentes ist, sondern ausdrücklich auch ein zentrales Anliegen der Bundesregierung.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Wenn Millionen Christen in der Welt ihren Glauben nicht frei leben können, dann wollen wir nicht schweigen. Es ist richtig, dass dies ein Anliegen ist, das uns über die Parteigrenzen hinweg verbindet. In vielen Ländern darf die Bibel weder gekauft noch gelesen werden; Gottesdienste werden behindert; Christen werden ins Gefängnis geworfen oder kommen ins Arbeitslager. Auch vor Angriffen auf Leib und Leben sind sie nicht gefeit. Viele Staaten unterdrücken die freie Religionsausübung mit Verboten, Polizei und Strafen. Andererseits lassen sie ihre Bürger oft genug frei gewähren, wenn

Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

sie Jagd auf Andersgläubige machen. Beides sind **Formen der Unterdrückung** von Religionsausübung: die staatliche Pression und Verfolgung, aber auch das Zulassen von Verfolgung durch Mob und durch Kräfte, die die Toleranz nicht akzeptieren wollen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen – hier müssen wir uns auf Schätzungen verlassen –, dass Nichtregierungsorganisationen weltweit von mindestens 100 Millionen verfolgten Christen ausgehen. Uns geht es aber nicht nur um ein Engagement für den christlichen Glauben, die christlichen Religionen. Vielmehr geht es hier um eine grundsätzliche Frage. Wir sind der Überzeugung: Jeder Mensch muss den Glauben leben dürfen, den er für sich als wahr erkannt hat. Religionsfreiheit ist immer auch die Freiheit, seine Religion ungehindert auszuüben oder zu wechseln. Auch gar keiner Religion anzugehören, ist ein Ausdruck von Religionsfreiheit. Das ist das **plurale Verständnis von Religionsfreiheit**, das uns nicht nur über das Grundgesetz, sondern auch in unserer täglichen Politik hier verbindet.

Beifall im ganzen Hause

Religionsfreiheit muss also für Angehörige christlicher Minderheiten wie für Anhänger anderer Religionen gelten. Wenn wir die Freiheit für Christen auf der ganzen Welt glaubhaft einfordern, dann heißt das natürlich auch, dass der Staat in Deutschland zuerst die **Freiheit aller religiösen Bekenntnisse** bei uns zu Hause schützt. Ich unterstreiche nachdrücklich, was der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Kauder, hier dazu gesagt hat: Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit – nicht nur weil wir von Verfassungen wegen dazu verpflichtet sind, sondern weil wir es in uns selbst fühlen und es anstreben –, dass wir, so wie wir in anderen Ländern auf Religionsfreiheit setzen, immer und immer wieder alles dafür tun werden – mit der gesamten staatlichen Gewalt und dem gesamten zivilen Engagement, das es bei uns gibt –, dass auch bei uns in vollem Umfang Religionsfreiheit gewährt wird. Das ist mehr als nur eine Frage von Gebäuden. In Wahrheit ist es auch eine Frage des gesellschaftlichen Klimas. Auch darum wollen wir uns gemeinsam bemühen.

Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN

Wenn sich Christen nur um die Freiheit von Christen kümmern, Hindus nur um die Freiheit von Hindus, Muslime nur um die Freiheit von Muslimen, dann ist das nicht das Miteinander von Religionen, das wir meinen. Das **Zusammenleben unterschiedlicher Religionen** gelingt nur mit Respekt und Dialog. Wir wollen uns dabei nicht selber etwas vormachen. Es hat auch bei uns Jahrhunderte gedauert – ich rede nicht vom Mittelalter –, bis sich in Europa ein **Wertekanon** entwickelt hat, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, einschließlich der freien Ausübung der Religion. Wir sollten uns als Deutsche auch daran erinnern, dass Religionsausübung in Deutschland noch im letzten Jahrhundert alles andere als selbstverständlich war. Millionenfacher Mord, auch auf religiöser Zugehörigkeit begründet, hat auf deutschem Boden stattgefunden. Deswegen ist es nicht belehrend, gegenüber anderen Ländern auf Religionsfreiheit zu drängen; es ist vielmehr die Lehre aus unserer eigenen Geschichte, dass wir uns für **religiöse Pluralität überall in der Welt** einsetzen.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU,
der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN sowie bei
Abgeordneten
der LINKEN

Die Würde des Menschen, die Freiheit, die Eigenverantwortung, das ist unser Fundament; das ist auch ein Erfolg der europäischen Aufklärung. Für dieses Staatsverständnis stehen wir, und für dieses Staatsverständnis setzen wir uns weltweit ein. Wir müssen aber allen Versuchen entgegentreten, die **Achtung der Menschenrechte** unter den Vorbehalt kultureller Eigenheiten zu stellen. Sehr oft hört man: Dieses oder jenes müsse man verstehen; denn es sei gewissermaßen das Ergebnis kultureller Herkunft und kultureller Eigenheit. Das ist eine Form der Relativierung von Werten, die wir nicht akzeptieren können. Religionsunterdrückung ist nicht Ausdruck von Kultur, es ist Ausdruck von Unkultur.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU,
der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN sowie bei
Abgeordneten
der LINKEN

Das vertreten wir auch in unserer Politik, und dafür engagieren wir uns auch gemeinsam. Oft genug wird aus Religionsfreiheit und **Meinungsfreiheit** ein Gegensatz konstruiert. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, immer und immer wieder darauf aufmerksam zu machen: Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit sind gewissermaßen zwei Früchte vom selben Baum, nämlich vom großen, wunderschönen

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie
bei Abgeordneten
der SPD und
der LINKEN

Baum der Freiheit. Darum geht es. Auch wenn man als jemand, der religiös denkt, lebt, erzogen worden ist, das Gefühl hat, dass der eigene Glaube, vielleicht durch Karikaturen oder Meinungsäußerungen, beeinträchtigt wird, gibt es dennoch keine Rechtfertigung, gegen irgendjemanden gewalttätig zu werden. Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit sind keine Gegensätze. Sie sind in Wahrheit ein wunderbares Paar, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte für die Bundesregierung mit einem klaren Bekenntnis schließen. Wer Hass zwischen den Religionen schürt, verfolgt vor allem politische Ziele, keine religiösen. Religion darf nie Vorwand für Hass, nie Entschuldigung für Gewalt und Krieg sein. Deswegen wird sich die Bundesregierung im, wie ich denke, Namen des ganzen Hohen Hauses auch international dafür einsetzen, indem ein Kernbestandteil unserer **Menschenrechtspolitik** das Bekenntnis zur Religionsfreiheit ist. Ich selbst habe beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf ziemlich am Anfang meiner Amtszeit die Religionsfreiheit, ausdrücklich auch die Freiheit der Christen im Hinblick auf ihre Religion und ihr religiöses Bekenntnis, in den Mittelpunkt meiner Ausführungen gestellt, weil ich den Eindruck habe, dass wir nicht zulassen dürfen, dass dies ignoriert wird. Mit **Professor Bielefeldt** ist vor wenigen Wochen ein Deutscher zum UNO-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit ernannt worden. Wir wünschen ihm für seine Arbeit eine glückliche Hand und viel Erfolg. Sein Anliegen ist das Anliegen der Bundesregierung, und ich bin sicher, es ist das Anliegen des ganzen Hohen Hauses. Wenn die Öffentlichkeit sieht, dass wir bei diesen fundamentalen Wertefragen übereinstimmen, dann, so denke ich, ist das ein gutes Zeichen. Man kann das – wenn Sie mir erlauben, dies als Abgeordneter am Schluss meiner Rede zu sagen – auch durch gemeinsame Beschlussfassungen dokumentieren. Herzlichen Dank.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie
bei Abgeordneten
der SPD und
der LINKEN

REDE

Für eine stabilisierende und regelbasierte Weltordnung

Lieber Herr von Maltzahn, Exzellenzen,
Kollegen aus dem Bundestag, meine Damen und Herren,

Vor wenigen Tagen ist Deutschland in den **Sicherheitsrat der Vereinten Nationen** gewählt worden. Dies geschah ein paar Tage, nachdem wir den 20. Geburtstag der Deutschen Einheit feiern durften. Beide Ereignisse haben etwas mit Vertrauen zu tun, das Deutschland entgegengebracht wird.

Die Wahl in den Sicherheitsrat vor wenigen Tagen wie die Einheit vor 20 Jahren war für Deutschland Vertrauensbeweis und Vertrauensvorschuss zugleich.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben in der Präambel für die deutsche Außenpolitik einen klaren Kurs gesetzt, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Mit diesem Kompass haben wir uns das Vertrauen erarbeitet, das die Einheit erst möglich machte. Dieser Kompass bestimmt auch heute den Kurs unseres Landes.

Deutsche Außenpolitik steht in der **Kontinuität der vergangenen Jahrzehnte**. Sie ist verlässlich und berechenbar, sie ist orientiert an unseren Werten und Interessen, und sie ist ein Motor für politische Öffnung und wirtschaftliche Entwicklung. Deutsche Außenpolitik setzt auf **Gleichberechtigung und auf fairen Interessenausgleich**.

Deutsche Außenpolitik ist aber nicht statisch. Sie ist immer auch ein Spiegelbild der Welt um uns herum. Die Gewichte auf dem Globus verschieben sich rasant. Heute sind unsere größten Exportmärkte Frankreich, die USA, Großbritannien und die Niederlande. Schon im kommenden Jahr könnte sich China auf Platz zwei schieben.

Aufstrebende Mächte wie China, Indien oder Brasilien werden aber nicht nur wirtschaftliche und politische, sondern auch gesellschaftliche und kulturelle Kraftzentren.

In unseren Beziehungen zu diesen Staaten geht es nicht nur um Handel und Investitionen, sondern auch um die Lebendigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Genau das macht die immer engere Verzahnung von Innen- und Außenpolitik aus. Als Außenminister möchte ich etwas von der Dynamik dieser aufstrebenden Gesellschaften in unsere eigene Debatte tragen. In Zeiten der Globalisierung wird Außenpolitik immer wichtiger.

Ich würde mir wünschen, dass ein Land wie Deutschland seine **globale Präsenz** ausbaut, um den politischen Dialog und die Außenwirtschaftsförderung zu intensivieren. Ich würde mir wünschen, dass wir mehr Geld für mehr Stipendiaten aus aller Welt hätten, dass wir noch mehr Schulen unterstützen könnten, an denen Deutsch gelehrt und gelernt wird.

Aber nicht alles Wünschenswerte geht. Die Konsolidierung unserer Haushalte ist schmerzhaft, aber unumgänglich. Sie führt auch im Auswärtigen Dienst zu Einschnitten. Aber nur wenn Deutschland seine öffentlichen Finanzen in Ordnung und seine Wirtschaft auf Wachstumskurs hält, haben wir in der Welt Gewicht. Nicht neue Schulden, sondern neues Wachstum eröffnet neue Spielräume. Nur

ein wirtschaftlich starkes, reformfähiges Land hat auf Dauer in der Welt echtes Gewicht.

Einfluss nach außen hängt von Stärke im Innern ab. Innenpolitische Reformfähigkeit und eine Gesellschaft der Bildung und Innovation setzen außenpolitische Gestaltungskraft frei.

Daraus ergeben sich drei zentrale Orientierungen. Deutsche Außenpolitik zielt erstens darauf, das **Kooperations- und Integrationsmodell Europa zu stärken**.

Deutsche Außenpolitik ist zweitens im umfassenden Sinne Frieden, Sicherheit und Stabilität verpflichtet und setzt sich für **Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung** ein.

Deutsche Außenpolitik setzt drittens darauf, die **Chancen der Globalisierung zu Gunsten aller zu nutzen**. Auf jedem dieser drei Felder haben wir in den zurückliegenden zwölf Monaten Pflöcke eingeschlagen, die unseren weiteren Weg markieren.

Die **Europäische Union** ist das Fundament deutscher Außenpolitik. Sie ist unser Garant für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Die EU ist unsere Wohlstandsversicherung. Deutschland wird in der Welt von morgen nur dann Beachtung finden, wenn wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern in der Union agieren. Deutschland bleibt Motor der Integration.

Europa stand Anfang des Jahres an einer Klippe. Eine neue Krise wie jene in Griechenland im Frühjahr würde zu einer Zerreißprobe für die Union. Eine weitere Krise könnte Jahrzehnte kluger Politik zunichtemachen.

Nach einer solch fundamentalen Herausforderung gibt es kein „Weiter so“, für eine europäische Krise brauchen wir eine europäische Antwort. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Jetzt müssen wir die Lehren ziehen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir jetzt konsequent handeln und entschieden verhandeln, im Interesse des inneren Zusammenhalts Europas. 22 Mal sind in den vergangenen Jahren Defizitverfahren gegen Mitgliedstaaten der Eurozone eingeleitet worden. Kein einziges Mal wurden Sanktionen verhängt. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, allein die Verfahrenseröffnung bringt Mitgliedstaaten nicht zur Umkehr. Dafür muss man gar nicht den Zeigefinger auf Griechenland richten, auch wir Deutsche haben 2004/2005 unseren Anteil an der Aufweichung des Stabilitätspaktes gehabt.

Der Vorwurf, Deutschland habe im Frühjahr im Angesicht der Griechenland-Krise zulange gezauert und gezögert, ist falsch. Durch Beharrlichkeit haben wir sehr viel mehr erreicht als lediglich eine griechische Selbstverpflichtung auf einen harten Sanierungskurs. Wir haben eine Trendwende zu einer europäischen Konsolidierungs- und Stabilitätspolitik eingeleitet, wie sie auf unserem Kontinent ohne Beispiel ist.

Jetzt kommt es darauf an, diese **Stabilitätskultur verbindlich festzuschreiben**. Wir brauchen erstens einen **Sanktionsmechanismus**, der politischer Opportunität entzogen ist. Es macht einen großen praktischen Unterschied, ob Sanktionen mit Zweidrittelmehrheit beschlossen oder nur mit Zweidrittelmehrheit verhindert werden. Zweitens brauchen wir eine Änderung der EU-Verträge, um einen robusten Mechanismus zu schaffen für jene Länder, die sich nicht aus einer Schieflage befreien wollen oder können. Ein solcher Mechanismus muss zwingend eine finanzielle Beteiligung auch privater Gläubiger vorsehen. Das ist unser Verhandlungsziel für den Europäischen Rat kommende Woche. Das ist unsere europäische Herausforderung für das kommende Jahr.

Vor einer **Renationalisierung gegen Europa** kann ich nur warnen. Für Deutschland kommt ein solcher Kurs nicht in Betracht. Wer als Antwort auf die Euro-Krise den europäischen Gedanken in Frage stellt, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Deutschland steht unzweideutig zu Europa, zur Europäischen Union und zu einem harten Euro. Renationalisierung ist ein Irrweg.

Das Erfolgsgeheimnis der europäischen Einigung ist der Tisch in Brüssel, an dem alle EU-Staaten unabhängig von ihrer Größe gleichberechtigt und ebenbürtig sind. An diesem Tisch hat jeder eine Stimme, und jeder wird gehört. Die Union ist nicht geteilt in wichtige und unwichtige Staaten. Wer über die Köpfe anderer EU-Partner hinweg bestimmen will, der schadet dem europäischen Gedanken und damit letztlich auch sich selbst. Wir konnten Jahrhunderte der Konfrontation nur deshalb durch das Prinzip der Kooperation überwinden, weil wir uns auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Jedes Land schuldet jedem Land Respekt.

In der größer gewordenen EU müssen wir unsere Partnerschaften besonders pflegen. Deshalb war es mir wichtig, gleich im ersten Amtsjahr alle unsere Partner bilateral zu besuchen.

Deutschland setzt auf eine **handlungsfähigere Union**. Hierfür wollen wir den Vertrag von Lissabon nutzen. Wir haben uns in der Debatte um den Europäischen Auswärtigen Dienst stets auf die Seite der Hohen Vertreterin gestellt, damit die EU ein funktionsfähiges Instrument erhält. Staatsminister Werner Hoyer hat sich dabei besondere Verdienste erworben. Nur mit einem starken Dienst kann europäische Außenpolitik aus einem Guss gelingen. Wir haben die Institutionen geschaffen, jetzt müssen wir an den Inhalten arbeiten.

Das zentrale Verdienst der Nachkriegs-Generationen ist die **Aus-söhnung** mit unseren Nachbarn und die **Integration** Deutschlands in den Westen.

Heute gilt es, das **Zusammenwachsen Europas auch Richtung Osten** zu vollenden. Ich möchte im Verhältnis zu Polen das erreichen, was über Jahrzehnte zwischen Deutschen und Franzosen gewachsen ist. Dahin ist es noch ein weiter Weg. Vom ersten Tag an habe ich Wert darauf gelegt, nichts zu tun, was dem Gedanken der Versöhnung und der engen Freundschaft im Wege stehen könnte. Deshalb hat mich meine allererste Reise nach Warschau geführt.

Deshalb haben wir das Weimarer Dreieck wieder zu einem Impulsgeber für Europa gemacht, ein Format, das 2011 auch auf Staatspräsidenten- und Regierungschefebene Europa voranbringen soll. Deshalb werde ich in den kommenden Wochen mit meinem polnischen Amtskollegen festlegen, wie wir den zwanzigsten Jahrestag unseres Nachbarschaftsvertrages würdigen und die anschließende polnische EU-Präsidentschaft unterstützen. Staatsministerin Cornelia Pieper arbeitet unermüdlich an diesem Thema.

Ein gemeinsames Ziel mit Polen ist eine **starke Partnerschaft mit den Nachbarn östlich der Europäischen Union**. Wir wollen die Modernisierungsbemühungen unterstützen und so einen gemeinsamen Raum des Wohlstands, des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit schaffen. Der „Östlichen Partnerschaft“ der EU wollen wir gemeinsam mit Polen neue Impulse geben.

Russland ist ein strategischer Partner. Dies bedeutet nicht, Defizite in Russlands Gesellschaft und Regierungspraxis zu übersehen oder auszublenden. Russland als Partner zu betrachten ist der beste Ansatz, um Probleme zu lösen. Die deutsche Russlandpolitik ist im zurückliegenden Jahr nicht neu erfunden worden. Sie ist aber neu eingebettet worden. Mehr denn je ist heute der alte und hartnäckige Verdacht überwunden, Deutschland betreibe Russland-Politik über die Köpfe seiner direkten Nachbarn und anderen Partner hinweg.

Unsere Partner in Europa haben sich das deutsche Konzept einer Modernisierungsagenda zu Eigen gemacht. In die europäische Sicherheitspolitik und die Östliche Partnerschaft ist Russland enger einbezogen worden. Für eine engere Zusammenarbeit zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit entwickeln wir gerade neue Initiativen. Ein wirksames Instrument für die bessere Einbettung unserer Russland-Politik war die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Polen und Russland.

Auch wenn wir bei Europa in diesem Jahr vor allem an Krisenbewältigung denken, bleibt die EU ein Erfolgsmodell von großer Anziehungskraft. Dieses Potential sollten wir klug nutzen. Wer heute der

Türkei vorschnell die Tür vor der Nase zuschlägt, der verpasst eine historische Chance. Für mich gilt auch im Umgang mit der Türkei ganz klar, *pacta sunt servanda*. Unser Wort gilt. Wir halten unsere Versprechen.

Deshalb arbeiten wir mit ganzer Kraft daran, dass die Verhandlungen gleichermaßen ehrlich wie ergebnisoffen geführt werden und nicht in einer Sackgasse stecken bleiben. Dies habe ich meinen türkischen Gesprächspartnern zugesagt. Dafür habe ich mich während der beiden letzten EU-Präsidentschaften eingesetzt. Gleichzeitig dürfen wir die Rolle der Türkei nicht auf einzelne Verhandlungskapitel verengen. Wir reden über ein stolzes, dynamisches und wichtiges Land, an dessen europäischer Ausrichtung uns viel liegt und das in der Region an Kraft und Ausstrahlung gewinnt. Der Bundespräsident hat dies auf sehr überzeugende Weise bei seinem Staatsbesuch zum Ausdruck gebracht.

Europa funktioniert, wenn es zusammensteht. **Serbien** stand in diesem Herbst vor der Wahl, ob es den Weg nach Europa einschlägt oder die Vereinten Nationen zur Bühne für eine Politik des Konflikts mit Kosovo macht. Serbien hat sich klugerweise für Europa entschieden. Dies zu bewirken, war kein Verdienst allein von Lady Ashton, William Hague oder meiner Person. Unsere gemeinsame Klarheit hat gewirkt. Geschlossenheit macht stark. So zeigen wir, dass das Kooperationsmodell Europa im Innern funktioniert und nach außen effektiv ist. Serbien hat Wort gehalten.

Deshalb ist es so wichtig, dass auch Europa Wort hält. Ich setze mich dafür ein, dass es uns am Montag gelingt, die Weiterleitung des serbischen EU-Beitrittsantrags an die Europäische Kommission einvernehmlich zu beschließen.

Deutsche Außenpolitik ist **Friedenspolitik**, weil sie im umfassenden Sinne für mehr Sicherheit arbeitet. Deutsche Sicherheitsinteressen sind eingebunden in die Europäische Union und in das transatlantische Bündnis mit den USA. Abrüstung ist endlich wieder als Zukunftsthema der internationalen Politik anerkannt. Ich freue mich,

wieviel Dynamik die vergangenen Monate über in die Diskussion über Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung gekommen ist.

Die nuklearen Gefahren sind seit dem Ende des Kalten Krieges nicht geringer geworden, sondern größer. Wir haben heute mehr Staaten mit Atomwaffen. Wir haben Gruppen und Organisationen, die sich nichts sehnlicher wünschen als den Zugriff auf Massenvernichtungswaffen. **Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle** sind deshalb kein Thema von gestern, sondern eine Menschheitsaufgabe von heute. Wir arbeiten daran, dass Massenvernichtungswaffen nicht zum Fluch der Globalisierung werden.

Daher verfolgt die Bundesregierung das **langfristige Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt**. Auf diesem Weg unterstützen wir die strategischen Abrüstungsbemühungen der USA und Russlands. Wir begrüßen, dass die amerikanische Regierung in ihrer neuen Nuklear-Doktrin erstmals die verminderte Bedeutung dieser Waffen festschreibt.

Das Ziel des **Abzugs der letzten taktischen Nuklearwaffen aus Deutschland** war und ist für mich ein Katalysator für ein sehr viel breiteres Ergebnis. Substrategische Nuklearwaffen gehören in den Zusammenhang der Abrüstungsbemühungen insgesamt, sie sind nicht losgekoppelt von der Frage konventioneller Abrüstung, und ihr Abzug ist ein Vorhaben, das wir mit den Verbündeten anstreben. In dieser Frage wird es keinen deutschen Alleingang geben.

Ich bin zuversichtlich, dass wir im November in Lissabon beim NATO-Gipfel ein neues **Strategisches Konzept** beschließen werden, das Abrüstung und Rüstungskontrolle eine Bedeutung einräumt, wie es sie seit dem Harmel-Bericht von 1967 nicht mehr gegeben hat. Darin weiß ich mich nach vielen intensiven Gesprächen mit dem NATO-Generalsekretär einig, der morgen in Berlin unser Gast sein wird. Ich werde ihm dann auch offiziell sagen können, dass wir uns freuen, im April nächsten Jahres Gastgeber für das informelle Treffen der NATO-Außenminister hier in Berlin zu sein.

Wir sind im Frühjahr mit Erfolg für eine Stärkung des Nichtverbreitungsregimes eingetreten und haben bei der Überprüfungskonferenz in New York weiter daran gearbeitet, dass dieses wichtige Vertragswerk umgesetzt wird. Wir wollen die Kontrollrechte der IAEO ausdehnen.

Auch im Nuklearkonflikt mit dem [Iran](#) hat Geschlossenheit gewirkt. Wer hätte vor einem Jahr erwartet, dass die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gemeinsam, mit China und Russland, umfassende Transparenz von Teheran einfordern? Sie haben es getan. Das war ein starkes Signal. Deutschland hat bei den E3+3-Gesprächen und bei der Formulierung der europäischen Sanktionen seinen Beitrag geleistet. Das Ziel dieser Sanktionen war, ist und bleibt, den Iran an den Verhandlungstisch zu holen. Der Iran hat inzwischen zugestimmt, im November an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ich mache mir dabei keine Illusionen über rasche Ergebnisse, aber ich sehe die Chance. Eine Alternative zum Verhandeln gibt es nicht.

Vergangenen Monat in New York hat sich eine Gruppe von Staaten unter der Führung von Japan und Australien neu zusammengefunden, die Abrüstung und Rüstungskontrolle global vorantreiben wollen. In sechs Monaten werden wir uns erneut treffen, auf meine Einladung hier in Berlin. Deutschland ist an führender Stelle dabei, denn deutsche Außenpolitik ist Abrüstungspolitik.

In die Abrüstung kommt Bewegung. Die Gespräche über konventionelle Rüstungskontrolle in Wien, über einen angepassten KSE-Vertrag, kommen endlich wieder in Fahrt. Ich hoffe, dass der US-Kongress das neue START-Abkommen sehr bald ratifiziert. Wir werben dafür, dass der Teststoppvertrag CTBT nicht auf die lange Bank geschoben wird. Wir haben uns fest vorgenommen, dass aus dem neuen Strategischen Konzept der Auftrag zu einem Folgeprozess wird.

In wenigen Wochen, beim NATO-Gipfel in Lissabon, wird deutlich werden, wie eng wir und unsere amerikanischen Freunde zusammenstehen. Aber, da bin ich mir mit meiner amerikanischen Amtskollegin

Hillary Clinton einig, die transatlantische Partnerschaft kann sich nicht mehr selbst genug sein. Das Bündnis mit den USA ist unser Rückgrat, weil niemand so gut wie diese **transatlantische Partnerschaft** einen Beitrag für Frieden und Entwicklung weltweit leisten kann.

Die aktuelle Diskussion von Amerikanern und Europäern über einen Raketenschirm ist viel weiter als die Debatte, die wir noch vor kurzem führten. Damals wurden bilaterale Projekte zwischen Washington und Prag oder Washington und Warschau vorgeschlagen, die Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Europa geschaffen hätten. Heute sprechen wir über gemeinsame Lösungen, die unsere gemeinsame Sicherheit in Europa zum Ziel haben und Russland eng einbinden. Das ist nicht nur ein gewaltiger Fortschritt, sondern eine echte Chance, das Verhältnis zu Russland auf eine ganz neue Grundlage zu stellen.

Es ist bemerkenswert, dass Präsident Medwedjew seine Teilnahme am bevorstehenden NATO-Gipfel angekündigt hat. Überall setzt sich die Erkenntnis durch, dauerhafte Sicherheit und Stabilität in Europa ist nur unter Einschluss Russlands zu erreichen.

Historisch betrachtet war ein starker Nachbar immer eine potenzielle Bedrohung. Heute ist ein schwaches, entlegenes Land eine Herausforderung für die eigene Sicherheit. In unserer globalisierten Welt können zerfallende und gescheiterte Staaten und regionale Konflikte unsere Sicherheit unmittelbar beeinträchtigen. Krisenbewältigung fernab unserer Grenzen ist heute ein fast alltäglich gewordener Beitrag zur Sicherheit innerhalb unserer Grenzen.

Stabilität von Westafrika über den Nahen und Mittleren Osten bis Afghanistan ist entscheidend für unsere Sicherheit. Wir haben den Einsatz in Afghanistan auf eine neue Grundlage gestellt. Wir haben eine nüchterne, ehrliche Bilanz gezogen und realistische Ziele definiert. Diese neue Strategie haben wir in London und Kabul eng mit unseren Verbündeten und vor allem den Afghanen selbst abgestimmt.

Die Lage in **Afghanistan** ist schwierig und verlangt unseren Soldaten, Polizisten, Diplomaten und Aufbauhelfern alles ab. Aber neben Schatten gibt es auch Licht. Wir haben zum ersten Mal eine Strategie, die klar und unmissverständlich darauf abzielt, die Verantwortung wieder in afghanische Hände zu legen. Bis 2014 wird das vollständig geschehen. Wir leisten mehr für Ausbildung und mehr für Wiederaufbau. Und wir befördern aktiv die gesellschaftliche Aussöhnung. Mit Militär allein werden wir das Problem nicht lösen, der Schlüssel ist eine politische Lösung. Der NATO-Gipfel in Lissabon wird eine neue Phase der Verantwortungsübergabe einläuten, die nächstes Jahr beginnen wird.

Deutschland und Europa sind auch gefordert, sich stärker für die Stabilität **Pakistans** zu engagieren. Afghanistan wird nicht stabil, solange die Grenzregion auch auf pakistanischer Seite nicht befriedet ist. Ein prosperierendes und demokratisches Pakistan ist der Schlüssel für Stabilität und Sicherheit in der ganzen Region. Beim Treffen der „Friends of Pakistan“ in Brüssel vergangene Woche haben wir aber auch deutlich gemacht, dass das Land nicht allein auf internationale Hilfe setzen kann, sondern selbst seinen Beitrag leisten muss.

Ich werde in den nächsten Tagen zum dritten Mal nach **Nahost** reisen. Wir sollten uns nicht vormachen, dass wir den Schlüssel zu einer friedlichen Lösung in unserer Hand hätten. Aber wir wollen alles tun, um den fragilen Prozess hin zu einer Zweistaatenlösung zu befördern und zu stärken. Deutschland sieht sich hier in der Verantwortung, seinen Beitrag zu leisten. Israels Sicherheit ist für uns nicht verhandelbar. Zugleich haben wir mit der ersten Sitzung des deutsch-palästinensischen Lenkungsausschusses im Frühjahr dazu beigetragen, dass die Palästinenser in die Staatlichkeit hineinwachsen.

Auch bei anderen Regionalkonflikten, etwa im **Jemen** oder in **Somalia**, spielt Deutschland eine aktive Rolle. Das geplante, aber schwierige Referendum im Sudan im Januar 2011 könnte zu unseren ersten Herausforderungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gehören.

Das beharrliche Ringen um friedliche Konfliktlösungen sollte niemand mit einem Mangel an Realismus verwechseln. Unsere Möglichkeiten, gescheiterte oder zerfallende Staaten zu stabilisieren, sind begrenzt. Es gibt keine Patentrezepte, dies hat der Westen, manchmal schmerzhaft, lernen müssen. Wir können unterstützen. Je mehr wir uns dabei auf kulturelle und historische Gegebenheiten einstellen, umso größer sind unsere Erfolgchancen. Die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung von Gewalt bleibt die Friedenssehnsucht und die Versöhnungsbereitschaft derer vor Ort. Deutschland steht auch künftig für eine Kultur der Zurückhaltung, wenn es um den Einsatz militärischer Macht geht. Sie bleibt für uns ultima ratio.

Die **Globalisierung** prägt unsere Zeit. Das vernetzte Deutschland lebt in, aber auch von der Globalisierung. Gute Außenpolitik muss daher Anwalt der Offenheit sein. Neu ist dabei nicht der internationale Austausch an sich, sondern die dramatische Geschwindigkeit, mit der sich Veränderungen vollziehen. Einst haben Jahrhunderte über Aufstieg oder Niedergang einer Nation entschieden. Heute sind es Jahrzehnte.

Wir wollen die Globalisierung mitgestalten, weil sie unseren Wohlstand, unsere Gesellschaft, unsere Freiheit mit prägen wird. Deshalb wollen wir die enormen Chancen nutzen, die die Globalisierung birgt, und ihr gleichzeitig ein Gerüst von Regeln geben.

Mit der Globalisierung schieben sich Querschnittsthemen wie Energie und Klima, Rohstoffe, Wasser und Nahrung, Gesundheit oder Demographie in den Vordergrund. Hier sind Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aufgerufen, Partnerschaften zu schmieden, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Konflikte in diesen Bereichen werden gleichzeitig häufiger zu Themen klassischer Außen- und Sicherheitspolitik. Zur Gestaltung einer unübersichtlichen, vielgestaltigen Welt brauchen wir auch neue Partner.

Lateinamerika ist ein noch immer unterschätzter Kontinent. Wir haben die Beziehungen zu den Ländern Südamerikas, Mittelamerikas und der Karibik systematisch aufgewertet. Auch das Engagement

für und in **Afrika**, dessen neues Selbstverständnis beim Gipfel der Afrikanischen Union in Kampala mit Händen greifbar war, oder die Zusammenarbeit mit Partnern wie der **Türkei, Indonesien, Vietnam, Kasachstan oder Saudi-Arabien** sind Teil einer Strategie. Aufstrebende Staaten binden wir stärker ein. Teilhabe und Verantwortung, beides gehört zusammen, um beides geht es in der Globalisierung.

Sichtbar sind die neuen Partner in den **G20**. Wir wollen, dass die G20 sich noch besser mit der Arbeit der Vereinten Nationen vernetzen. Für die Vereinten Nationen ebenso wie für Weltbank und Währungsfonds gilt, dass Deutschland großes Interesse an der Legitimität und Effektivität dieser Institutionen und damit an ihrer internen Reformbereitschaft hat. Die globalisierte Welt und Deutschlands Interessen verlangen nach beidem, nach Flexibilität einerseits, weil dies neue Partner einbindet, und nach dem Fortbestehen erprobter und weltweit legitimer Institutionen andererseits. Effektiv müssen beide sein. Die größte Legitimität bleibt bei den Vereinten Nationen, was sie unersetzlich macht.

In **Indien** habe ich zu Beginn dieser Woche sehen können, wie eine starke Zivilgesellschaft und eine bildungshungrige junge Elite die Entwicklung ihres Landes antreiben. In **China** können wir jeden Tag beobachten, wie eine neue Weltmacht die richtige Balance zwischen eigenen Interessen und dem richtigen Verhalten nach außen sucht. Dabei helfen wir, beispielsweise durch unseren Dialog über Menschenrechte.

Wir wollen, dass der Träger des Friedensnobelpreises Liu Xiaobo seine Auszeichnung in Freiheit selbst entgegennehmen kann. Er verkörpert Werte, die uns am Herzen liegen. China kann stolz auf seinen Preisträger sein.

China und Indien werden wichtiger. Aber wir erleben nicht nur den Aufstieg einzelner Länder. Wir erleben eine zunehmende Vernetzung ganz Asiens. Deshalb freut es mich, wenn die **ASEAN-Staaten** neugierig auf die europäische Integration blicken. Deshalb freut es mich, dass wir Europäer mit **Südkorea** ein Freihandelsabkommen erreicht haben.

Vor drei Tagen bei indischen Studenten war für mich mit Händen zu greifen, Wissen ist die entscheidende Ressource der heutigen Welt. Bildung ist die soziale Frage im Zeitalter der Globalisierung. Langfristig entscheidet nichts mehr über Fortschritt oder Rückschritt von Nationen als die **Konkurrenz der Bildungssysteme**. Dies ist der Kern der Globalisierung, denn gute Bildung ist nahezu überall organisierbar.

Werte und Interessen gehören zusammen. Für kaum einen Bereich gilt dies so sehr wie für die Bildung. Wir arbeiten für den Export des Dualen Systems der beruflichen Bildung, da er auch die Attraktivität des Technologie-Standorts Deutschland stärkt. Wir werben für das Erlernen der deutschen Sprache und das gemeinsame Forschen an Zukunftsfeldern wie Nanotechnologie, Energieeffizienz oder Elektromobilität, da beides Brücken für den Wissensaustausch und damit auch für einen Austausch von Haltungen und Einstellungen baut. Soziale Mobilität durch Bildung wird gemeinsam erlebt.

Unser Gesellschaftsbild, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter Realität ist, wird beim gemeinsamen Lernen und Forschen erfahren. Dass rund ein Viertel des Haushalts des Auswärtigen Amtes für die **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die Sprachförderung und die Wissenschaftspolitik** ausgegeben wird, ist ein Beitrag zur Globalisierung unserer Werte.

Unsere **Menschenrechtspolitik** nutzt auch die Chancen, die sie durch Bildungsk Kooperationen und Wirtschaftsbeziehungen erlebt. Für mich ist dies ein weiteres Beispiel dafür, dass Werteorientierung und Interessensleitung zwei Seiten derselben Medaille sind.

Die **Förderung deutscher wirtschaftlicher Interessen auf den Weltmärkten** ist ein Ziel deutscher Außenpolitik. Dieses Ziel hat keineswegs nur etwas mit Geld zu tun. Handel trägt zur Globalisierung unserer Werte bei. Wohlstand und Verflechtung schaffen Mittelschichten. Mittelschichten wollen, was unseren Werten entspricht, bürgerliche Grundrechte, eine unabhängige Justiz, transparente und effiziente Verwaltungen, weniger Korruption, politische Verantwortlichkeit. Eine Welt, in der hunderte Millionen in Mittelschichten

aufsteigen, ist eine bessere Welt. Menschen, die ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen können, fordern und erkämpfen eine bessere Gesellschaft.

Diese Menschen sind unsere Verbündeten. Diese Bürgerinnen und Bürger schätzen es, wenn wir die Menschenrechte deutlich gegenüber ihren Regierungen ansprechen. Manchmal wird behauptet, man müsse sich entscheiden zwischen dem Einsatz für die Menschenrechte und guten Beziehungen zu Regierungen. Dies ist nicht meine Erfahrung. Für falsch verstandene Rücksichtnahme erntet man keinen Respekt, mit Leisetretereie ändert man nichts.

Teilhabe an der Globalisierung ist der Wunsch vieler Staaten, aber vor allem ein Interesse von Milliarden Menschen. Individuelle Freiheit ist der Königsweg zur Teilhabe. In einem Kampf der Kulturen gäbe es nur Verlierer. Vom Wettbewerb um die besten Ideen profitiert dagegen jeder.

Zu den besten Ideen gehören Erfindungen. Was wir am erfolgreichsten exportieren, sind neue Technologien. Daher unterstützt die Bundesregierung innovative Projekte in den Bereichen Klima, Infrastruktur, Wasser oder Ressourcen. Als Teil einer intelligenten Außen-Rohstoffpolitik fördern wir internationale Vorhaben erneuerbarer Energien wie DESERTEC.

Weder aus Egoismus noch aus Altruismus erhebt deutsche Außenpolitik einen [Gestaltungsanspruch in der globalisierten Welt](#), sondern weil wir ihr Teil sind, und zwar ein besonders eng vernetzter Teil. Nur politische Gestaltung kann verhindern, dass aus den Schattenseiten der Globalisierung Gefahren auch für uns erwachsen. Die Stärkung des Völkerrechts, ob bei der Bekämpfung des Klimawandels oder bei der Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ist ein wesentlicher Beitrag hierzu.

Interessen und Werte gehören für die deutsche Außenpolitik untrennbar zusammen. [Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe](#) sind Werte, die keinen Unterschied nach Hautfarbe oder Glauben machen. Ich danke

allen Deutschen, die großzügig gespendet und sich engagiert haben, als in Haiti die Erde bebte oder als jetzt Pakistan von den verheerenden Fluten des Indus heimgesucht wurde. Außenpolitik ist nicht nur staatliches Handeln. Unser Bild im Ausland wird auch geprägt von der Hilfsbereitschaft und Großzügigkeit unserer Bürger.

Eine vernetzte Welt braucht keine Werte-Beliebigkeit, **ordnenden Multilateralismus** braucht sie sehr wohl. Wenn Multikulti heißt, dass wir unsere Wertmaßstäbe aufgeben sollen, dann ist Multikulti ein Irrweg. Wenn Multikulti heißt, dass Vielfalt und Vernetzung mehr denn je unser aller Leben prägen, daheim und international, dann ist Multikulti Realität.

Deutsche Außenpolitik steht für eine **stabilisierende und regelbasierte Weltordnung**. Eine Welt der gemeinsamen Normen und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist die beste Voraussetzung für Frieden und Entwicklung. Mit dieser Haltung hat sich Deutschland für den Sicherheitsrat beworben. Das Votum der Welt war, und hier schließt sich der Kreis zur deutschen Einheit, ein Vertrauensbeweis, aber auch ein Vertrauensvorschuss.

Wir werden mit ganzem Engagement an die nun vor uns liegende zweijährige Arbeit gehen. Wir werden daran mitarbeiten, dass der Sicherheitsrat selbst die Realität unserer Zeit abbildet. Deshalb wollen wir, dass auch Lateinamerika und Afrika ständig im **Sicherheitsrat** vertreten sind und auch Asien nicht länger unterrepräsentiert bleibt. Deutschland ist bereit, auch selbst dauerhaft Verantwortung im Sicherheitsrat zu übernehmen. Unser langfristiges Ziel bleibt ein ständiger Sitz für die Europäische Union.

Wir werden in den Sicherheitsrat unsere Erfahrungen, unsere Möglichkeiten und unsere Vorschläge einbringen. Zu belehren haben wir niemanden, aber zu verstecken brauchen wir uns auch nicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bundesaußenminister Westerwelle zum „Umbruch in der Arabischen Welt“

Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nordafrika und die arabische Welt erleben eine historische Zäsur. Die **Freiheitsbewegung**, die als Jasmin-Revolution auf den Straßen Tunesiens begann, hat viele andere Staaten erreicht. Als Demokraten stehen wir an der Seite von Demokraten. Wir Deutschen haben das Glück, eine friedliche Revolution im eigenen Land erlebt zu haben, die zur Einheit unseres Landes und zur Vereinigung Europas geführt hat. Unser Land ist auf den Werten der Freiheit gebaut. Es sind diese freiheitlichen Werte, nach denen jetzt Millionen Menschen im nördlichen Afrika und in der arabischen Welt verlangen. Wir werden diese Völker dabei als Bundesrepublik Deutschland unterstützen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeord-
neten der SPD

Die **Sehnsucht nach Freiheit** ist nicht begrenzt auf eine Kultur, auf eine Region oder gar auf eine Religion. Es ist ein Irrglaube, es gebe Kulturen, in denen der Mensch auf Dauer unfrei sein müsse. Es gibt keine Kultur der Unfreiheit. Unfreiheit ist Ausdruck von Unkultur. Eine weitere Erkenntnis können wir aus dieser Entwicklung gewinnen: Nicht eine autokratische Regierung macht ein Land stabil, sondern eine stabile Gesellschaft ist die Voraussetzung für die Stabilität eines Landes. Wir wollen **stabile Demokratien und demokratische Stabilität**.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in **Marokko** hat König Mohammed VI. vor wenigen Tagen eine Verfassungsreform eingeleitet, die viele Forderungen aus der Gesellschaft aufgreift. Das macht Mut, aber es werden die Taten zählen. Das Beispiel Marokko zeigt, wie eine Regierung den Weg zur Öffnung und zur Demokratisierung der Gesellschaft einschlagen kann.

Mit großer Sorge blicken wir nach **Jemen**, wo ein von breiten Schichten der Gesellschaft getragener Protest immer gewaltsamer niedergeschlagen wird. Bereits vor einem Jahr, bei meinem Besuch im Jemen, habe ich Präsident Salih eindringlich darauf hingewiesen, wie notwendig der friedliche gesellschaftliche Ausgleich für die Stabilität des Jemen ist. Heute müssen wir feststellen: Die Zeit wurde nicht genutzt, und die Lage im Jemen hat sich dramatisch verschlechtert. Mit Sorge verfolgen wir auch die alarmierenden Nachrichten aus Bahrain. Wir rufen alle Beteiligten im Land selbst zum Dialog auf, und wir rufen die Länder in der Region zur Zurückhaltung auf. Die Eskalation der Gewalt muss ein Ende haben und einem ernsthaften Dialog, einem nationalen Dialog zwischen Regierung und Opposition Platz machen. Eine Lösung muss im Land selbst gefunden werden.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Im **Iran** geht die Führung in diesen Tagen erneut mit äußerster Härte gegen die Opposition vor. Die iranische Regierung will mit diesem Vorgehen Stärke demonstrieren, sie offenbart aber nur Schwäche.

Beifall des Abg.
Dr. h. c. Jürgen
Koppelin (FDP)

Wir fordern die iranische Führung auf, die Unterdrückung der Opposition unverzüglich zu beenden und dem iranischen Volk die ihm zustehenden Freiheitsrechte zu gewähren.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU, der SPD,
der LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Die Sehnsucht nach Freiheit und Teilhabe, nach Würde und Gerechtigkeit wächst auch in vielen anderen Ländern des Mittleren Ostens von Tag zu Tag und bricht sich Bahn. Die Lage in der Region ist von Land zu Land verschieden. Deshalb brauchen wir maßgeschneiderte politische Antworten. Eines aber haben alle diese Aufbrüche gemeinsam: den unbedingten Willen zu Freiheit, zu Teilhabe und zu neuen Chancen. Ich danke den Frauen und Männern der Bundeswehr, den Angehörigen des Auswärtigen Dienstes und den vielen

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU,
der SPD und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie
bei Abgeordneten
der LINKEN

Hilfsorganisationen für ihre Leistung bei der Evakuierung deutscher Staatsangehöriger aus Libyen und für ihren Beitrag, zahlreiche ägyptische Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zu ihren Familien zu bringen. Wenn alles gut gegangen ist, denkt man, dass es einfach war. Aber ich weiß, dass es alles andere als einfach war. Deswegen möchte ich vor diesem Hohen Hause – ich hoffe, in Ihrer aller Namen – diesen Dank ausdrücklich aussprechen.

In **Libyen** führt ein Diktator Krieg gegen das eigene Volk. Im Angesicht dieses Verbrechens ist sich die internationale Staatengemeinschaft einig: Der Diktator muss gehen. Mit seinen Taten stellt sich Oberst Gaddafi außerhalb der Völkergemeinschaft. Er hat jede Legitimation verwirkt. An dieser frühzeitig eingenommenen eindeutigen und entschiedenen Haltung der Bundesregierung ändern auch vergiftete Freundlichkeiten des Diktators nichts. Wir haben mit unserer Forderung nach raschen Sanktionen breite Unterstützung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und in der Europäischen Union erhalten. Die Auslandsvermögen der Herrscherfamilie wurden eingefroren. Reiseverbote sind in Kraft. Wir sind uns im Sicherheitsrat, in der Europäischen Union und auch unter den G-8-Staaten – das hat gestern das Treffen der Außenminister gezeigt – einig, dass der Diktator für diesen Feldzug gegen sein eigenes Volk zur Verantwortung gezogen werden muss. Das wird Aufgabe des Internationalen Strafgerichtshofs sein. Wir setzen uns in New York dafür ein, den politischen Druck weiter zu erhöhen, bis dieses Ziel erreicht ist. Wir werden im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen heute und in den kommenden Tagen das weitere Vorgehen abstimmen. Die Bundesregierung wirbt in New York nachdrücklich für noch umfassendere Wirtschafts- und Finanzsanktionen. Wir wollen die Geldflüsse in das System Gaddafi, soweit irgend möglich, stoppen. Wir wollen dem Regime die Grundlage seines Handelns und seines Krieges gegen das eigene Volk entziehen. Die Bilder und die Nachrichten von vorrückenden Truppen Gaddafis, von blutiger Gewalt und von gefallenen Städten in Ostlibyen bedrücken uns. Aber die vermeintlich einfache Lösung einer Flugverbotszone wirft mehr Fragen und Probleme auf, als sie zu lösen verspricht. Die Flugverbotszone – darüber kann auch das Wort nicht hinwegtäuschen – ist eine militärische Intervention,

bei der nicht einmal klar ist, dass sie in einem Land wie Libyen wirkungsvoll sein kann. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass Libyen ein Land ist, das etwa viermal so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland. Am Ende darf nicht genau das Gegenteil dessen stehen, was wir politisch erreichen wollen. Am Ende darf unser Handeln nicht zu mehr Gewalt – statt zu mehr Freiheit und zu Frieden – führen. Ein solches Ergebnis würde die demokratischen Bewegungen in ganz Nordafrika schwächen und nicht stärken. Jeder Schritt muss auch vor dem Hintergrund bewertet werden, welche Folgen er für die Staaten in Nordafrika hätte, die sich seit der Jasmin-Revolution in Richtung Demokratie, in Richtung von mehr Freiheit auf den Weg gemacht haben. Die Folgen eines Militäreinsatzes würden nicht nur Libyen betreffen, sondern in die gesamte nordafrikanische Region und in die gesamte arabische Welt ausstrahlen. Wir verstehen, dass alle Möglichkeiten geprüft werden. Das Durchsetzen einer Flugverbotszone aber ist eine militärische Intervention. Niemand soll sich der Illusion hingeben, es gehe lediglich um das Aufstellen eines Verkehrsschildes. Um ein Flugverbot durchzusetzen, müsste zunächst die libysche Flugabwehr militärisch ausgeschaltet werden. Die Bundesregierung betrachtet deshalb ein militärisches Eingreifen in Form einer Flugverbotszone mit großer Skepsis. Wir **wollen und dürfen nicht Kriegspartei in einem Bürgerkrieg in Nordafrika werden.** Wir wollen nicht auf eine schiefe Ebene geraten, an deren Ende dann deutsche Soldaten Teil eines Krieges in Libyen sind.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU
und der LINKEN;
Wolfgang Gehrcke
[DIE LINKE]:
„Da hat er recht!
Das muss Ihnen
nicht peinlich sein!“

– Ich wünschte, meine Damen und Herren von der Linksfraktion, Sie wären auch bei anderen Fragen so entschieden, wenn es um Demokratie und Freiheit geht.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Aber was geschieht, wenn die Angriffe am Boden weitergehen? Müssen wir Gaddafis Panzer dann aus der Luft bekämpfen? Und wenn das nicht reicht, müssen wir dann Bodentruppen schicken? Die Alternative ist nicht Tatenlosigkeit, sondern sind **gezielte Sanktionen**, die den Druck auf Gaddafi erhöhen. In den vergangenen Tagen haben wir zudem erste Kontakte mit dem Nationalen Übergangsrat geknüpft. Wir sehen in ihm einen wichtigen politischen Ansprechpartner. Die Entscheidung über den richtigen Weg im Angesicht menschen-

verachtender Gewalt ist alles andere als einfach. Als Mitglied des Sicherheitsrates trägt Deutschland in dieser schwierigen Lage besondere Verantwortung für die internationale Sicherheit. Wir respektieren und begrüßen den Beschluss der Arabischen Liga vom vergangenen Wochenende. Aber wir sehen die Verantwortung für das weitere Handeln der internationalen Staatengemeinschaft zuerst bei den Staaten der Region. Dies wird auch unsere Haltung bei den Beratungen in New York bestimmen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine stabile Demokratie entsteht nicht über Nacht. Ein solcher Prozess kann Jahre, manchmal Jahrzehnte dauern. Wir wollen die Länder Nordafrikas dabei unterstützen, eine **festen, tragfähigen Demokratie in einer starken Zivilgesellschaft zu verankern**. Wir stehen in der arabischen Welt vor einem **Neubeginn voller Chancen**. Aber nicht nur die Völker der Region, sondern auch wir brauchen einen langen Atem. Dieser arabische Frühling ist eine historische Chance für Frieden und Wohlstand in der gesamten Region mit positiven Folgen weltweit.

Deutschland und Europa stehen als Partner bereit, damit der **demokratische Aufbruch in Nordafrika und anderen Teilen der arabischen Welt** tatsächlich gelingen kann. Der Umbruch in Tunesien und Ägypten ging von der Mitte der Gesellschaft aus, und er wurde von ihr getragen. Wir haben größten Respekt vor dem Mut all jener, die friedlich und ohne Waffen auf die Straße gegangen sind, um sich den Herrschenden in ihren Ländern entgegenzustellen. In den Straßen von Tunis können die jungen Frauen und Männer vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben völlig frei reden. Sie haben vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben das Gefühl, ihre eigene Zukunft in den Händen zu halten. Sie spüren, dass sie selber entscheiden können, wie sie leben wollen. Was sich die Menschen in Tunesien wünschen, ist unseren Wünschen und unseren Träumen sehr nah. Die Hoffnung auf ein Leben in Freiheit, in Würde und Gerechtigkeit verbindet uns über das Mittelmeer und über alle Grenzen hinweg. Gleichzeitig erreichen uns die Bilder von Flüchtlingsbooten vor Lampedusa. Klar ist: Wir können nicht alle Menschen aus Nordafrika in Europa aufnehmen. Wir wollen vielmehr dabei helfen, dass

die Menschen im eigenen Land eine gute Zukunft für sich sehen. Jetzt zu handeln, jetzt vor Ort zu helfen, ist die beste Politik, um Flüchtlingsströme einzudämmen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Der Aufbruch, dessen Zeuge wir sind, ist eine große Chance für beide Seiten. Es ist die Chance auf ein neues, produktives Miteinander der Länder nördlich und südlich des Mittelmeers. Er ist auch eine Chance für Deutschland. Wenn diese Gesellschaften in neuer Freiheit ihre ganze Kreativität und ihre Talente entfalten, können neue Mittelschichten in Nordafrika unsere kommenden Partner – auch Wirtschaftspartner – werden. Umgekehrt können wir durch Investitionen und Handelsaustausch die wirtschaftlichen Chancen für die Menschen und gerade auch für die jungen Menschen dort verbessern. Es bleibt ein unvergessliches Erlebnis, das ich auf dem Tahrir-Platz gewissermaßen stellvertretend für Sie und für viele andere Staatsbürgerinnen und Staatsbürger hatte, als auf dem Tahrir-Platz in Kairo Hunderte spontan zusammenkamen, weil sie erfuhren, dass eine deutsche Delegation dort ist, und sie riefen: Es lebe Ägypten, es lebe Deutschland! – Das war Ausdruck des hohen Ansehens, das wir uns in Ägypten erworben haben. Es zeigt, dass unsere **Politik der Parteinahme für den demokratischen Aufbruch**, ohne dabei die ägyptische Souveränität dieses stolzen Volkes infrage zu stellen, richtig war. Es war aber auch Ausdruck der enormen Erwartungen gerade der ägyptischen Jugend an unser Land. Wir haben Tunesien und Ägypten sehr früh eine Transformationspartnerschaft angeboten, weil wir den Aufbruch zu Demokratie von Beginn an nach besten Kräften unterstützen wollten. Das jetzt beschlossene Konzept der Europäischen Union für eine Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand trägt in weiten Teilen die Handschrift der Bundesregierung.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Vier Punkte stehen dabei im Vordergrund. Erstens. Die **europäische Nachbarschaftspolitik** muss neu ausgerichtet werden. Ihre strategischen Ziele und Grundsätze bleiben gültig. Aber mehr als bisher werden wir die Unterstützung der Europäischen Union an klare Erwartungen knüpfen. Am vergangenen Freitag hat der Europäische Rat beschlossen, dass wir Leistungen an unsere Mittelmeerpartner

an sichtbare Fortschritte bei Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, in Richtung unabhängiger Justiz und bei der Korruptionsbekämpfung knüpfen werden. Gerade die Zeichnung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen, wie sie die tunesische Regierung nach dem Sturz Ben Alis auf die Tagesordnung der ersten Kabinettsitzung setzte, dokumentiert diesen Willen zum Neuanfang. Zweitens stärken wir den [Aufbau und Ausbau der Zivilgesellschaft](#). Träger des Aufbruchs sind neue politische und gesellschaftliche Kräfte, die noch am Anfang stehen. Sie sind kaum organisiert, und sie brauchen unsere Unterstützung; ich denke etwa an die eindrucksvolle Begegnung mit dem Vorsitzenden der tunesischen Menschenrechtsliga. Dafür wollen wir die etablierten Kontakte unserer Botschaften nutzen, aber auch die Netzwerke von Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Parlamentariergruppen. Eine besondere Rolle kommt den politischen Stiftungen zu, mit denen wir uns in Tunis wie in Kairo getroffen haben und von denen es in Europa kaum ihresgleichen gibt. Sie verfügen über ein enges Netzwerk an Ansprechpartnern, von denen viele aktiv an den Freiheitsbewegungen beteiligt waren. Ihre langjährige Erfahrung wollen wir verstärkt nutzen und unseren neuen Partnern anbieten. Drittens fördern wir eine [umfassende Demokratisierung](#). Die Regierungen in Tunis und Kairo sind Übergangsregierungen, die in Zeiten des Umbruchs entstanden sind. Heute stehen teilweise schon andere Personen an ihrer Spitze als bei meinem Besuch vor wenigen Wochen. Ihnen fehlt noch die demokratische Legitimation. Für den Umbau der Gesellschaft brauchen die Regierungen aber den Rückhalt der Mehrheit im Volk. Die Zeit für die Organisation der freien politischen Willensbildung ist knapp, Erfahrungen darin noch knapper. Wir haben deshalb angeboten, bei allen Fragen der Vorbereitung und Durchführung freier und fairer Wahlen zu helfen.

Viertens wird es für das Gelingen des Aufbruchs in der arabischen Welt entscheidend sein, dass die Menschen die Früchte ihres Aufbegehrens auch im täglichen Leben spüren. Arme und ausgegrenzte junge Frauen und Männer haben ebenso wie die gut Ausgebildeten aus der Mitte der Gesellschaft nicht allein für Freiheit, sondern auch für ihre Lebenschancen demonstriert. Damit der politische Aufbruch Erfolg hat, müssen politische Entwicklungen und wirtschaftlicher

und sozialer Fortschritt Hand in Hand gehen. Wenn uns an ihrem Erfolg liegt, dann müssen wir rasch und gezielt auch wirtschaftlich helfen. Damit meine ich vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Die Tourismuswirtschaft spielt eine große Rolle, aber wir müssen auch mehr Handel zulassen und unsere Märkte in Europa öffnen. Auch über Ag-rarexporte, die für diese Länder eine wichtige Rolle spielen, werden wir in Brüssel sprechen müssen.

Zugleich wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass noch mehr als die beispielsweise 270 deutschen Unternehmen allein in Tu-nesien, die dort investieren, in der Region tätig werden. Die Rechts-sicherheit in diesen Ländern muss gestärkt werden, sonst können private Investitionen kaum in großem Umfang fließen. Unser Angebot ist ein Nord-Süd-Pakt, der umfassend und auf Dauer angelegt ist. Mittel- und langfristig entscheidet aber vor allem ein Thema über die Zukunft dieser Länder und Gesellschaften: die Bildung. Sie ist das Ka-pital der Zukunft bei uns – das wissen wir – genauso wie in Nordafrika. Die Bundesregierung wird den Deutschen Bundestag bitten, in den kommenden zwei Jahren insgesamt 100 Millionen Euro für Partner-schaften mit Nordafrika und dem Nahen Osten bereitzustellen. Das Kabinett hat heute Morgen einen entsprechenden Beschluss gefasst. 40 Millionen Euro davon wollen wir für ein Stipendienprogramm und für Bildungspartnerschaften mit den Schulen und Hochschulen dieser Länder nutzen. Die Vernetzung junger Menschen, der Transfer unseres Know-hows und unserer gesellschaftlichen Werte und Maß-stäbe sollen unseren Gesellschaften wechselseitig zugutekommen. Gemeinsam mit den Bundesministern Annette Schavan, Dirk Niebel und Rainer Brüderle werden wir zusätzliche Angebote für die Bildung, insbesondere die berufliche Bildung, entwickeln – eine der großen Stärken unseres deutschen Bildungssystems. Wir müssen uns auch mit einer weiteren bedeutenden Frage befassen: Welche Folgen hat der Umbruch in der arabischen Welt für unseren Partner Israel? Die historischen Veränderungen in der Region dürfen nicht zu einem Weniger an Sicherheit für Israel führen. Darauf wird Deutschland besonders achten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Zukunft Israels in einer stabileren und demokratischeren Nachbarschaft abgesichert werden kann. Auch deshalb machen die Umbrüche in der gesamten

Region eine Lösung des Nahostkonfliktes durch eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung umso dringlicher. Mut und Weitblick, nicht Zaudern und Zögern, sind jetzt gefragt.

Beifall des Abg.
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE)

damit der Stillstand bei den Friedensgesprächen endlich überwunden werden kann.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
der SPD sowie bei
Abgeordneten der
LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, die Unterstützung des Umbruchs in der arabischen Welt entspricht unseren Werten wie unseren Interessen gleichermaßen. Dabei dürfen wir nie vergessen, dass jedes Land selbst über sein Schicksal zu entscheiden hat. Jeder Mensch schuldet jedem Menschen Respekt, und jedes Land schuldet jedem Land Respekt. Jede Bevormundung verbietet sich. Nur wenn die Reformen von den Gesellschaften Nordafrikas selbst getragen werden, werden sie von Dauer sein.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Wir haben unsere Angebote gemacht: bei der Reform politischer Institutionen, beim Umbau der Verwaltung, bei der Verankerung und Stärkung von Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit und beim Ausbau der Bildung. Es geht uns dabei um rasche, aber nicht allein um kurzfristige Hilfe. Wir arbeiten für eine **langfristig angelegte Partnerschaft, eine Partnerschaft auf Augenhöhe**. Niemand kann heute mit Sicherheit vorhersagen, wie es in Nordafrika und der arabischen Welt weitergehen wird. Es wäre vorschnell, anzunehmen, der Wandel wäre einfach oder die Freiheit hätte bereits gesiegt. Die Demokratiebewegung muss sich vielerorts stabilisieren, muss teils auch erst richtig beginnen, sich zu organisieren. Noch sind die alten Kräfte vielerorts fest im Sattel, noch verfügen sie über Geld und Einfluss. Die nächsten sechs Monate werden für die politische Entwicklung entscheidend sein, aber das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen. Ich bin zuversichtlich, dass der Aufbruch am Ende erfolgreich sein wird. Der Impuls der Demokratiebewegungen kommt nicht von außen. Er kommt in jedem Land aus der Mitte der Gesellschaft. Die Umbrüche sind nicht vom Westen gestartet worden. Sie werden auch nicht vom Westen gesteuert. Das ist allein die Propaganda derer, die vieles im Sinn haben, nur nicht die Freiheit ihrer Völker.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Jedes Land muss seinen eigenen Weg finden, jede Gesellschaft ihren eigenen Weg gehen. Mit Rat und Tat wollen wir helfen, aber auch mit Respekt und Anerkennung für den großen Mut der Menschen. Die Völker der arabischen Welt nehmen in diesen Monaten ihre Zukunft selbst in die Hand. Den Fahrplan zur Freiheit bestimmen sie selbst, aber wir Deutsche, wir Europäer stehen ihnen zur Seite. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und ich danke dafür, dass trotz der schrecklichen Bilder aus Japan, die wir sehen, und trotz der vielen Fragen, die uns beschäftigen, sich so viele von Ihnen die Zeit genommen haben, an dieser Debatte im Deutschen Bundestag über die Entwicklung in Nordafrika teilzunehmen. Ich glaube, allein schon das ist ein wichtiges Zeichen der Unterstützung an die gesamte Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und in Nordafrika.

Lebhafter Beifall
bei der FDP und
der CDU/CSU

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

REDE

Ich blicke zurück voller Dankbarkeit...

Frau Präsidentin, sehr geehrte Exzellenzen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

dies ist das letzte Mal, dass ich auf einem Bundesparteitag die Eröffnungsrede des Parteivorsitzenden halte. Nach zehn Jahren im Amt als Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei gebe ich heute das Amt ab. Ich möchte mich deshalb – ein wenig ungewöhnlich im Vergleich zu sonstigen Reden, die ich so oft auch auf Parteitagen halten durfte – auf ein paar Gedanken beschränken, aber vor allem auch ein paar sehr persönliche Worte sagen. Vor allen Dingen möchte ich beginnen mit einigen Worten des Dankes. Wir haben in diesen letzten zehn, und für mich sind es 17 Jahre, weil ich vorher noch – nachdem Klaus Kinkel so freundlich war, mich zum Generalsekretär vorzuschlagen – 7 Jahre als Generalsekretär gearbeitet habe; wir haben in den letzten Jahren eine ganz außergewöhnliche Erfolgsstrecke gehabt.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dankbar dafür, dankbar für die Unterstützung von so vielen. Weil jeder Erfolg immer nur im Team erarbeitet werden kann. Das weiß jeder im Kreisverband, im Landesverband und natürlich auch in der Bundespartei. Ich möchte rückblickend auf diese zehn Jahre Ihnen allen herzlich „Danke“ sa-

gen. Ich möchte mich herzlich bedanken bei den Generalsekretären, mit denen ich zusammenarbeiten durfte: bei Christian Lindner, bei Dirk Niebel, vielen Dank lieber Dirk, zwei Bundestagswahlkämpfe hast du erfolgreich gemeistert! Sehr herzlich bedanken möchte ich mich insbesondere bei Cornelia Pieper, die gemeinsam mit mir vor zehn Jahren angefangen hat bei der ersten Bundestagswahl, die wir erfolgreich bestanden haben. Ich sage das, weil es für mich so wichtig ist: Es war unser gemeinsames Ziel, dass die FDP wieder eine gesamtdeutsche Partei wird, nachdem wir in den ostdeutschen Landtagen mit 1 bis 2 Prozent-Ergebnissen gescheitert waren. Und ich möchte das hier mal ausdrücklich sagen, weil es für mich ein Programm ist. Wir waren die erste gesamtdeutsche Partei nach der Wiedervereinigung, und wir haben dann eine Zeit lang zu wenig auf den Osten geschaut. Das war unser aller Fehler. Und es ist das Verdienst vor allen Dingen von Cornelia Pieper, dass wir wieder aufgestanden sind und dass wir zum Beispiel heute in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreiche Landespolitik mit fast 10 % im Landtag machen. Liebe Cornelia, Du scheidest heute aus Deinem Amt: herzlichen Dank für Deine Arbeit insbesondere für die deutsche Einheit und dafür, dass wir auch in Ost- und Mitteldeutschland wieder so stark sind.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ich danke sehr herzlich den Schatzmeistern, mit denen ich zusammenarbeiten durfte. Ich danke dem unvergessenen Günter Rexrodt, der viel zu früh gestorben ist. Wir werden ihn nie vergessen. Und ich danke dem Mann, der sich nach dem Tod von Günter Rexrodt erneut für so viele Jahre hat in die Verantwortung nehmen lassen. Dem Mann, der die FDP eben auch materiell, finanziell, von der finanziellen Schlagkraft, wieder aufgestellt hat. Ich danke Ihnen, lieber Hermann Otto Solms, auch Sie werden heute ihr Amt abgeben: herzlichen Dank. Auch wenn die Arbeit des Schatzmeisters nicht immer im Scheinwerferlicht ist, es ist einer der wichtigsten Aufgaben in der Partei, die Sie großartig erfüllt haben, lieber Hermann Otto Solms.

Und ich danke den weiteren ausscheidenden Präsidiumsmitgliedern. Ich danke Silvana Koch-Mehrin, die im Augenblick schwere Stunden

hat. Und weil wir alle Menschen sind und mitfühlen, wie sie sich fühlt, möchte ich auch von hier aus ihr einen Gruß sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde. Aber ich möchte mich auch bedanken bei meinem langjährigen Stellvertreter, und dem langjährigen Landesvorsitzenden, Professor Andreas Pinkwart, der sich entschieden hat, wieder zurück zu gehen in die Wissenschaft. Auch Dir, lieber Andreas Pinkwart, ganz persönlich, aber ich bin sicher auch im Namen des Bundesparteitages: Herzlichen Dank für Deine langjährige Arbeit und alles Gute für Dich im neuen wissenschaftlichen Amt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte herzlich Dank sagen auch dem bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Rainer Brüderle, der ebenfalls in dieses Amt nicht zurückkehren wird, nachdem er einen für sich schweren Schritt gemacht hat. Lieber Rainer, Du hast gesehen, wie der Parteitag dir gedankt hat. Aber ich möchte diese Gelegenheit nicht versäumen, Dir auch sehr herzlich für jahrzehntelanger Arbeit als Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und für so viele Jahre als stellvertretender Parteivorsitzender zu danken. Ganz herzlichen Dank, du bist wirklich ein treuer Freund, nicht nur der Partei, sondern auch von mir ganz persönlich. Vielen Dank, lieber Rainer Brüderle.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch das gestatten Sie mir, weil es für mich für als eine Frage des Umgangs mit dazugehört: Dass wir auch denen umfassend danken, die so viel geleistet haben: die Fraktionsvorsitzenden in dieser Zeit. Mehr als ein halbes Jahrzehnt, Wolfgang Gerhardt: herzlichen Dank, lieber Wolfgang Gerhardt, für deine Arbeit, die du jetzt als Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung in gewohnter Klugheit weiter fortsetzt und Dich einbringst. Und ich möchte mich herzlich bei Birgit Homburger bedanken, mit der ich mal zusammen angefangen habe, als wir bei den Jungliberalen ehrenamtlich Politik geschnuppert und uns engagiert haben. Ich möchte mich wirklich

sehr herzlich bedanken, liebe Birgit: bei Dir ist es ja kein Ausscheiden aus den Parteiämtern, sondern Du wirst dich erneut bewerben, aber als Fraktionsvorsitzende hast du das Amt abgegeben. Ich möchte das noch einmal hier in der Größe, die du damit gezeigt hast, ausdrücklich vor dem Bundesparteitag würdigen. Liebe Birgit, herzlichen Dank.

Und ich danke zum Schluss den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Freien Demokratischen Partei. Ich danke denen, die mit kleiner Mannschaft in großen Wahlkämpfen noch viel Größeres leisten. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Thomas-Dehler-Hauses, ob sie jetzt in der Bundespartei sich engagieren oder auch auf anderen Ebenen. Wir sehen das als Delegierte alles sehr genau. Manchmal würdigen wir es nicht genug, manchmal übersehen wir es sogar vielleicht. Aber auch das gehört dazu: Ihr seid eine tolle Truppe im Thomas-Dehler-Haus. Wir haben die besten Mitarbeiter, die sich eine Partei überhaupt wünschen kann; auf allen Ebenen, weil ihr weit mehr tut, als in jedem Tarifvertrag geregelt ist. Herzlichen Dank für euer großartiges Engagement, Jürgen Beerfeltz, Gabi Renuus. Und ich möchte Ihnen danken. Ich möchte Ihnen danken: den Vertretern der Freien Demokratischen Partei. Als ich mich vor zehn Jahren für das Amt des Parteivorsitzenden beworben habe, habe ich mir persönlich nicht vorstellen können und auch nicht damit gerechnet, dass es immerhin zehn Jahre würden. Zehn Jahre lang Vorsitzender einer Partei. Hans-Dietrich Genscher, bei dem ich mich von Herzen für so viele Ratschläge bedanke, hat einmal – als er ausgeschieden ist – nach elf Jahren, den Satz gewählt: elf Jahre zählen viel, meine Damen und Herren, und bei der FDP zählt jedes Vorsitzendenjahr fast doppelt. Und ich sage ihnen das, weil es ein Auf und Ab ist, ein Wechselbad der Gefühle. Aber das gehört dazu.

Ich blicke zurück auf diese zehn Jahre, voller Dankbarkeit. Ich blicke zurück voller Dankbarkeit für das ehrenamtliche Engagement, für das, was sie geleistet haben. Und ich will es vorab hier sagen: Wer so lange eine Partei führt, der macht auch Fehler. Niemand weiß das besser als ich. Niemand weiß besser als ich, was mir nicht gelungen ist. Niemand wirft mir das mehr vor als ich selbst. Ich stehe zu jedem Fehler, den ich gemacht habe, und ich stehe für jeden Fehler im

Laufe dieser zehn Jahre gerade. Ich entschuldige mich für jeden Fehler. Aber bitte erlauben Sie mir, dass ich auch mit Selbstbewusstsein hinzufüge: Die letzten zehn Jahre waren unter dem Strich durchaus **positiv in der Bilanz**. Wir haben mehr richtig als falsch gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und natürlich ist es so, liebe Freundinnen und Freunde, wenn man hier steht, dann hat man natürlich auch ein Stück **Wehmut des Abschieds** im Herzen. Das würde jedem so gehen. Ich werfe mir nicht vor, dass es mir schwerfällt, das Amt abzugeben. Ich würde mir eher vorwerfen, wenn es mir leichtfiele.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

aber eine Sache macht es mir leichter. Nämlich die Tatsache, dass wir eine so **hervorragende neue Führungsmannschaft** haben, die sich jetzt anschickt, die Verantwortung zu übernehmen. In diesen zehn Jahren und in diesen letzten anderthalb Jahrzehnten haben sich so großartige Persönlichkeiten herausgebildet in der Freien Demokratischen Partei, dass ich natürlich einerseits mit ein wenig Wehmut ausscheide, dass ich mich andererseits aber im Herzen darüber freue, dass wir so exzellente Persönlichkeiten haben, die jetzt die Führung der FDP übernehmen und neuen Schwung bringen. Dies ist ein **Parteitag des Umbruchs in der FDP**, und es wird ein Parteitag des Aufbruchs für die Liberalen. Auch weil wir so gute Spitzenleute haben, die jetzt die Verantwortung übernehmen, mit Philipp Rösler an der Spitze, den wir unterstützen und den ich auch persönlich unterstützen werde. Ich werde meinem Nachfolger nicht ins Lenkrad greifen, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

Meine Damen und Herren, ich wundere mich schon ein wenig darüber, was es dann für Bemerkungen aus der Opposition gibt. Die Sozialdemokraten melden sich zu Wort, sie schauen nach Rostock. Das ist an sich gut. Sie nehmen an unseren Diskussionen Anteil, sie beobachten natürlich die schwierigen Umbrüche, die jede Partei von Zeit zu Zeit durchmachen muss. Und dann erklären Sie, man sehe doch bei der FDP die Umbrüche. Diese Unruhe, die sei gar nicht

mehr berechenbar in der Regierungsverantwortung. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition: In meinen zehn Jahren als FDP-Vorsitzender habe ich sechs Vorsitzende der SPD überlebt, und zwar im wahrsten Sinn des Wortes. Erzählt uns nichts von Stabilität. Im Vergleich zu Euch sind wir der Hort der Stabilität in Deutschland! Und von den Grünen will ich gar nicht reden. Da waren es wahrscheinlich 20, die ich erlitten habe.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, darum geht es in der Politik, darum geht es in Wahrheit auch in den Wahlkämpfen. Das ist es, was wir auch den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder sagen müssen. Nämlich, dass es in der Politik, in den Wahlkämpfen, in der Auseinandersetzung der Demokratie nicht darum geht, dass Parteien sich untereinander reiben, dass Parteien sich streiten, dass Parteien miteinander ringen. Es geht in der Demokratie nicht um den Wettbewerb von Parteien. Es geht in der Demokratie um den Wettbewerb der Geisteshaltungen, die dahinterstehen. Wir stehen eben für eine Geisteshaltung. Und für die treten wir ein. Alle anderen Parteien entscheiden sich im Zweifel für die Ordnung oder die Gleichmacherei. **Es braucht eine Partei in Deutschland, die sich im Zweifel immer und immer wieder, bei all den Kompromissen, die man machen muss im Leben, für die Freiheit entscheidet.** Und Freiheit hat mal bessere Konjunktur und hat mal schlechtere Konjunktur, mal ist der Zeitgeist auf den Staat getrimmt, und dann kommen auch wieder Zeiten, in denen die Bürger sagen „Wir sind das Volk!“. Wir sind die Bürgerinnen und Bürger. Die Kraft eines Landes ist die Gesellschaft und nicht die staatliche Bevormundung. Und deswegen: Ob es ein Auf ist mit der Freiheit oder ein Ab ist mit der Freiheit – wir sind die einzige Partei in Deutschland, die sich im Zweifel für die Freiheit entscheidet. Im Zweifel für die Freiheit zur Verantwortung, nicht von Verantwortung. Freiheit und Verantwortung, das ist für uns dasselbe. Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Das braucht Deutschland. Das braucht auch die Politik in Deutschland.

Stefan Zweig schreibt in seinem Buch „Castellio gegen Calvin“, und ich zitiere es wörtlich: „Geschichte ist Ebbe und Flut, ewiges Hinauf und Hinab, nie ist ein Recht für alle Zeiten erkämpft und keine Frei-

heit gesichert gegen die immer andersgeformte Gewalt.“ Geschichte ist Ebbe und Flut, ewiges Hinauf und Hinab.

Meine Damen und Herren,

natürlich leben wir in Deutschland nicht in Zeiten, wo eine Freiheitsbedrohung von Gewalt ausgeht. Sondern sie kommt anders daher. Die **Freiheitsbedrohung in Deutschland** kommt nicht laut mit Gewalt daher, sondern sie kommt leise. Sie kommt mit allerlei Begründungen daher. Mit oftmals auch gut gemeinten Begründungen. Zum Beispiel, wenn es um die Bürgerrechte geht. Zeiten, wo wir alle Sorge haben wegen Terrorgefahr. Wo wir alle natürlich auch alles tun müssen für unsere Bürgerinnen und Bürger, damit sie unversehrt ein glückliches Leben führen können. In solchen Zeiten kommen dann Parteien und Politiker und sagen, das ist die Zeit, wo man wieder mal günstig Bürgerrechte, die uns sowieso immer ein wenig stören, scheinbarweise reduzieren kann. **Freiheit stirbt immer zentimeterweise**, hat Karl Hermann Flach einmal formuliert. Und Freiheit stirbt nicht durch Politiker. Sie stirbt nicht dadurch, dass man Bürgerrechte und Freiheitsrechte von Politik Wegen einschränken will. Sondern es wird dann gefährlich für die Freiheit, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihr eigenes Immunsystem vergessen, das sie wappnen muss gegen jede Freiheitsbedrohung. Und für mich ist dies das entscheidende Selbstverständnis unserer Partei: dass wir sagen, für uns kommt **zuerst der Bürger und dann der Staat**. Andere Parteien vertrauen zuerst dem Staat und vertrauen erst dann dem Bürger. Man kann mit dem Vorwand, dass man zusätzliche Sicherheit schaffe, jedes Bürgerrecht in Zweifel ziehen. Man kann mit dem Vorwand, die Sicherheit brauche dieses oder jenes, jede gesetzliche Verschärfung beschließen. Wir wehren das ab, wo wir können: in der Bundesregierung und im Parlament. Aber, meine Damen und Herren, wir brauchen auch die Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen auch selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die sich den Satz nicht gefallen lassen „Wer nichts zu verbergen hat, soll sich doch gefälligst nicht beklagen“. Nein, wir wollen ein **Volk von selbstbewussten Staatsbürgern und nicht von Staatskunden, nicht von Untertanen**. Bürgerrechte zu verteidigen, das ist die heilige Aufgabe der FDP-zu

allen Zeiten: in der Vergangenheit und auch in Zukunft, meiner sehr geehrten Damen und Herren.

Freiheit zur Verantwortung ist die unbequemste Botschaft. Weil sie fordert. Freiheit wollen alle haben. Aber die Verantwortung, die damit verbunden ist, zu übernehmen, da wird es dann schon schwieriger. Es ist fordernd, es ist anstrengend, strapazierend. Aber, meine Damen und Herren, dennoch ist absolut richtig, dass wir uns in Zeiten, wo Staatsbevormundungen bei einer bestimmten Konkurrenzpartei als liberal ausgelegt werden, so etwas nicht gefallen lassen. Wer mir morgens schon erklären will, was ich frühstücken soll, welches Auto ich fahren, wohin ich in Urlaub zu fliegen hätte, sprich: welchen Lebensentwurf ich leben sollte, der ist doch nicht liberal. Der ist gefährlich für die Liberalität in unserem Lande. Das hat mit Freiheit nichts zu tun und mit Liberalismus auch nichts, meine Damen und Herren.

Und das gilt natürlich auch für die Frage der Gleichheit. Gleichmacherei – auch sie ist eine Gefährdung für Freiheit und für die Freiheitsrechte. Was macht Freiheit aus? Eine freie Gesellschaft ist eine **vielfältige Gesellschaft**, ist eine Gesellschaft, die Vielfalt wünscht und nicht Einfalt. Das war doch das Besondere des Aufbruchs. Auch nach der deutschen Einheit. Ich weiß noch, als ich zur deutschen Einheit unterwegs gewesen bin in den damals noch sogenannten neuen Bundesländern. Hierauf gefahren bin, zum ersten Mal bis rauf nach Saßnitz. Ich habe hier Veranstaltungen in kleinsten Räumen gemacht. Und wie grau die Dinge gewesen sind. Wie gleichförmig vieles gewesen ist. Wie die Farbe und die Vielfalt gefehlt haben. Und, meine Damen und Herren, das war nicht mangelnder Wille oder mangelnde Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Es war das System. Deswegen möchte ich sagen: Die Freiheit in unseren Tagen wird auch gefährdet durch die Sehnsucht von manchen nach der totalen Gleichmacherei. Die Methode „lieber alle gleich schlecht, bevor einige etwas besser dastehen könnten“ – und es damit aber insgesamt besser läuft – diese Methode ist vor der Geschichte gescheitert. Menschen sind alle gleich, vor dem Gesetz. Ansonsten sind Menschen höchst unterschiedlich. Und liberale Politik macht sich auf

den Weg, die **Unterschiedlichkeit der Menschen zu schützen und zu achten**. Das ist die **aktive Toleranz**, die wir leben. Nicht Gleichgültigkeit gegenüber dem anderen, sondern wir freuen uns über die Bereicherung des eigenen Lebens, wenn ein anderer anders lebt und anders denkt. Das ist die Vielfalt einer Gesellschaft, für die Liberale eintreten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist keine Theorie, wie manch einer jetzt vielleicht denkt. Sondern das ist handfeste Praxis. Das möchte ich den vielen Bürgerinnen und Bürgern sagen, die uns jetzt am Fernsehschirm zuschauen. Das ist nicht Politiktheorie, sondern das hat sehr viel mit ihrem Leben zu Hause zu tun: zum Beispiel, wenn es darum geht, wie **Bildungspolitik** gemacht wird: Das ist doch das, was dahintersteckt, die Idee der totalen Gleichmacherei auch in der Schulpolitik. Daraus wird dann das Projekt Einheitsschule, wie zum Beispiel in Hamburg. Mit einem Unterschied: In Hamburg hat Schwarz-Grün die Einheitsschule versucht, ist dann noch Gott sei Dank mit einem Volksentscheid unter Anführung der Liberalen gestoppt worden. In anderen Ländern hingegen, in Nordrhein-Westfalen, auch zum Beispiel jetzt in Baden-Württemberg, wird das Projekt Einheitsschule ausgerufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Einheitsschule, was heißt das denn? Das heißt, dass wir das gegliederte Schulsystem aufgeben. Das heißt, dass die unterschiedlichen Talente von Kindern sich nicht mehr in maßgeschneiderten Bildungsangeboten entfalten können, sondern dass alle Kinder, ob praktisch begabt oder theoretisch begabt, über einen Kamm geschert werden. Das ist der wahre Grund, warum wir für maßgeschneiderte Bildungspolitik eintreten, warum wir für ein gegliedertes Schulsystem antreten. Wir haben in Deutschland keine Einheitskinder – also wollen wir auch keine Einheitsschulen. Das ist unsere liberale Bildungspolitik an den Schulen in den Bundesländern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und wir haben den Wert von Bildung erkannt. Auch zum Beispiel in der **Begabtenförderung** und in der **Breitenförderung**. Wir haben,

verehrte Anwesende, liebe Delegierte, das Deutschlandstipendium eingeführt, das, lieber Andreas Pinkwart, hier bei der FDP von Dir erfunden worden ist. Wir haben das BAföG erhöht und den Kreis der Bezugsberechtigten ausgeweitet. Wir haben gleichzeitig ein Stipendienprogramm aufgelegt für die 10.000 besonders begabten Studierenden, die jetzt vom Bund ein sogenanntes Deutschlandstipendium bekommen. Und sofort gab es wieder Gegenwind: das sei ja typisch FDP. Die FDP und ihre Stipendienpolitik. Für die Hochbegabten. Für die Eliten. Das sei ja schrecklich.

Es ist in der Bildung wie im Sport. Man braucht beides: Man braucht eine gute Breitenförderung, aber man braucht eben auch hervorragende Begabten- und Spitzenförderung. Beides gehört dazu. Und ich sage das rückblickend und nach vorne schauend, weil ich Ihnen voraussage: Das werden die zentralen Debatten in der Bildungspolitik werden. Mehr als manche bildungsorganisatorische Frage geht es hier nämlich um die Inhalte. Das ist die Auseinandersetzung, mit welcher Philosophie Bildungspolitik gemacht wird. Ja, wir wollen die Breitenförderung, aber wir wollen auch die Förderung von Spitzentalenten, und von Begabten. Wir setzen auf Leistungseliten, denn wer deren Förderung in der Schule und an der Uni verpasst, der verliert in Zeiten der Globalisierung die eigene Zukunft, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunden und Parteifreunde. Unsere Partei ist genau mit diesen Inhalten und mit diesem Freiheitsverständnis eine Partei für das ganze Volk.

Manche meinen, man könne die FDP einsperren in ein bestimmtes soziologisches Biotop. Manche meinen, einzelne Berufsgruppen seien es, die uns besonders tragen und treiben würden. Ja, wir haben viel Zuspruch, zum Beispiel bei freien Berufen, aber wegen einer besonderen Geisteshaltung. Aber, meine Damen und Herren, darum geht es überhaupt gar nicht. Es geht ganz einfach darum, dass wir immer und immer wieder klarmachen müssen - dafür habe ich viele Jahre gekämpft und ich bitte Sie, dass auch in Zukunft nicht zu vergessen - :die FDP ist mit diesem Freiheitsverständnis keine Partei für einen Teil der Bevölkerung oder für eine bestimmte Einkommensklasse. Das **Freiheitsverständnis der FDP ist gut für das ganze Volk.**

Wir sind zwar keine Volkspartei, die es jedem recht machen will, aber wir sind eine Partei für das ganze Volk, weil liberale Politik gut ist für das ganze Volk und nicht nur für einige wenige, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dieses Freiheitsverständnis, das ist auf dem Vormarsch, international beeindruckend. Das, was wir im [Norden Afrikas](#) erleben, das, meine Damen und Herren, schreibt Geschichte. Was sind wir für glückliche Menschen, dass wir in 20 Jahren zweimal so etwas erleben dürfen, nach der deutschen Einheit und den demokratischen Bewegungen in Ost- und Süd-Ost- und Mitteleuropa. Was sind wir für glückliche Menschen, dass wir das zweimal erleben dürfen. Ein zweites Mal jetzt, unmittelbar vor unserer Haustür. Und Politik ist da nicht theoretisch, sondern sehr praktisch. Ich habe kurz nach der Revolution in [Tunesien](#) auf dem Boulevard Bourguiba mit Menschen gesprochen, die bei der Jasmin-Revolution dabei waren. Ich werde das nie vergessen. Die Gesichter, die ich dort gesehen habe, die Hoffnungen, die übrigens auch mit uns Europäern verbunden werden seitens dieser jungen Generation.

Meine Damen und Herren,

hunderttausende Menschen auf dem Vormarsch für Freiheit in der arabischen Welt. Ich werde nie vergessen, wie ich mit Ernst Burgbacher und Dirk Niebel auf dem Tahrir-Platz in Kairo gestanden habe, wo wenige Wochen zuvor zwei Millionen Menschen für ihre Freiheit auf die Straße gegangen sind. Wir kamen dort mit der Delegation unangekündigt an – das war kein Punkt, der öffentlich in [Ägypten](#) bekannt gemacht worden wäre – und wir stiegen aus. Und wenn man als Außenminister solche Termine in der Welt wahrnimmt, dann ist das natürlich eine Sicherheitsherausforderung, aber gleichzeitig geht das Ganze sehr formell zu. Das heißt, wir fuhren vor mit der deutschen Fahne an unserem Fahrzeug, und als wir ausstiegen auf diesem Platz, der uns nächtelang beschäftigt hat, weil wir mitgefieber haben mit den Menschen, da dauerte es wenige Minuten, ganz wenige Minuten, meine Damen und Herren, und innerhalb von wenigen Minuten versammelten sich immer mehr Frauen und Männer der

ägyptischen Bevölkerung, immer mehr Ägypterinnen und Ägypter kamen auf diesen Platz. Hunderte waren es, und sie fingen an zu skandieren, sie fingen an zu rufen. Sie begrüßten uns, dass uns, dass uns das Herz aufgegangen ist. Sie haben die Nähe gesucht, dass sie einen fast erdrückt haben. Es war ein unvergessliches Erlebnis, als neben mir ein junger Mann, der die Revolution mitgegangen ist, uns dann übersetzt, was die Menschen zu Hunderten riefen und immer wieder riefen und wiederholten. Sie riefen: Es lebe Ägypten, es lebe Deutschland. Es lebe Ägypten, es lebe Deutschland. Das galt nicht mir. Das galt den Bürgerinnen und Bürgern. Das galt dem Ansehen unseres Landes. Das galt der Kraft unseres Landes.

Und, meine Damen und Herren, manchmal frage ich mich, ob wir nicht etwas von diesem Gefühl, das andere uns entgegenbringen, auch in unserer eigenen Seele zulassen sollten. Ich weiß, dass man damit vorsichtig sein muss, aber ich glaube, es ist auch an der Zeit, dass wir selbst uns erkennen und auch begreifen: Wir können stolz sein auf das, was Deutschland nach dem Krieg und nach der Wiedervereinigung aufgebaut hat. Ein **gesunder Patriotismus**, ein **fröhlicher Patriotismus**, der sich nicht erhebt über andere Völker, sondern der sich als gleichberechtigtes Glied in der Völkergemeinschaft betrachtet. Ein solcher gesunder Patriotismus, ich glaube wir sollten ihn zulassen und wir sollten ihn auch bei den Bürgerinnen und Bürgern vertreten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und ich sage das den vielen jungen Menschen: Eure Altersgenossen, die sind auf die Straße gegangen, jetzt, in diesen Monaten, und tun es noch. In Syrien, im Jemen sind sie auf die Straße gegangen, in Tunesien haben sie es versucht, in Libyen, und kämpfen noch. Sie sind in Ägypten erfolgreich auf die Straße gegangen. Das sind viele junge Menschen gewesen. Und das, meine Damen und Herren, müssen wir, glaube ich, auch unserer jungen Generation, das müssen wir auch immer und immer wieder bei aller Selbstkritik, den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Es gibt so viele Millionen Menschen auf der Welt, die gäben so viel dafür, dass sie einmal ohne Gefahr für Leib und Leben wählen könnten. Und in solchen Zeiten, wenn man andere sieht, wie sie für ihre Freiheitsrechte auf die Straße gehen, sollten wir auch

unsere eigenen Bürgerinnen und Bürger immer wieder ermahnen: Man muss nicht zur Wahl gehen, aber man sollte es tun. Niemand ist gezwungen, aber irgendwo gibt es nicht nur Bürgerrechte, es gibt auch Bürgerpflichten. Achtet die Freiheitsbewegungen anderer Völker, indem man bei uns die Freiheitsrechte wenigstens demokratisch wahrnimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir sehen, dass wir selber – und zwar deutlich – auf der Seite der Freiheit stehen. Unser Freiheitsverständnis veranlasst uns dazu, für die **Menschenrechte** weltweit einzutreten. Und ich sage das heute und hier, weil ich auch gesehen habe, wie andere sich dazu international äußern. Nicht der schafft Stabilität, der die Freiheit unterdrückt, sondern derjenige, der Bürgerrechte garantiert. Stabilität lässt sich niemals durch Abschottung und Stagnation einer Gesellschaft erreichen. Und die Idee der Freiheit ist nicht das Privileg von einigen Völkern. Die These, manche Völker seien nicht geeignet für Freiheit und Freiheitsrechte, wird in diesen Monaten beeindruckend widerlegt, so wie sie vor 20 Jahren schon einmal eindrucksvoll widerlegt wurde. Die Stabilität eines Landes hängt vor allen Dingen von der **Stabilität der Gesellschaft** ab. Deswegen kann eine Gesellschaft auf Dauer niemals stabil sein, niemals erfolgreich sein, wenn man Freiheits- und Bürgerrechte unterdrückt. Das gilt für alle Regionen in der Welt: Immer dort, wo Freiheitsrechte unterdrückt werden, stehen wir als Liberale, stehe auch ich auch als deutscher Außenminister auf und werde dazu nicht schweigen. Unsere Außenpolitik ist interessengeleitet, aber sie ist eben auch werteorientiert. Das gilt für die **Freiheitsbewegungen** im Norden Afrikas, das gilt aber auch dann, wenn es darum geht, zum Beispiel für die Freiheit der Kunst in China Partei zu ergreifen. Wenn es darum geht, sich mit einem Künstler zu solidarisieren, mit Ai Weiwei, und ich tue das hier, weil es eine Pflicht zur Einmischung in die innere Angelegenheit der Menschenrechte gibt, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, verehrte Liberale.

Und alle, die schon gesagt haben, dass es den Kampf der Kulturen jetzt gäbe, nach dem 11. September, sie erleben in diesen Tagen etwas ganz Anderes: Merken wir nicht das, was wir Liberale schon immer gesagt haben, für was wir jahrelang eingetreten sind, als andere noch

die Globalisierung umtaufen wollten? Umtaufen in „Globalismus“, in eine Ideologie, zu der man ja oder nein sagen könnte, statt den realen Prozess zu akzeptieren, der unsere Welt verändert. Die anderen wollen aus der Globalisierung eine Ideologie, eine politische Ideologie machen. Merken wir nicht, dass die Geschichte uns gerade Recht gibt? Natürlich ist das Ende der Geschichte niemals erreicht.

Die Globalisierung ist mehr als nur ein internationaler Wettbewerb. Die Globalisierung ist nicht nur der Austausch von Gütern, von Dienstleistungen. Sie ist nicht nur Wandel durch Handel. Sondern mit der Globalisierung werden durch das Vernetzen der Gesellschaft auch immer Einstellungen, Mentalitäten und Ansichten verändert. Wir leben in einer **Schwellenzeit**, wie das Professor Burda neulich so klug formuliert hat. Wir leben in einer Schwellenzeit, weil wir in Wahrheit unsere gesamten Kommunikationswege verändern: die Geschwindigkeit des Austausches, dass man alles jederzeit überall erfahren kann, dass ist das, was die Globalisierung mit sich bringt. Und diese Globalisierung ist eben nicht nur ein ökonomischer Prozess, es ist auch eine **Globalisierung der Werte**. Es ist eine **Globalisierung der Aufklärung**. Und deswegen, meine Damen und Herren, haben diejenigen Recht behalten, die wie wir gesagt haben: „Lasst uns die Aufgaben der Globalisierung positiv annehmen und uns nicht davor fürchten. Wir wollen Globalisierung gestalten.“ Wir haben ein Interesse daran - nicht nur als Exportland. Wir haben auch ein Interesse daran, dass unsere Werte, freiheitlichen Einstellungen, Aufklärung, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte ebenfalls globalisiert werden: Die Globalisierung macht die Welt besser, weil man jederzeit überall erkennen kann, dass es sich mit Freiheitsrechten besser leben lässt als in der Unterdrückung, meine Damen und Herren.

Und dabei verschieben sich die Gewichte. Das, meine Damen und Herren, möchte ich einfügen. Es verschieben sich die Gewichte, was wir im Westen noch nicht jederzeit wirklich bemerken. Wir meinen im Westen immer noch, wir hätten den Taktstock fest in der Hand. Ich glaube, dass wir den Taktstock gar nicht mehr so fest in der Hand haben. Es gibt ganze Regionen, die steigen in kurzer Zeit auf. In China leben 1,4 Milliarden Menschen, in Indien übrigens 1,2 Milliarden

Menschen. Es ist die größte Demokratie der Erde. Wenn wir hier in Deutschland über **Demographie** reden, dann reden wir meistens über die Demographie in unserem eigenen Land. Das heißt, wir reden über die veränderte Altersstruktur und was sie zum Beispiel für unsere sozialen Sicherungssysteme bedeutet. Was verändert die Altersstruktur zum Beispiel bei der Renten-, bei der Gesundheits- oder bei der Arbeitslosenversicherung oder in der Pflegepolitik? Das ist die erste Frage, mit der wir uns verständlicherweise auseinandersetzen. Aber das darf nicht die letzte Frage sein. Die eigentliche Frage ist nämlich: **Was ist mit der Demographie in der Welt?** Da kommen lauter junge Gesellschaften auf das Spielfeld. Die wollen aufsteigen. Zu meiner Jugend ist es so gewesen, dass die Schwellenländer von der Konjunktur der Industrieländer abhängig waren. Heute ist die Konjunktur der Industrieländer abhängig von der Wirtschaftsdynamik der Schwellenländer. Das ist nicht verkehrte Welt, das ist unsere Welt, in der wir leben.

Diese Gesellschaften wollen auch politisch mitreden, nicht nur ökonomisch aufsteigen. Sie wollen auch kulturelle, geistige und politische Zentren der Welt sein. Das steckt dahinter, wenn wir zum Beispiel auf eine Veränderung der Vereinten Nationen hinwirken, damit die Vereinten Nationen die Gewichte in der Welt wirklich widerspiegeln. Dass ein gesamter Kontinent wie Lateinamerika überhaupt nicht ständig im Sicherheitsrat vertreten ist, kann doch so nicht richtig sein. Oder dass ein gesamter Kontinent wie Afrika überhaupt nicht im Weltsicherheitsrat vertreten ist, das kann doch nicht klug sein. Oder dass diese riesige, bevölkerungsreiche Region Asien völlig unterrepräsentiert ist im Weltsicherheitsrat, und die Gewichte, die dort politisch liegen, kaum stattfinden. Das kann doch nicht richtig sein. Das, meine Damen und Herren, sind wichtige Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen: Die **Architektur der Welt** - sie verändert sich, und es ist unsere Aufgabe als Liberale, dies vorausschauend zu sehen, weil es immer Menschen braucht, die sich auch schon vorher schon über das, was kommt, Gedanken machen. Andere meinen, es reiche aus, Krisen zu verwalten. Ich glaube, wir Liberalen fahren am besten damit, wenn wir die Zukunft gestalten. Auch in der Außenpolitik gibt es entscheidende Fragen, die wir an-

packen müssen. Und das koppelt sich dann wiederum nach innen. Die jungen Gesellschaften sind dynamisch, sie sagen „Ja“, sie wollen einsteigen, sie wollen die Dinge verbessern. Da sind junge Menschen, die suchen nicht nur Demokratie, sondern auch bessere Lebenschancen. Und bei uns, meine Damen und Herren, ist doch vieles sehr träge geworden, wenn es zum Beispiel um Investitionen geht. Es ist die Geisteshaltung, die ich kritisiere, wenn ich sage, wir brauchen in Deutschland nicht nur Mehrheiten gegen etwas, sondern wir brauchen auch Mehrheiten für etwas. Wir müssen eine **Republik sein von Dafür-Bürgern und nicht Dagegen-Bürgern**. Wir brauchen Mehrheiten für die Zukunft und nicht gegen die Zukunft, um die Vergangenheit einzufrieren. Das steckt hinter der Debatte, ob in Rheinland-Pfalz oder in Baden-Württemberg: Wenn in Deutschland nichts mehr gebaut werden kann, kein Flughafen und demnächst auch kein Bahnhof mehr, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, verlieren wir den Anschluss. Es ist eine Haltung, für die ich werben möchte: Das Wort „Wutbürger“ ist zum Wort des Jahres gewählt worden. Bei allem Verständnis für die Versäumnisse von Politik: *Mea culpa, mea maxima culpa*: Ich glaube, wir sollten hart dafür arbeiten, dass eines Tages das Wort „**Mutbürger**“ zum Wort des Jahres gemacht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

In der Präambel unseres Grundgesetzes heißt es: „...in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Das sind die beiden Koordinaten deutscher Außenpolitik. In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen. Deswegen setzen wir auf politische Lösungen, auch bei Konflikten. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass **deutsche Außenpolitik Friedenspolitik** ist. Und ich sage das hier, weil ich finde, dass es auch gerade in diesen Zeiten nicht übersehen werden darf. Wir haben, meine Damen und Herren, immer noch eine große Gefahr: Am heutigen Tag haben wir mehr als 70 Todesopfer zu beklagen, die einem Selbstmordanschlag der Taliban auf ein Ausbildungszentrum der pakistanischen Armee im Nordwesten Pakistans zum Opfer gefallen sind. Wir verurteilen diesen grausamen und hinterhältigen Anschlag. Wir trauern mit den Angehörigen und dem pakistanischen Volk um die Opfer, wir wünschen den Verletzten baldige Genesung. Das brutale Vorgehen der Attentäter zeigt,

das die Terrorgefahr auch nach dem Tod Osama bin Ladens nicht gebannt ist. Die internationale Staatengemeinschaft, aber auch Pakistan selbst, muss weiter entschlossen gegen den Terrorismus vorgehen. Wir müssen ihn weiter bekämpfen. Dabei sind wir, trotz aller tragischen Rückschläge, ein Stück vorangekommen.

Wir sind in **Afghanistan** mit deutschen Soldaten engagiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Einsatz dauert jetzt fast zehn Jahre. Wie oft haben wir uns anhören müssen, dass politische Lösungen lange dauern, während militärische Lösungen relativ schnell gingen. Nein, meine Damen und Herren, es war diese Bundesregierung, die nach der Bundestagswahl in der Afghanistan-Politik einen Strategiewechsel durchgesetzt hat. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, dass wir einen politischen Prozess brauchen. Wir brauchen eine politische Lösung. Es bleibt kein Soldat länger in Afghanistan als unbedingt notwendig. Ich betrachte es als einen Erfolg auch der deutschen Außenpolitik, dass wir in diesen letzten zwölf Monaten eine Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan erarbeitet haben. Das habe ich vor der Bundestagswahl versprochen und für einen Strategiewechsel geworben. Wir haben den Strategiewechsel international durchgesetzt. Und ich denke, meine Damen und Herren, es sind gute Nachrichten, dass in den nächsten Wochen zum ersten Mal regional die Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Stellen übergeben wird, dass wir Ende dieses Jahres zum ersten Mal das Kontingent unserer Soldaten in Afghanistan reduzieren können und dass wir bis zum Jahr 2014 keine Kampftruppen mehr in Afghanistan haben wollen. Sprich, dass dann vollständig die Sicherheit an Afghanistan übergeben worden ist. Ich denke, meine Damen und Herren, das ist ein wichtiger und ein bedeutender politischer Erfolg. Und deswegen möchte ich diesen Parteitag dazu nutzen, in ihrer aller Namen den Frauen und Männern zu danken, die sich so viele Jahre in Afghanistan für unsere Freiheit und unsere Sicherheit unter großer Lebensgefahr eingebracht haben. Den Zivilen, aber ausdrücklich auch den Soldatinnen und Soldaten. Wir sind dankbar für das, was sie in Afghanistan und an anderen Stellen auf der Welt für unsere eigene Sicherheit leisten.

Politische Lösungen werden vertreten und für politische Lösungen treten wir ein. Ich will deswegen auch etwas zu der Entscheidung sagen, dass wir uns in **Libyen** militärisch nicht engagieren. Ich weiß, meine Damen und Herren, dass ich für diese Entscheidung auch verschiedentlich kritisiert worden bin. Für mich ist diese Entscheidung eine der schwersten Abwägungsentscheidungen gewesen, die ich in meiner Amtszeit treffen musste.

Aber meine Damen und Herren, ich glaube, dass diese Entscheidung, so wie wir sie damals getroffen haben, richtig war. Ich respektiere jeden, der dies anders sieht. Ich respektiere jeden, der mit ehrenwerten Motiven der Überzeugung ist, der militärische Eingriff sei notwendig. Aber ich bitte um Verständnis dafür, dass ich mich nach Abwägung aller Dinge entschieden habe, dass sich Deutschland nicht mit Soldaten in Libyen beteiligen wird. Das ist Kernpunkt unserer Libyen-Politik gewesen. Wir setzen auf einen **politischen Prozess**. Das heißt doch nicht, dass wir neutral wären. Natürlich verurteilen wir die Gewalttaten dieses Diktators. Wir wollen ihn ebenfalls aus dem Amt sehen, aber wir setzen auf einen politischen Prozess. Ich denke, meine Damen und Herren, die Haltung, nicht mit eigenen Soldaten nach Libyen zugehen, ist ebenso zu respektieren wie die andere Auffassung.

Last but not least möchte ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, noch etwas sagen zu **Europa**: Wenn es heißt, dem Frieden der Welt dienen, in einem vereinten Europa. Wir werden über den Euro und über den Stabilitätspakt noch einzelnen eine Antragsdebatte führen. Ich werde mich dazu auch zu Wort melden. Aber ich möchte etwas grundsätzlich zu Europa sagen: Meine Damen und Herren, ich Sorge mich, wenn ich sehe, in wie vielen Ländern in Europa es mittlerweile wieder Kräfte gibt, die eine Renationalisierung der Politik wollen und die auf dem Vormarsch sind. Ich Sorge mich, wenn ich sehe, dass es in Zeiten der Globalisierung einen wachsenden Vormarsch für Geisteskräfte gibt, die meinen, in der Zeit der Globalisierung sei die richtige Antwort die **Renationalisierung von Politik**. Ich löse das völlig von der Debatte über die Zukunft unserer Währung und über die Frage bei der Stabilitätsgarantie. Sondern ich beziehe mich auf

etwas ganz Anderes: Passen wir auf, dass wir nicht verlieren, wofür andere jahrzehntlang hart gefochten und gekämpft haben. Wenn ich sehe, meine Damen und Herren, dass wir allen Ernstes jetzt eine Debatte darüber haben, ob wir in Europa auch an den Nachbargrenzen Deutschlands wieder Grenzkontrollen einrichten sollten, dann sage ich: Das ist eine Politik der Renationalisierung, die in Wahrheit aus innenpolitischen Stimmungsgründen betrieben wird, die aber nicht gut ist für Europa.

Die Reisefreiheit ist ein Kernbestand der europäischen Geschichte und wir treten dafür ein. Und all diejenigen, die sich darüber ärgern, dass in Europa, dass in Brüssel nächtelang verhandelt wird und manchmal nicht schnell genug entschieden wird, denen möchte ich sagen: Jawohl, es ist unglaublich anstrengend, es ist mühsam, es ist fordernd, manchmal bis morgens um 3:00 oder 4:00 Uhr mit den anderen Kolleginnen und Kollegen Verhandlung zu betreiben. Aber das ist die beste und größte Errungenschaft in Europa, dass nämlich das **Kooperationsprinzip** der Verhandlungen das Konfrontationsprinzip abgelöst hat. Wer die Folgen von Konfrontation kennt, der wird sich nicht mehr davor drücken wollen, die Arbeit der Kooperation auf sich zu nehmen. Kooperation ist weit besser, als die Folgen von Konfrontation zu beseitigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Denen, die Europa nur auf die Kostenfrage reduzieren, trete ich mit Entschiedenheit und aller Energie, weil es mein eigenes Leben geprägt hat und weil es die Zukunft der nächsten Generation auch prägen soll, entgegen: Ich habe noch erlebt, wie es gewesen ist, wenn man stundenlang bei den Grenzkontrollen warten musste, wenn man überhaupt ins Nachbarland kommen konnte. Ich habe das erlebt. Und viele von euch, viele von ihnen haben das auch erlebt. Die junge Generation aber kennt nur die Freiheit, die wir heute haben. Und deswegen sage ich euch: Nehmt das nicht als selbstverständlich. Wenn man die Freiheit und den Frieden in Europa selbstverständlich nimmt, dann ist man auf dem besten Wege, beides zu verlieren. Und wer bei Europa nur noch nach dem Preis fragt und nicht mehr nach dem Wert, der springt zu kurz meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

Jetzt möchte ich schließen, indem ich Ihnen in aller Offenheit sage: Ich glaube, das, was wir in den letzten anderthalb Jahren geleistet haben, war ein Anfang. Ich glaube nicht, dass das, wofür wir bei der Bundestagswahl angetreten sind, falsch geworden ist, sondern ich werfe mir lediglich vor – und dafür trage ich als Vorsitzender ohne jeden Zweifel die Verantwortung – dass wir von dem, was wir uns vorgenommen haben, zu wenig und nicht schnell genug durchgesetzt haben. Dafür stehe ich gerade. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Sie wissen, meine Damen und Herren, dass manche Umstände auch nicht günstig waren. Und deswegen möchte ich Ihnen sagen, auf die **Bilanz der Regierung-objektiv für die Bürgerinnen und Bürger** – auf die Bilanz können wir stolz sein. Wir haben in dieser Regierung bei den Bürgerrechten, bei der Bildung, bei der Treffsicherheit des Sozialstaats, bei der Energie- und Umweltpolitik, bei der Gesundheitspolitik vieles geschafft. Wir haben auch bei dem wichtigen Thema der Stärkung des Mittelstandes und der Mittelschicht Wichtiges erreicht. Ich scheide in einem Frühling aus dem Amt des Parteivorsitzenden aus, in dem die Arbeitslosigkeit so niedrig ist wie seit 20 Jahren nicht mehr. Wir werden schon in diesem Monat wieder unter 3 Millionen Arbeitslose haben. Und manchmal, glaube ich, liegt es auch an uns. Natürlich immer zuerst am Vorsitzenden. Immer. Bei allem. Aber ich glaube auch, es liegt ein wenig an uns. Und jetzt gestatten Sie mir das freche, freie Wort: Wir müssen alle gemeinsam die Erfolge, die wir uns hart erarbeitet haben, vertreten. Selbst wenn es Gegenwind, medialen Gegenwind gibt. Wir sind kritische Liberale. Wir sollten aber nicht nur kritisch zu den Eigenen sein, sondern auch manchmal kritisch zu einiger Berichterstattung über uns.

Ich stelle mir manchmal vor – weil ich als fröhlicher Rheinländer nicht aus meiner Haut kann – ich stelle mir manchmal vor, Gerhard Schröder und Joseph Fischer wäre es ein einziges Mal in sieben Jahren gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit so stark zu senken, die Wirtschaft nach zwei Jahren Rezession so zu stimulieren, dafür zu sorgen, dass die Arbeitslosigkeit wieder unter 3 Millionen sinkt. Wenn das Rot-Grün ein einziges Mal gelungen wäre, würden heute in

einem halben Dutzend Städten Denkmäler stehen, rot-grüne Denkmäler von Herrn Schröder. Oben rot, unten grün. Oben mit Zigarre, und unten mit Turnschuhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Rot-Grün würde sich in Champagner baden lassen, wenn sie ein einziges Mal eine so gute Bilanz für die Menschen hätten vorweisen können, wie wir. Wir haben allen Grund, stolz zu sein auf das, was wir gemeinsam erreicht haben—bei allen Fehlern, bei allen Defiziten.

Mit dieser Erfolgsbilanz ist eine Menge verbunden: Die Nettolöhne steigen so stark wie seit 14 Jahren nicht mehr. Zum ersten Mal gewinnt die Mittelschicht wieder etwas hinzu. Wir waren es doch, die gesagt haben, denkt nicht nur an oben, denkt nicht nur an unten, denkt endlich auch an das Rückgrat unseres Landes: Mittelstand und Mittelschicht. Und wir haben das mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz getan. Wenn es nur die Weltwirtschaft wäre, die uns so gut dastehen ließe, dann wäre es doch gar nicht erklärbar, warum uns alle Europäer, die in derselben Weltwirtschaft arbeiten, um diese Erfolge beneiden. Nein, wir haben auch die richtigen Weichen gestellt. Und ich sage Ihnen: Das, wofür wir am meisten kritisiert worden sind, ist die wichtigste Ursache für den Aufschwung geworden. Nämlich, dass wir die Subventionierung von Großindustrie à la Opel beendet haben und uns stattdessen auf den Mittelstand konzentriert haben. Das ist keine Klientelpolitik, das ist und bleibt Arbeitnehmerpolitik: für die Mitte in Deutschland, für die breite Bevölkerung in unserem Land.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

ich danke Ihnen, dass Sie mir zum letzten Mal als Parteivorsitzender zu Beginn eines Parteitages so freundlich und aufmerksam zugehört haben. Es ist für mich bewegend. Sehr bewegend, weil Rainer Brüderle völlig recht hat, wenn er sagt: ein Stück ist das ja Familie. Und Rainer, Du hast in der Bundestagsfraktion noch etwas Anderes gesagt. Das hast Du hier aus Gründen der Höflichkeit verschwiegen.

Ich sage es trotzdem. Da hast Du gesagt: Die Partei ist ja eigentlich unsere zweite Familie. Und dann hast Du hinzugefügt und gesagt: „Aber wenn ich daran denke, wie viele Stunden ich mit wem verbringe, dann ist die Partei eigentlich die erste Familie“.

Ich erinnere mich daran - und erlauben Sie mir ein bisschen Sentimentalität und auch Melancholie - ich erinnere mich daran, wie ich als Generalsekretär ganz nervös zu meinem allerersten Termin nach Seiffen in Sachsen gefahren bin. Das werde ich nie vergessen. Was ich euch nicht erzählt habe, ist, als ich bei euch bei minus fünf Grad ankam, war ich vorher mit entsprechender Kleidung bei plus zehn Grad im Rheinland losgefahren. Ich werde nie vergessen, die große Herzlichkeit zwischen den Wahlkampfterminen. Ich werde nie vergessen, wie wir in Sälen angefangen haben, dann allmählich in Hallen wechseln konnten und schließlich auf großen Marktplätzen den letzten Wahlkampf bestritten haben. Und ich freue mich über die Geduld meiner Parteifreunde, die auch mit Humor genommen haben, wenn man sechsmal an einem Tag auf verschiedenen Plätzen gesprochen hat. Da gibt es ja Journalisten, entschuldigen Sie bitte, die haben dann anschließend geschrieben, ich hätte sechsmal dasselbe gesagt. Ja, was haben Sie denn gedacht, dass ich sechsmal etwas völlig Neues hätte? Am selben Tag?

Aber wissen Sie, was das Schönste war? Das war wie mit dem guten Gebet, das nicht schlecht wird, weil man es wiederholt: Wenn die ehrenamtlichen Parteifreunde, die bei drei Städten mitgereist sind und auf den Plätzen denselben Satz schon zum dritten Mal gehört haben, immer noch engagiert und euphorisch waren und sehr überrascht taten, wenn ich gesprochen habe. Nun, einige von den Jungliberalen, das fiel mir dann doch auf, haben dann meistens abends angefangen, meine Sätze von morgens mit zu sprechen.

Und, meine Damen und Herren,

ich gebe das Amt nicht weiter im Zorn oder in Traurigkeit. Sondern ganz im Gegenteil: ich gebe dieses Amt weiter mit richtig viel **Dankbarkeit im Herzen**. Dass sie mir zehn Jahre lang die Ehre gegeben

haben, die einzige liberale Partei in Deutschland anführen zu dürfen, das ist ein solches Glück und eine solche Erfüllung, weil wir alle nämlich für unsere Ideale kämpfen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich habe gar keinen Zweifel daran, dass wir das Blatt wenden werden. Wenn man in der Grube steht, gibt es zwei Arten von Menschen: Die einen nehmen die Schaufel in die Hand und graben die Grube noch tiefer, weil sie glauben, irgendwann kommen sie unten wieder heraus. Dann gibt es andere, die nehmen sich an die Hand, bauen eine Rüberleiter und heben die ersten aus der Grube heraus, damit die anderen dann auch mit- und nachgezogen werden können. Das ist der **Teamgeist**. Auf den setze ich.

Liebe Freunde,

seid nicht die Stichwortgeber gegen die neue Führung. Denn diese Stichworte nutzen in Wahrheit nur den politischen Gegnern – und von denen werden sie auch genutzt werden. Denn ab sofort, das sage ich Ihnen voraus, wird die neue Führung in der ersten Reihe der Kritik stehen. Und weil ich es so lange Jahre gemacht habe, erwarte ich von jedem hier, dass wir dann auch gemeinsam stehen. Da gibt es diesen schönen Satz der lautet: „Herr Vorsitzender, die Partei steht hinter ihnen!“. Und ich sage Ihnen als jemand, der zehn Jahre lang Vorsitzender war, manchmal muss die Partei auch vor dem Vorsitzenden stehen. Das wollen wir tun. Das ist unser Auftrag.

Deswegen schließe ich – Herr Oberbürgermeister, sie waren so freundlich, mich an meine Jugendsünden zu erinnern: Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt es einen, der die Sache regelt, und das bin ich – jetzt nicht mehr.

Vielen Dank!

REDE

Der Mensch ist das Maß aller Dinge

Herr Präsident,
Exzellenzen, meine Damen und Herren,

wie selten zuvor prägt in diesem Jahr die **Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, Würde und Selbstbestimmung** unsere Welt.

Bislang erlebten wir **Globalisierung** vor allem als immer engere Vernetzung der Weltwirtschaft. Heute erleben wir, dass Globalisierung sehr viel mehr bedeutet. Dass sie auch eine Globalisierung der Werte bewirkt. Es sind die Werte der Charta der Vereinten Nationen, die unveräußerlichen Rechte aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

In **Nordafrika und der arabischen Welt** haben Millionen Menschen jahrzehntelange Unterdrückung abgeschüttelt. Sie wollen Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, aber auch bessere Lebenschancen für sich und für ihre Familien.

Der Weg dorthin ist alles andere als einfach. Ein neues politisches System muss reifen, um stabil zu werden. Das braucht Zeit und Geduld. Aber auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

Dieses Jahr ist ein Jahr der großen Schritte. Die ergreifenden Bilder von selbst errungener Würde und Selbstachtung, die stolzen Gesichter der Menschen auf dem Boulevard Bourguiba in Tunis und auf dem Tahrirplatz in Kairo sind unvergessen. Diese Menschen wollen ihr Schicksal selbst gestalten.

Und diese Sehnsucht ist keinesfalls beschränkt auf die arabische Welt. Auch in **Weißrussland** sehnen sich die Menschen nach einem Ende von Repression und Unfreiheit, nach Chancen für die volle Entfaltung ihrer individuellen Persönlichkeiten.

Deutschland hat mit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung vor gut zwanzig Jahren das Glück einer friedlichen Revolution hautnah selbst erfahren. Heute haben wir ein elementares Interesse am Gelingen des Aufbruchs südlich des Mittelmeers.

Wir Deutschen bieten unsere Unterstützung an:

- für den Aufbruch in Ägypten und Tunesien,
- für die Reformen in Marokko und Jordanien,
- für den Neuanfang in Libyen nach dem Sturz des Diktators.

Jedes Land, jede Gesellschaft wird einen eigenen Weg in die Moderne finden, durch Reform oder durch Revolution. Wir Deutsche wollen **mit Rat und Tat Hilfe leisten**. Hilfe beim Aufbau einer unabhängigen Justiz, vielfältiger Medien, einer lebendigen Zivilgesellschaft, bei Verfassungsprozess und Vergangenheitsbewältigung. Hilfe ausdrücklich auch bei der Beseitigung der noch in Libyen lagernden gefährlichen Massenvernichtungsmittel. Hilfe vor allem aber beim entscheidenden Aufbau einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung in diesen Gesellschaften.

Denn wir wissen doch alle, dass der Erfolg des gesellschaftlichen Aufbruchs entscheidend am wirtschaftlichen Erfolg hängt. Die

Menschen, die für Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straße gegangen sind, müssen ganz persönlich erfahren, dass sie mit ihren Ideen, ihrer Kreativität und ihrem Einsatz auch Erfolg haben können. Deutschland setzt sich deshalb nicht nur für **enge Partnerschaft**, sondern auch für **Marktöffnung** ein. Wir wollen den **Wandel durch mehr Handel** befördern. Wir bieten Investitionen an, gerade in die mittelständische Wirtschaft, den tragenden Pfeiler einer offenen, erfolgreichen Gesellschaft.

Am Allerwichtigsten aber wird sein, der jungen Generation **Bildung und Ausbildung für die Realisierung ihrer Lebenschancen** zu bieten.

Den mutigen Frauen und Männern in Syrien schulden wir ein klares Signal der Solidarität. Die syrische Regierung beantwortet die legitimen Forderungen des syrischen Volkes mit brutaler Gewalt.

Deutschland wird sich weiter mit Nachdruck für eine Resolution des Sicherheitsrates einsetzen. Das ist nicht allein Frage der Solidarität mit den Menschen. Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der Staatengemeinschaft. Wenn die Repression andauert, werden wir Europäer die Sanktionen gegen das Regime weiter verschärfen. Das syrische Volk soll frei seine Zukunft wählen können.

Herr Präsident, diese Tage stehen im Zeichen des ungelösten Konflikts im Nahen Osten. Präsident Abbas hat hier in New York den Erwartungen der Palästinenser wie auch der verständlichen Frustration der Menschen über die ausbleibenden Fortschritte Ausdruck verliehen.

Ministerpräsident Netanyahu hat am selben Tag Israels berechtigtes Verlangen nach einer friedlichen Existenz in sicheren Grenzen bekräftigt.

Beide Seiten haben legitime Interessen. Diese Interessen sind mit einander vereinbar. Die Gräben können überwunden werden, wenn alle es wirklich wollen.

Deutschland setzt sich ein für eine **Zwei-Staaten-Lösung**. Wir unterstützen einen palästinensischen Staat und ein Leben der Palästinenser in Würde und Selbstbestimmung. Einen Staat, der unabhängig, souverän, zusammenhängend, demokratisch, und politisch wie wirtschaftlich lebensfähig ist.

Für den ganz praktischen Aufbau dieser Staatlichkeit haben wir uns in den vergangenen Jahren besonders engagiert, in Verwaltung, Infrastruktur und Ausbildung, und politisch im Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschuss. Und wir wollen einen palästinensischen Staat nicht irgendwann in einer fernen, unbestimmten Zukunft.

Aber ich will auch keinen Zweifel daran lassen: die **Sicherheit Israels** ist für die Bundesrepublik Deutschland Staatsraison.

Dauerhaften Frieden wird es ohne Sicherheit für Israel nicht geben.

Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ist möglich. Ein palästinensischer Staat ist möglich. Zwei Staaten, friedlich Seite an Seite, das ist möglich. Aber der Weg dorthin führt über Verhandlungen.

Die Erklärung des Nahost-Quartetts vom Freitag setzt die Meilensteine auf diesem Weg. Deutschland hat sich intensiv für diese Quartett-Erklärung eingesetzt und unterstützt jetzt deren Umsetzung nachdrücklich. Aus der Konfrontation der Worte hier in New York darf keine Eskalation der Gewalt im Nahen Osten werden.

Ich appelliere deshalb von dieser Stelle aus an beide Seiten, an Palästinenser und Israelis, umgehend in direkte Verhandlungen einzutreten!

Beide Seiten haben am Freitag ihren Willen zu einem verhandelten Frieden bekräftigt. Nun kommt es darauf an, die Energie und den Druck dieser Tage in einen konstruktiven Prozess zu verwandeln.

Beide Seiten sind aufgefordert, innerhalb von drei Monaten „umfassende Vorschläge“ zu Grenzen und Sicherheit vorzulegen und alle provokativen Schritte zu unterlassen.

Die internationale Gemeinschaft wird den schwierigen Weg zum Frieden weiter begleiten. Dazu gehört auch die Moskauer Konferenz als Teil des Verhandlungsfahrplans der kommenden Monate.

Meine Anerkennung gilt allen Beteiligten, die in den vergangenen Tagen um diese Chance für einen konstruktiven Weg gerungen haben. Als Europäer danke ich insbesondere der Hohen Vertreterin der Europäischen Union, Lady Ashton. Nutzen wir den Impuls des intensiven Ringens hier in New York, im Interesse der Menschen in Israel und den Palästinensischen Gebieten.

Mit größtem Einsatz arbeitet die Staatengemeinschaft seit Jahren darauf hin, dass von **Afghanistan** keine Bedrohung mehr ausgeht für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Viele, zu viele Menschen haben dafür schon ihr Leben lassen müssen.

Am 5. Dezember werden wir in Bonn unter afghanischem Vorsitz über den weiteren Weg beraten. Dabei wird es um drei große Fragen gehen:

Erstens: die vollständige Übergabe der Sicherheitsverantwortung. In diesem Sommer haben die Afghanen begonnen, die Sicherheit ihres Landes Schritt für Schritt bis 2014 selbst in die Hand zu nehmen. Es ist eine Übergabe der Verantwortung in Verantwortung.

Zweitens: die internationale Staatengemeinschaft wird sich in Afghanistan auch nach 2014 engagieren. Um seine staatliche Souveränität zu stärken, braucht Afghanistan auch künftig wirtschaftliche Impulse und mehr regionale Zusammenarbeit. Diesem Ziel dient die Initiative einer „Neuen Seidenstraße“, die wir hier in New York auf den Weg gebracht haben.

Drittens: die innere Aussöhnung Afghanistans und seine Unterstützung durch die Staaten der Region ist der Schlüssel für einen dauerhaften Frieden. Die brutale Ermordung des früheren Präsidenten Rabbani zeigt, dass dieser Aussöhnungsprozess auch in Zukunft von Rückschlägen begleitet sein wird. Dennoch muss und wird er weitergehen. Deutschland wird hierzu auf dem Weg nach Bonn seinen Beitrag leisten.

Während in immer mehr Ländern der Welt Menschen die Chance ergreifen, in Freiheit und Selbstbestimmung eine bessere Zukunft für sich zu bauen, kämpfen am **Horn von Afrika** Millionen Menschen um das schiere Überleben. Die Vereinten Nationen haben sich um die rasche humanitäre Hilfe sehr verdient gemacht. Deutschland tut hier und in vielen anderen Krisen, was in seinen Kräften steht, um die Not zu lindern.

Der Zerfall staatlicher Autorität und die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen die ohnehin verheerende Situation.

Deutschland wird auch künftig an der Spitze des Kampfes gegen den **Klimawandel** stehen. Wie die Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung, wie der Schutz der Menschenrechte gehört der Kampf für den Klimaschutz zu einer präventiven Diplomatie. Er ist Teil **einer vorausschauenden Friedenspolitik**.

Ende dieses Jahres werden mehr als sieben Milliarden Menschen unseren Globus bevölkern. In dieser Welt setzt Deutschland auf starke Vereinte Nationen:

- als Forum politischer Konsensbildung,
- als Quelle umfassend legitimierter Regelsetzung,
- als Akteur in den Krisengebieten dieser Welt.

Die VN-Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bieten mehr Menschen als je zuvor Orientierung und Inspiration für eine kooperative Weltordnung und eine gerechtere Weltgesellschaft.

Aber die Vereinten Nationen müssen sich dieser Welt im Umbruch anpassen. Nur dann werden die hier getroffenen Entscheidungen politische Kraft, Durchsetzungsfähigkeit und Akzeptanz entfalten können.

Neue Kraftzentren entstehen in der Weltpolitik. Aus ihrer wirtschaftlichen Dynamik erwächst der Anspruch politischer Teilhabe. Die letzte Generalversammlung hatte sich der Reform der Vereinten Nationen angenommen. Entscheidende Fortschritte bleiben bislang aus.

Wir begrüßen, dass Sie, Herr Präsident, diese Reform erneut zu Ihrem Anliegen machen wollen. Wir werden Sie nach Kräften dabei unterstützen.

In diesem September vor 38 Jahren wurden zwei deutsche Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen. Mein Amtsvorgänger Walter Scheel sagte damals an dieser Stelle:

„Sie werden die Bundesrepublik Deutschland immer dort finden, wo es um die internationale Zusammenarbeit geht, um die Bewahrung des Friedens und um die Rechte des Menschen. Wenn wir etwas aus eigener bitterer Erfahrung gelernt haben, so ist es dies: Der Mensch ist das Maß aller Dinge.“

Diesem Maßstab bleibt Deutschland weiter verpflichtet.

Ich danke Ihnen.

REDE

Bundesaußenminister Westerwelle zum Jahresabrüstungs- bericht 2012

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Erlauben Sie mir bitte, dass ich mich jenseits des Protokolls an Frau Kollegin Zapf wende. Frau Kollegin, ich möchte mich aus Anlass der Rede, die Sie gleich halten werden, sehr herzlich für die exzellente Zusammenarbeit insbesondere in der Abrüstungs- und Sicherheitspolitik und in der Außenpolitik insgesamt bedanken und meinen Respekt für Ihr langjähriges Wirken in diesem Hause zum Ausdruck bringen. Es wird möglicherweise die letzte Gelegenheit sein, dieses anlässlich einer Rede von Ihnen zum Ausdruck zu bringen. Herzlichen Dank im Namen der Bundesregierung und vielleicht auch im Namen der anderen Kolleginnen und Kollegen!

Beifall

Meine sehr geehrten Damen und Herren, **Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung** sind ein Schwerpunkt deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Schon in der Präambel des Grundgesetzes sind die beiden Kernpfeiler unserer Außenpolitik benannt, nämlich in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Frie-

denpolitik, Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung insbesondere von Massenvernichtungswaffen, das ist ein klarer Zusammenhang, den wir hier alle gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg betonen und sehen. Wir wollen das Ziel einer **nuklearwaffenfreien Welt** erreichen. Wir wollen an dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt arbeiten. Deswegen setzen wir uns ein für Frieden, für Sicherheit, natürlich auch für Stabilität durch weniger Waffen, die Verhinderung von Proliferation und höhere Transparenz. Wir alle wissen aus den Erfahrungen der Geschichte, dass Abrüstungspolitik einen langen Atem braucht. Abrüstungspolitik braucht gelegentlich auch strategische Geduld, aber Abrüstungspolitik muss gerade dann mit langem Atem betrieben werden, wenn die großen Erfolge nicht gleich auf den ersten Blick greifbar sind.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt: Auch wenn wir in den letzten Jahren in manchen Bereichen bei der Abrüstung gern weitergegangen wären, können sich die Erfolge der letzten Jahre weltweit sehen lassen. Wir haben einen sehr erfolgreichen Abschluss der Überprüfung des NATO-Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs beim NATO-Gipfel in Chicago im letzten Jahr gehabt. Dort wurde das **Profil der Allianz auch in Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen gestärkt**. Wenn man die NATO-Strategien der letzten Jahrzehnte betrachtet, kann man sagen: So viel Abrüstungsbekanntnis in der NATO gab es noch nie.

Beifall bei der FDP

Das ist ein klarer Erfolg und ein wichtiges Anliegen; denn wir wissen alle, dass Verteidigung und Sicherheit engstens zusammengehören. Der Gipfel in Chicago ist noch kein Durchbruch gewesen, aber es ist ein Aufbruch. Umso wichtiger ist es, dass weitere Abrüstungsschritte ins Auge gefasst werden. Dazu gibt es ermutigende Zeichen, auch durch die Administration der Vereinigten Staaten von Amerika. Mit neuem Elan treibt Präsident Obama die Abrüstungsagenda voran. Dabei werden wir Präsident Obama natürlich unterstützen. Wir wollen dabei alle Beteiligten mit an Bord nehmen. Jetzt gilt es aber, den **Dialog mit Russland** voranzubringen. Das Angebot der NATO, auch die substrategischen, die sogenannten taktischen Nuklearwaffen in den Abrüstungsprozess einzubeziehen, steht. Dass sich hierauf

die NATO geeinigt hat, trotz mancher Meinungsunterschiedlichkeit innerhalb der NATO-Mitgliedsländer, ist ein guter Erfolg auch der deutschen Abrüstungspolitik.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir wollen die Abrüstungsschritte zwischen den USA und Russland weiter unterstützen. Wir werden weiter auf eine **Reduzierung der in Europa stationierten Waffen** hinarbeiten.

Christoph Schnurr
[FDP]: „Sehr gut!“

Die Bundesregierung ist den Zielen, die sie sich zu Beginn der Legislaturperiode gegeben hat, näher gekommen. Wir haben noch nicht alles erreicht – das war auch nicht zu erwarten –, aber wir werden unbeirrt und mit langem Atem an der Abrüstungspolitik einschließlich der nuklearen Abrüstung festhalten.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Die Bundesregierung ist natürlich auch für **Fortschritte bei der konventionellen Rüstungskontrolle**; denn jeder sieht, dass das eine nicht durch Führbarkeit von konventionellen Kriegen erkauft werden darf. Das heißt, auch die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa bleibt ein zentrales und unverzichtbares Element einer kooperativen Sicherheitsarchitektur. Ich will in diesem Zusammenhang ein Wort zur **Raketenabwehr** sagen. Die Haltung der Bundesregierung ist in dieser Frage glasklar: Wir wollen mehr Sicherheit und Stabilität in Europa. Wir sind der Überzeugung: Das ist nur mit Russland und nicht gegen Russland erreichbar. Wir wollen, dass Russland eingebunden wird. Wir wollen, dass Russland bei einer kooperativen Lösung und beim Dialog, wenn es um die Raketenabwehr geht, konsequent eingebunden wird. Dies ist ein wichtiges Angebot, das die Bundesregierung in der NATO durchgesetzt hat: Es geht hier nicht darum, sich gegen Russland aufzustellen. Es geht um ein Projekt, das gemeinsam mit Russland für mehr Sicherheit auf unserem Kontinent und in unserer Weltregion sorgen soll.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN und
der Abg. Uta Zapf
[SPD]

Weil mir nur wenige Minuten Redezeit gegeben sind,

Katja Keul [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:
„Das geht uns
auch so!“

will ich zum Schluss noch auf zwei Dinge eingehen, nämlich einmal auf **Iran und Nordkorea**, und dann folgt noch ein letzter Gedanke. Im Konflikt mit Iran verfolgt die Bundesregierung gemeinsam mit

den Partnern im sogenannten E3+3-Format ihren Doppelansatz von Verhandlungsbereitschaft und Druckausübung. Wir können eine nukleare Bewaffnung des Irans nicht akzeptieren. Wir wollen das auf diplomatischem und politischem Wege verhindern. Das ist die gemeinsame Auffassung. Alles andere, was uns unterstellt wird, ist Propaganda: gegen uns, gegen den Westen, gegen die westlichen und allgemeinen Sicherheitsinteressen.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Iran hat auf unser Verhandlungsangebot in Almaty mit positiven Worten reagiert; das würdige ich ausdrücklich. Ich mache mir keine Illusionen, aber es ist erkennbar zumindest schon einmal ein Fortschritt, dass ein weiterer Prozess vereinbart werden konnte. Aber Gespräche nur um der Gespräche willen reichen nicht, sondern es braucht substanzielle und greifbare Ergebnisse. Ein Spielen auf Zeit ist kein Weg, den wir akzeptieren können. Dasselbe gilt auch im Hinblick auf Nordkorea. Die Bundesregierung verurteilt in aller Schärfe den Nukleartest sowie die jüngsten Drohungen Nordkoreas mit einem nuklearen Erstschlag und der Aufkündigung des Nichtangriffspaktes mit Seoul. Wir sind alle gemeinsam der Auffassung: Die Kriegsrhetorik des Regimes in Nordkorea muss beendet werden.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU
und der Abg.
Uta Zapf [SPD]

Ich begrüße deshalb ausdrücklich die konstruktive Rolle Chinas. Wir appellieren an China, diese konstruktive Rolle auch in den sogenannten Sechsergesprächen weiter wahrzunehmen. Dass China sich an den jüngsten Sanktionsverschärfungen in New York beteiligt hat, ist ein wichtiges Signal auch an das Regime. Meine Damen und Herren, natürlich geht es um unsere Nichtverbreitungs- und Abrüstungsinitiative; vor allen Dingen geht es aber auch um die Postkonfliktbewältigung. Wir bleiben dabei, bei der Vernichtung von Waffen einen wesentlichen Anteil zu leisten. Deutschland hat eine große Expertise bei der Vernichtung zum Beispiel von chemischen Waffen. Wir zeigen das in Libyen und auch an anderen Orten. Wir sind bereit, diese Expertise und dieses Wissen mit einzubringen. Wir haben noch wichtige Aufgaben vor uns: der Kampf gegen die Verbreitung auch von Kleinwaffen in fragilen Staaten oder beispielsweise auch unser deswegen großes Bemühen für ein weltweit gültiges Waffenhandelsabkommen. Bei den anstehenden Verhandlungen wollen wir

einen Erfolg. Wir wollen, dass Antipersonenminen und Streumunition endlich von der Welt verschwinden. Wir setzen hierbei auf Transparenz, Dialog und Diplomatie in einer engen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Alles in allem ist der Abrüstungsbericht ein Erfolgsbericht, ein Bericht auch über gute Fortschritte in der Abrüstungspolitik. Wir werden uns nicht auf ihm ausruhen, sondern im Interesse des Friedens in der Welt mit großem Nachdruck, mit großer Energie, aber vor allen Dingen mit großer Ausdauer weiter auf Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung hinarbeiten. Vielen Dank.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

„In meiner Amtszeit war deutsche Außenpolitik Friedenspolitik“

Nach vier Jahren nimmt Guido Westerwelle Abschied vom Auswärtigen Amt. Im Interview spricht der FDP-Politiker über seine eigenen Leistungen, die umstrittene Libyen-Entscheidung und den neuen Parteichef Christian Lindner.

Herr Westerwelle, wo werden Sie am Dienstag bei der Wahl von Kanzlerin Merkel sein?

Ich denke, ich werde meine letzten Aktenordner, Bücher und Bilder aus dem Auswärtigen Amt in meine Berliner Wohnung bringen.

Das können wir uns schwer vorstellen. Das „political animal“ Guido Westerwelle verfolgt die Wahl nicht live im Fernsehen?

Ich werde vielleicht im Hintergrund den Fernseher laufen lassen.

Wenn Sie Bilanz ziehen: Was war Ihr Beitrag zur deutschen Außenpolitik in den vergangenen vier Jahren?

Darüber kann man wohl erst mit mehr Abstand urteilen. Ich hatte mir vier Schwerpunkte gesetzt: das europäische Schiff durch stürmische See zu bringen; die richtigen Antworten auf die neuen Frei-

heitsbewegungen in unserer südlichen und östlichen Nachbarschaft zu geben; neue strategische Partnerschaften mit den aufstrebenden Kraftzentren der Welt zu begründen. Und schließlich: In meiner Amtszeit war deutsche Außenpolitik Friedenspolitik.

Das müssen Sie erläutern.

Wir haben uns in meiner Zeit an keinem neuen Krieg beteiligt. Im Gegenteil: Der Abzug unserer Kampftruppen aus Afghanistan läuft. Auf dem Balkan konnten wir unsere Truppenpräsenz deutlich reduzieren, weil politische Lösungen zum Greifen nahe sind.

Eine der Mahnungen, die Sie am häufigsten ausgesprochen haben, ist die zu einer „Kultur der militärischen Zurückhaltung“. Gibt es überhaupt Kräfte in Deutschland, die das aufweichen wollen?

In Politik und Publizistik gibt es in Deutschland Kräfte, die mir zu schnell einer militärischen Intervention das Wort reden, im Übrigen im linken Spektrum mit humanitärer Begründung ebenso wie bei den Konservativen, die dafür ihr Verständnis von nationalen Interessen ins Feld führen. Ich wiederhole es gerne: Die Pickelhaube steht uns Deutschen nicht. Ein militärischer Einsatz ist und bleibt Ultima Ratio und nur als mitunter notwendige Begleitmaßnahme für politische Lösungen.

Sind die Deutschen auf diesem Feld nicht viel zurückhaltender als ihre Partner?

Ich sehe zwei schwere Fehlentwicklungen seit den Terroranschlägen vom 11. September, die wir jetzt korrigieren müssen. Mit der Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten im Kampf gegen den Terrorismus wurde weit über das Ziel hinausgeschossen. Die Enthüllungen über die Arbeit der Geheimdienste zeigen doch, dass wir die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit neu justieren müssen. Das Zweite ist: Wir haben zu lange geglaubt, dass massive militärische Lösungen, wie in Afghanistan, im Irak oder in Libyen, gewissermaßen zwangsläufig nachhaltige politische Lösungen bringen. Es wurde zu oft zu schnell nach militärischen Interventionen gerufen, bevor die politischen Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren.

Sind Sie mit Ihrem Kampf für militärische Zurückhaltung im Westen isoliert?

Im Gegenteil. Gerade im Syrien-Konflikt war doch zu beobachten, dass eine Beteiligung der Parlamente wie bei uns mäßigend wirkt. Die USA und Großbritannien haben sich dann gegen ein militärisches Eingreifen und für eine politische Lösung entschieden. Ich bin optimistisch, dass dieser vernünftige Kurs noch mehr Raum gewinnt.

Für keine andere Entscheidung sind Sie härter kritisiert worden als für die Enthaltung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat bei der Libyen-Abstimmung. Hadern Sie heute damit?

Nein. Ich bin im Rückblick nicht mit jedem meiner Worte als Außenminister glücklich, aber zu den wirklichen Entscheidungen stehe ich. Mit unserem Beschluss, keine deutschen Soldaten nach Libyen zu schicken, bin ich vollständig im Reinen.

Sie wollten keine Soldaten schicken. War aber auch die Form richtig, nämlich sich wie Russland und China zu enthalten?

Sie vergessen Brasilien und Indien. Ja, in New York im Sicherheitsrat zustimmen und dann in Brüssel bei der Nato ablehnen, wäre nicht gegangen. Aber ich habe vielleicht in der anschließenden Debatte nicht immer die richtigen Worte gefunden. Ich hatte übrigens vor unserer Entscheidung in New York alle Fraktionsvorsitzenden konsultiert, auch der Opposition. Manche von ihnen haben mich nachher hart kritisiert, obwohl sie in diesen Gesprächen noch mit uns gingen. Dass mein Vorgänger und Nachfolger im Amt des Außenministers Frank-Walter Steinmeier damals als Oppositionsführer zu dem stand, was er mir vor der Entscheidung gesagt hat, auch als der Sturm der Kritik losbrach, rechne ich ihm hoch an.

Finden Sie es unfair, dass bei Ihnen mehr Verantwortung für die Libyen-Entscheidung abgeladen wurde als etwa bei der Kanzlerin oder dem Verteidigungsminister?

Ich beschäftige mich nicht mit der Kritik von damals, mir geht es jetzt um die Folgen. Die anhaltende Schwäche des libyschen Staates und die Destabilisierung der ganzen Region machen uns große

Sorgen. Was wir gelernt haben sollten, ist doch: Ohne ein klares politisches Konzept erreichen wir eben keine nachhaltige Stabilisierung, von einer Demokratisierung will ich gar nicht erst sprechen. Die Sicherheitsratsresolution hat eine Flugverbotszone geschaffen und zu humanitären Interventionen ermächtigt, in großen Teilen der Welt wurde die Intervention aber als „regime change“ wahrgenommen. Ich habe meine Zweifel, ob der völkerrechtliche Grundsatz der „responsibility to protect“ durch dieses Vorgehen gestärkt wurde. Das wird die Geschichte zeigen.

Sie haben von eigenen Fehlern als Außenminister gesprochen – welche waren das?

Ich denke, wir waren zu optimistisch, als die Welle der Revolutionen durch die arabische Welt schwappte. Bei Besuchen in der Region hatte ich vor allem junge Menschen und Frauen getroffen, für die das der lang ersehnte Aufbruch zu Freiheit und selbstbestimmtem Leben war. Da muss man schon ein Herz aus Stein haben, wenn man sich von der Begeisterung nicht anstecken lässt. Anfangs habe ich auch vom „Arabischen Frühling“ gesprochen, bin dann aber später zum zutreffenderen Begriff der „arabischen Jahreszeiten“ übergegangen. Mir wurde klar, dass in einigen arabischen Ländern ein Frühling einsetzte, andere aber einen erneuten Wintereinbruch erlebten.

Es gibt die These, das Amt des Außenministers sei unabhängig von seinem Inhaber machtpolitisch im Vergleich zum Kanzleramt abgewertet worden – Stichworte Euro-Krise, internationale Bedeutung des Finanzministeriums. Ist das Urteil richtig?

Die Behauptung, das Auswärtige Amt werde unwichtiger, ist provinziell. Sie blendet die Perspektive der Länder aus, die mit Deutschland zu tun haben und für die das Auswärtige Amt der erste Ansprechpartner ist. Deutschland lebt mehr als jedes andere Land in Europa von seiner internationalen Vernetzung. Unsere Außenpolitik hat mit der gewachsenen Stärke Deutschlands in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Das Auswärtige Amt hat viel dazu beigetragen. Unsere wirtschaftliche Stärke und damit unser aller Wohlstand hängen davon ab, dass wir die politischen Beziehungen zu den wirtschaft-

lichen und politischen Kraftzentren der Welt, den traditionellen im Norden und Westen und den neuen im Süden und Osten, gestalten und ausbauen. Das Ansehen Deutschlands hat in diesen Jahren stark zugenommen. Das mögen Sie auch an unseren Ergebnissen bei wichtigen Wahlen in den Gremien der Vereinten Nationen ablesen.

Kommen wir zu einem aktuellen Konflikt: Wird der ukrainische Präsident Janukowitsch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnen?

Das Abkommen ist unterschriftsreif. Es kann die Lage der Menschen in der Ukraine nachhaltig verbessern. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung wird es in der Ukraine nur mit einer proeuropäischen Politik geben. Das zeigen doch die Beispiele in der unmittelbaren Nachbarschaft der Ukraine, ganz besonders eindrucksvoll in Polen. Das sehen die Menschen in Kiew, deshalb demonstrieren sie mit der Europa-Flagge in der Hand für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Ist der Boxer Vitali Klitschko der Mann, der die Ukraine nach Europa führen kann?

Ich kenne und ich schätze ihn. Aber wir nehmen nicht Partei für eine Partei, sondern für europäische Werte.

Lassen Sie uns zum Abschluss noch über Ihre Partei sprechen, Herr Westerwelle. Beim Sonderparteitag der FDP am vergangenen Wochenende haben viele Liberale Ihnen vorgeworfen, der Verzicht auf das Finanzministerium habe Steuersenkungen verhindert. Hat das den Niedergang der FDP eingeläutet?

Wir haben die Bürger erheblich entlastet und gleichzeitig die Staatsfinanzen konsolidiert. Deutschland geht es heute besser als 2009. Deshalb scheidet die FDP aus dieser Bundesregierung erhobenen Hauptes und übergibt unser Land in allerbestem Zustand. Und wenn ich sehe, wie viele Belastungen durch die neue Koalition auf die Menschen zukommen, dann prophezeihe ich, dass sich viele noch nach dem segensreichen Wirken der Liberalen in den letzten vier Jahren zurücksehnen werden.

Warum haben Sie Ihren Kritikern das nicht in Erinnerung gerufen und stattdessen beim Parteitag geschwiegen?

Ich war mit dem, was unser neuer Parteivorsitzender Christian Lindner gesagt hat, in vollem Umfang einverstanden. Es war nicht nötig, seinen klugen Ausführungen noch etwas hinzuzufügen. Der Delegierte Westerwelle fand sich in der Rede von Herrn Lindner bestens aufgehoben.

War da kein Groll, als Philipp Rösler, Rainer Brüderle und viele andere vor allem Ihnen den Niedergang der Partei angelastet haben?

So war es ja nicht. Außerdem bleibt doch jedem unbenommen, seine Sichtweisen vorzutragen.

1998 haben Sie in Ihrem Buch „Neuland“ eine umfassende Reformagenda für Deutschland skizziert. Wie weit sind Sie damit gekommen?

In manchen Bereichen sehr weit. Ganz vorne: Die Schuldenpolitik wurde durch uns beendet. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa hat die Haushaltsdisziplin jetzt Verfassungsrang. Das ist eine großartige Entwicklung, die ohne das Wirken der FDP niemals zustande gekommen wäre. Dass die FDP besonders achtsam hinsichtlich der Staatsfinanzen und der Belastungen der Bürger ist, wird man nach der Lektüre des neuen Koalitionsvertrages von Union und SPD nicht mehr leugnen können, selbst dann, wenn man unsere politischen Auffassungen nicht teilt. Und auch Bürgerrechte und Bildung wurden in unserer Zeit stets großgeschrieben.

Bedauern Sie eigentlich Ihren Satz von der „spätromischen Dekadenz“?

Den habe ich schon vor langer Zeit bedauert. Und auch Schuhe, die mit Zahlen bemalt sind, würde ich heute nicht mehr anziehen. Man lernt.

Planen Sie politische Memoiren?

Im Augenblick denke ich weniger daran zu schreiben als zu lesen. Florian Illies' „1913“ beispielsweise haben Sie wahrscheinlich alle schon gelesen. Ich hatte dazu bisher keine Zeit und freue mich nun auf einen ganzen Stapel ungelesener Bücher.

Wie geht es Ihnen, da Sie nun aus dem Bundestag und dem Amt scheiden?

Der Abschiedsschmerz wird kommen, aber die Freude über die neue Freiheit auch. Bisher hatte ich nicht wirklich Zeit für große Gefühle, denn ich habe im Wortsinne bis zur letzten Stunde meine Aufgaben erledigt. Morgen nehme ich noch am Treffen der EU-Außenminister in Brüssel teil, weil es dort um Russland, die Ukraine, den Nahost-Friedensprozess und das iranische Atomprogramm geht. Da darf der deutsche Außenminister nicht fehlen, auch wenn am nächsten Tag ein anderer kommt.

Ihr letzter dienstlicher Termin wird dann die Übergabe Ihres Amtes an den Nachfolger sein. Was haben Sie danach vor?

Da fliege ich nach Mallorca in die Weihnachtsferien.

Und was kommt beruflich nach Ihrem Abschied?

Warten Sie es ab. Ich bin nicht 82, sondern bald 52, ich habe noch vieles vor. Ich scheidet aus meinen politischen Ämtern. Aber ich bleibe ein denkender Liberaler. Und deshalb sage ich: Vielen Dank und „Auf Wiedersehen“.

Das Gespräch führten Hans Monath und Antje Sirleschtov.



EIN MUTIGER FREIHEITSKÄMPFER

Cornelia Pieper

Ende letzten Jahres im Dezember 2020, als in der Pandemie der Lockdown von der Politik eingeführt wurde, machte ein Videofilm von Guido Westerwelle in meinem Freundeskreis die Runde. Ich bekam es gleich von mehreren zugesandt. Es war ein Auszug aus einer Bundesparteitagsrede von 2011. Das Thema war hochaktuell und der Wert von längst selbstverständlich gewordenen Freiheiten vielen Bürgern überhaupt erst wieder bewußt.

Sie identifizierten sich mit dem, was Guido Westerwelle vor 10 Jahren in dieser Rede sagte. Es war wie eine nachträgliche Hommage! Er zitierte damals Karl Hermann Flach, den ersten Generalsekretär der FDP, Verfasser der Freiberger sozialliberalen Thesen, deren 50. Geburtstag wir gerade begangen haben: „Freiheit stirbt immer zentimeterweise..“ und ergänzte selbst, Freiheit stirbt nicht durch die Politik, sondern erst dann wird es gefährlich für die Freiheit, wenn die

Bürger ihr eigenes Immunsystem vergessen, dass sie wappnen muß gegen jede Freiheitsbedrohung..zuerst komme der Bürger und dann der Staat! Andere Parteien vertrauten eben dem Staat mehr als den Bürgerinnen und Bürgern: “Aber wir brauchen auch selbstbewußte Bürgerinnen und Bürger, die sich den Satz nicht gefallen lassen, wer nichts zu verbergen hat, soll sich doch gefälligst nicht beklagen! Nein, wir wollen ein Volk von selbstbewußten Staatsbürgern und nicht von Staatskunden und Untertanen..“

Guido Westerwelle fände heute vieler seiner Worte bestätigt. Er war ein Freiheitskämpfer, der Liberalismus als eine Geisteshaltung ansah und diese auch so lebte! Er war ein brillanter Vordenker und Rhetoriker. Er hätte heute nicht nur Bürgerrechte eingefordert, sondern auch an die Verantwortung jedes Einzelnen appelliert. Wir haben uns persönlich Anfang der 90er im FDP-Bundesvorstand

kennengelernt. Wir teilten gemeinsam die Auffassung, dass die FDP eine starke gesamtdeutsche Partei bleiben muß. Er konnte gut zuhören und sprach den Menschen Mut zu, besonders wenn er im Osten Deutschlands unterwegs war. Er ging auf die Menschen zu. Er traf, wie man so sagt, den Ton der Menschen in Ostdeutschland, wenn er davon sprach, dass Leistung sich wieder lohnen muß oder die beste Arbeitnehmerpolitik eine gute Mittelstandspolitik sei. Waren doch Leistung des Einzelnen und Selbstständige im Arbeiter- und Bauern-Staat nicht kompatibel mit dem System. Damals als frisch gewählte Landesvorsitzende 1995 schlug ich ihm vor, doch die Bürger zu einer Fahrradtour durch die Dölauer Heide in Halle einzuladen, damit sie ihn besser kennenlernten. Er nahm den Vorschlag gerne an, kam aber vorbildlich im Gegensatz zu mir mit Fahrradhelm, ich dagegen ohne, und wies mich auf die Notwendigkeit eines Helmes hin!

2001 in den für die FDP stürmischsten politischen Zeiten, die FDP hatte damals keinerlei „Stimme“ in einem ostdeutschen Parlament, schlug er mir vor, als „seine“ Generalsekretärin zu kandidieren.

„Warum gerade eine Ostdeutsche?“, fragte ich ihn. Genau deshalb, antwortete er. Er wolle, dass die FDP wieder gesamtdeutsche Partei werde! Noch im selben Jahr schafften wir die Renaissance der FDP im Osten, die in Sachsen-Anhalt mit einem Wahlergebnis von 13.3% (1998:4,7%)

begann. Zweistellige Ergebnisse in den anderen ostdeutschen Landesverbänden folgten. 2009 als Staatsministerin im Auswärtigen Amt beauftragte er mich mit der „Mission“, den Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu profilieren. Privat liebte er zeitgenössische Kunst, vor allem die Bilder von Norbert Bisky. Fast ein Viertel des Budgets des AA investierten wir weltweit in „die Köpfe“ junger Menschen, um den Gedanken des Friedens „zu säen“. Chancengleichheit, besonders in den Ländern der Dritten Welt war ihm ein wichtiges Anliegen.

Worte und sachkundige Argumente waren seine „Waffen“. Er war ein mutiger Außenpolitiker, den auch unbeliebte Entscheidungen bei den Vereinten Nationen nicht abschreckten, wie es 2011 beim Militäreinsatz in Libyen der Fall war. Sein Mut, seine Unabhängigkeit und Toleranz sind heute noch Vorbild für viele von uns.

Er war für mich ein enger Freund, ein bodenständiger Politiker, mit dem ich auch mal herzlich lachen konnte. Er kam aus dem Rheinland, ich aus Mitteldeutschland, aber wir waren wie zwei Teile in einem Puzzle, die zusammengehörten.

Cornelia Pieper ist seit 2014 Generalkonsulin in Danzig. Sie war von 2009 bis 2013 Staatsministerin im Auswärtigen Amt, von 1998 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags und von 2001 bis 2005 Generalsekretärin der FDP.

Abschnitt

5

**NACH DER
POLITIK
(2013 – 2016)**

Abschnitt 5 NACH DER POLITIK

Der Abend der Bundestagswahl 2013 war für die FDP zum historischen Debakel geworden. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verpasste sie den Einzug in den Deutschen Bundestag. Die Liberalen mussten fassungslos den anderen Parteien beim Feiern zu sehen, und auch in den Medien wurde an Spott und Häme nicht gespart.

Für Guido Westerwelle änderte sich alles. Seine aktive politische Karriere endete an diesem Tag. Er stand vor seinem nächsten Neuanfang – diesmal außerhalb der aktiven Parteipolitik.

Westerwelle suchte die persönliche Neuorientierung, suchte nach mehr persönlicher Freiheit, wollte weniger Politiker sein. Er nahm sich mehr Zeit für sein Privatleben, für seinen Ehe-

mann Michael Mronz und verbrachte Zeit mit Freunden. Nun hatte er Zeit für seine Hobbys, für Pferde und Kunst, für das Haus in Mallorca. Er ließ ganz einfach dem persönlich-sympathischen und intellektuell-neugierigen Menschen Guido Westerwelle Raum, der so lange hinter der öffentlichen Person Guido Westerwelle hatte zurückstehen müssen.

Und er blieb der internationalen Politik verbunden. Gemeinsam mit dem Unternehmer Ralph Dommermuth gründete er die „Westerwelle Foundation – Stiftung für internationale Verständigung“, mit der Gründerinnen und Gründer in Entwicklungsländern unterstützt werden, und um Demokratie und Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz in diesen Ländern zu

stärken. Allerdings blieb ihm für dieses ehrgeizige und anspruchsvolle Projekt nur wenig Zeit. Anfang 2014 erkrankte er an Blutkrebs und musste sich umgehend in Behandlung begeben, die bis November 2014 andauerte.

Auftritte in der Öffentlichkeit, zumal große Reden, wurden selten in diesen Zeiten. Wir dokumentieren in diesem Band eine Rede, die er im April 2014 zum 50. Jubiläum der Auslandsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Washington hielt und wo er noch einmal seine politischen, speziell auch seine außenpolitischen Auffassungen mitteilte.

Im November 2015 verschlechterte sich Westerwelles Gesundheitszustand, es folgte die stationäre Behandlung im

Krankenhaus in Köln. Am 18. März 2016 verstarb er an den Folgen seiner Erkrankung.

Als Abschluss dieses Redenbandes drucken wir mit freundlicher Genehmigung die Trauerrede der damaligen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ab, die diese anlässlich der Trauerfeier am 2. April 2016 hielt.

REDE

50 Jahre Auslands- arbeit der Friedrich- Naumann-Stiftung für die Freiheit

Lieber Claus, lieber Manfred, lieber Daniel;
Exzellenzen, meine Damen und Herren:

Als Erstes möchte ich Sie herzlich willkommen heißen. Die Dankes-
worte Manfred Richters an die Mitarbeiter und an das Team – die
zum Beispiel diesen Abend vorbereitet haben, sowie unser wunder-
bares Treffen und Gespräch, und nicht nur diese Diskussion hier in
Washington – dies alles verdient, meine ich, einen Applaus. Lassen
Sie uns also diesem wunderbaren Team der Friedrich-Naumann-
Stiftung einen Beifall spendieren und damit unsere Dankbarkeit zum
Ausdruck bringen. Vielen Dank.

Du hast mich freundlicherweise als ehemaligen Stipendiaten der
Friedrich-Naumann-Stiftung vorgestellt. Das stimmt. Es war im
letzten Jahrtausend, ist also schon etwas länger her, wie Sie sich
vorstellen können. Wenn ich über die Friedrich-Naumann-Stiftung
und unsere Auslandsarbeit spreche, kann ich Ihnen versichern, dass
ich in den vergangenen **fast 34 Jahren persönlich Zeuge der** hervor-
ragenden Stiftungsarbeit war. Und ich halte sie wirklich für eine
großartige Idee.

Dabei ist es nicht nur die Friedrich-Naumann-Stiftung, wie ich im Kurzfilm vorhin bereits angedeutet habe. Wenn es um Stiftungen geht, haben wir in den USA und in Deutschland unterschiedliche Traditionen. Daher reden wir von der Dankbarkeit gegenüber dem Steuerzahler, wenn es um die Friedrich-Naumann-Stiftung geht – und natürlich ist das auch bei den anderen der Fall. Es handelt sich um unabhängige Stiftungen, aber es geht um öffentliche Mittel. Und ich denke, es ist eine ausgezeichnete Investition.

Die Tatsache, dass Deutschland weltweit so hohes Ansehen und so hohe Glaubwürdigkeit genießt, liegt – bei aller Bescheidenheit – nicht nur an unserer erfolgreichen Volkswirtschaft und unserer stabilen Demokratie, sondern hat auch viel mit den **Tätigkeiten und der Auslandsarbeit der Stiftungen in Deutschland** zu tun. Und ich denke, das ist der Hauptgrund, warum wir alle hier sind.

Dies ist kein offizielles Treffen und keine offizielle Zeremonie. Es ist vielmehr ein wunderbarer Moment, sich hier mit einer Gruppe von Freunden und Familienmitgliedern in Washington zu treffen, um diesen Jahrestag zu feiern, den **50. Jahrestag unserer Auslandsarbeit**. Ich gratuliere hiermit dem Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung sowie allen anderen, die für die Friedrich-Naumann-Stiftung arbeiten.

Die vergangenen 10 Tage habe ich hier in den USA eine sogenannte Rednertour durchgeführt und dabei an Gesprächen, Diskussionen und Veranstaltungen in Princeton, Harvard und New York teilgenommen. Und ich möchte sagen, es handelt sich hier um ein persönliches Highlight, nicht nur deshalb, weil ich meine besten Erinnerungen und persönlichen Beziehungen mit dieser wunderbaren Stiftung verknüpfe.

Ich möchte auch meine persönliche Dankbarkeit ausdrücken: Das Stipendium, das ich von der Friedrich-Naumann-Stiftung erhielt, war für mich ein Schlüsselerlebnis, denn es bot mir als Zwanzigjährigem eine einmalige Gelegenheit, andere Menschen kennenzulernen und Gespräche mit führenden Politikern aus aller Welt zu führen. Und ich denke, das ist etwas, was wir beibehalten sollten.

Nachdem ich als Außenminister ausgeschieden war, gründete ich zusammen mit einem guten Freund meine eigene Stiftung mit einem großen Unterschied. Wir arbeiten nicht mit öffentlichen, sondern mit privaten Mitteln, wodurch es etwas leichter wird, konkrete Projekte zu unterstützen. Wie Sie alle sicher wissen, müssen öffentliche Mittel aus Gründen der Compliance und aus anderen Gründen in der Regel in der öffentlichen Hand verbleiben, aber private Mittel können private Initiativen und NGOs unterstützen. Und das ist etwas, was wir gerne tun möchten.

Manche von Ihnen, die häufig Deutschland besuchen oder besucht haben, werden wissen, dass wir ein Wort haben, das nicht ins Englische übersetzt werden kann. Es handelt sich um das Wort „Mittelstand“. Es ist ein wenig wie „Kindergarten“ oder „Waldsterben“. Ich kann Ihnen versichern, dass man es nicht ins Englische übersetzen kann, eben so wenig, wie das bei dem Wort *austerity* möglich ist. *Austerity* ist ein Wort, das in meinem Land nicht existiert. In meiner Muttersprache gibt es keine *austerity*. Und für meine kanadischen Freunde: Das Wort *austérité* gibt es auf Deutsch ebenfalls nicht. Wir nennen es **Haushaltsdisziplin**. Und glauben Sie mir, „Disziplin“ klingt für deutsche Ohren ganz wunderbar. Das ist etwas völlig anderes.

Die ganzen Bemühungen der letzten vier Jahren, den Euro zu stabilisieren – und natürlich unsere wirtschaftliche Situation und mehr oder weniger unsere Europäische Union – basierten auf einem internationalen Missverständnis. Sie nennen es **austerity**, mit all den negativen Konnotationen, die da mitschwingen. Wir nennen es **Haushaltsdisziplin**, was einfach wunderschön ist. Es ist ein ganz hervorragendes Wort, glauben Sie mir. Keiner kann es übersetzen. **Budget discipline**, das klingt ein wenig langweilig. Aber **Haushaltsdisziplin** – dem wohnt eine ganz eigene Melodie inne. Und deshalb denke ich, dass die Arbeit unserer deutschen Regierung hier in Washington manchmal etwas kritisch rezipiert wurde.

Meine Damen und Herren, ich habe einen wunderbaren Vortrag vorbereitet, genauer: Herr Vogel, mein Büroleiter, hat einen wunderbaren Vortrag vorbereitet. Für die Journalisten unter Ihnen: Dieser

Vortrag ist **on the record**. Sie dürfen ihn gerne zitieren, wenn Sie das noch möchten. Dafür gibt es jetzt allerdings keinen Grund mehr. Ich bin ein freier Mann, zum ersten Mal in 30 Jahren. Ich habe mich immer für freiheitlich-demokratische Grundsätze eingesetzt. Aber jetzt bin ich wirklich ein freier Mann.

Ich halte jetzt einen freien Vortrag und gebe einige Kommentare dazu, was ich denke. Ich schaue dabei nicht zurück, verzeih mir, Manfred. Wahrscheinlich hast du meinen Vortrag in diese Richtung angekündigt. Aber ich möchte einige Bemerkungen dazu machen, wie ich das heutige Geschehen betrachte und was ich für die nächsten Monate bzw. Jahre erwarte. Dabei will ich mich ganz kurz fassen. Erstens, da ich bereits mehrfach darauf angesprochen wurde und mehrere von Ihnen mich beim wunderbaren Empfang vorhin gefragt haben, was macht Ihre Stiftung?

Es handelt sich natürlich nicht um einen Wettbewerber der Friedrich-Naumann-Stiftung, wie Sie sich denken können. Wie ich bereits erwähnt habe, geht es bei uns in eine ganz andere Richtung und um eine ganz andere Arbeit.

Wir denken, dass der deutsche Mittelstand eine deutsche Erfolgsgeschichte ist. Aber er ist mehr als nur eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Er ist auch ein Vorbild für die Stabilität unserer Gesellschaft, für eine **stabile deutsche Gesellschaft**. Er ist mehr als nur das Rückgrat unserer freien Marktwirtschaft oder unseres Systems der sozialen Marktwirtschaft, unserer freien Marktwirtschaft. Er ist aus unserer Sicht ein Stabilitätsfaktor für die Gesellschaft.

Denn wenn man die Wirtschaft, die gesamte Gesellschaft zwischen denen aufteilt, die sehr wohlhabend sind, und der großen Mehrheit, die sehr arm sind, dann funktioniert das nicht. Das ist eine Lektion, die wir in den vergangenen Jahren gelernt haben: **Nicht aus jeder erfolgreichen Volkswirtschaft entsteht eine erfolgreiche Demokratie**. Aber eines steht fest: ohne eine Wirtschaft, die sich verbessert, ohne mehr ökonomische und soziale Teilhabe, bekommen Sie niemals eine stabile Demokratie bzw. ein nachhaltiges demokratisches System in einem

Land. Es ist so ähnlich wie das, was wir in den 1950ern beim Wirtschaftswunder in unserem eigenen Land beobachtet haben. Noch ein Wort, das man nicht in andere Sprachen übersetzt.

Was genau war das **Wirtschaftswunder**? Das Wirtschaftswunder war nicht nur eine Folge von Freiheit und Verantwortung, es war auch eine notwendige Voraussetzung für die darauffolgenden Jahre und Jahrzehnte. Und der Grund, warum Deutschland jetzt – bei aller Bescheidenheit – eine so führende Wirtschaft besitzt und eine so stabile Demokratie in Europa ist, hängt mit unserem Mittelstand, mit dem Wirtschaftswunder zusammen. Deshalb wollen wir dieses Modell als Vorbild für Volkswirtschaften und Demokratien weltweit bewerben, vor Allem natürlich in den aufkommenden und sich verändernden Regionen der Welt. Das ist die Idee.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung ist hundertmal größer als wir. Wir haben gerade erst angefangen. Wir sind ein Startup. Aber der Kerngedanke ist bei uns wirklich, unsere Anstrengungen auf diesen spezifischen Aspekt zu konzentrieren, und ich bin Ihnen allen dankbar für Anregungen zur Zusammenarbeit und Ideen für gute Projekte.

Meine Damen und Herren, warum ist dies überhaupt notwendig? Weil die Welt sich in einer Dimension, in einer dramatischen Weise verändert, die man im Augenblick kaum glauben mag.

Ich möchte Sie nicht mit vielen Statistiken langweilen, sondern nur einige Kommentare zu der sich verändernden Welt, der globalisierten Welt, abgeben. Ich bevorzuge den Ausdruck **Hochgeschwindigkeitsglobalisierung**, weil die Globalisierung an sich nicht neu ist. Aber der Faktor Zeit ist bei der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung tatsächlich etwas völlig Neuartiges. Dies alles geschieht zeitgleich mit den neuen Telekommunikationstechnologien. Und natürlich bedeutet die Art, wie wir heutzutage weltweit Informationen austauschen, dass Sie alles darüber erfahren können, was an einem beliebigen Ort in der Welt stattfindet. Aber das heißt natürlich noch lange nicht, dass man alles versteht. Die Menschen haben manchmal Angst. Sie denken, es stellt eine Bedrohung für sie und ihr gewohntes Leben

dar, wenn sich die Welt in dieser Dimension verändert.
Und, meine Damen und Herren, nur als Hinweis: unter den 31 Ländern mit den höchsten Geburtenraten finden sich 29 afrikanische Länder. Es fing in Tunesien an, wie wir gestern in deinem Vortrag gelernt haben, Manfred, dafür vielen Dank. Aber ich möchte ihnen noch eine andere Zahl nennen, die ich extrem interessant finde. Wiederum ist es nur ein Beispiel. Es ließen sich viele andere Beispiele in Asien und natürlich in Lateinamerika finden.

Lateinamerika ist meiner Ansicht nach auch ein unterschätzter Kontinent, genau wie Afrika. Jeder konzentriert sich auf das, was in Asien geschieht. Aber lassen Sie uns ehrlich sein, wenn wir uns die demografische Revolution ansehen, die wir gerade durchleben, dann ist es ganz offensichtlich, dass sich die Welt verändert und dass sich die Zentren der Macht in neue Länder und natürlich neue Kontinente verlagern, die bisher noch unterschätzt werden.

Nehmen Sie die Anzahl der Internetzugriffe in Afrika. Im Jahr 2000 gab es 4,5 Mio. Internetbenutzer. Im Jahr 2012 – das sind die neuesten Zahlen, die mir vorliegen – waren es bereits über 167 Mio. Benutzer. Das stellt ein Wachstum von über 3.600% dar. Ich möchte nicht zu viel Zeit damit verbringen, Ihnen all die anderen Statistiken zu nennen, die ich vorbereitet habe, oder die genauer gesagt Herr Vogel zu Asien und Lateinamerika vorbereitet hat. Ich denke, Sie verstehen, dass es sich hier nur um ein Beispiel handelt, das uns zeigt, dass wir uns auf diese neue Welt vorbereiten müssen. Und dies wird unsere Auslandsarbeit beeinflussen, sei es, dass sie von einer Stiftung, von einer Regierung, der aktuellen Regierung, der vorherigen Regierung oder zukünftigen Regierungen in der Bundesrepublik oder auch in den USA verrichtet wird.

Es gibt drei Schlüsse, die wir ziehen müssen, meine Damen und Herren. Als Erstes möchte ich unterstreichen: es geht um **Bildung, Bildung, Bildung**. Bildung ist die Antwort auf die Hochgeschwindigkeitsglobalisierung, weil natürliche Ressourcen an Bedeutung verlieren. Wenn Sie zum Beispiel die neue Energieunabhängigkeit betrachten – die es hier in den USA in einigen Jahren geben wird –

dann verstehen wir alle, dass Bildung den entscheidenden Vorteil gewährt. Dies ist für erfolgreiche Gesellschaften das Hauptthema.

Dies ist zum Beispiel der Grund, aus dem ich KMUs erwähnt habe – kleine und mittlere Unternehmen – die wir fördern und unterstützen wollen. Dies bringt uns zum Beispiel zum Bestseller des deutschen Bildungssystems: dem sogenannten dualen System. „Berufsausbildung“ trifft es nicht so ganz. Die duale Ausbildung stellt eine gute Kombination aus theoretischem Unterricht, beziehungsweise Theoriestunden, sie besuchen die Schule, aber natürlich lernen sie auch das Nötige am Arbeitsplatz in den Unternehmen, im Betrieb. Bildung, Bildung, Bildung. Ich denke, diese ist die erste und wichtigste Antwort.

Die zweite Antwort, meine Damen und Herren, lautet **mehr Zusammenarbeit, weniger Konfrontation**, und sie beginnt immer zu Hause. Es beginnt mit **Europa**. Und, meine Damen und Herren, dies bedeutet, wir müssen uns darüber bewusst sein: die schlimmsten Auswirkungen der Finanzkrise, der Schuldenkrise, liegen mit etwas Glück bereits hinter uns.

Aber leider muss ich das Schlimmste der politischen Krise, die uns noch bevorsteht, prognostizieren und vorhersagen. Es beginnt in diesem Frühjahr. Es kommt in Verbindung mit den Ergebnissen, die ich bei der Europawahl erwarte. Unterschätzen Sie nicht die symbolische Bedeutung der Wahlen im Mai. Ich bin nicht hier, um bestimmte Parteiergebnisse vorherzusagen. Das ist nicht länger mein Geschäft. Ich bin raus aus der Politik.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber im Klaren sein: wenn es in Europa einen Mangel an Führung gibt, und wenn wir unsere Völker – nicht unser Volk, sondern unsere Völker – in ganz Europa, in den anderen europäischen Ländern, nicht davon überzeugen können, dass die Europäische Union mehr ist als nur eine Antwort auf das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte; dass die Integration der Europäischen Union auch die Chance bietet, unsere Werte in der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung zu verteidigen, in einer Zeit, in der die Rechte des

Einzelnen in anderen Gesellschaften weniger zählen, als sie es aus unserer Sicht sollten; dann begehen wir, denke ich, einen historischen Fehler.

Also, meine Damen und Herren, bessere Integration, die **Verbesserung der europäischen Integration**, ist eine unserer wichtigsten Antworten. Und daher kann ich uns allen nur raten, sehr vorsichtig zu sein, insbesondere dann, wenn man in einem führenden Land lebt und Bewohner oder Bürger eines führenden Landes ist, wie wir es zurzeit in der Bundesrepublik Deutschland sind. Wir müssen zehnmal vorsichtiger agieren, weil wir zurzeit so stark sind.

Das bringt mich auch zum Thema **Krim**, und zum Thema Ukraine. Ich hatte heute Morgen ein Treffen mit Henry Kissinger. Und ich meine, wir sollten sehr aufmerksam auf diesen weisen Menschen hören, wenn er sagt: „Es geht um Kooperation und nicht um Konfrontation.“ Aus meiner Sicht möchte ich dazu noch etwas hinzufügen: Ich denke, dass jeglicher Vergleich zwischen Hitler und Putin – lassen Sie mich dies ganz diplomatisch ausdrücken – mehr als nur kontraproduktiv ist. Er schadet – ich habe gelesen, dass irgendein Deutscher dies getan hat, ein Beamter, in der vergangenen Woche – er hat die Würde Russlands herabgesetzt, nicht nur die Würde von Präsident Putin. Und wir können nur die moderate Opposition hinter die Führung bringen. Und ich denke, das ist nicht das Beste, was wir tun können. Es ist inakzeptabel, wenn wir in die Geschichte zurückblicken, aber es ist darüber hinaus nicht weise. Und es ist nicht klug, meine Damen und Herren.

Also, mein zweiter Punkt lautet Kooperation, mehr Integration, vor Allem in Europa, in der Europäischen Union. Ich denke, dies ist die zweite Antwort auf die sich verändernde Welt mit ihren neuen Machtzentren, mit Schwellenmärkten, mit neuen Schwellenländern. Als ich als Student das erste Mal nach Washington kam, geschah dies auf Einladung von USIA – der United States Information Agency – das war Anfang der Achtziger. Ich wurde vom ehemaligen amerikanischen Botschafter in Deutschland eingeladen, weil ich ein sogenannter Young Leader war. Ich hätte damals niemals eine solche

Reise in die USA finanzieren können, als ich noch Student war. Und der Botschafter war überzeugt davon, dass ich eine Gehirnwäsche bräuchte. Und er hatte Recht und war erfolgreich! Wir alle haben, wenn wir jung sind, unsere Stereotypen und Klischees – und ich habe viel gelernt.

Meine Damen und Herren, das bringt uns genau zum dritten Punkt. Und dann will ich abschließen und meinen Vortrag – bzw. meinen Willkommensgruß – beenden. Es geht um den **erweiterten Westen**. In Europa müssen wir auf die Hochgeschwindigkeitsglobalisierung – einschließlich demokratische Revolution – durch bessere Integration und eine stärkere politische Führung reagieren, eine pro-europäische Führung in der Europäischen Union. Aus meiner Sicht ist dies auch ein transatlantisches Thema. Ich denke, es gibt das Konzept – so bezeichne ich es zumindest – des „erweiterten Westens“.

Natürlich hatten wir unsere Auseinandersetzungen, vor Allem in den letzten Monaten. Der Überwachungsskandal wird in Ihren öffentlichen Diskussionen etwas unterschätzt; in unseren öffentlichen Debatten beherrscht er die Schlagzeilen, und zwar täglich, meine Damen und Herren.

Aber ich denke, es ist etwas, das wir managen und überwinden können. Denn wenn es um unsere Prinzipien geht, um unsere Werte, dann sitzen wir im selben Boot. Es geht um die wichtigste Frage: setzen wir die Standards oder tun dies andere? Wenn wir diese Chance des **TTIP-Abkommens** verstreichen lassen, das gerade verhandelt wird, dann wäre dies wiederum ein historischer Fehler.

Ich kann also nur an uns alle appellieren, dieses Projekt mit Nachdruck zu verfolgen und zu verstehen, dass es um viel mehr geht als nur den Freihandel, weniger Steuern und niedrigere Kosten. Es ist ein politisches Projekt, meine Damen und Herren. Es bringt unsere Wertegemeinschaft immer enger zusammen.

Wenn Sie sich die Anteile im Jahr 2050 anschauen, das gar nicht

mehr so weit weg ist, werden wir in Europa etwas über 7,0% der Weltbevölkerung haben. In den USA werden Sie 4,2% der Weltbevölkerung haben. Und ich denke, dies zwingt uns – es sollte uns davon überzeugen, dass wir verstehen – dass wir alle Kinder der Aufklärung sind. Und dies ist für uns alle das Hauptthema. Dies bedeutet **Freiheit und Verantwortung** – die Kehrseite der Medaille. Dies ist unsere Philosophie. Dies ist unsere Politik. Und dies, meine Damen und Herren, ist genau, was wir fördern müssen.

Uns hier einen eigenen Weg bahnen zu wollen, als Einzelkämpfer, führt uns komplett in die Richtung von Verlierern, ob wir wollen oder nicht. Aber wenn ich nach China schaue – wir hatten zum Beispiel gerade ein Treffen mit dem chinesischen Präsidenten in Berlin, Präsident Xi – und bei diesem Mittagessen konnte ich das Selbstbewusstsein spüren. Ich habe ihn in den vergangenen fünf Jahren oft getroffen. Man spürt so richtig das Selbstbewusstsein, das zunehmende Selbstbewusstsein, das gesteigerte Selbstbewusstsein, nicht nur von ihm, sondern von ganz China. Dort denkt man anders als wir über Menschenrechte und die Zivilgesellschaft, meine Damen und Herren. Und das ist es, was wir verstehen müssen. Bringt uns zusammen. Wir müssen in dieser sich verändernden Welt als großer Westen zusammenstehen.

Lassen Sie mich mit einem schönen Bonmot abschließen, das ich von meinem ehemaligen Luxemburger Amtskollegen als Außenminister hörte. Er erzählt, wie er eines Tages in Beijing an einer Pressekonferenz teilnahm und neben dem chinesischen Außenminister stand. Er sagte zu ihm: „Exzellenz, Herr Minister, Sie und ich, wir vertreten zusammen ein Viertel der Weltbevölkerung.“ Und darüber sollte man nachdenken. Ich spreche hier nicht von Luxemburg – es geht um uns. Ob wir wollen oder nicht, wir müssen zusammenstehen, um für unsere gemeinsamen Werte der Freiheit und Verantwortung einzustehen und diese zu verteidigen. Und dies ist die Tradition der Friedrich-Naumann-Stiftung und aller Familienangehöriger und Freunde, die mit uns in diesem Raum sind. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

DEUTSCHLAND HAT EINEN BESONDEREN MENSCHEN UND POLITIKER VERLOREN

Angela Merkel

Sehr geehrte Trauergäste,
liebe Familie Westerwelle,
lieber Michael Mronz,

diese Rede gehört definitiv nicht zu den Ansprachen, die ich jemals halten wollte. Denn dass wir hier zusammengekommen sind, um um Guido Westerwelle zu trauern, das ist sehr schwer zu akzeptieren. Zu fassen ist es schon gar nicht.

Als wir, lieber Michael, am Freitag vor zwei Wochen miteinander telefonierten, traf mich die Todesnachricht vollkommen unvermittelt, mitten hinein in die Beratungen beim Gipfel der Europäischen Union mit der Türkei in Brüssel. Sie traf mich unvermittelt – allen Sorgen und Befürchtungen seit der niederschmetternden Diagnose Leukämie und seit Beginn des Kampfes gegen die Abstoßungs-

reaktionen des Körpers zum Trotz. Ich habe nicht glauben können und glauben wollen, dass es Guido Westerwelle tatsächlich nicht vergönnt sein sollte, sein zweites Leben – das nach der Politik, in seiner Stiftung, mit seinem Mann Michael Mronz – leben zu dürfen, genießen zu können, auszukosten, wie er es sich erträumt hatte.

Nach der Bundestagswahl 2013 haben wir uns nicht aus den Augen verloren. Wann immer wir in den letzten zwei Jahren miteinander gesimst oder uns am Telefon gesprochen haben oder uns sogar sehen konnten – wir haben nie nur über die in 2014 so aus dem Nichts getroffene Krankheit gesprochen, nie nur über die Torturen der Behandlung und das Leid anderer Betroffener, das ihn sehr berührte. Wir haben uns immer auch über das

Leben ausgetauscht, so wie es auch rund um diese schöne Kirche St. Aposteln im Herzen dieser Stadt pulsiert, während hier drinnen das Leben stillzustehen scheint.

Wir haben natürlich auch über Politisches diskutiert, denn Guido Westerwelle war und blieb ein homo politicus, der sich für die Lage in der Ukraine interessierte, für Europa und den Euro, für Europa und seinen Umgang mit den vielen Menschen, die hier Zuflucht suchen, und vieles andere mehr. Das waren gar nicht immer lange Gespräche oder ausführliche SMS-Kontakte, aber sie waren regelmäßig. Wir dachten aneinander.

So war es auch für den 8. November letzten Jahres geplant gewesen. Wir wollten uns am frühen Abend bei mir im Büro im Kanzleramt für eine gute Stunde treffen. Ich hatte danach noch einen offiziellen Termin und er am späteren Abend einen Fernsehauftritt zu seinem Buch „Zwischen zwei Leben. Von Liebe, Tod und Zuversicht“, dem er die Widmung „Für Michael, den Mann meiner zwei Leben“ voranstellte.

Die Buchvorstellung am Vormittag war anstrengend gewesen. Guido Westerwelle musste dann kurzfristig auf den Termin verzichten, um Kraft zu sammeln für die Diskussionen am Abend im Fernsehen. Ein anderes Mal, sagten wir uns. Doch ein anderes Mal für ein solches Treffen, das sollte es nicht mehr geben.

Wie beeindruckend Guido Westerwelle dann seinen abendlichen Fernsehauftritt gemeistert hatte, das zeigten gerade auch die vielen Menschen, die sich nach dieser Sendung als potenzielle Knochenmarkspender registrieren ließen. Deutschland hatte den Menschen Guido Westerwelle hinter dem Politiker entdeckt. Und genau deshalb erschüttert sein Tod sie jetzt so sehr.

Meine Anteilnahme gilt vor allem Dir, lieber Michael. Deinen Schmerz können wir nur erahnen. Meine Anteilnahme gilt auch Ihnen, liebe Familie Westerwelle, wie auch allen Angehörigen und Freunden.

Deutschland hat einen besonderen Menschen und Politiker verloren. Als ich 1990 aus der Wissenschaft in die Politik ging, war Guido Westerwelle bereits ein erfolgreicher Nachwuchspolitiker. Seit 1996 waren wir im Deutschen Bundestag. Näher kennengelernt haben wir uns, als wir beide Generalsekretäre waren und dann Vorsitzende unserer Parteien wurden und beide die Mühen der Oppositionsarbeit teilten.

Er verteidigte die liberalen Grundwerte und wich keinem politischen Schlagabtausch aus – auch nicht, wenn er wie beim „Projekt 18“ seiner Partei später zugeben musste, es übertrieben zu haben. Er schaffte es im Übrigen auch problemlos, mich, wenn er sich einmal etwas in

den Kopf gesetzt hatte, manchmal zur – ich kann es nicht anders sagen – Weißglut zu bringen. Dann wieder konnten wir gemeinsam lachen – wie bei unserer berühmt-berüchtigten Cabrio-Fahrt in Berlin vor fünfzehn Jahren. Oder wir waren gemeinsam verwundert, so zum Beispiel über die eine oder andere Reaktion, nachdem Guido Westerwelle und Michael Mronz zum Empfang zu meinem 50. Geburtstag erstmals offiziell als Paar gekommen waren.

Unser wichtigstes gemeinsames politisches Ziel erreichten wir 2009: die Bildung einer christlich-liberalen Bundesregierung. Wie sein großes Vorbild, Hans-Dietrich Genscher, wurde Guido Westerwelle Außenminister und Vizekanzler. Mit tiefer Trauer haben wir gestern vom Tode Hans-Dietrich Genschers erfahren müssen. Ich weiß, wie sehr Guido Westerwelle ihn als Staatsmann und persönlichen Ratgeber verehrte.

In allem, was Guido Westerwelle in seinem Amt als Außenminister tat, folgte er wie sein Mentor der Überzeugung, dass es die Menschen mit ihrer schöpferischen Kraft sind, die den Gang ihres Gemeinwesens festlegen sollten, nicht politische Systeme oder gar selbstherrliche Machthaber. Deshalb glaubte Guido Westerwelle an den Willen und das Werk der Menschen auf dem Maidan in Kiew ebenso wie auf dem Tahrir in Kairo und

setzte sich mit aller Leidenschaft für den Wandel ein.

Aber er verlor auch nicht den Blick für die Risiken. Als das Regime Gaddafis in Libyen zu taumeln begann, machte er aus seiner Skepsis gegenüber Luftschlägen in Libyen kein Hehl. Gemeinsam trafen wir die Entscheidung zur Enthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Idee der europäischen Einigung war ihm eine Herzensangelegenheit. Ihm war immer bewusst, dass Europa nicht an der Oder endet. Seine allererste Auslandsreise, am Tag seines Amtsantritts, führte ihn deshalb auch nach Warschau.

Guido Westerwelle war durch und durch ein leidenschaftlicher Liberaler in der Tradition von Theodor Heuss, Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff. Sein viel zu früher Tod ist ein herber Einschnitt.

Über all die Jahre haben Guido Westerwelle und ich erfahren können, dass uns unabhängig von gemeinsamen Zielen, heftigen Meinungsunterschieden und unterschiedlichen Temperamenten etwas trägt, das er in einem Buch so auf den Punkt bringt – ich zitiere: „Nicht ein einziges Mal ist aus unseren Gesprächen etwas an die Öffentlichkeit gedungen, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Wir konnten uns immer aufeinander verlassen.“ – Zitatende.

Diese Fähigkeit zu schweigen, wenn es erforderlich ist, sich aufeinander verlassen zu können, sie ist rar. Doch sie macht das wirklich offene Wort überhaupt erst möglich, das so überlebenswichtig ist – zwischenmenschlich wie politisch.

Ich werde Guido Westerwelle nicht nur als überzeugten Anwalt des Liberalismus vermissen, einen der besten Redner, die der Deutsche Bundestag erlebt hat. Ich werde Guido Westerwelle nicht nur als deutschen Patrioten und überzeugten Europäer vermissen, der mit Herz und Leidenschaft für Frieden und Menschenrechte gekämpft hat.

Lieber Guido, ich persönlich werde dich als Menschen und Vertrauten vermissen. Nicht ein einziges Mal ist aus unseren Gesprächen etwas an die Öffentlichkeit gedrungen, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Wir konnten uns immer aufeinander verlassen. Du warst streitbar, empfindsam, nachdenklich, verlässlich, treu. Du wirst sehr fehlen.

Dr. Angela Merkel war von 2005 bis 2021 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

1. **Zur Europapolitik** (Rede auf dem Bundeshauptausschuss der FDP am 08.10.1983; ADL, Bestand FDP-Bundeshauptausschuss, A48-16)
2. **Mehr Freiheit, weniger Staat** (Rede auf dem 6. Bundeskongress der Jungen Liberalen am 07.12.1984; ADL, Bestand JuLi-Bundesverband, ÜP 49/2014-9)
3. **Fünf Jahre Junge Liberale** (Rede auf dem 8. Bundeskongress der Jungen Liberalen am 07.12.1985; ADL, Bestand JuLi-Bundesverband, ÜP 49/2014-13)
4. **Politik mit Perspektive** (Rede auf dem 11. Bundeskongress der Jungen Liberalen am 28.11.1987; ADL, Bestand JuLi-Bundesverband, ÜP 49/2014-21)
5. **Zum Vermummungsverbot** (Rede auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der FDP am 09.12.1987; ADL, Bestand FDP-Bundesparteitage, 11656)
6. **Die F.D.P. als Freiheits-, Fortschritts- und Toleranzpartei** (Rede auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der F.D.P. am 12.12.1994; ADL, Bestand FDP-Bundesparteitage, 20270)
7. **Für eine gerechte und einfache Einkommensbesteuerung** (Rede im Deutschen Bundestag am 29.02.1996; BT-Plenarprotokoll 13/89, S. 7850; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13089.pdf#P.7826>)
8. **Finanzplan des Bundes 1997 bis 2001** (Rede im Deutschen Bundestag am 12.09.1999; BT-Plenarprotokoll 13/190, S. 17238; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13190.pdf#P.17225>)
9. **Wer anstoßen will, muss anstößig sein** (Rede auf dem 50. Bundesparteitag der F.D.P. am 29.05.1999; ADL, Druckschriftenbestand, fdk-Sonderausgabe)
10. **50 Jahre Demokratie – Dank an Bonn** (Rede im Deutschen Bundestag am 01.07.1999; BT-Plenarprotokoll 14/50, S. 4344D-4346B; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14050.pdf#P.4322>)
11. **Keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften** (Rede im Deutschen Bundestag am 05.11.1999; BT-Plenarprotokoll 14/67, S. 6027A-6028B,6031D-6032B; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14067.pdf#P.6026>)

12. **Mehr Demokratie wagen – Wider die Verkastung der Politik**
(Rede auf dem 52. Bundesparteitag der F.D.P. am 17.06.2000 ADL, Bestand FDP-Bundesparteitage, 28399)
13. **Für Toleranz und Menschlichkeit – gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in Deutschland** (Rede im Deutschen Bundestag am 28.09.2000; BT-Plenarprotokoll 14/121, S. 11551D-11553D; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14121.pdf#P.11543>)
14. **Jüdisches Leben in Deutschland unterstützen – Anschläge auf Synagogen in Deutschland ächten** (Rede im Deutschen Bundestag am 12.10.2000; BT-Protokoll 14/124, S. 11845C-11846D,11853B; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14124.pdf#P.11841>)
15. **Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002** (Rede im Deutschen Bundestag am 28.11.2001; BT-Protokoll 14/204, S. 20048B-20052D, 20057B-C; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14204.pdf#P.20033>)
16. **FDP oder Stillstand** (Rede auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der FDP am 08.09.2002; ADL, Bestand FDP-Bundesparteitage, 28410)
17. **Freiheit und Verantwortung**
(Rede auf dem 54. Bundesparteitag der FDP am 16.05.2003; ADL, Bestand Bundespartei, ÜP 20/2015-25)
18. **Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 GG**
(Rede im Deutschen Bundestag am 01.07.2005; BT-Protokoll 15/185, S. 17475B-17477A; <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15185.pdf#P.17465>)
19. **Entschließungsantrag zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin** (Rede im Deutschen Bundestag am 30.11.2005; BT-Protokoll 16/4, S. 92A; <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf#P.92>)
20. **50. Jahrestag der Römischen Verträge** (Rede im Deutschen Bundestag am 22.03.2007; BT-Protokoll 16/88, S. 8838B; <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16088.pdf#P.8838>)
21. **Die Kraft der Freiheit**
(Rede beim Dreikönigstreffen der FDP am 06.01.2007; ADL Druckschriftenbestand, fdk-Sonderausgabe)
22. **Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008** (Rede im Deutschen Bundestag am 12.09.2007; BT-Plenarprotokoll 16/111, S. 11500D; <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16111.pdf#P.11500>)

23. **Frieden in Freiheit**
(Rede bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. am 04.05.2009; ADL, Druckschriftenbestand, fdk-Sonderausgabe)
24. **Für die freie und faire Gesellschaft**
(Rede auf dem 60. Bundesparteitag der FDP am 15.05.2009; ADL, Bestand Webarchivierung, IN9-156; Spiegelung www.fdp.de vom 15.05.2009)
25. **Würdigung Marcel Fürstenau**
(zuvor erschienen 2016 als Online-Beitrag auf der Website der Deutsche Welle unter <https://www.dw.com/de/wie-ich-guido-westerwelle-erlebte/a-19128119>; hier leicht gekürzt mit Genehmigung des Autors abgedruckt)
26. **Regierungsprogramm**
(Rede im Deutschen Bundestag am 10.11.2009; BT-Plenarprotokoll 17/3, S. 71A; <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17003.pdf#P.71>)
27. **Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010**
(Rede im Deutschen Bundestag am 20.01.2010; BT-Plenarprotokoll 17/15, S. 1293B; <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17015.pdf#P.1293>)
28. **Deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert**
(Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz am 06.02.2010; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/100206-bm-muenchen/219444>)
29. **Religionsfreiheit weltweit schützen**
(Rede im Deutschen Bundestag am 08.07.2010; BT-Plenarprotokoll 17/55, S. 5588C; <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17055.pdf#P.5588>)
30. **Für eine stabilisierende und regelbasierte Weltordnung** (Grundsatzrede bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 21.10.2010; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/101021-bm-dgap-grundsatzrede/239044>)
31. **Umbruch in der Arabischen Welt**
(Rede im Deutschen Bundestag am 16.03.2011; BT-Plenarprotokoll 17/95, S. 10814C; <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17095.pdf#P.10814>)
32. **Ich blicke zurück voller Dankbarkeit...** (Rede auf dem 62. Bundesparteitag der FDP am 13.05.2011; ADL, Bestand Webarchivierung, IN9-156; Spiegelung www.fdp.de vom 10.11.2011)

33. **Der Mensch ist das Maß aller Dinge**
(Rede vor der 66. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26.09.2011; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/110926-bm-vn-gv/247206>)
34. **Jahresabrüstungsbericht** (Rede im Deutschen Bundestag am 15.03.2013; BT-Plenarprotokoll 17/229, S. 28654A; <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17229.pdf#P.28654>)
35. **„In meiner Amtszeit war deutsche Außenpolitik Friedenspolitik“**
(Interview im „Tagesspiegel“ vom 15.12.2013; <https://www.tagesspiegel.de/politik/guido-westerwelle-im-interview-in-meiner-amtszeit-war-deutsche-aussenpolitik-friedenspolitik/9218714.html>; abgedruckt mit Genehmigung des Verlags)
36. **50 Jahre Auslandsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit** (Rede in Washington anlässlich des 50. Jubiläums der Friedrich-Naumann-Stiftung am 08.04.2014; ADL, Bibliotheksbestand, EA6-21; Übersetzung aus dem Englischen von John Endres)
37. **Würdigung Angela Merkel**
(Ansprache bei der Trauerfeier am 02.04.2016; <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/ansprache-von-bundeskanzlerin-merkel-bei-der-trauerfeier-fuer-bundesaussenminister-a-d-guido-westerwelle-482134>; Abdruck mit Genehmigung des Bundeskanzleramts)

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org

/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

/FNFreiheit

/stiftungfuerdiefreiheit

Redaktion

Thomas Volkmann
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Gestaltung

Luise Bofinger, Editorial Designerin
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Frank Rolle, Grafik Designer
COMDOK GmbH

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

Januar 2022

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Fotonachweis:

Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP, während der Berliner Runde zum Ergebnis der Bundestagswahl im Fernsehstudio, 27. September 2009.
Foto: Steffen Kugler, Bundesregierung
B 145 Bild 00205441

ISBN

978-3-948950-30-9

Diese Publikation ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen grundlegender Texte - Reden, Essays, Meinungsbeiträge - bedeutender liberaler Politikerinnen und Politiker.

Bereits erschienen:

- Reden 01: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

„Die größtmögliche **Freiheit des einzelnen** bedeutet aus Sicht der Liberalen das größtmögliche Maß an Vielfalt. Die **vielfältige Gesellschaft** ist menschlicher als Uniformität und verordnete Gleichförmigkeit.“

Dr. Guido Westerwelle

